

Der Vietnam-Kongreß des SDS 1968 S. 36/37

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 292 7. 3. 88 5 DM C 21734 E

Bye bye Demo?

Hamburg hat eine traditionell starke Linke. Hamburg hat viele Autonome. Hamburg hat die Hafenstraße. Hamburg hat 'ne SPD-Regierung. Hamburg hat 'ne prügelnde Polizei. Hamburg hat viele Demos. Wie lange noch? KB, GAL, Autonome und Linke streiten um die Demo-Zukunft.

Seite 34

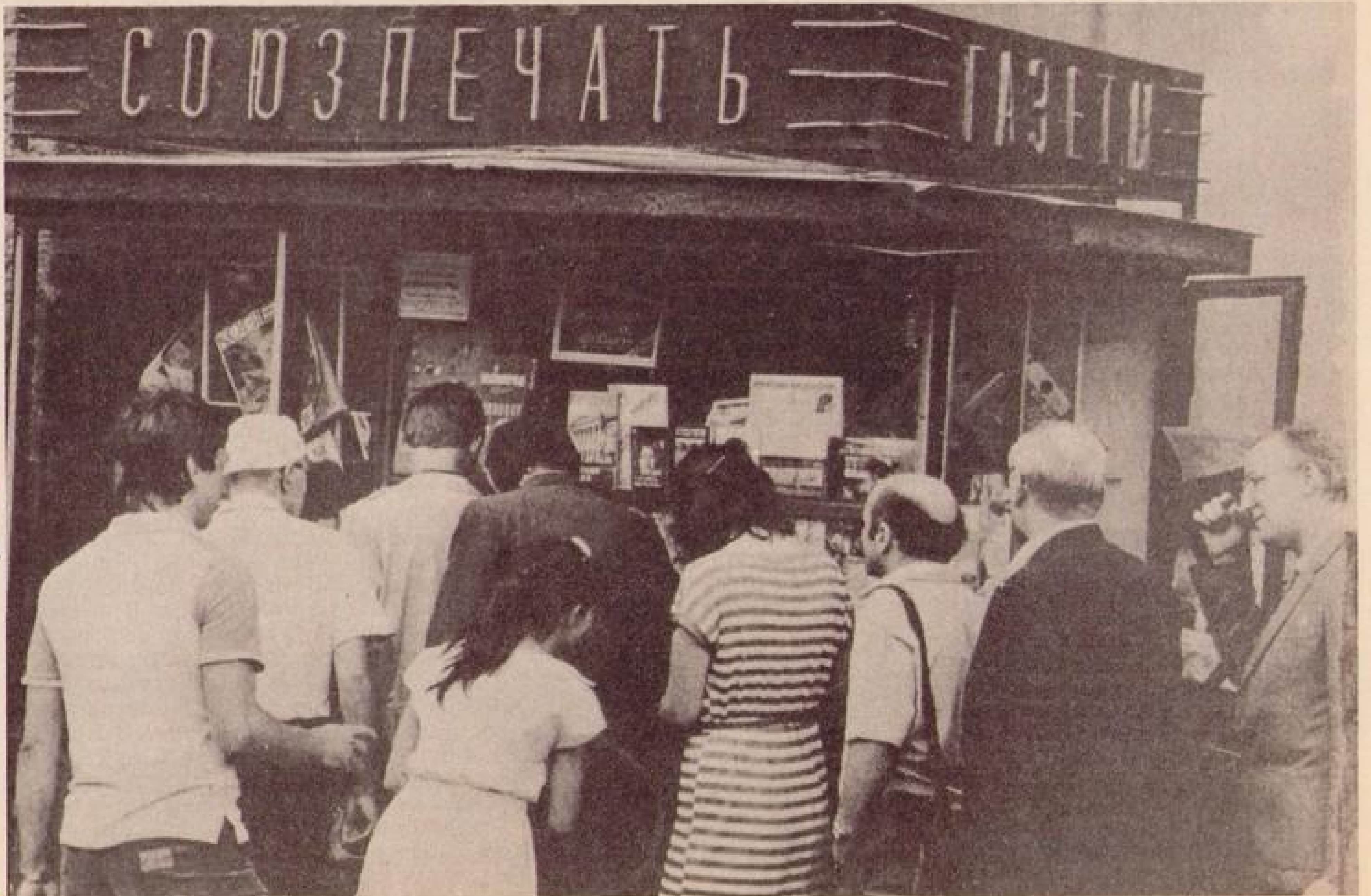
„Wir sind der linke Flügel der Perestroika"

Interview mit Boris Kagarlitzky, „Sozialistische Initiative", Moskau.

Perestroika zwischen Gorbatschow und Bürokratie, Flügelkämpfen in der KPdSU, und Bewältigung der eigenen Geschichte, darüber gibt es viele Informationen. Daß mit der Perestroika schwelende Konflikte der Nationalitäten im Vielvölkerstaat Sowjetunion neu aufbrechen, wissen wir aus den Sensationsmeldungen der westlichen Medien, die immer noch auf Zerfall der SU hoffen. Doch was ist Perestroika an der gesellschaftlichen Basis? Was an Veränderungen ist Propaganda von oben, was echter Wandel?

Die Wochenzeitung „Moskowskie Nowosti" ist eines der Flaggschiffe der Perestroika, sagt Boris Kagarlitsky, Vorstandsmitglied der unabhängigen „Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs" in unserem Interview. „Da die Papierproduktion nach Plan verläuft", kann trotz steigender Nachfrage nicht mehr gedruckt werden. Allerdings: „Nach fünf Minuten ist nirgends mehr ein Exemplar zu bekommen". Er spricht über Proteste gegen den Sturz Boris Jelzins, über die Schwierigkeiten der Unabhängigen Gruppen, ihre Anliegen „im realen Leben zu verankern". Die „Flitterwochen der Perestroika" sind vorbei. Die Bedeutung der neuen Klub-Bewegung, die Entwicklung in den Betrieben wie die „Brigadisierung", die „Räte der Arbeitskollektive" und unabhängige gewerkschaftliche Initiativgruppen werden vorgestellt. Die Widersprüchlichkeit eines neuen Gesetzes zur Wahl der Betriebsleiter, ohne daß der Fall einer Wahl bekannt ist, schildert er ebenso wie die Diskussion um Ökonomie, Marktelemente, sowjetische Links-Keynesianer sowie Überlegungen zur Demokratisierung zwischen Rätesystem und Elementen des westlichen Parlamentarismus.

Seite 10



Wann hat es das gegeben? Schlangen vor einem Moskauer Zeitungsstand?

Neubeginn der Anti-Atom-Bewegung

Demonstrationen gegen Atomskandal, Fässer und Plutonium

Neues Spiel, neues Glück? Noch gestalten sich die Aktionen der Anti-AKW-Bewegung eher zögerlich, gemessen am Ausmaß des Skandals, in dem die Gegenseite steckt. Zwischen zehn- und fünfzehntausend Menschen beteiligten sich am 5.3. an einem bundesweit verabredeten Protesttag. Der größte Teil davon in Gorleben, wo Robert Jungk die unfriedlichen Absichten des Atomprogramms als heute größte Gefahr angriff. Jeweils zwei- bis dreitausend waren es in Regensburg gegen die oberpfälzische WAA und in Frankfurt gegen einen der maßgeblichen Konzerne des Hanauer Nuklearparks, die Degussa. Bundesgrenzschutz sorgte in Frankfurt für einen hermetisch abgeriegelten „wandernden Kessel". Mehrere hundert Personen fanden sich in Essen gegen den Stromkonzern RWE zusammen.

Nicht gerade mitreißend verlaufen auch die Vorfeld-Auseinandersetzungen um die in Hanau für den 19.3. angesagte Demonstration. Die Realo-Grünen mühen sich, dem unabhängigen Flügel der Bewegung ihre Geschäftsbedingungen zu diktieren.

Andererseits zeichnen sich an der Basis vorsichtig Veränderungen ab, neue Themen und neue Erfahrungen nähren die Hoffnung auf eine neue Perspektive im antiatomaren Kampf. Zum Beispiel die erfolgreichen Lübecker Blockaden gegen Atomtransporte und erste Proteste in gleicher Sache in Bremerhaven. Verschiedene Gruppen haben Broschüren mit Enthüllungen herausgebracht: über Hanau, das Kernforschungszentrum Karlsruhe, die Urananreicherung in Gronau oder die bislang überregional unbekannte Uranfabrik im pfälzischen Ellweiler. Diese Neuansätze sollten bekanntgemacht und diskutiert werden.

Enttäuschung über wenig berauschende Demo-Zahlen ist verfehlt. Es geht um nicht weniger als die Erarbeitung einer neuen Qualität, um Ziele, wie sie z.B. in der Forderung nach einem Atomwaffenverzicht im Grundgesetz zum Ausdruck kommen, ernsthaft angehen zu können. Artikel von Lübeck über Hanau bis Malville sowie über die Demo-Vorbereitungen in Hanau

auf den Seiten 3-6.

Ein Streit der klärt

Diskussion um palästinensisches und jüdisches Selbstbestimmungsrecht

Jenseits von Europa

Die Nach-Nullösungs-Strategie der USA

Die Ikle-Studie einer „Integrierten Langzeit-Strategie" für die USA hat erheblichen Wirbel in Europa, besonders der BRD, ausgelöst. Der rechte Flügel der CDU sieht darin eine „Sonderbedrohung" Europas, während die USA sich auf ihre „Festung Amerika" zurückzögen. Die Studie sieht den Abschied von der Zentralität Europas für die NATO-Strategie aus der Sicht der USA vor. Sie geht von sinkendem amerikanischen Interesse für Europa einerseits und von stärkeren Bedrohungen in der Zukunft in anderen Teilen der Welt aus. China und Japan könnten im nächsten Jahrhundert militärische Großmächte werden. Die Zahl der atomwaffenfähigen Staaten wachse auf 40 an, man sei mit einer wesentlich komplizierteren Weltlage konfrontiert. Das Interesse der USA müsse sich stärker auf die Kontrolle eines möglichen Kriegsschauplatzes Dritte Welt konzentrieren. Um Europa unbesorgt „alleinzulassen", müsse die NATO-Strategie geändert werden, die Europäer, besonders die BRD, stärker Eigenleistungen erbringen.

Bundesdeutsche Gegner der US-Überlegungen fürchten einerseits den Entzug des atomaren Schutzschirms der USA. Dies würde die *Führbarkeit* eines Krieges in Europa einschließlich begrenzter Atomwaffeneinsätze erhöhen, da die bisherige Abschreckungskonzeption der NATO die Atomwaffen kurzer Reichweite nur als „Stolperdraht" für die Drohung einer totalen Eskalation eingeplant hatte. Entfällt diese Drohung, könnte ein Atomkrieg in Mitteleuropa, besonders auf dem Territorium von BRD und DDR, möglich sein.

Man darf allerdings im NATO-Bruderzwist aktuell vermuten, daß es der BRD gar nicht recht ist, die bequeme Position einer starken Ökonomie im Schatten der USA zugunsten von mehr Lasten ohne erkennbaren Nutzen aufzugeben.

Seite 24

Palästina vor dem Bürgerkrieg

„Soviel israelisches Militär sorgte noch nie für die Sicherheit in den besetzten Gebieten", beobachtete ein schweizer Korrespondent, aber „zugleich war es noch nie so unsicher, durch die Westbanks zu fahren". Der Aufstand in Palästina, der sich an einigen Orten entzündete, hält nun seit einem viertel Jahr die gesamten besetzten Gebiete in Atem. Hatte das israelische Militär zunächst gehofft, durch hartes, brutales Vorgehen den Widerstand im Keim ersticken zu können, hat dieser bis jetzt immer weitere Kreise gezogen. Dieser Kampf hat in diesem Ausmaß für Israel eine neue Qualität erreicht: Man hat es nicht mehr mit Kommandoaktionen palästinensischer Befreiungsbewegungen zu tun, sondern mit einer Massenbewegung der palästinensischen Volksmassen. Die politischen Verhältnisse kehren sich immer deutlicher gegen das Vorgehen Israels. Nicht nur die Unterstützung im Land, sondern ebenso hat sich die Meinung der Weltöffentlichkeit gegen die israelische Kolonialpolitik gewandt. Das gibt dem Kampf des palästinensischen Volkes den Auftrieb, der ihn für Israel von einem begrenzten Aufstand zu einem Bürgerkrieg werden lassen kann.

Dazu mehr auf den Seiten 13 bis 15

Montankonferenz

„Eine große Koalition der Vernunft in einer Art nationaler Weihestunde". Die Presse war begeistert vom Treffen Rau/Kohl mit den meist dicken Herren aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Die Verursacher der neuen „Nachdenklichkeit" aus Rheinhausen sind verschaukelt worden.

Seite 18

AIDS-Krimi

Woher kommt AIDS? Unfall, Produkt biologischer Kriegsführung gegen die Dritte Welt, gegen Schwule, Prostituierte und Junkies? Keine Beweise, Behauptungen, Indizien, Spuren aus US-Debatten. Und immer wieder tauchen auf: Geheimdienst, chemisch-biologische Kriegsforschung und Gentechnologie.

Seite 22

Document-Center

Zwischen 30.000 und 80.000 Nazi-Akten wurden aus dem US-Document-Center in Westberlin gestohlen.
10.000 dieser Akten gelten als hochbrisant. Interessenten an ihrem Verschwinden gibt es in der Bundesrepublik reichlich. Statt Aufklärung herrscht Verwirrung. Fragen über Fragen

Seite 28



David und Goliath

Gorleben wieder ein Brennpunkt

Die Demo sollte ein „Auftakt zum Aufbau und zur Mobilisierung eines zukünftig wiedererstarkten Widerstandes im Wendland" werden. Daß an diesem 5. März 8.000 Menschen ins Wendland kamen und vor das Zwischen- sowie Endlagergelände zogen, war mehr als vorher zu erwarten war und ist ein gelungener Auftakt für kommende Aktivitäten gegen den Ausbau des Standortes Gorleben.

Die Kundgebung mit insgesamt 7 Beiträgen wurde eröffnet durch eine Erklärung der uneingeschränkten Solidarität mit Robert Jungk in seinem anstehenden Prozeß. Robert Jungk selbst zog in seiner Rede eine Bilanz der Lügenpolitik von Atomindustrie und Staat. Eindringlich hob er als die derzeit größte Überlebenslüge der Atomindustrie die der friedlichen Nutzung hervor. Hinter dieser Lüge verberge sich das immer massivere Streben der BRD nach Atomwaffen.



Foto: H. Wojahn

Im Anschluß sprach ein Gewerkschafter aus Salzgitter. Er befürwortete in seinem Beitrag die gewerkschaftliche Unterstützung von Aktionen der Anti-AKW-Bewegung gegen den Ausbau des Erzbergwerkes Schacht Konrad zum atomaren Endlager.

Ein Vertreter aus Lingen, der für die Initiativen aus der „Euregio" (Ahaus, Almelo, Gronau, Lingen) sprach, entdeckte neben der Gefährdung durch die atomaren Anlagen in Lingen die akuteste Gefährdung für Lingen in der „größten Umweltkatastrophe namens Remmers", seines Amtes niedersächsischer Umweltminister und wohnhaft in Lingen.

Es folgten ein Beitrag eines Bauern aus dem Wendland zur Gefährdung der bäuerlichen Existenz durch den Ausbau der Atomindustrie im Landkreis und ein Beitrag einer Vertreterin aus Osnabrück zu Repression und Kriminalisierung, in dem die Situation des Widerstandes nach der Verschärfung der „Sicherheitsgesetze" thematisiert wurde.

Marianne Fritzen und eine zweite BI-Vertreterin gingen in ihren Abschlußreden auf die Situation in Gorleben ein. Hervorgehoben wurden dabei die zu erwartenden Castor-Transporte und die in Planung befindliche „Pilot-Konditionierungsanlage". Neben der Ankündigung von Transportblockaden wurde zum Widerstand gegen die geplante Atommüllfabrik die Überlegung einer Bauplatzbesetzung ausgesprochen. Beide Vertreterinnen riefen in diesem Zusammenhang zu einer breiten Unterstützung der zukünftigen Aktionen auch außerhalb des Landkreises auf.

„Wir bieten mehr", versprachen die Bauern aus dem Wendland auf der Kundgebung der Atommafia — und pusteten mit einer zur „Schmiergeld-Schleuder" umgerüsteten Maschine 1.000-Mark-Scheine in die Luft.



Foto: argus

Die Angehörigen der politischen Gefangenen nutzten am 29.2. die Öffentlichkeit durch die San-José-Konferenz in Hamburg, um erneut auf die Haftbedingungen in den BRD-Knästen aufmerksam zu machen. Sie ketteten sich auf der Brücke über der Esplanade an, entrollten ein Transparent, verteilten Flugblätter und informierten über die Haftbedingungen. Insbesondere die gesundheitliche Situation von Günter Sonnenberg und Angelika Goder wurde angeklagt. Günter Sonnenberg, der bei seiner Festnahme eine Kopfschußverletzung erlitt, leidet seitdem an epileptischen Anfällen. Nachdem der Knastarzt das anfallverhindernde Medikament vollständig abgesetzt hatte, erlitt Günter einen Anfall, den er nur deshalb ohne größeren Schaden überstand, weil er gerade bewachten Hofgang hatte. Günter will das Medikament, das ihn gesundheitlich beeinträchtigt, langsam absetzen und dafür braucht er eine Haftsituation, in der er nicht isoliert ist, damit bei einem möglichen Anfall sofort Hilfe geleistet werden kann. Das wird ihm bisher versagt. Angelika Goder hat ein Hüftleiden, daß operativ behandelt werden muß. Ihre Forderung ist, die Operation ohne Staatsschutz am Bett durchführen lassen zu können. Bisher hat sie dafür keine Genehmigung.

Während eines Pressegespräches am Tag nach der Aktion, stellten die Angehörigen nochmal die Haftsituation der Gefangenen dar. Ein Mutter berichtete, daß die Post oft vier Wochen dauert und dadurch eine vernünftige Auseinandersetzung mit ihrer Tochter gar nicht möglich sei. Dazu kommt, daß die Gefangenen nur eine bestimmte Anzahl von Briefen in der Zellen haben dürfen, was eine kontinuierliche Diskussion schlicht verhindert. Gleichermaßen wird inzwischen auch die Anzahl von persönlichen Fotografien begrenzt. Die eingeschränkte Bücherzahl gibt es ja schon lange, aber nun dürfen Bücher auch nur noch direkt über Verlage oder ausgewählte Buchläden bezogen werden, also keine Kopien z.B. aus Büchereien von vergriffenen Büchern oder Bücher aus dem eigenen Bücherschrank.

schränkte Bücherzahl gibt es ja schon lange, aber nun dürfen Bücher auch nur noch direkt über Verlage oder ausgewählte Buchläden bezogen werden, also keine Kopien z.B. aus Büchereien von vergriffenen Büchern oder Bücher aus dem eigenen Bücherschrank.

Neonazis legen Brand in

Neonazis legen Brand in vollbesetzter Diskothek

In der Nacht auf den Sonntag, am 14.2.1988, um 1 Uhr früh, brannte das Dachgeschoß eines Fachwerkhauses in der Göttinger Innenstadt. Dichte Rauchwolken und Flammen schlugen aus dem Dach des Gebäudes, in dem sich u.a. eine Diskothek und zwei Gaststätten befinden. Nur dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr war es zu verdanken, daß es nicht zu einer Katastrophe kam, denn in der unmittelbar unter dem Dach gelegenen Diskothek befanden sich zu diesem Zeitpunkt ca. 250 Menschen.

Die Polizei äußerte der Öffentlichkeit gegenüber zunächst, daß es noch „keinen Anhaltspunkt" dafür gibt, „ob der Brand auf technische Ursachen oder Brandstiftung zurückzuführen ist" (Göttinger Tageblatt, 15.2.88). Zwei Tage später mußte die Polizei gegenüber der Presse einräumen, daß es sich wohl „um einen politisch motivierten Brandanschlag gehandelt hat." (GT, 17.2.88)

Die Polizei stand nun offenbar unter Zugzwang, denn von Anfang an war bekannt, daß das Feuer in der ehemaligen Wohnung des Skinheads Thomas Draeger ausgebrochen war. Draegers Wohnung war nach dem Skinüberfall auf das Göttinger Jugendzentrum am 23.1.88 von Antifaschisten demoliert worden und daraufhin ist ihm vom Hauseigentümer gekündigt worden. Hinzu kam, daß die Skins von den Pächtern der Diskothek Lokalverbot erhalten hatten, weil die Neonazis in der Vergangenheit des öfteren Schlägereien angefangen hatten.

Ebenfalls war in antifaschistischen Kreisen bekannt, daß drei Skinheads unmittelbar vor der Entdeckung des Feuers Gäste der Diskothek mit dem Messer bedroht und dann die Flucht ergriffen hatten.

So kam die Polizei dann nicht mehr umhin, am Freitag, den 19.2. drei Skinheads festzunehmen. Einer der drei Skins hat die Tat mittlerweile zugegeben. Die Skins wurden in Untersuchungshaft genommen, gegen sie ist Haftbefehl wegen „gemeinschaftlicher schwerer Brandstiftung" erlassen worden. (GT, 20./21.2.88)

Hatte die Polizei mit der Verhaftung der Skins ohnehin nur das getan, was aufgrund des zu erwartenden öffentlichen Drucks getan werden mußte, so zeigte der Sprecher und Vizepräsident des Landgerichts, Dr. Joachim Schmidt, daß man nicht bereit ist, auch nur einen Schritt weiterzugehen: Eine Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung *„sei beim gegenwärtigen Stand der Ermittlungen noch nicht abzusehen"*, dies *„sei aber eher unwahrscheinlich"*. Bestätigt wurde dies auch von einem Sprecher der Polizei. *„Unwahrscheinlich"* deshalb, — so die abenteuerliche und lächerliche Behauptung des Polizeisprechers -, weil *„mit der Festnahme der drei vermutlichen Brandstifter (...) die ohnehin nur schwache rechtsradikale Szene in Göttingen fast gänzlich zerschlagen"* sei. (GT, 20./21.2.88)

Dieses und ähnliches hört man in Göttingen seit Jahren nach jedem Anschlag oder Überfall. Da mag kommen, was will, man hält stur an dieser Linie fest. Daß es in Göttingen und Umgebung sehr wohl eine ausgeprägte neonazistische Szene gibt, in der Skins, FAPler und NPDler ihr Unwesen treiben und daß es auch Organisationszentren gibt, wie z.B. in Mackenrode, weiß die Polizei natürlich sehr genau. Nur, diesen organisierten Hintergrund, den will man nicht aufrollen, die Spuren, die hierhin führen, die ignoriert man wissentlich. Und so kann man beim nächsten Anschlag wieder sagen: „Einzeltäter", „rechtsradikale Szene fast gänzlich zerschlagen" ...

Antifaschistischer Widerstand formiert sich

Erfreulich ist, daß sich unter dem Eindruck des neonazistischen Treibens der Widerstand in Göttingen auf relativ breiter Basis formiert. Seit geraumer Zeit gibt es ein Bündnis, in dem der DGB, das Arbeitslosenzentrum, Kreis- und Stadtschüler(innen)rat, Jusos, VVN bis hin zu den autonomen Antifas organisiert sind. An einer gemeinsam durchgeführten Veranstaltung am 22.2. im DGB-Haus nahmen über 250 Menschen teil. Auf Initiative dieses Bündnisses wird sich auch der Göttinger Stadtrat auf seiner nächsten Sitzung mit den Naziaktivitäten befassen müssen.

Bleibt noch anzumerken: Mit dem Landesvorstand des DGB hat der Göttinger DGB-Kreisvorsitzende, Michael Zimball, wegen seiner Beteiligung am antifaschistischen Bündnis Ärger bekommen. Derzeit prüft der Landesvorstand, ob Zimball „gegen geltende Beschlüsse verstoßen hat". (GT, 24.2.88)

He., KB Göttingen

Hannover:

Skinheads überfallen Hausbesetzer

In der Nacht zum 20.2.88 gegen 23.00 Uhr überfiel ein Trupp von 8-10 vorwiegend Skinheads eine Gruppe von Hausbesetzern in der Nähe des „Sprengelgeländes".

Die mit Tüchern maskierten Angreifer gingen mit Steinen, Gasrevolver, Leuchtspurmunition und einem Molotowcocktail auf die Punks los; bei ca. zehn PKWs wurden die Scheiben eingeworfen und die Reifen zerstochen. Kai-Uwe, ein 26-jähriger Punk wurde dabei niedergestochen und mit lebensgefährlichen Kopf- und Lungenverletzungen ins Krankenhaus gefahren.

Zeitgleich tauchten in der Nähe des „Sprengelgeländes" etliche Zivilbeamte auf, die aber nicht die Verfolgung der Skinheads aufnahmen, sondern die Angegriffenen bespitzelten, ausfragten und terrorisierten (aus einem Flugblatt von Sprengelbesetzern). *„Erst massiver Druck, mehrmalige Aufforderungen, sowie präzise Hinweise auf den Fluchtweg, brachten unsere ‚Freunde und Helfer' dazu, die Nazis zu verfolgen."* („Bund kämpfender Antifaschisten"/„BkA").

Während die Beamten bei einem 23-jährigen ein Springmesser sicherstellten, möglicherweise die Tatwaffe, stellte sich der 18-jährige Bäckerlehrling Michael P. bei der Polizei. (HAZ, 21.2.88) Er ist dringend verdächtig, einen Punk niedergestochen zu haben. Anschließend soll der kurz nach der Tat festgenommene Roland B. aus Burgdorf den am Boden liegenden geschlagen und getreten haben. (HAZ, 21.2.88)

„Wie die Polizei gegenüber der HAZ mitteilte, ist eine Gruppe von Skinheads am Freitagabend aus ihrem Treffpunkt, einer Diskothek am Engelbosteler Damm, zu einer Autofahrt durch die Nordstadt aufgebrochen. In den Vernehmungen der inzwischen fünf Festgenommenen habe sich weiter herausgestellt, daß sie mit dem Ziel losgefahren seien, ‚Randale' zu machen. Dazu hätten sie nach Punks oder Ausländern Ausschau gehalten" (HAZ, 21.2.88)

Nicht erwähnt wird in der Presse ein Zusammenhang zur FAP, obwohl einiges darauf hinweist: laut Aussage eines bekannten FAP-Mitglieds (s.a. DPA-Meldung v. 20.2.88) *„wurde der Überfall einige Stunden zuvor auf dem wöchentlichen Kameradschaftsabend der neonazistischen FAP besprochen und vorbereitet."* („BkA").

Weiterhin waren bei dem Überfall zwei Frauen beteiligt, was auf FAP-Beteiligung rückschließen läßt.



Foto: AK

Stattdessen dreht es die Presse mal wieder zur „Auseinandersetzung zwischen Skinheads und Punks". (21.2.88, HAZ) Dabei handelt es sich ja keineswegs um „unbekanntes" in Hannover: Zuletzt im sogenannten Bornemann-Prozeß (1987) kam der Nachweis, daß etliche Brandanschläge im September 1986 von Skins und Nazis direkt aus dem FAP-Büro in der Sallstraße begangen wurden — trotz ständiger Observation dieses Büros und Einsatz von VS-Spitzeln innerhalb der FAP-Hannover. (s.a. „BkA")

Zwischenzeitlich war es etwas ruhiger in der FAP-Skinhead-Scene geworden, bis Samstag, den 13.2. die FAP einen Infostand in der Innenstadt genehmigt bekam. SPD-Fraktionschef Reinhard *„hofft, daß die Stadtverwaltung ... keine weiteren Anträge der Rechtsradikalen (FAP) für eine Standerlaubnis mehr genehmigt."* (HAZ, 20.2.88)

SPD fordert FAP-Verbot

Gegen den Überfall sowie die parallel drohende Räumung des Sprengelgeländes („die zarteste Versuchung") demonstrierten am 26.2.88 ca. 500 Leute.

Nachdem in der letzten Legislaturperiode der Versuch der Grünen scheiterte, die FAP verbieten zu lassen, will nun die SPD die Landesregierung zu einem Verbotsprüfungsantrag auffordern. Anlaß ist das Auftreten der FAP in Hannover. Die SPD sieht entsprechend den hannoverschen Gerichtsprozessen die Gewaltpraxis- und Bereitschaft von FAP-Mitgliedern als erwiesen an. Sie gründet ihren Verbotsantrag auf Art. 22 GG („Lokalberichte Hannover", Nr. 3)

M., Hannover

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Atomtransporte gestoppt

Der Erfolg von Lübeck

Autonome proben die Basisarbeit

Die Ereignisse um die Verhinderung der MOX Atomtransporte haben im gesamten Bundesgebiet für Aufsehen gesorgt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung ist es gelungen, derartige Transporte zu verhindern. Im folgenden wollen wir versuchen, die Entwicklung des Lübecker Widerstands nachzuzeichnen und Schlußfolgerungen für die Anti-AKW-Bewegung zu ziehen.

In erster Linie geht der Erfolg auf das Konto der Lübecker Initiative gegen Atomanlagen (LIGA), die es bereits seit 1977 gibt und die zunächst bis 1985 kontinuierliche Anti-AKW-Arbeit gemacht hat. Nach kurzer Atempause ging es 1986 und mit dem Bekanntwerden von Atommülltransporten durch die Hansestadt weiter. Die Grünen deckten auf, daß schon seit 1977 mindestens zwei wöchentliche Transporte über den Skandinavienkai in Travemünde gingen. Die LIGA bildete eine Arbeitsgruppe hierzu. Eine bemerkenswerte Besonderheit der folgenden LIGA-Aktivitäten war und ist, daß sie maßgeblich von zwei autonomen Gruppen mitentwickelt und -getragen wurden, dem Arbeitskreis Antiimperialistischer Widerstand (AKAW) und der Autonomen Gruppe Lübeck (AGL). Während unter Autonomen politische Aufklärungs-, Basis- und Bündnisarbeit häufig gering geachtet wird, um sich dem Mythos praktischer oder direkter Aktionen zu verschreiben, waren die Lübecker gerade mit ersterem erfolgreich.

Am Anfang war der Müll

Am Anfang war der Müll

Nach Bekanntwerden der seit 1977 über Lübeck/Travemünde laufenden Transporte ging die LIGA in Zusammenarbeit mit den Grünen daran, Anträge und Anfragen in die Bürgerschaft zu bringen. Zu diesem Zeitpunkt hatte mensch durch Kontakte in Schweden Informationen über ein Atomgeschäft zwischen der BRD und Schweden erhalten. Demnach sollten ab 1987 zusätzlich zu den „üblichen" Transporten 217 abgebrannte plutoniumhaltige MOX-Brennelemente aus den AKWs Obrigheim, Gundremmingen, Karlsruhe und Kahl nach Schweden zur „Endlagerung" transportiert werden. Im Gegenzug übernimmt die BRD wiederaufbereiteten Brennstoff, sowie 460 Kilo abgetrenntes waffenfähiges Plutonium, welches offiziell zur Herstellung neuer MOX-Brennelemente verwandt werden sollte. Dieser MOX Deal wurde im Oktober 1985 in Lübeck unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einem „Projektgespräch" beschlossen. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) hatten zu Tisch gebeten: „ranghohe Vertreter des schleswig-holsteinischen Innen- und Sozialministeriums, der Lübecker Hafen- und Lagergesellschaft, des Seeamtes, der Polizei sowie der schwedischen Atomindustrie" nahmen Platz (zit. nach einem Flugblatt der LIGA). Die LIGA machte über Flugblätter, Hauswurfsendungen und regelmäßige Büchertische auf dieses Geschäft aufmerksam, und auch die Presse berichtete. Eine gewisse Verunsicherung der Bevölkerung trat ein, während die Bürgerschaftsparteien (außer den Grünen) beteuerten, nichts gewußt zu haben und die Lübecker Hafengesellschaft, an der der Senat beteiligt ist, diese Transporte als „ganz normale Sache" behandelte. Dabei kümmerten sie sich auch nicht um einen Beschluß der Bürgerschaft aus dem Januar '86, in dem es hieß, daß die Atommülltransporte verhindert werden sollten.

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und der Brokdorf Demo 1986 wuchs die LIGA personell auf 30-40 Leute an. Man konzentrierte sich nun darauf, Flugblätter am Skandinavienkai an die Touristen und die Belegschaft, sowie am Nordlandkai an die Hafenarbeiter zu verteilen. Bald konnte der TT-Linie (Travemünde-Trelleborg) nachgewiesen werden, daß sie trotz gegenteiliger Beteuerungen hochbrisanten Atommüll auf normalen Passagierfähren transportierte. Offene Briefe blieben zwar unbeantwortet, doch konnte die „taz" am 7.2.87 vermelden, daß die TT-Linie künftig keinen Atommüll mehr auf diesen Personenfähren verschiffen werde (stattdessen wechselte sie auf normale Frachtfähren). Immerhin ein erster kleiner Erfolg.



Foto: H. Wojahn

Unter den Vorzeichen des langsam anlaufenden schleswig-holsteinischen Wahlkampfs trat die SPD für den Stop von Atomtransporten ein. Die folgenden Anträge der Grünen in der Bürgerschaft (z.B. ein unabhängiges Gefahrengutachten erstellen zu lassen) wurde von der SPD jedoch nicht unterstützt (SPD und Grüne verfügen hier über eine Mehrheit). Während sich die LIGA in den nächsten Monaten stark in die Vorbereitung der Stade Aktion (März/April 87) einschaltete, rückte der Tag des ersten MOX-Transportes immer näher. Am 8.7.87 wurde dann die Herrenbrücke in Lübeck besetzt (eine Klappbrücke, die das Schiff passieren muß). Mit der überraschenden Aktion konnte erreicht wer-

MOX-Transportes immer näher. Am 8.7.87 wurde dann die Herrenbrücke in Lübeck besetzt (eine Klappbrücke, die das Schiff passieren muß). Mit der überraschenden Aktion konnte erreicht wer-

den, daß das beladene Spezialschiff MS Sigyn erst mit zwei Stunden Verspätung den Hafen verlassen konnte. Eine breite Berichterstattung brachte das Thema in die Öffentlichkeit. Daraufhin sah sich die SPD veranlaßt, diese Aktion im nachhinein zu unterstützen und einige Vertreter (so MdB Hiller) ließen verlautbaren, daß sie sich mitangekettet hätten, wenn sie vorher davon gewußt hätten. Die LIGA forderte die vollständige Veröffentlichung aller Transporte, die Erstellung eines unabhängigen Gefahrengutachtens sowie die Aussetzung aller Transporte, bis diese Gutachten vorliegen.

Zwei Wochen später lud die SPD zu einem Gespräch mit der LIGA ein. Heraus kam die Zusage, einen Antrag der Grünen (Gefahrengutachten) unterstützen zu wollen. Während die SPD dieses Gespräch nun im Wahlkampf nutzte, um sich zu profilieren, wurde der Antrag schließlich doch nicht unterstützt. Daraufhin zog die LIGA mit Flugblättern auf eine Wahlkampfveranstaltung der SPD und griff die Partei auch in Redebeiträgen an. Aufgezeigt wurde, daß die SPD viel verspricht, aber in der Praxis nichts unternimmt, um die Transporte tatsächlich zu verhindern. Nun war es die SPD, die sauer reagierte.

Aus der Vorbereitung eines für den 3.10.87 geplanten Aktionstages, der von zahlreichen Gruppen und Organisationen unterstützt wurde und dessen Konzept bis dahin auch von den anwesenden SPDlern unterstützt worden war, stieg die SPD jetzt aus. Geplant war, unter dem Motto „Lieber Stau als Supergau" vielfältige Aktionen in der Innenstadt durchzuführen, die sich nicht an der Legalität messen lassen sollten, was in diesem Zusammenhang bedeutete, daß kurzzeitige Verkehrsblockaden darauf aufmerksam machen sollten, wie es im Falle eines Supergaus sein würde.

Mit Schreiben vom 21.9.87 teilten die Sozialdemokraten jedoch mit: „Die Lübecker SPD wird sich als Partei nicht an dem geplanten Aktionstag der LIGA, AKAW u.a. beteiligen. Begründung: Die von der LIGA vorgeschlagenen Aktionen werden nach unserer Auffassung bei Lübecker Bürgern eher negative Auswirkungen haben. Statt Aufklärung und aktiver Mitarbeit wird durch die von der LIGA geplanten Aktionen beim Bürger nur Abwehr erzeugt." Aber der Aktionstag wurde zu einem vollen Erfolg. Selbst die eher konservativen „Lübecker Nachrichten" schrieben: „Der Großteil der Bevölkerung ... fand die Aktionen sogar witzig und einfallsreich." (LN, 4.10.87)

Obwohl es bis zu diesem Zeitpunkt also über verbale Zusagen hinaus zu keinerlei konkreter Zusammenarbeit gekommen war, wurden von Seiten der LIGA immer wieder Angebote in Richtung SPD gemacht. Grundlage dieser Angebote war die Einschätzung des AKAW, die davon ausging, daß „Aussicht auf Erfolg" nur dann besteht, *„wenn es gelingt, breite Kreise der Bevölkerung an Protestaktionen zu beteiligen, die sich schließlich zu einem echten Widerstand gegen die Transporte verdichten"*. (Rundbrief Okt. 87) Das bedeute auch, die *„Bereitschaft zu aktivem Protest bis weit ins SPD-Spektrum weiterzuentwickeln"* (ebd.). Denn, so der AKWA, *„wir gehen davon aus, daß nach wie vor viele Menschen ihre Hoffnung darauf richten, die SPD werde in Lübeck und falls sie in Schleswig-Holstein die Regierung übernimmt, erst recht mit voller*

AKWA, „wir gehen davon aus, daß nach wie vor viele Menschen ihre Hoffnung darauf richten, die SPD werde in Lübeck und falls sie in Schleswig-Holstein die Regierung übernimmt, erst recht mit voller

Kraft einen Stop der Atomtransporte und den Ausstieg aus der Atomenergie betreiben." (ebd.)

Die in die SPD gesetzten Hoffnungen sind es aber, die die Widersprüche in der SPD transparent machen, wobei es nicht nur um die Wahlkampfsituation geht. Trotz aller Kritik an der staatstragenden Partei müsse deutlich gemacht werden, daß *„die Lübecker SPD noch nicht einmal ihre vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft hat, von verantwortlichem Handeln ihrerseits ganz zu schweigen."* (ebd.) Es wäre daher *„fatal, gegenüber der SPD nicht weiterhin gesprächs- und bündnisbereit zu sein."* Der AKAW betont, *„unter den Anhängern, Mitgliedern und Funktionsträgern der SPD gibt es viele ehrliche Atomkraftgegner."* (ebd.)

Aus diesem Grund rät der AKAW zu folgender Taktik gegenüber der SPD: *„die Zusammenarbeit auf der Grundlage einsichtiger, erfüllbarer Forderungen suchen bei gleichzeitiger Freiheit der Kritik"*. (ebd.) Dabei ist dem AKAW klar, daß die „SPD dem System verhaftet (bleibt), dessen Prämisse lautet", daß vom Kapital entschieden wird, was geschieht.

Bombenstimmung

Als der Transnuklear/NUKEM-Skandal im Dezember '87 für Aufregung sorgte, organisierte die LIGA eine Schienenblockade gegen den vorletzten MOX-Transport nach Schweden. In dieser hektischen Situation verbot dann im Januar '88 der Lübecker Bürgermeister Robert Knüppel (CDU!) den Transport. Zwar kam die Stadt damit beim Lüneburger Verwaltungsgericht nicht durch, was zu erwarten war, doch blieb der Senat trotz des Gerichtsentscheids bei seinem Verbot, und der Lübecker Innensenator Hilpert (SPD) gebrauchte sogar den Satz von der *„moralischen Pflicht des Widerstandes"*. Diese erstaunliche Haltung hatte weitreichende Bedeutung. In der Folge rief die SPD zu einer Mahnwache am Nordlandkai für den 13.1.88 auf, während die LIGA gleichzeitig mit ca. 150 Menschen die Schienen blockierte, so daß sich insgesamt 500 Leute in der Nacht am Kai befanden.

Als die Hundertschaften später die Blockade auflösten und der Transport passieren konnte, waren die SPD-Vertreter allerdings schon auf dem Heimweg.

Zwei Tage später wurde der LIGA bekannt, daß ein Transport mit Uranhexafluorid nach Lübeck unterwegs sei. Es wurde zum Nordlandkai mobilisiert, wo sich auch eine Reihe von SPD-Funktionären neben alarmierten BürgerInnen und zahlreichen Initiativen aus Lübeck einfanden. Es gelang, die Zollabsperrungen zu durchbrechen und nach einem kurzen Ge-

sich auch eine Reihe von SPD-Funktionären neben alarmierten BürgerInnen und zahlreichen Initiativen aus Lübeck einfanden. Es gelang, die Zollabsperrungen zu durchbrechen und nach einem kurzen Ge-

rangel mit der Polizei die Schiffsanlegestelle zu besetzen. *„Wobei die Zusammenarbeit zwischen uns (der LIGA) und der SPD hauptsächlich so aussah, daß die SPD durch ihre Anwesenheit neben der Verladestelle einen Polizeieinsatz gegen uns verhinderte, während wir durch die Besetzung der Verladerampe ein Ent-bzw. Beladen der TT-linieneigenen 'Saga-Wind' blockierten."* (Pepperfog, S. 5)

Diese Einschätzung entstammt wohlgemerkt einem von der AGL verfaßten Artikel, sie wird aber auch von Vertretern der LIGA bestätigt. Die Anwesenheit der SPD am Aktionsort hätte politisch dazu beigetragen, eine direkte Blockade zu ermöglichen und durchzuhalten, ohne daß die Polizei einschritt: „Das hat uns Rückendeckung gegeben". In der Nacht einigte man sich darauf, daß alle Gegenstände, die auf die Fähre sollten, von den Blockierern kontrolliert werden durften, denn, so wurde behauptet, der Uranhexafluorid-Transport sei auf der Autobahn gestoppt worden und bereits auf dem Rückweg nach Frankreich.

Auf der am 16.1.88 folgenden Demonstration nahmen schließlich 3-4.000 Menschen teil, darunter auch SPD-Prominenz wie Engholm, Gerd Walter, Innensenator Hilpert, Dieter Mainka (DGB-Lübeck) u.v.m. Am 17.1. wurde aber bekannt, daß sich der besagte Transport auf dem Gelände der BGS-Walderseekaserne befand, mitten in einem Lübecker Wohngebiet. Die Telefonkette wurde ausgelöst, Lautsprecherwagen fuhren durch die Straßen und bis zum Abend waren ca. 1.000 Menschen vor der Kaserne. Damit begann eine fünftägige Blockade der Lübecker Bevölkerung. Sie war begleitet von großer Unterstützung. Renommierte Restaurants lieferten mitten in der Nacht warmes Essen, das Forstamt stellte eine Baracke zur Verfügung, Brennholz wurde geliefert, Matratzen, Decken etc.

Am Montag setzte die SPD ihren Eiertanz fort. Hatte sie noch am Sonntag die Totalblockade unterstützt, so erklärte die Führung nun, jene solle beendet werden, da sie die persönliche Freiheit der BGSler einschränke, die nicht mehr ungehindert nach Hause fahren könnten, obwohl sie „Unbeteiligte" seien. In diesem Zusammenhang steht auch das Ausrücken einer Hundertschaft nach Hamburg wegen einer Demonstration zur Inhaftierung von Ulla und Ingrid. Der Versuch, diese Truppe nicht nach Hamburg abfahren zu lassen, scheiterte, da vielen vor Ort Beteiligten der Zusammenhang zwischen dem Einsatz in Hamburg und der Blockade des Transports vor der Kaserne nicht klar war. Außerdem war vom Kommandanten des BGS kurz zuvor verlautbart worden, daß er die Zwischenlagerung in seiner Kaserne unhaltbar fände und mit dem Anliegen der Blockierer durchaus sympathisiere. Dies schuf natürlich politisch eine

des BGS kurz zuvor verlautbart worden, daß er die Zwischenlagerung in seiner Kaserne unhaltbar fände und mit dem Anliegen der Blockierer durchaus sympathisiere. Dies schuf natürlich politisch eine

schwierige Lage für die LIGA, denn schließlich kennt man den BGS als langjährig engagierter AKW-Gegner in ganz anderem Zusammenhang.

Während die SPD-Führung sich zurückzog, blieb die Basis weiter vor Ort und unterstützte die Blockade. In dieser Situation wußte sich die Parteispitze nicht anders zu helfen, als daß sie nach kurzer „Pause" wieder mitmachte.

Mit bis zu 1.500 Leuten täglich und ca. 700 in der Nacht der Räumung war der Verlauf der Blockade an sich schon sehr beeindruckend. Obwohl der Transport dann unter massivem Polizeischutz über Brunsbüttel die Kaserne verließ, war die Sache doch ein Erfolg. Erstmals war es gelungen, einen solchen Transport derart lange und mit einem so breiten Bündnis aufzuhalten und eine Totalblockade durchzustehen. Noch in der Nacht der Räumung wurde für den 13.2. eine Großdemonstration und eine weitere Blockade für den letzten MOX-Transport am 17.2. beschlossen. Mit einem äußerst weitreichenden Bündnis (SPD und der DGB-Lübeck mobilisierten mit) wurde die Demonstration mit mindestens 10.000 Teilnehmern eine der größten in der Geschichte Lübecks. Auf der Abschlußkundgebung wurde der DGB-Vertreter ausgebuht, als ihm nichts weiter einfiel, als die Thesen des DGB-Kongresses von 1986 zur Atomenergie zu zitieren.

Die Mobilisierung für die Blockade lief im gesamten norddeutschen Raum auf Hochtouren. In dieser Lage empfahl das Land dem Bund, vorerst keine weiteren Transporte mehr über Schleswig-Holstein durchzuführen. Da es aber eben nur eine Empfehlung war, richtete sich die Anti-AKW-Bewegung darauf ein, daß der Transport trotzdem kommen könne. Aber am Montag lag das Spezialschiff aus Schweden, die Sigyn, immer noch im Heimathafen, und auch in Kahl waren keine Anstalten zu beobachten, die auf einen Transport schließen ließen. Dieser Erfolg, daß sie es nicht gewagt hatten, den letzten Transport zu dieser Zeit über Lübeck nach Schweden zu verschiffen, wurde dann noch in der Nacht gefeiert.



Foto: H. Wojahn

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Novum der Bewegung

Offenbar ist es der LIGA mit dem AKAW und der AGL gelungen, eine sehr geschickte Politik zu entwickeln. Dadurch daß sie immer wieder mit klaren Forderungen an die Öffentlichkeit trat, Angebote zur Zusammenarbeit an die SPD richtete, gleichzeitig aber ihre Aktionen nicht davon abhängig machte, stand die SPD unter dem öffentlichen Druck, sich verhalten zu müssen. Während sie die Forderungen immer wieder verbal unterstützte, geriet sie vor allem auf der Ebene der Aktionen in eine schwierige Lage. Begünstigt wurde dies dadurch, daß die LIGA ihre Aktionen von vornherein breit anlegte, sie öffentlich zur Diskussion stellte und dabei sich keineswegs auf Legalität festschreiben ließ. Unter dem Stichwort „kontrollierte Regelverletzung" wurde der Aktionstag im Oktober durchgeführt und ein klares Konzept vorgelegt, was darunter zu verstehen sei. Die Beteiligung vieler „ehrlicher AKW-GegnerInnen" in der SPD sowie deren Betroffenheit durch die Transporte schuf eine Situation, die es der SPD-Führung schwer machte, die LIGA als Chaoten oder ähnliches zu brandmarken. Um nicht vor ihrer eigenen Klientel unglaubwürdig und tatenlos zu erscheinen, mußte die SPD, wenn auch vielleicht zähneknirschend, die Anliegen der LIGA anerkennen und auf ihre Aktionen Bezug nehmen. Dadurch beteiligten sich wiederum mehr Menschen an durchaus militanten Aktionen (z.B. die Walderseeblockade). Und daß Menschen erleben, daß ihr politisches Handeln etwas bewegen kann, macht die Sache doch schließlich interessant. Für eine Partei wie die SPD aber, die die Aktion scheut und die parlamentarischen Spielregeln zu verewigen sucht, wird es nicht einfacher, wenn ihre eigenen Mitglieder und Anhänger diese Erfahrung machen. Schließlich wird dadurch ihre berühmte Sachzwang-Argumentation angekratzt.

All das mag sich auf dem Papier banal darstellen. Doch das in Lübeck Erlebte ist von der sonstigen Praxis der Anti-

All das mag sich auf dem Papier banal darstellen. Doch das in Lübeck Erlebte ist von der sonstigen Praxis der Anti-

AKW-Bewegung weit entfernt. Berechtigt sind sicherlich die Hinweise auf die besonderen Bedingungen der Hansestadt. Einerseits die Situation eines fast permanenten Wahlkampfs, der die SPD natürlich unter erheblichen Zugzwang setzt und daher auch auf ihre „Radikalität" schlägt. Und auch der Skandal in Hanau hat sich verstärkend auf die Mobilisierungsmöglichkeiten gegen die MOX-Transporte ausgewirkt. Sicher. Nur darf trotz dieser „Ausnahmesituationen" nicht übersehen werden, daß die grundlegende Richtung, die die Politik der LIGA einschlägt, der Idee folgt, politische Effizienz nicht allein daran zu messen, ob hier oder da nun etwas blockiert und für ein paar Stunden aufgehalten wird. Erfolge wurden nicht nur daran gemessen, inwieweit praktisch etwas behindert werden konnte. Im Vordergrund stand vielmehr die Frage, inwieweit mit den Aktionen Menschen erreicht werden konnten und ob sie geeignet waren, die Inhalte zu vermitteln. Es mag ja sein, daß die besondere Situation in Lübeck nicht unerheblich zum Erfolg beigetragen hat, aber eine solche Politik wird in anderen Zusammenhängen und Orten oftmals gar nicht erst versucht.

Vielmehr ist es manchmal erschreckend, wenn man sich die Debatten innerhalb der Bewegung ansieht. Da wird im Zusammenhang mit der Herbstdemo in Wackersdorf um alles mögliche gestritten, nicht aber um das inhaltliche Anliegen, welches die Demo vertreten sollte. Auf der Konferenz in Neuwied vor eini-

Fortsetzung

gen Wochen wurde stundenlag um Termine und Orte gestritten, ohne daß auch nur der Ansatz einer inhaltlichen Diskussion zu erkennen gewesen wäre, warum welcher Ort vorgeschlagen wurde. Natürlich haben alle ausgewählten Orte irgendetwas mit der Atomindustrie zu tun. Nur bleibt der bittere Eindruck bestehen, daß es doch sehr beliebig und willkürlich zugegangen ist.

Und man muß wohl auch sehen, daß sich die Anti-AKW-Bewegung nicht nur in der Defensive befindet, sondern sich auch immer mehr isoliert. Geradezu kurios ist der Umstand, daß die Umfrage-Mehrheiten in der BRD sich deutlich zu unseren Gunsten entwickelt haben, ohne daß die Bewegung dadurch irgendeinen spürbaren politischen Rückenwind bekommen hätte. Sicher nicht der einzige, aber ein Grund mag in dem Umstand liegen, daß die Bewegung von sich aus darauf verzichtet, diejenigen Kräfte einzubinden, die den Forderungen nach Abschaltung aller Atomanlagen durchaus nahe stehen. Und indem sie auf einen leidenschaftlichen Streit mit diesen — ob mensch will oder nicht — gesellschaftlich wichtigen Meinungsträgern verzichtet, verzichtet sie auch darauf, ihre Positionen in die gesellschaftliche Wirklichkeit zu tragen.

Di., Hamburg

Gronau:

Urananreicherung und alte Bekannte

Vom 11. bis 30. April findet bundesweit eine Urankampagne „Atomwirtschaft contra Umwelt-und Menschenrechte" statt. Mit der Aktion soll gegen Uranabbau, damit verbundene Menschenrechtsverletzungen, Atomwaffen, Atomanlagen und deren Verknüpfungen demonstriert werden. Initiiert wurde die Kampagne von der Gesellschaft für bedrohte Völker und dem BUND Freiburg. Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der die Aktionen unterstützt und an ihnen teilnimmt, hat dazu eine neue Broschüre „Uran aus Gronau ist überall. Fakten und Informationen über die erste bundesdeutsche Urananreicherungsanlage (UAA) im Herzen des internationalen Atomzentrums Euregio" herausgebracht.

In einem ersten Teil werden die auf dem UAA-Informationskongreß vom 28. März 1987 gehaltenen Beiträge dokumentiert. Thematisch geht es dabei u.a. auch um den Uranabbau in Namibia. Das dort völkerrechtswidrig abgebaute Uran wird auch in Gronau verarbeitet. Weitere Beiträge befassen sich mit Technik und Risiken der Urananreicherung, mit dem Urencokonzern und mit der militärischen Dimension der UAA. In einem zweiten Teil folgen Beiträge u.a. zur Geschichte der UAA, zur Stellung der Urananreicherungsanlage im sogenannten „Brennstoffkreislauf" und zur Atomregion „Euregio", in der sich mit Almelo, Gronau, Ahaus und Lingen eine ganze Reihe von Atomanlagen konzentrieren.

Nüchtern zwar, aber doch auch etwas bitter resümiert der AKU Gronau in der Broschüre die Beachtung, die Gronau mit der UAA bisher in der Anti-AKW-Bewegung fand: *„Im Gegensatz zu anderen Orten wie Brokdorf, Gorleben oder Whyl ist Gronau kaum als Standort einer Atomanlage bekannt. Obwohl es sich bei der UAA in der BRD um eine einmalige Anlage handelt, die zudem auch noch für die internationale Atomindustrie extrem wichtig ist, wird sie auch innerhalb der Anti-Atomkraftbewegung kaum beachtet."* (Uran aus Gronau ist überall, S. 27) Etwas bitter ist das in der Tat. Gab es doch schon größere Aufmerksamkeit gegenüber der Urananreicherungstechnologie in der Anti-AKW-Bewegung. Vor ziemlich genau 10 Jahren — am 4. März 1978 — mobilisierte ein internationales Bündnis 50.000 Menschen gegen die Ultrazentrifuge und gegen die Lieferung angereicherten Urans an die brasilianische Militärdiktatur: Das war die Demonstration im niederländischen Almelo. War dies für die Anti-AKW-Bewegung der Höhepunkt des Widerstands gegen die Urananreicherungstechnologie, bildete Almelo für die Herrschenden in der BRD nur einen Zwischenschritt zur eigenen Urananreicherungsanlage auf eigenem Boden in Gronau.

Wurzeln im Faschismus

Etwas bitter ist das auch deshalb: Die Anreicherungstechnologie zählte von der ersten Stunde — und die liegt im Faschismus — zu einem der zentralen Zielpunkte des deutschen Atomprogramms. Bereits 1941 gab es den ersten Probelauf einer Uranzentrifuge. Die Entwicklung stand

des deutschen Atomprogramms. Bereits 1941 gab es den ersten Probelauf einer Uranzentrifuge. Die Entwicklung stand

unter der Leitung des Hamburger Physikers Dr. Groth (KB, Almelo, Doppelnr. 29/30 „die internationale", März 1978). Im März 1943 gelang es, Uran auf 7% anzureichern (doppelt so hoch, wie bei heutigen Reaktoren verwendet). Im Atometat von 1943, der 2 Mio. RM auswies, war fast ein Drittel für den Bau von zehn Zentrifugen veranschlagt (D. Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe, rororo, 1969, S. 153). 1944 bekam die Urananreicherung die militärische Dringlichkeitsstufe DE (besonderer Vorrang). Zwar konnte bis Kriegsende keine funktionsgerechte Anlage zur Urantrennung bis zur Waffentauglichkeit mehr gebaut werden, doch damit war das Projekt nicht gestorben.

Groth setzte seine Tätigkeit nach 1945 in Jülich als Leiter der Gruppe „Physikalische Chemie" und Mitglied des Wissenschaftlichen Rates fort (KB, Almelo, Doppelnr. 29/30 „die internationale"). Bereits 1949 erhielt er zusammen mit Harteck von der Großindustrie über eine „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft" die Mittel für die Fortsetzung seiner Experimente zur Urananreicherung. 1953 bastelten beide unter strengster Geheimhaltung an einer Urananreicherungsanlage für Brasilien (M. Küntzel in: Udo Schelb, Reaktoren und Raketen, Köln 1987, S. 181)

Auf offizieller staatlicher Ebene liefen die Planungen für eine Anreicherungsanlage 1956 an. Zuständig war als Beratergremium des Atomministeriums die Deutsche Atomkommission mit ihren Fachkommissionen und Arbeitskreisen. Die Planungen der Entwicklungsarbeiten für eine Anreicherungsanlage liefen im Arbeitskreis III/2 („Brenn- und Baustoffe für Kernreaktoren") zusammen. Leiter dieses Arbeitskreises war ein Dr. A. Boettcher, wie Groth und Harteck ebenfalls ein alter Bekannter aus dem Nazi-Atomprogramm (J. Radkau, Aufstieg und Krise der dt. Atomindustrie, Hamburg 1983, S. 61). Er hatte 1940 den Aufbau des Atombereichs bei der DEGUSSA initiiert. Gleichzeitig war er hoher SS-Mann beim Reichsforschungsrat. 1944 plünderte er in dessen Auftrag wissenschaftliche Laboratorien in den Niederlanden. Nach dem Krieg weiterhin bei der DEGUSSA wurde er dort, gut abgestimmt mit seiner Tätigkeit in der Atomkommission, zum Vorkämpfer für das Zentrifugenmodell in der Atomanreicherung. 1957 intensivierte die DEGUSSA ihr Engagement für die Ultrazentrifugentechnik zur Urananreicherung (St. Salaff, Auf Umwegen zur Atommacht, Reihe: Kopf aus dem Sand 7, 15).

Geburtsort Hanau

1960 gelang den Wissenschaftlern der DEGUSSA-Tochterfirma NUKEM der Durchbruch in der Anreicherungstechnik. Die Weltpresse schlug Alarm. Der BRD wurde vorgeworfen, *„die Tür für eine weltweite Mitgliedschaft im Klub der Atomwaffenmächte aufzureißen"* („Washington Post"). Das Verfahren wurde auf Druck der USA unter Geheimhaltung gestellt. Es ist das gleiche, nach dem heute die Urananreicherungsanlage in Gronau arbeitet (J. Radkau, Aufstieg und Krise ..., S. 194). Die Geburtsstunde der Gronauer Urananreicherungstechnik schlug demnach in Hanau bei der NUKEM. Es war der Einstand der zur Zeit stillstehenden Schaltzentrale der Hanauer Nuklearmafia in den Kreis der BRD-Atomindustrie. Sozusagen von Beginn an mit Pauken und Trompeten im Bombengeschäft.

Die NUKEM blieb auch in der Folgezeit in diesem Geschäft. 1969, zeitgleich mit den beginnenden Kooperationsverhandlungen zur Urananreicherung zwischen der BRD, England und den Niederlanden, wurde von der NUKEM (40%), der Hoechst AG (20%) und der Gelsenberg AG (40%) die Uranit (Uranisotopen-Trennungsgesellschaft) gegründet. Die Kooperationsverhandlungen gipfelten am 4. März 1970 im sogenannten „Almelo-Vertrag". Dieser Vertrag sah die gemeinsame Weiterentwicklung und industrielle Nutzung der Ultazentrifuge vor. Dazu sollten Anlagen in Capenhurst und Almelo gebaut werden. Der BRD war damals noch aufgrund der Pariser Verträge (WEU-Vertrag) auf eigenem Boden die Anreicherung über 2,1% hinaus verboten (KB, Almelo, Doppelnr. 29/30 „die internationale"). Zur Koordinierung der gemeinsamen Ziele der drei Länder wurde die URENCO Limited gegründet. Die deutschen Interessen in der URENCO vertritt die besagte Uranisotopen-Trennungsgesellschaft mbH (Uranit) mit Hauptsitz in Jülich.

Hauptsitz in Jülich.

Gronau: Ein Baustein im BRD-Atomwaffenstreben

Leonard Beaton von der „Times" warnte schon 1970, Almelo sei insofern eine wahrhaft „historisches Ereignis", als es *„die internationale Ordnung mit der größten Herausforderung, der sie je begegnet"* sei, konfrontiere („Times", 4.3.1970). Für ihn bedeutete Almelo im Klartext die deutsche Atombombe.

Was der BRD auf nationaler Ebene damals noch verwehrt war, erreichte sie tatsächlich mit dem Almelo-Vertrag auf der Ebene der europäischen Kooperation. Almelo war somit der notwendige Zwischenschritt, der kleine Umweg, zur Durchsetzung einer Urananreicherungsanlage auf deutschem Boden in Gronau.

Am 10.3. 1978 beantragte die Uranit als Auftraggeber und Betreiber die Errichtungsgenehmigung für eine Urananreicherungsanlage in Gronau mit einer Kapazität von 1.000t UTA/a (1.000 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr). Am 15.3.1985 begann stufenweise die Produktion. Der erste Bauabschnitt mit einer Kapazität von 400 t UTA/a konnte am 12. Juni 1986 (*kurz nach Tschernobyl*) eingeweiht werden. Mit dabei und den Ausbau der Atomwirtschaft freudig begrüßend, der nordrheinwestfälische SPD-Wirtschaftsminister Jochimsen als Verantwortlicher der zuständigen Genehmigungsbehörde. Gleichfalls beglückt, Gronaus Bürgermeister Jäkel — wiederum SPD. Mittlerweile wird die Genehmigung der beantragten Ausdehnung auf die konzipierten 1000 t UTA/a erwartet. Ein weiterer Schritt sozialdemokratischer Politik des „Einstiegs in den Aus...".

Mit Gronau hat die BRD eine Atomanlage in Betrieb, die ihr eine Produktion von atomwaffenfähigem Material für Uranbomben auf eigenem Territorium ermöglicht. Diese militärische Dimension bildet die eigentliche Problematik der Urananreicherungsanlage. In dem jetzt in der Broschüre „Uran aus Gronau ist überall" abgedruckten Beitrag des Physikers Dr. G. Kirchner betont dieser zur Frage von Technik und Risiken der UAA, daß die Gefährlichkeit der Gronauer Anlage *„weniger in dem liegt, was sie in die Umgebung — im Normalbetrieb oder bei einem Unfall — tatsächlich an Radioaktivität freisetzt. In dem Punkt ist sie* ***vergleichsweise*** *ungefährlich. Das Problem liegt mehr im technisch-physikalischen Bereich. Und zwar ist es in einer solchen Anlage jederzeit ohne prinzipielle oder größere organisatorisch-technische Probleme möglich, auch Uran, das zum Bau von Atombomben geeignet ist, herzustellen. Das bedeutet, daß es eine der Anlagen ist, oder sogar die Anlage im gesamten Brennstoffkreislauf, bei der der Unterschied zwischen ziviler und militärischer Nutzung am weitesten verwischt ist, daß die Trennung alleine in den Absichten und dem guten Willen der Betreiber besteht und denen der jeweiligen Regierung des Landes."* (Uran aus Gronau ist überall, S.15).

Neben dieser militärischen Dimension läßt sich an der Urananreicherung die Verbindung zwischen Atomprogramm und Ausbeutung der Dritten Welt aufzeigen. In den Urananreicherungsanlagen der Urenco Ltd. in Capenhurst, Almelo und Gronau wird, wie vom ANC nachgewiesen wurde, völkerrechtswidrig in Namibia abgebautes Uran für den Einsatz in Reaktoren angereichert. Die Urenco selbst arbeitet dabei als „Lohnanreicherungs"-Unternehmen. Das heißt, das Konsortium betreibt nur die Bearbeitung — die „Trennarbeit" — und wird dafür bezahlt, der Rohstoff bleibt Eigentum des Auftraggebers, der ihn dann nach der Anreicherung in die geeignete Form (z.B. Brennstäbe) verpacken läßt.

Urananreicherung für den Schwarzmarkt?

Interessant wird dieses Verfahren der Lohnanreicherung angesichts von Enthüllungen im Zuge des Atomskandals. Eigentümerin z.B. für das in Namibia abgebaute Uran bleibt die Rio Tinto Zinc Gruppe oder von bundesdeutscher Seite die Urangesellschaft. Letztere hält Optionen auf 10% des in Namibia abgebauten Urans.

Die Rio Tinto Zinc Gruppe steckt als Mitbegründerin der NUKEM sozusagen von Beginn an im Hanauer Sumpf. Sie ist mit 10% an der NUKEM beteiligt. Die Urangesellschaft ist über die Frankfurter Metallgesellschaft mit der NUKEM verflochten. Desweiteren unterhält die Rio Tinto Zinc im schweizerischen Zug eine Tochtergesellschaft, RTZ Mineral-Service, die wiederum mit 20% an NULUX, einer luxemburgischen Tochter der NUKEM (60%) beteiligt ist („Sonntagszei-

vice, die wiederum mit 20% an NULUX, einer luxemburgischen Tochter der NUKEM (60%) beteiligt ist („Sonntagszei-

tung", 24.1.88). Die RTZ in Zug und die NULUX sind beide im Südafrika-Geschäft tätig.

Über die RTZ Mineral-Service in Zug sowie die NUKEM werden die weltweiten Umdeklarierungen von Uran und Plutonium getätigt. Angeblich geht es bei diesen Geschäften nur um die Vermeidung von unnötigen Atomtransportwegen. Angeblich werden so auch „nur" die Herkunftsbezeichnungen verschiedener Uranmengen umdeklariert. Ein Vorgang, mit dem immerhin internationale politische Abkommen unterlaufen werden. Genauer betrachtet wird in diesen Verfahren allerdings nicht nur die *Herkunft* der Spaltmaterialien umdeklariert. Es werden in diesem Etikettenschwindel auch Spaltmaterialien verschiedenster *Qualität*, sprich Anreicherungsgrade, gegeneinander aufgerechnet. Ein Kritiker der Euratom-Praxis faßt es in das Bild, hier würden letztlich *„Birnen gegen Äpfel getauscht, gleich ist nur der Vitamin-C-Gehalt"* (Spiegel, 15.2.88). Der Trick, der das ermöglicht: in dem verschieden angereicherten Uran — z.B. waffenfähiges Uran (über 90% „Vitamin-C-Gehalt") und Reaktor-Uran (3% „Vitamin-C-Gehalt") — wird nur der U 235-Anteil miteinander verrechnet. Für das Geschäft muß nur dieser Gehalt in kg übereinstimmen. Der prozentuale Anreicherungsgrad, der über Waffen- oder nur Reaktortauglichkeit entscheidet, interessiert nicht mehr. Soweit die Methode.

Konkret auf die Anreicherung von Namibia-Uran bezogen hieße das: Die Rio Tinto oder die Urangesellschaft baut ab und läßt das Uran bei der URENCO zu verschiedenen Graden anreichern. Nach der Anreicherung wird es mit Hilfe der RTZ im schweizerischen Zug oder der NUKEM für den Weltmarkt umdeklariert, denn Namibia-Uran läßt sich nicht überall verkaufen.

Bekannt ist, daß in den Büchern die Umetikettierung der Herkunftsländer über einen Austausch der diesen entsprechenden Codes vorgenommen wird. Das Uran wird sozusagen einer Herkunftswäsche unterzogen. Offen bleibt — und hier fragt auch der „Spiegel" in seinen Enthüllungen nicht nach — ob in den Waschanlagen der RTZ oder NUKEM neben dieser Herkunftswäsche nicht sozusagen in einem Hauptwaschgang ab und zu gleich das *gesamte* Etikett umgewaschen wird? Konkret: Warum nicht neben der Fälschung der Herkunftsbezeichnung auch gleich eine der Anreicherungsgrade, wenn man schon Spaltstoff unterschiedlichster Grade miteinander tauscht? Der Vorteil läge auf der Hand. Begehrtes waffenfähiges Uran könnte als Reaktoruran unbemerkt und sicher mit profitträchtigem Aufschlag verkauft werden. Ein „Lohnanreicherer" in der Familie, wie für die NUKEM die Uranit, erleichtert mit Sicherheit so manche Dienste.

Rh., Hamburg



Foto: H. Wojahn

Karlsruhe, Hanau, Mol:

Verschollen im Plutonium-Dreieck

Plutonium: Der Stoff, aus dem die (Alp-)Träume sind. Im Kernforschungszentrum Karlsruhe fällt er an — und taucht an allen möglichen Stellen wieder auf: in Hanau, in Mol, in Marcoule. Eines haben die Untiefen dieses Bermuda-Dreiecks gemeinsam: Es tummeln sich dort viele fette Fische, mit keineswegs rein „zivilen Absichten". Plutonium entstand bzw. entsteht in Karlsruhe in zwei Atomreaktoren und in einem Versuchs-Brüter, abgetrennt wird der so gewonnene Stoff in der „Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe". Alle Anlagen befinden sich auf dem Gelände des Kernforschungszentrums. Damit ist in Karlsruhe das bereits Wirklichkeit, was wir in Kalkar und Wackersdorf noch verhindern können: die Plutoniumwirtschaft, der Plutoniumstaat. Neben Hanau ist Karlsruhe damit der militärisch und politisch brisanteste Punkt des gesamten Atomprogramms.

Heiße Fracht nach Hanau

Bis zu 100 kg Plutonium fallen in Karlsruhe pro Jahr an. Bisher wurde es von der Firma Transnuklear im Zwei-Wochen-Rhythmus abgeholt und zu ALKEM nach Hanau transportiert, wo neue Reaktorbrennstäbe daraus erzeugt werden sollten (Stgt. Ztg., 20.1.88). Aber die Beziehungen der beiden Firmen gehen weit darüber hinaus.

Als Beispiel sei der jüngst im ALKEM-Prozeß angeklagte Atommanager Prof. Wolfgang Stoll erwähnt: Er begann seine Karriere 1963 im Institut für heiße Chemie im KFK. Aus diesem Institut wurde Anfang der 70er Jahre die ALKEM ausgekoppelt und nach Hanau verlegt. Stoll war bis zu seiner Pensionierung in diesem Jahr Geschäftsführer dieses Betriebes. Mehrere Auslandsaufenthalte hatten ihn dabei just an solche Stätten geführt, die eindeutig für militärische Bombenforschung und -produktion stehen. So hielt sich Stoll bspw. ein Jahr lang in Hanford auf, neben Savannah die Plutoniumschmiede der US-Militärs, und auch ein halbes Jahr in Chalk River (Kanada), wo der älteste in Betrieb befindliche Forschungsreaktor der Welt zu fin-

und auch ein halbes Jahr in Chalk River (Kanada), wo der älteste in Betrieb befindliche Forschungsreaktor der Welt zu fin-

den ist (4o Jahre alt), der v.a. der Pu-Produktion für das US-Kernwaffenprogramm diente. (GEGENDRUCK, 2/88)

Bei so engen Verwandtschaftsbeziehungen wird natürlich manches etwas lockerer gehandhabt, als es die Vorschriften „eigentlich" zur Pflicht machen: Erste Hinweise auf grobe Unregelmäßigkeiten waren schon im Frühjahr 1987 aufgetaucht: Am 27.2. fand in der sog. „Schrottabteilung" der Hanauer NUKEM ein Plutonium-Unfall statt. Überraschung Nr. 1: Die NUKEM darf laut Betriebsgenehmigung nur mit Uran, nicht aber mit Plutonium hantieren. Überraschung Nr. 2: Das Plutonium war Teil einer Uran-Probe, die vom Kernforschungszentrum Karlsruhe geliefert worden war.

Die Uran-Probe hatte zwar nur ein Gewicht von 4,3 Gramm, der Plutonium-Anteil wog sogar nur ganze 0,2 Gramm; indes: umgerechnet sind das immerhin 5%. Hinzu kommt, daß die kleine Probe Teil einer elf Tonnen (!) schweren Uran-Sendung gewesen sein soll, die das Kernforschungszentrum in den Monaten zuvor *„zur Umarbeitung"* an die NUKEM geschickt habe (Basler Zeitung, 14.3.87). Am 4.4. zitiert die „Tageszeitung" einen Sprecher des Hessischen Wirtschaftsministeriums, es gebe *„handfeste Beweise"*, daß sich das Plutonium *„auf eine Liefermenge von 1,5 kg verteilt"* habe. Am 5.6. informieren die Grünen auf einer Pressekonferenz darüber, daß auf Anordnung des Wiesbadener Umweltministers Weimar 100 kg (!) schwach bestrahlten Urans (?!) in den Plutoniumbunker (?!) der Schwesterfirma ALKEM zur Verwahrung genommen worden seien.

Beim Kernforschungszentrum schiebt man den Schwarzen Peter weiter. Man habe die plutoniumhaltigen Proben nämlich schon 1970 vom „Europäischen Institut für Transurane" bekommen. Was man nicht erfährt: Auch dieses Institut befindet sich auf dem Gelände des Kernforschungszentrums ... Zu seinen Aufgaben gehört die Erforschung von Eigenschaften der Transurane, vor allem von Plutonium.

Darüberhinaus wissen die Karlsruher Verantwortlichen gar nichts: Weder, *„ob eventuell noch von anderen Lieferanten plutoniumhaltiges Uran bezogen wurde"*, noch ob man selber außer nach Hanau auch noch an andere Stellen dieses Material geschickt habe (taz, 19.3.87). Die Begründung für diese Unkenntnis ist unglaublich: Den Karlsruhern seien mögliche weitere Empfänger nicht bekannt, weil die mit der Angelegenheit befaßten Angestellten nicht mehr im Kernforschungszentrum tätig seien (taz, 18.3.87).

Aktuell ist von einer weiteren seltsamen Materialverschiebung von Karlsruhe nach Hanau zu hören: Sechs Tonnen Karlsruher Natururan tauchen in Hanau auf und werden illegal bei NUKEM gelagert. Diesmal müssen die KfK-Verantwortlichen den „Fehler" einräumen,

auf und werden illegal bei NUKEM gelagert. Diesmal müssen die KfK-Verantwortlichen den „Fehler" einräumen,

Transnuklear behauptet sogar, der Stoff sei ihnen in Karlsruhe *„untergeschoben"* worden. So werden hinter den Vorzeige-Bösewichtern von Transnuklear immer mehr großkalibrige Fädenzieher sichtbar: zuerst NUKEM, dann DEGUSSA, jetzt das Kernforschungszentrum.

Die internationale Überwachung solcher Transaktionen ist übrigens gleich null. Im Gegenteil, die „Kontrollbehörde" EURATOM hat sogar von der Umdeklarierung „heißer Ware" gewußt und es gedeckt. Der „Spiegel" vom 15.2.88 berichtet von einem vertraulichen EURATOM-Papier vom Juni 86, demzufolge solche „Swaps" nicht nur innerhalb einzelner Entwicklungsstufen möglich sind (südafrikanisches Uran wird in US-Uran umdeklariert), sondern auch von Kategorie A (z.B. Uran) zu Kategorie B (z.B. Plutonium). Die Behörde bittet aber darum, *„die öffentlich nachweisbare Wäsche von Material zu vermeiden."* (Spiegel, 15.2.88)

Halten wir fest: Es gibt mit Plutonium versetzte Uranlieferungen zwischen Karlsruhe und Hanau und möglicherweise anderen Orten. Die Verantwortlichen dafür flüchten sich in wenig plausible Erklärungen. Eine genauere Untersuchung der Vorfälle ist unmöglich, weil der mögliche Bombenstoff im ALKEM-Bunker unter Verschluß liegt, und weil die Kontrollbehörde EURATOM bei ähnlichen Geschichten kräftig mitgeschoben hat.

Marcoule: The French Connection

Mittlerweile ist für die „Stuttgarter Nachrichten" klar, daß *„tatsächlich Karlsruher Plutonium in Frankreichs Bomben strahlt"* (St.N., 23.1.88).

Nach verschiedenen Recherchen ergab sich für die Zeitung folgendes Bild: *„Aufgrund eines 1973 zwischen dem KFK und dem französischen Atomenergiekommissariat geschlossenen Vertrages wurden 1976 in der SAP-TOP-Anlage in Marcoule 1,65 Tonnen schwach bestrahlter Uranbrennstoff aus dem Karlsruher Meiler KNK-I aufgearbeitet."*

NUKEM	Notiz	26.11.1986 bt/eu 20 52

über

☒ Telefongespräch ☐ Besuch ☐ Besprechung ☐ Reise

Eingang

mit/von Herrn Andres, RWE

am 25.11.1986 um in

Betr.:

Kopie an
Tk
gr. M.
BT-Akte
Sb, PW,
RK, Hf.

(handschriftlich:) für DnFT ca 165000 lbs

1. Ursprungstausch

a) Für einen Ursprungstausch hat RWE noch ca. 200 MTU als Natur UF6 (Äquiv. ca. 522.000 lbs U308) bei Urenco bis März 1987 zur Verfügung. (handschriftlich:) + die ca 250000 lbs ERA/Ang. U_3O_8 bei Comurhex. Verwendung: EVS – GHFT

RWE würde den brasil. Urspung gegen Code P Material tauschen (eine Tauschgebühr ist noch festzulegen), um den negativen Code P Stand bei Urenco auszugleichen. (handschriftlich:) z.B. SA (EVS)

b) Einen Ursprungstausch CAN (NUKEM) gegen AUS (RWE) steht nichts im Wege (eine Tauschgebühr ist noch festzulegen). Einzige Ausname: Es darf kein Nachteil für SMDC entstehen.

2. Tails

RWE hat in Weisweiler ca. 2.500 t Tails lagern (fast ausschließlich kanad. Ursprung, zurück von TSE Anreicherung). Ca. 1.500 t werden mit der Zeit zur Cogéma für die Endbeseitigung geliefert. Ca. 1.000 t werden noch mind. 10 Jahre in Weisweiler lagern.

Für Swaps irgendwelcher Art steht dieses Material zur Verfügung.

B. Tonino

B. Tonino

Nukem-Aktennotiz

aus: Kernforschungszentrum Karlsruhe

Nukem-Aktennotiz

aus: Kernforschungszentrum Karlsruhe

Dazu muß mensch wissen, daß der KNK-I ebenfalls auf dem Gelände des Karlsruher Kernforschungszentrum liegt, und daß schwach bestrahltes Uran sich dadurch auszeichnet, daß es Plutonium von ziemlicher Waffentauglichkeit enthält (Faustregel: Je kürzer bestrahlt, um so waffentauglicher).

Was geschah nun in Marcoule mit dem Karlsruher Plutonium? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Vermutung der „Stuttgarter Nachrichten", daß es in französischen Bomben gelandet sei, hat einiges für sich, denn in Marcoule gibt es keine Trennung in militärisch und zivil genutzte Anlagen. Im Gegenteil: Marcoule war von Anfang an die französische Atomwaffenschmiede. Im April 1982 schrieb der Wirtschaftsjournalist Lammers, der dem französischen Strommonopolisten EDF nahesteht, in der Fachzeitschrift „Energies": *„Das Plutonium (militärischer Qualität) stammt bisher nur aus der Wiederaufbereitung der Brennelemente der Reaktoren G2 und G3 in Marcoule."* Die dortige WAA unterliegt der militärischen Geheimhaltung. Die Wiederaufbereitung von Brennelementen aus zivilen Reaktoren — so der Pariser Atomexperte Mycle Schneider — erfolgt erst seit Ende der 70er Jahre, also nach dem Deal mit Karlsruhe.

Die andere, im Grunde noch weitaus verdächtigere, Version kommt von den Karlsruher Atomforschern selbst: Sie behaupteten — so gegenüber der „Stuttgarter Zeitung" vom 22.1.88 — die 1,65 t Uran, die 1976 nach Marcoule geliefert worden seien, hätten 2,8 kg Plutonium enthalten. Dieses sei von den Franzosen keineswegs zum Bombenbauen verwendet, sondern — zurück nach Hanau geschickt worden, zur Firma ALKEM.

Halten wir fest: Plutonium gelangte von Karlsruhe über Marcoule entweder in französische Bomben, oder nach Hanau zu ALKEM.

Mol: Eine Karlsruher Filiale?

Schon seit Beginn der 70er Jahre hat das KFK einen Kooperationsvertrag mit dem CEN in Mol und der Skandalfirma Belgonucleaire. Ein offizielles Verzeichnis der Abteilungen des KFK führt als Außenstelle auch den „Belgischen Reaktor 2 Mol" an. Was Karlsruher (und Hanauer) Wissenschaftler in Mol zusammenb(r)auen, läßt sich im Augenblick überhaupt noch nicht vollständig übersehen. Bekannt geworden ist bisher das Folgende: — Die DWK betreibt in Mol die Versuchsanlage PAMELA zur Konditionierung von hochradioaktivem Müll. Entwickelt wurde das Verfahren in Karlsruhe bei der WAK, die ja ebenfalls eine Tochter der DWK ist (s. KFK-Pressemitteilung vom 13.3.86). Karlsruher Wissenschaftler sind also mit ziemlicher Sicherheit bei PAMELA Mol tätig. NUKEM schmierte Mitarbeiter dieser Einrichtung mit 50.000 DM. — Seit 1981 unterhält das KFK in Mol eine Anlage zur Plutoniumgewinnung. Diese Anlage entzieht sich auf dreierlei Weise der Kontrolle: Zum einen liegt sie auf dem Gelände der stillgelegten WAA der Eurochemic, und zu stillgelegten Anlagen haben die Kontrolleure der IAEA keinen Zutritt. Zum zweiten hat man die aufwendigen deutschen Genehmigungsverfahren für solche Anlagen umgangen. Und zum dritten arbeiten die Karlsruher mit Materialien, die per Definitionem keinen internationalen Kontrollen unterliegen, nämlich mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen.

Diese Stoffe werden bislang nicht kontrolliert, weil sie als nicht waffentauglich gelten; die KFK-Leute betreiben nun aber in Mol ein Verfahren, um aus eben diesen recht harmlosen Stoffen das hochbrisante Plutonium zu gewinnen, die sog. Naßveraschung. Das Verfahren war ab 1975 in Karlsruhe selber, ab 1978 dann mit der Belgoprocess entwickelt worden.

Von 1983 bis 1985 wurden auf diesem Wege in Mol aus vier Kubikmetern dieser Abfälle sechs Kilogramm Plutonium produziert. Der „Deutsche Depeschendienst" (ddp) faßte am 15.1.88 die Fakten so zusammen:

„Bundesumweltminister Töpfer ließ gestern darauf hinweisen, daß das Plutonium im Geltungsbereich außerhalb des deutschen Atomgesetzes hergestellt worden sei. Die KFK ist eine Gesellschaft mit nahezu 100% Bundesbeteiligung. Sollte eine Quasi-Bundesgesellschaft im Ausland waffenfähiges Plutonium produziert haben?"

Der „Spiegel" zitierte einen niederländischen Journalisten mit dem Resümee: *„Die Deutschen haben Mol längst kolonialisiert."* (25.1.88)

Die „Deutsche Presseagentur" ergänzte mit Hinweisen auf eine Quelle, die *„hartnäckig geheimgehalten wurde: Aus einem Bereich des Atomzentrums Mol, in dem die Kontrollen der Internationalen Atombehörde nicht erfolgten, sei spaltbares Material ins Ausland geliefert worden."* (taz, 21.1.88)

Ins Ausland — das kann natürlich auch heißen: Von Belgien zurück in die Bundesrepublik. Die „Quick" stellt bezüglich des von den Karlsruher Forschern in Mol gewonnenen Plutoniums die berechtigte Vermutung an: *„Keiner weiß, wo der Stoff heute ist und ob das Hanauer Atomdorf eine Rolle spielt."* (20.1.88)

Was wird in Karlsruhe vertuscht?

632 der Transnuklear-Fässer sind in Baden-Württemberg. Davon lagerten in Karlsruhe selber am 23.12.87 107, Mitte Januar 108 Stück.

Am 23.12. beauftragte der baden-württembergische Umweltminister Vetter das KfK mit der Untersuchung von zehn Fässern. *„Diese Stichprobe wurde"*, so Vetter, *„nach Hinweisen der Staatsanwaltschaft zusammengestellt"*. Die „Heilbronner Stimme" weiter: *„Hinweise der Staatsanwaltschaft bedeuten in diesem Zusammenhang, daß man versucht habe, bevorzugt jene Fässer zu untersuchen, die den Skandal ausgelöst hatten. Es handelt sich dabei um 321 Fässer, deren Inhalt laut Auskunft belgischer Behörden zweifelhaft sei. 15 dieser Fässer lagern derzeit noch in Baden-Württemberg, alle in Neckarwestheim. Zwei davon werden in Karlsruhe untersucht."* (H.St., 14.1.88)

Diese Meldung wirft neue Fragen auf: Warum werden statt 15 verdächtigen nur zehn Fässer untersucht? Warum werden von den zehn zu untersuchenden Fässern nur zwei (mittlerweile fünf) nach Karlsruhe gebracht?

Es gibt weitere Ungereimtheiten: Der Minister ortete die verdächtigen zehn Fässer alle in Neckarwestheim (s.o.), das KFK gibt an, die Fässer seien aus Neckarwestheim und Phillipsburg. Weiterhin ist unklar, wer jetzt eigentlich wofür geschmiert worden ist: Laut „Zeit" vom 28.1. sind es drei Mitarbeiter des KFK, was von dort aber dementiert wird. Noch seltsamer ist der Hinweis auf Schmiergeldempfänger bei der Kraftanlagen GmbH in Heidelberg und beim TÜV Mannheim. Diese Firma nämlich hat mit Atommüll rein gar nichts zu tun, sondern fertigt technisches Gerät. Welchen Gefallen sollte sie der Plutoniumindustrie tun?

Bevor jemand lästige Fragen stellt, muß schnell zur Tagesordnung übergegangen werden. Zur Beruhigung werden die Meßergebnisse der ersten fünf Fässer bekanntgegeben: Es wurde „lediglich" eine Pu-Konzentration zwischen 0,1 und 2,8 Milligramm pro Faß festgestellt. Daraus machte Vetter sehr schnell die Verallgemeinerung: *„In sämtlichen 2400 aus Mol stammenden Fässern, die in der Bundesrepublik lagerten, befänden sich 210 Milligramm (...) Plutoniums."* (Eßlinger Zeitung, 14.1.88) Aber: Was ist denn eigentlich in den restlichen fünf der „verdächtigen" 15 Fässer, wo Vetter sich überlegt, ob er die überhaupt noch untersuchen lassen soll? Ganz zu schweigen von den übrigen 75.000, die lt. „Reutlinger Generalanzeiger" vom 27.1. in Baden-Württemberg lagern ...

Die Hauptfrage jedoch lautet:

Württemberg lagern ...
Die Hauptfrage jedoch lautet:

Wieviel Plutonium ist in Karlsruhe gebunkert?

Der Chef der Karlsruher WAA, Schüller, gab gegenüber der „Stuttgarter Zeitung" an, im „Inventar" der WAA seien ständig 10 kg Plutonium. Das mag ja vielleicht stimmen, aber wieviel lagert auf dem benachbarten Grundstück des Kernforschungszentrums?

Vorsorglich weisen die dortigen Verantwortlichen darauf hin, daß auch bei „ihren" 107 (oder 108 ?) Fässern eine Plutoniumkontamination zu erwarten sei. Erstens seien die 200 l-Fässer mit schwachaktiven Abfällen aus Neckarwestheim wohl schon in Mol mit Pu verseucht worden. Und zweitens habe man sie in Karlsruhe zusätzlich *„mit plutoniumkontaminierten Verdampferkonzentraten aus eigener Produktion einzementiert."* (lt. Aushang im KfK vom 29.12.87)

Noch viel wichtiger sind die Plutonium-Anteile des Schnellen Brüters KNK II: Offiziell zugegeben wird, daß sein 1,65 t schwerer Brutkern mit einem Plutonium-Anteil von über 150 kg seit seiner Auswechslung auf dem KFK-Gelände gelagert wird (s. KFK-Broschüre: Wie sicher ist der Schnelle Brüter, S.13). Das steht also schon klar im Widerspruch zu den von Schüller genannten 10 kg Plutonium. Noch rätselhafter aber ist der Verbleib des erwiesenermaßen höchst waffentauglichen Plutoniums aus dem Brutmantel des KNK II. Nirgends in den KFK-Publikationen ist auch nur ein Sterbenswörtchen darüber zu lesen, wieviel Plutonium dort angefallen ist, wo es aufbereitet wurde, wo es gelagert ist. Dabei rühmte sich das KFK schon in seiner Presseerklärung vom 13.1.86, bestrahlte Brüterelemente des KNK II nun endlich selbst aufbereiten zu können. Die Pu-Entnahme aus dem Brutmantel ist im Vergleich dazu noch wesentlich leichter.

Daraus ergibt sich: Die Karlsruher haben eine zig-fach höhere Menge Plutonium auf ihrem Gelände, als sie der Öffentlichkeit gegenüber angegeben haben. Was soll das Versteckspiel?

Jürgen Elsässer

Malville:

Brüterpanne schlimmer als zugegeben

,,Drohte Genf und der Westschweiz eine Katastrophe wie diejenige von Tschernobyl?'' fragte der Schweizer ,,Tages-Anzeiger'' (10.2.88). Spärlich sind die Pressemeldungen über die finsteren Zustände im bösen Dorf, Malville, wo das Atomkraftwerk der Superlative steht: das größte, modernste, gefährlichste der Welt. Seit Ende Mai des Vorjahrs ist der 1200 Megawatt Brüter Superphoenix gegen den hartnäckigen Widerstand seiner Betreiber abgeschaltet. Aber erst jetzt erfährt man allmählich Genaueres über die Gründe für diese Maßnahme. Malville liegt am Oberlauf der Rhone zwischen Lyon, Grenoble und Genf und wurde von den Franzosen aus den gleichen unlauteren Motiven als Brüterstandort gewählt, aus denen man hierzulande Wackersdorf für die Wiederaufarbeitungsanlage favorisiert: möglichst weit nach Osten. Weil ja der Wind im allgemeinen dorthin weht. Das nennt man Vertrauen in die eigene Sicherheitsphilosophie...



Französische CRS-Truppen mit Tränengasgranaten gegen AKW-Gegner am 30.7.77

Ehre, wem Ehre gebührt: Zunächst kam die ,,taz'' (2.1.88) auf die nun schon ein Jahr zurückliegenden Ereignisse in Malville zurück, von denen man seinerzeit nur vergleichsweise winzige Agenturmeldungen zu lesen bekam: In dem Kühlsystem mit flüssigem Natrium gebe es ein Leck, das den Betrieb jedoch nicht beeinträchtige, weil es — so die Standardauskunft aller AKW-Betreiber bei Pannen — keine sicherheitsrelevanten Komponenten betreffe. Die ,,taz'' wußte nun zu berichten, das Leck betreffe zwar nicht den Primärkühlkreislauf des Reaktors, wohl aber ein ,,Herzstück'' des Systems, nämlich einen Zwischentank, der im Normalfall mit der beachtlichen Menge von 700 Kubikmetern flüssigen Natriums gefüllt ist (Natrium entflammt sich bei Luftkontakt sofort und explosionsartig — einer der vielen Gründe, weshalb ein Brüter-GAU noch eine ganz andere Katastrophendi-
noch eine ganz andere Katastrophendi-
mension bedeutet, als etwa Tschernobyl gewesen ist). Diesen Zwischentank müssen die Plutonium-Brennelemente des Superphoenix beim Be- und Entladen passieren.

Das Leck verursachte zum Glück keinen Natriumbrand, weil die Wände dieses Tanks im Abstand von 10 cm (seitlich) bis 30 cm (unten) von einer Sicherheitshülle umgeben sind, die eine Luftzufuhr verhindert. Dieses Sicherheitskonzept macht es jedoch problematisch, ein Leck aufzufinden und unmöglich, es zu beheben, ohne den ganzen Tank zu entleeren, die Hülle aufzubrechen etc. Wegen der Ausfallkosten, die zu den geschätzten 150 Millionen DM Reperaturkosten hinzukommen, beantragte die Betreibergesellschaft NERSA im Dezember letzten Jahres, den Betrieb des Superphoenix einfach ohne Lagertank wieder aufzunehmen. Doch der Antrag wurde vom (konservativen) französischen Industrieminister Madelin abgelehnt. Da ein Materialfehler wahrscheinlich ist, machte die Pariser Regierung nicht nur die Reparatur sondern auch eine Art Generaluntersuchung des Brüters zur Auflage. Allerdings fragt man sich, was von der etwas überraschenden Verweigerungshaltung von Chirac und Co. nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich übrig bleiben wird, wo der Premier vielleicht nicht gerade als ,,Phoenix'' gegen die ,,Sphinx'' Mitterrand antreten will (M. hat seine Kandidatur immer noch nicht offiziell erklärt).

Die ,,Frankfurter Rundschau'' präzisierte am 5.2.88, das Leck habe man überhaupt erst nach Entleeren des Tanks mit Röntgenkameras gefunden. Es handele sich um einen 46 cm langen Riß im Stahlmantel. Sieben ähnliche Risse seien in den Stützvorrichtungen des Kühlmitteltanks gefunden worden und weitere Funde zu erwarten, da die Untersuchung noch gar nicht abgeschlossen sei. Trotzdem hätte die Superphoenix-Direktion für Inbetriebnahme argumentiert, denn der Brüter könne noch 320 Tage ohne Austausch von Brennelementen laufen; bis dahin werde man schon eine Lösung finden. Daß es bei dem ausgefallenen Zwischentank auch unmöglich wäre, im Falle eines Falles — von dem wir alle hoffen, daß er nie eintritt — den Brüter rasch zu entladen, fanden die Betreiber nicht besonders problematisch, die ,,FR'' aber immerhin *,,recht abenteuerlich''*. Die Zeitung gibt die geschätzten Reparaturkosten (ohne Ausfallkosten) mit 1 Milliarde Francs (ca. 300 Millionen DM) an; 25 Mrd. F. habe der Brüter insgesamt gekostet.

Die ,,FR'' zitiert auch einen durchgeknallten Bettelbrief dreier Lokalpolitiker an den Pariser Industrieminister, das Ding trotz alledem unverzüglich wieder in Betrieb gehen zu lassen, als ob sie andernfalls verhungern müßten. Bei den Unterzeichnern handelt es sich um den Bürgermeister von Malville, ein beim Superphoenix beschäftigter Nukleartechniker, um einen Departementsvertreter der Sozialistischen Partei (!) und um den konservativen Bürgermeister des benachbarten, etwas größeren Orts Morestel. Morestel war vor knapp elf Jahren Treffpunkt der westdeutschen Teilnehmer für die große Malville-Demonstration (30./31.7.77); große Teile der Bevölkerung hatten sich damals vehement gegen den Brüterbau gewehrt.

Am 10.2.88 geht auch der ,,Tages-
Am 10.2.88 geht auch der ,,Tages-
Anzeiger'' mit einem Artikel seines Genfer Korrespondenten auf das Thema ein. Er erinnert daran, daß der Brüter 1984 fertiggestellt war und dann stufenweise angefahren wurde, um am 14.1.86 erstmals Strom ans Netz abzugeben (nach Angaben der ,,taz'' ist es seitdem nicht gelungen, Superphoenix länger als 48 Stunden mit voller Leistung zu fahren). Die Schweizer Zeitung spricht vom Vorliegen eines 3500 Seiten starken Untersuchungsberichts, dessen Ergebnisse der Öffentlichkeit nur zum Teil zugänglich seien. Darin sei von 98 Rissen mit bis zu 60 cm Länge die Rede. Mit einem Stillstand von mindestens anderthalb bis zwei Jahren müsse gerechnet werden. Möglicherweise sei das schon das endgültige Aus für die Anlage.

Der ,,Tages-Anzeiger'' weist darauf hin, daß es für Genf so gut wie keine Katastrophenvorsorge gebe und zitiert die ,,Weltwoche'' vom November 1986: *,,Geht Phoenix in die Luft, kann Genf nur noch beten.''* Deshalb gibt es immer wieder über die schweizerisch-französische Grenze aufflammende Kontroversen; etwa als der Superphoenix-Direktor im Oktober 1987 erklärte, *,,wenn sich die Genfer selbst Angst machen, dann will ich sie nicht daran hindern. Manche haben Freude daran''*, was unter den Angesprochenen natürlich Verärgerung über den *,,vollkommen deplazierten Hohn''* bewirkte. Ende letzten Jahres erlebte die Westschweiz wieder Protestaktionen gegen den französischen Brüter. Immerhin 2000 Demonstranten führten Straßenblockaden u.a. durch, bezeichneten den französischen Premier Chirac als Terroristen und bescheinigten den eigenen Behörden Unfähigkeit. Und so gibt es, wie sich der Reisende selbst überzeugen kann, in der Genfer Region wieder Parolen gegen Malville an Brücken und Hauswänden, nachdem von dort schon vor einem Dutzend Jahren wesentliche Initialzündungen für den Kampf gegen Superphoenix ausgegangen waren (u.a. sogar von progressiven Physikern des europäischen Forschungszentrums CERN).

Modell Harrisburg, Modell Tschernobyl, Modell Malville...?

Der eigentliche Schock über diese Nachrichten stellt sich aber ein, wenn man zur Kenntnis nehmen muß, wie die Techniker und Betreiber des Superphoenix verfuhren, als ihnen das Kontrollsystem die Existenz eines Natriumlecks anzeigte. ,,taz'': *,,Der erste Alarm am 8. März 1987 blieb ohne Konsequenz. Die Sicherheitsbehörden notierten später: **,Aufgrund von Irrtümern in der Alarmbeschriftung und der Gewöhnung des Werkspersonals an Fehler in den Erkennungssystemen von Natriumlecks wurde dieser Alarm als Fehlalarm interpretiert.'** Nach vier Wochen vergeblicher Fehlersuche im Alarmsystem stellte man endlich fest, daß im Lagertank ,15 bis 20 Kubikmeter Natrium fehlten'.''*

Da es sich wahrlich nicht um eine Bagatelle handelt, soll auch die Darstellung der anderen Quellen erwähnt werden. Aus der verklausulierten Formulierung der ,,FR'' wird man beispielsweise nur schlau, wenn man bereits anderweitig informiert ist: *,,Das (die Risikolosigkeit; Anm. AK) hatten die Superphoenix-Techniker von Anfang an behauptet, als sie im vergangenen Frühjahr erst nach mehreren Wochen einen rätselhaften Schwund des... Natriums... feststellten.''* Sehr indirekt zwar, aber doch eine Bestätigung des von der ,,taz'' genannten Sachverhalts: Es hat eine Anfangsbeobachtung und eine spätere Feststellung ,,nach mehreren Wochen'' gegeben. Klipp und klar schreibt der ,,Tages-Anzeiger'': *,,Bemerkenswert ist das Verhalten der Ingenieure von Malville, das fast an Tschernobyl erinnert: Da ein Leck im Zwischenlager als völlig ausgeschlossen galt, wurden die Alarmsignale vorerst einmal abgestellt ...''*

Tatsächlich war es genau die gleiche Mentalität, die nicht nur in Tschernobyl 1986, sondern auch in Harrisburg 1978 zur Katastrophe geführt hatte. Was der Sicherheitsbericht an die französische Regierung schamhaft als ,,falsche Alarmbeschriftung'' und ,,Gewöhnung des Personals'' an Fehlalarme umschreibt, ist in Wirklichkeit ein schon religiöser, grotesker Glaube in die Unfehlbarkeit der Atomanlagen, der bei denjenigen, die damit arbeiten, weltweit und unbeirrbar dazu geführt hat, daß man immer und immer wieder die Anzeigen des eigenen Kontrollsystems ignoriert, weil das, was dort angezeigt wird, angeblich nur alle zehn- bis hunderttausend Jahre passiert. Was nicht sein darf, das nicht sein kann. Man glaubt einfach nicht, daß da ein Leck ist. Und wenn ein Reaktor Gefahr läuft, durchzubrennen, dann wird er *immer* durchbrennen, weil auf der Kommandobrücke *nie* jemand den Meßinstrumenten glauben wird, *daß* er gerade durchbrennt.

Vor diesem Gefahrenfaktor, der nach Harrisburg und Tschernobyl nur als dramatisch charakterisiert werden kann, kann man alle Vorkehrungen, Krisenmanagements, Sicherheits- und Notsysteme getrost vergessen. Sie werden ohnehin, wenn überhaupt, dann zwangsläufig zu spät benutzt werden. Ganz abgesehen davon, daß einem Schnellen Brüter kaum mit Feuerwehr-Einsätzen zuleibe gerückt werden kann, wie sie in Tschernobyl — unter Aufopferung von Menschenleben — gerade noch möglich waren. Hier handelt es sich um ein System, in dem konsequent bei rot über die Ampel gefahren wird, wobei sich Fahrer und andere Insassen alkoholisiert auf die Schultern klopfen.

Nun wird man von menschlichem Versagen sprechen und Ingenieure, Techniker, Facharbeiter etc. meinen. In der Tat versagen diese Personen — sogar in einem sehr allgemeinen Sinn von ,,menschlich''. Schlimmer noch: die Betreffenden führen ein gestörtes Leben, offensichtlich auch privat, wie der bundesdeutsche Bestechungsskandal zeigt. Kurzum: Sie sind beknackt, sie haben wirklich ein paar Schrauben locker. Erst recht und ganz besonders, wenn sie am Schaltpult von Atomkraftwerken stehen. Andererseits verhalten sie sich genau so, wie es von ihnen verlangt wird. Die sogenannte ,,Sicherheitsphilosophie'' ist nicht auf ihrem Mist gewachsen. Sie setzen nur die Ideologie in die Praxis um, mit der die Herrschenden die Atomprogramme durchziehen, realisieren minutiös, was Unternehmer, Politiker und nicht zuletzt Militärs von ihnen verlangen. Zu diesem Zweck müssen sie genau so verrückt sein, wie sie es sind. Das eben ist die Praxis einer Herrschafts-,,Wissenschaft''.

de.

Hanauer Demo am 19.3.:

Verpaßte Chance

Es ist bemerkenswert, wie sehr die bundesweite Anti-AKW-Bewegung, die angesichts der Atomskandale in und um die Hanauer Nuklearbetriebe an sich beste Möglichkeiten hätte, den Protest zu verbreitern, den Entwicklungen hinterherhinkt. Auch die für den 19.3. in Hanau geplante, von der Initiative Umweltschutz Hanau (IUH) und der Atommüllkonferenz in Neuwied verabredete bundesweite Großaktion hat sich mittlerweile auf ein regionales Bündnis in Hanau und dem umliegenden Main-Kinzig-Kreis reduziert.

Erfreut und überrascht hatte die Mehrheit der InitiativenvertreterInnen in Neuwied Anfang Februar die Ankündigung des Sprechers der IUH zur Kenntnis genommen, nun doch in Hanau eine bundesweite Großdemonstration durchführen zu wollen, nachdem die Hanauer zunächst eine Demo in Bonn favorisiert hatten. Daß die IUH nun durchstartete, ließ hoffen, daß endlich eine angemessene politische Reaktion auf die Enthüllungen über den Hanauer Sumpf zustandekommen sollte. Mißtrauisch machen mußte allerdings von vornherein das von der IUH angesetzte Demonstrationsdatum und seine Begründung: Am 19. März 1945 wurde Hanau, Standort von Pulverfabriken der Nazi-Rüstungsfirma Degussa, durch einen alliierten Luftangriff weitgehend zerstört. Die Bezugnahme auf dieses Ereignis ist in diesem Zusammenhang — milde ausgedrückt — einseitig und verkürzt und könnte eher als das Anknüpfen an rechte Stimmungen, die Selbstdarstellung als „Opfer" des Krieges, denn als antimilitaristische Mahnung aufgefaßt werden.

Bei den Vorbereitungstreffen in Hanau wurde in der Folge schnell deutlich, daß es der IUH nicht um eine gleichberechtigte Demonstrationsvorbereitung mit bundesweitem Trägerkreis ging, sondern bestenfalls um eine bundesweite Mobilisierung zu allein in Hanau festgelegten Geschäftsbedingungen. Nun wird die Anti-AKW-Bewegung, wenn sie klug beraten ist, sich bei Vorbereitung von Großaktionen nicht arrogant über das Votum der lokalen Initiativen hinwegsetzen, sondern diesen, die ja auch die Hauptlasten der Vorbereitungen tragen, immer ein besonderes Gewicht einräumen. Hier aber nahm die IUH zusammen mit einem örtlichen Trägerkreis klare Festlegungen vor, die gegen den Rest der Bewegung durchgezogen werden sollen und mit einem solidarischen Miteinander nichts mehr zu tun haben: Alle wesentlichen Entscheidungen sollen ausschließlich die Initiativen vor Ort fällen. Auf keinen Fall soll die Demonstration direkt zu den Hanauer Nuklearbetrieben führen. Auch die Abschlußkundgebung soll auf einem Platz außerhalb der Hanauer Innenstadt stattfinden. Im Demonstrationsaufruf muß explizit ein Aufruf zur „Gewaltfreiheit" enthalten sein. Damit legen die Hanauer das Bündnis auf eine einseitige Linie fest, die wesentliche Teile der Anti-AKW-Bewegung ausschließt.

Ausdrücklich wurde dies Konzeption als „Modell für die Zukunft" gepriesen, womit gleichzeitig die These, daß hier interessierte Grünen- und SPD-Kreise im Hintergrund mitgestrickt haben, einige Realitätstüchtigkeit bekommen hat.

Auf den Terminen selber begründeten die Hanauer ihr Vorgehen mit der Hoffnung, daß in der Atomstadt heute ein Meinungsumschwung zugunsten der AtomkraftgegnerInnen unmittelbar möglich wäre, eine „Riesenchance, das Atomprogramm zu kippen", wie von den sonst gar nicht naiven IUH-Sprechern naßforsch verkündet wurde. Allerdings ist in einer Stadt wie Hanau, deren Ökonomie derart eng mit den Skandalbetrieben verbunden ist, solches zuletzt zu erwarten. Im DGB gibt die IG Chemie den Ton an. Tausende von Arbeitsplätzen hängen am Plutonium, die Identifikation mit den Geschicken der Firmen lenkt hier jede politische Entscheidung. Den Hanauern steckt aber auch noch der Schock über den Verlauf und das öffentliche Echo der letzten Hanauer Großdemonstration in den Gliedern, die heute im Widerspruch zu ihrer damaligen Einschätzung als totaler Mißerfolg bewertet wird. Seinerzeit hatten in der bis dahin größten Demonstration 30.000 AtomkraftgegnerInnen vor den Nuklearbetrieben und in der Innenstadt demonstriert. Robert Jungk, dem im April dafür ein Landfriedensbruchprozeß gemacht werden soll, hielt eine vielbeachtete Rede gegen die Spaltung der Anti-AKW-Bewegung. K.H. Roth hatte über die militärischen Optionen der westdeutschen Atombetreiber gesprochen, und Wolf Geißler vom Anti-Apartheid-Büro in Bonn hatte über die Südafrika-Connection der bundesdeutschen Plutoniumproduzenten und Uranimporteure berichtet. In ihrer politischen Ausrichtung und auch in ihrer Bündnisbreite war diese Demonstration, die sich erstmalig die militärische Option der BRD-Atompolitik zum Schwerpunkt gewählt hatte, beispielhaft. Absprachewidrig hatten allerdings am Ende dieser Demo pseudomilitante und wohl auch zum Teil alkoholisierte Menschen einen Teil ihrer Wirkung genommen, als sie in der Stadt ziellos Randale machten. Schon während und am Rande der Anfangskundgebung war einem Zivi die Pistole abgenommen worden; dieselbe Waffe, von der heute behauptet wird, daß mit ihr die tödlichen Schüsse an der Startbahn-West abgegeben worden seien. Die Unkalkulierbarkeit einer Minderheit des autonomen Spektrums und der politische Druck, der in der Atomstadt Hanau auf AtomkraftgegnerInnen lagert, haben mittlerweile dazugeführt, daß die IUH und andere örtliche Gruppen mehr Angst vor „den Chaoten" haben als vor der Hanauer Atomindustrie und dem Staatsapparat. Keine guten Voraussetzungen um NUKEM & Co. die Produktion stillzulegen! Aber andererseits hat es auch eine Logik, daß die Fehler der Linksradikalen dem von rot-grüner Seite geschürten Distanzierungsdruck Vorschub geleistet haben. Auch eine fehlende praktische Beteiligung der aktiven Initiativen der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung hat es den lokal bornierten Kräften leicht gemacht, das Hanauer Großdemonstrationsprojekt auf das Niveau einer beliebigen Regionalveranstaltung herabzudrücken. Weder hat mensch sich in Neuwied weiter Gedanken gemacht, wie die bundesweite Großaktion gestaltet werden soll, noch sind zu den in Hanau stattfindenden Treffen außer wenigen FreundInnen aus München, Bielefeld, Bonn und Köln Aktive von außerhalb Südhessens erschienen. So gesehen dürfte auch das bundesweite Engagement für eine Großdemo unzureichend gewesen sein. Als Ergebnis bleibt eine regionale Demonstration, die wenig *bewirken wird und ein mißlungener Domestizierungsversuch der Anti-AKW-Bewegung auf rot-grün.*

th., Frankfurt

Startbahn West und kein Ende

Die Schüsse, die am 2.11.87 an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens anläßlich einer Demonstration zum sechsten Jahrestag der Räumung des „Hüttendorfs" zwei Polizisten töteten und zwei weitere schwer verletzten, haben bis jetzt dazu geführt, daß vier Leute in Untersuchungshaft sitzen und nach einem fünften bundesweit und öffentlich gefahndet wird. Weitere Haftbefehle gegen (mindestens) fünf Personen sind außer Vollzug gesetzt, und mit einiger Wahrscheinlichkeit fahndet die Polizei auch noch nach weiteren Leuten. Die Welle von Vorladungen und Verhören gegen Startbahngegner, Autonome und Anarchisten im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus reißt nicht ab. Die Zahl der Leute, die davon betroffen sind, wird auf ca. 150 geschätzt.

Während Linke und Anwälte dazu raten, keine Aussagen gegenüber Polizei und Justiz zu machen, ist nicht zu übersehen, daß einige der Vernommenen dem Druck von Erpressungen, Drohungen und Versprechungen nachgegeben haben. Andererseits wird auch davor gewarnt, von einer regelrechten „Aussageflut" zu sprechen, wie es manchmal in der Szene kolportiert wird. Denn es gehört zu den Verhörtricks, daß die Vertreter des Staatsschutzes immer wieder behaupten, andere hätten längst ausgesagt, so daß eine Verweigerung nur dem Betreffenden selbst schade. Aber niemand kann natürlich nachprüfen, ob diese Behauptungen zutreffen. Schließlich kommt auch heraus, daß die Polizei auf Ergebnisse von Observations- und Abhörmaßnahmen gegen die Szene zurückgreifen kann.

Die von der Bundesanwaltschaft faktisch praktizierte Nachrichtensperre hat dazu geführt, daß in den bürgerlichen Medien kaum etwas zu dem Informationsstand hinzugekommen ist, wie er unmittelbar nach den Schüssen gedruckt wurde. Wovon die Bundesanwaltschaft wirklich ausgeht, bleibt also weitgehend ungewiß. Sie scheint eine bestimmte Version des Geschehens zu verfolgen, von der man allerdings nicht weiß, ob es diejenige ist, die sie später vor Gericht präsentieren will. Daß von seiten der Demonstrationsteilnehmer des 2.11.87 gezögert wird, mit eventuellen Beobachtungen oder Schlußfolgerungen über das eigentliche Geschehen an die Öffentlichkeit zu gehen, ist verständlich, wenn auch politisch gefährlich. Eine Gegenoffensive gegen die Anschuldigungen und Verdächtigungen des Staatsapparats ist so kaum möglich. Eine neue Publikation von Autonomen („Rhein-Main Info 2") scheint aber darauf hinzudeuten, daß die — bitteren — internen Diskussionen mit zunehmendem Ernst geführt werden.

Unter diesen Umständen ist es nur möglich, auf mündliche, häufig indirekt erhaltene und keineswegs hundertprozentig gesicherte Informationen zurückzugreifen und auf die Angabe von Quellen zu verzichten: ein Verfahren, das in dieser Zeitung anderen, beispielsweise der „taz", wiederholt und begründet zum Vorwurf gemacht worden ist. Deshalb sei die Fragwürdigkeit der Methode vorab eingestanden. Und auch das Ziel sei benannt: Anders als die „taz" behaupten wir nicht, die Wahrheit präsentieren zu können. Wir wollen aber dazu beitragen, daß die richtigen Fragen gestellt werden.

Zunächst zurück zum Geschehen des 2.11.87 (siehe AK 288). Man wird sich daran erinnern, daß sich die nächtliche Jahrestags-Demonstration von Mörfelden zur Startbahn 18 West zunächst kaum von vorigen vergleichbaren Aktionen unterschied: Treffpunkt am „Schlichter", Anmarsch von Süden, Ausbruch von Auseinandersetzungen am Südosteck („Chaoteneck") der Startbahn-Ummauerung, Polizeihundertschaften rücken aus. Dann Auseinandersetzungen an zwei Barrikaden in vielleicht hundert Metern Entfernung von der Startbahn-Mauer, militant gedeckter Rückzug der Demonstranten über einen Wassergraben („*Vorfluter*"), dann weit auseinandergezogene Flucht in südlich bis südöstlicher Richtung über den ca. 400 Meter breiten Streifen der Mönchbruchwiesen und Übersetzen über den *Gundbach* mit Hilfe einer von den Demonstranten vorbereiteten Notbrücke.

Während die Bundesanwaltschaft in ihren ersten Stellungnahmen behauptet hatte, die Polizisten seien an brennenden Strohballen unmittelbar vor dem Gundbach von den Kugeln getroffen worden, hatte der Bürgerinitiativen-Sprecher Achim Bender Beobachtungen gemacht, die in ziemlichem Widerspruch dazu stehen: Demnach wären die Schüsse ca. 400 Meter weiter nördlich gefallen: nicht am südlichen, sondern am nördlichen Rand der Mönchbruchwiesen, nicht am Gundbach, sondern am Vorfluter. Dort hatte Achim B. die beiden sterbenden Polizisten, Eichhöfer und Schwalm, umringt von verwirrten und ratlosen Kollegen liegen gesehen. Unmittelbar nachdem der BI-Vertreter nichtsahnend zu der Polizistengruppe gestoßen war, war auch ein dritter, in die Brust getroffener Polizist dorthin transportiert worden.

Diese beiden, durch eine Distanz von mehreren hundert Metern getrennten, in Frage kommenden Tatorte, werden von der Bundesanwaltschaft inzwischen anscheinend miteinander kombiniert. Das sieht so aus: Die fliehenden Demonstranten seien von den Polizisten bis kurz vor den Gundbach verfolgt worden. Dann sei von der Einsatzleitung der Befehl ergangen, sich wieder in Richtung Startbahn zurückzuziehen. Zu diesem Zeitpunkt hätten die Demonstranten den Gundbach schon überquert gehabt und ihre Notbrücke in Brand gesetzt. Von ihrer, also der südlichen Seite des Gundbachs seien aus einem Waldstück drohende Megaphondurchsagen an die (gerade kehrtmachenden) Polizisten ergangen und unmittelbar darauf das angebliche Kommando: „Scharfschützen Feuer!". Dann seien unter einem Hagel von Leuchtsignalmunition, Knallkörpern etc. die scharfen Schüsse auf die Polizisten abgegeben worden.

Als Beleg für diese Version, wonach die Schüsse sozusagen aus der Nachhut der Demonstration und nicht einmal in einer bedrohlichen Situation abgegeben worden seien, verweist die Bundesanwaltschaft auf den Fund von 14 Patronenhülsen an Positionen, die 30 bis 50 Meter südlich des Gundbachs liegen. Die Patronenhülsen passen angeblich zur Tatwaffe. Von diesen Positionen aus — also über den Gundbach hinweg — seien drei Polizeibeamte bei einer Distanz von 100 bis 150 Metern getroffen worden, einer davon tödlich. Der Polizist Eichhöfer jedoch sei von den Schußpositionen 500 Meter (!) entfernt gewesen, als er in den Bauch getroffen wurde.

Was Eichhöfer betrifft, bestätigt die Bundesanwaltschaft also in etwa die Version von Achim Bender: Er muß ungefähr in Höhe des Vorfluters getroffen worden sein, nicht weit von der Stelle der Polizistengruppe, zu der der BI-Vertreter gestoßen war, der ja den Eindruck gehabt hatte, unmittelbar nach den Schüssen hinzugetreten zu sein. Schwalm jedoch wäre nach Behauptung der Bundesanwaltschaft trotz eines Bauchschusses mindestens 350 Meter zurücktransportiert worden, zu der Gruppe um Eichhöfer, und das noch bevor Achim B. in Erscheinung trat. Das gleiche gilt für den in die Brust geschossenen Polizisten, dessen Transport zu dieser Stelle Achim B. beobachtete. Im übrigen behauptet Achim B., zu diesem Zeitpunkt noch Demonstranten fern am anderen Ende der Mönchbruchwiese gesehen zu haben, was bedeutet, daß der Rückzug über den Gundbach nach den Schüssen noch gar nicht beendet war. All das paßt nicht mit der Darstellung der Bundesanwaltschaft zusammen, wonach die Schüsse von südlich des Gundbachs, wo die Patronenhülsen gefunden wurden, abgegeben worden seien.

Es gehört ja offenbar schon eine enorme Treffsicherheit dazu, mit einer Pistole aus 100 bis 150 Metern Entfernung bei 14 Schüssen dreimal schwer zu treffen (Bauch, Brust, Oberschenkel). Völlig ausgeschlossen ist es jedoch, einen solchen gezielten Schuß über einen halben Kilometer abzugeben. Folglich käme die Bundesanwaltschaft nicht an dem Schluß vorbei, daß Eichhöfer einem reinen Zufallstreffer erlegen wäre. Ihre Darstellung heißt nichts anderes als das: Der Schütze zielte auf die Polizisten am Gundbach, der Schuß ging an diesen vorbei, traf aber *rein zufällig* 350 Meter weiter hinten Eichhöfer. Es ginge also „nur" noch um einen Mord, eine unbeabsichtigte Tötung und mehrere Mordversuche.

Zweiter Widerspruch: Während Achim B., der sich an einer Barrikade seitlich in den Wald verdrückt hatte, von dort nicht mehr als hundert Meter zum Vorfluter ging, muß der Polizist Schwalm bei der Verfolgung der Demonstranten einmal quer über die Mönchbruchwiesen gelaufen *und* mit einem Bauchschuß denselben Weg noch einmal zurück transportiert worden sein. Wie soll das zeitlich abgelaufen sein? Dritter Widerspruch: Von solchen Entfernungen und derart weiten Verletzten-Transporten, die ja auch den Erste-Hilfe-Regeln massiv widersprechen, war in keiner der zahlreichen Zeugenaussagen von Polizisten die Rede, die im letzten November von den Medien zitiert worden waren.

Viertens: Nehmen wir an, der Schütze schoß von Positionen südlich des Gundbachs und nach der besagten Megaphon-Durchsage, wie die Bundesanwaltschaft behauptet. Dann hätte mehr als nur eine Handvoll Demonstranten das Geschehen mitbekommen, beispielsweise auch diejenigen, die — wie Achim B. beobachtete — den Gundbach noch gar nicht überquert hatten und an dieser Stelle wegen der angeblich schon in Brand gesetzten Notbrücke auch nicht mehr überqueren konnten. Diese Leute wären sogar selbst durch die Schüsse bedroht gewesen. Die vielfältigen Ungereimtheiten in dieser Annahme seien auf den Punkt gebracht: Einigen würde man es irgendwie schon anmerken, was sie da erlebt hätten.

Undsoweiterundsofort. Höflich ausgedrückt, schenken wir der Darstellung der Bundesanwaltschaft keinen Glauben. Gesetzt den Fall, sie lügt: Warum lügt sie dann? Und vor allem: Warum lügt sie *so*?? Diese interessante Frage wird die Bundesanwaltschaft sicher nicht aufklären. Weiter: Wenn es unwahrscheinlich ist, daß die tödlichen Schüsse von einer Position südlich des Gundbachs abgegeben wurden, was haben dann die 14 Patronenhülsen zu bedeuten, die man dort gefunden haben will? Hier ist doch etwas faul. Die Frage ist, ob diese Problematik von Demonstrantenseite in irgendeiner Weise geklärt werden kann, und zwar öffentlich.

Bekanntlich hat die Karlsruher Behörde mit ihren eigenartigen Ermittlungsmethoden die Gunst der Stunde genutzt, um den erweiterten Paragraph 129a zur Geltung zu bringen und eine Reihe von Sachbeschädigungen anzuklagen, die heute unter dem Stichwort „Terrorismus" firmieren. Aussagen einzelner Beschuldigter oder Zeugen haben dazu geführt, daß sich eine ganze Reihe von Leuten aus dem Rhein-Main-Gebiet wegen des Umsägens von Strommasten u.ä. zu verantworten haben. Am Beispiel der Siggi S., langjähriges Mitglied der Startbahn-Bürgerinitiative, wird deutlich, wie das läuft. Ihr wurde nicht mehr vorgehalten als eine Aussage, wonach sie am Tag nach einer Strommastaktion an einem BI-Tisch mit anderen darüber diskutiert habe.

Wegen Mordes werden bisher nur Andreas Eichler und der gesuchte Frank Hoffmann beschuldigt. Wegen der Waffe jedoch auch die inhaftierten Andreas Semisch und Reiner Hübner. Andreas S. soll daran beteiligt gewesen sein, als die spätere Tatwaffe im November 1986 auf der großen Hanauer Anti-AKW-Demonstration einem Zivilpolizisten entwendet wurde. Er hat sich selbst der Polizei gestellt. Reiner H. war am 2.11. gar nicht an der Startbahn, soll aber an diesem Tag ein verdächtiges Telefongespräch mit Eichler geführt haben, das abgehört wurde. Nachdem er schon in den ersten Tagen danach einmal festgenommen und wieder freigelassen worden war, hatte er keinerlei Anstalten gemacht, sich der Polizei zu entziehen. Wie Andreas Eichler verurteilen beide die Schüsse (Andreas S.: „*konterrevolutionär*"). Ein vierter Inhaftierter, Mark , wurde aus Nicaragua zurückkommend auf dem Züricher Flughafen verhaftet, noch bevor er mit seinen Anwälten, die ebenfalls dorthin gekommen waren, Kontakt aufnehmen konnte. Denn Mark wußte, was ihm blühte, und wollte sich ebenfalls stellen.

All diese Beschuldigungen scheinen auf einen oder mehrere Aussagewillige zurückzugehen; möglicherweise sind sie von der Qualität der Vorwürfe, die in anderer Angelegenheit gegen Siggi S. erhoben worden sind. Außer dem Fund der Tatwaffe bei Andreas E. ist es mager, was die Bundesanwaltschaft vorzuweisen hat. Vielleicht haben sich ein paar Leute — egal wer — durch das Entwenden der Polizeiwaffe auf der Hanauer Demonstration in eine idiotische Situation gebracht. Nichts spricht bisher dafür, daß die fatalen Schüsse des 2.11. auf einem solchen Mist gewachsen sind. Wer aber war es dann? Welche politischen Vorstellungen sind mit der Tat verfolgt worden? Und warum erfährt man bis zum heutigen Tag nichts darüber?

de.

Abgekartetes Spiel

Das mußte ja kommen. Oder hat irgendwer im Ernst geglaubt, in Frankfurt würden zwei Polizisten wegen der Tötung eines Demonstranten verurteilt werden? Selbstverständlich war diese, sowieso fast undenkbare Möglichkeit ausgeschlossen, nachdem am 2. November letzten Jahres zwei Beamte an der Startbahn West erschossen worden waren. Natürlich: Auch unter anderen Bedingungen wären die Angeklagten wahrscheinlich ungeschoren davon gekommen. So aber erhält die Staatsraison ein Gewicht, gegen das die 26 Tonnen eines Wasserwerfers geradezu ein Federflaum sind.

Winfried Reichert und Helwig Hampl, Kommandant und Fahrer jenes WaWe 9, der am 28.9.1985 im Frankfurter Gallusviertel Günter Sare, Teilnehmer einer Kundgebung gegen die NPD, überrollte, wurden am 1.3.88 freigesprochen. Die Anklage hatte auf fahrlässige Tötung gelautet, der Staatsanwalt 2000 DM Geldstrafe für Reichert und Freispruch für Hampl gefordert — auch das schon ein makabres Plädoyer. Ein Vorsatz wurde gar nicht erst untersucht.

Wie hätte es anders kommen sollen? Im Herbst 1985 entsprach es ganz und gar der Logik einer sich anbahnenden rot-grünen Koalition in Hessen, daß die damalige Regierungspartei SPD Härte gegen diejenigen walten ließ, die auf der Straße gegen den „Mord an Günter Sare" protestierten. Man mußte ja dem Vorwurf des „Chaos" vorbeugen. Und es entsprach der Logik grüner Realpolitik, die Diskussion der *Tatsache* zu fliehen, daß die eigenen Abgeordneten (mehrheitlich) einem Landesetat zugestimmt hatten, der auch die Beschaffung solcher Wasserwerfer vorsah.

Ein Gutachten mußte her, ein Papier zur Konfliktbegrenzung und Rechtfertigung, und da konnte es eigentlich gar nicht anders geschehen, als daß man auf eine bewährte Kraft zurückgriff und den ehemaligen Bonner Staatssekretär Erkel herbeiholte, der bei der Aufarbeitung der Krisenstabserfahrungen des deutschen Herbstes 1977 wertvolle Erfahrungen gesammelt hatte. Daß der kompetente Experte Anfang 1986 den tödlichen Polizeieinsatz nicht nur behutsam fand, sondern auch „*zielgerecht*", hat wiederum die Objektivität einer schnurgeraden Linie.

Als der Prozeß im Mai 1987 eröffnet wurde, gab es erwartungsgemäß zwei Lager von Zeugen — die einen, die nichts gesehen hatten, Polizisten natürlich, und die anderen, die sich schon erinnern konnten, natürlich Teilnehmer jener antifaschistischen Demonstration. Sie sagten aus, Günter Sare sei auf der Flucht vor Wasserwerfer-Strahlen in eine Seitenstraße des damaligen Geschehens gerannt, von WaWe 9 eingeholt und überfahren worden. Es gab Widersprüche in Details: woher Günter gekommen sei, ob er auf seiner Flucht strauchelte u.a.m., wurde unterschiedlich geschildert. Man sollte annehmen, daß solche Widersprüche für das Erleben einer dramatischen Situation typisch sind und daß sich dieses Lager von Zeugen jedenfalls nicht untereinander abgesprochen hat.

Und man sollte annehmen, daß es Daten gibt, die zur Objektivierung solcher Schilderungen ausnahmsweise mal hilfreich sein könnten. Heutzutage wird ja, wie wir staunend vernehmen, sogar der Kauf eines elektrischen Weckers registriert. So ist auch die Überwachung von Demonstrationsgeschehen auf bundesdeutschen Straßen weder eine neue noch eine ungewöhnliche Praxis. Nicht umsonst wird der polizeiliche Funkverkehr aufgezeichnet, nicht umsonst sind uniformierte Videotrupps unterwegs, nicht umsonst nisten sie sich zu diesem Zweck manchmal sogar in Wohnungen ein, und nicht umsonst sind die Wasserwerfer vom Typ WaWe 9 mit Kameras ausgestattet. Aber in diesem Fall war der Videotrupp anderswo, und die Aufzeichnung des Funkverkehrs fiel zufällig just in dieser Situation wegen einer technischen Panne aus, ebenso wie die WaWe-Kamera.

Ja, die Überwachungstechnik ... Manchmal kann man mit ihr überhaupt nichts anfangen. Zum Beispiel in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 im modernsten Gefängnis der Welt, Stammheim, wo auch gerade mal sämtliche Sensoren (Ton und Bild) ausfielen, als man sie hätte brauchen können. Oder als im Juni 1985 eine (nach wie vor mysteriöse) Bombe im Terminal des Frankfurter Flughafens explodierte. Aber in den Uhrengeschäften — da funktioniert's. So ein Wasserwerfer hat übrigens auch einen Fahrtenschreiber. Seine Untersuchung (Feststellen der WaWe-Geschwindigkeit) schien eine komplizierte Angelegenheit gewesen zu sein: Es dauerte ziemlich lang, bis das Ergebnis feststand (angeblich 23 Stundenkilometer), und es gab Mutmaßungen über Manipulationen des Geräts. Aber die Öffentlichkeit verlor die Sache rasch wieder aus dem Auge.

Es blieb die Dokumentation von Demonstrantenseite. Ein Fotograf hatte das Bild eines rennenden Mannes festgehalten, der offensichtlich versuchte, den Strahlen zweier Wasserwerfer zu entkommen. Die aufgenommene Situation muß sich drei Sekunden vor dem Zeitpunkt abgespielt haben, als der größere der beiden involvierten Wasserwerfer Günter Sare überrollte. Von Demonstrantenseite sagten zahlreiche Zeugen aus, diese Aufnahme zeige Günter Sare. Als der Gerichtsvorsitzende neue Abzüge und Vergrößerungen anordnete, verschwand das Negativ übers Wochenende in der Landesbildstelle Hessens. Das mußte ja so kommen.

Der Fotograf und seine Freunde jedoch hatten von dem Original-Negativ Kopien angefertigt, auf die das Gericht nun zurückgriff. Ergebnis zweier Gutachten:



Wasserwerfer-Kommandant (links) und Fahrer und genau so hat man sie sich vorgestellt.

Die auf dem Foto abgebildete Person sei 5 Zentimeter größer als Günter Sare und daher mit Sicherheit jemand anderes. Das schwerste Belastungsstück gegen die angeklagten Polizisten erwies sich auf einmal als prozeßentscheidende Entlastung. Das mag nun diejenigen verwirrt haben, die mit dem Verschwinden des Originals — irgendwie — etwas zu tun hatten. Aber wie dem auch immer sei — klar ist, daß es so kommen mußte. Und klar ist natürlich auch, daß sich der abgebildete Unbekannte, von dem jetzt die Rede ist, nicht gemeldet hat und niemals melden wird.

Liberalerseits wird argumentiert, die Schuld der Angeklagten sei nun einmal nicht einwandfrei erwiesen, der Freispruch insofern korrekt und respektabel. Der Richter sei fair gewesen, der Staatsanwalt ein nicht unkritischer junger Mann usw. usf. Jeder, der an den Rechtsstaat glaubt oder eben glauben will, muß natürlich so argumentieren. Aber wie weit sind Grüne und andere eigentlich heruntergekommen, daß zu dieser ganzen Kette von Manipulationen nur noch Schweigen herrscht? Aber... das muß so sein. Denn der Polizeistaat soll ja funktionieren.

Ein Bilderbuch-Prozeß mit Bilderbuch-Angeklagten und einem Bilderbuch-Urteil. Staatsanwaltschaft und die Mutter des Toten als Nebenklägerin haben Revision eingelegt.

de.

Das Loch in der Celler Mauer:

Innenminister Hasselmann sitzt auf der Bombe

Niedersachsens Innenminister Hasselmann kann vorerst sein Amt weiterführen. Der Antrag der Grünen auf Entlassung Hasselmanns ist am 19.2.88 von der Regierungskoalition aus CDU und FDP mit ihrer Einstimmenmehrheit abgelehnt worden. Hasselmann bleibt damit erst einmal auf seiner Bombe sitzen, die da heißt: Geheimpolizei und VS. Daß die CDU und die FDP unter der Führung von Ministerpräsident Albrecht weiter an Hasselmann festhält, ist wahrlich keine Überraschung, denn das Problem ist nicht Hassselmann, sondern das Problem liegt bei den undichten Stellen im Verfassungsschutz. Solange diese undichten Stellen nicht gestopft sind, würde ein Nachfolger auf dem Posten des Innenministers eine ähnlich unglückliche Figur abgeben.

Der VS und die Journalisten

Begründet wurde der Antrag auf Entlassung Hasselmanns durch den grünen Landtagsabgeordneten Jürgen Trittin vor allem damit, daß Hasselmann die politische Verantwortung dafür trage, daß der VS Journalisten als Zuträger benutzt und ausdrücklich zur Mitarbeit aufgefordert hatte und daß die Journalisten Aust und Müller vom „Stern" auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit bespitzelt worden seien. Hinzu kam, daß Hasselmann gegenüber der Öffentlichkeit über diese Schnüffeleien seiner Geheimdienste *„wiederholt falsche Angaben gemacht hatte"*. (FR, 20.2.88, vgl. dazu, „Arbeiterkampf", Nr. 291, 8.2.88)

Unterstützt wurde der Entlassungsantrag der Grünen auch von der SPD. Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Gerhard Glogowski wies u.a. darauf hin, *„daß Hasselmann dem Verfassungsschutzamt ausdrücklich das Recht zugesprochen hatte, Straftaten zu begehen"*, und daß *„sich die Landesregierung vom Verfassungsgebot der Bindung an Recht und Gesetz losgesagt"* habe. (FR, 20.2.88)

Daß die Grünen sich in ihrer Antragsbegründung besonders auf die Zusammenarbeit des VS mit Journalisten, bzw. deren Bespitzelung durch den VS bezogen, liegt nicht nur daran, daß das Innenministerium allgemein die Pressearbeit behindert und die demokratische Kontrollfunktion der Presse teilweise auszuschalten versucht hatte, sondern der Hintergrund ist der, daß damit gleichzeitig auch die Arbeit des „Celler-Bomben-Ausschusses" torpediert wird. Bisher hatten die Mitglieder dieses Ausschusses über die Geheimdienstaffäre um das Celler Loch und die „Operation Neuland" mehr aus Presseberichten erfahren, als aus den offiziellen Berichten der Landes-

Ausschusses" torpediert wird. Bisher hatten die Mitglieder dieses Ausschusses über die Geheimdienstaffäre um das Celler Loch und die „Operation Neuland" mehr aus Presseberichten erfahren, als aus den offiziellen Berichten der Landes-regierung.

V-Mann erpreßt Hasselmann

Während die Opposition im Landtag mehr oder weniger nachdrücklich den Rücktritt von Hasselmann forderte, brachte der Journalist Bernd Plogmann eine neue Variante in das Verdunkelungsspiel des VS. Der zur Zeit arbeitslose Plogmann, der in der Vergangenheit für verschiedene Presseorgane gearbeitet hatte, so u.a. auch für das CDU-Parteiorgan „Niedersachsen-Zeitung", und der gleichzeitig auf der Lohnliste des VS stand, forderte von Hasselmann ultimativ, daß er verbindlich eine neue Arbeitsstelle zugesagt bekomme. Wenn das Ministerium nicht auf seine Forderung eingehe, dann *„werde er das Angebot eines Hamburger Verlagshauses annehmen und dort für eine fünf- bis sechsstellige Summe über seine frühere Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde ‚auspacken'"* (FR, 18.2.88).

Plogmann, der angeblich mit dem einstigen Kieler „Medienreferenten" Reiner Pfeiffer „befreundet ist" (Göttinger Tageblatt, 18.2.88), spielte in der Barschel-Affäre eine bedeutende Rolle. Er war es, der Barschel nach Genf lockte, unter dem Vorwand, daß er entlastendes Material für ihn hätte. Zeitgleich mit Plogmann war auch Werner Mauss in Genf. Mauss hielt sich in einem Hotel auf, das dem Hotel von Barschel gegenüber lag.

Als Plogmanns Wohnung wegen seiner Verwicklung in der Affäre Barschel von der Polizei durchsucht werden sollte, da wurde er drei Tage vorher von Mitarbeitern niedersächsischer Behörden über die bevorstehende Durchsuchung informiert.

Falls Plogmann nun wirklich auspacken sollte und das nicht alles eine Finte ist, dann könnte es sicherlich interessant werden. Man darf also gespannt sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jedenfalls schon gegen Plogmann „wegen des Verdachts der Nötigung" (GT, 19.2.88)

Die staatlichen Waffenlieferanten und Bombenbastler

Ungeachtet dessen lief die inhaltliche Arbeit des „Celler-Bomben-Ausschusses" weiter. In den letzten Wochen wurde die offizielle Darstellung der Landesregierung durch die Anhörung weiterer Zeugen schwer erschüttert.

Am 4.2.88 war der 39-jährige Maurermeister Manfred Gürth als Zeuge vor dem 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß geladen. Gürth sagte aus, daß sich der V-Mann Loudil, der durch den Celler Anschlag in die TE-Szene eingeschleust werden sollte, sich im November 1978 an ihn, Gürth, gewandt hatte. Gürth war damals gerade aus einer Untersuchungshaft entlassen worden, die er wegen des Verdachts des Waffendiebstahls absitzen mußte.

Loudil bat Gürth darum, ihm Unterschlupf zu gewähren, da er wegen der versuchten Befreiung von Debus von der Polizei gesucht werde. Der nichts ahnende Gürth ging darauf ein und überließ Loudil fast zweieinhalb Monate lang seine Zweitwohnung. In dieser Zeit versuchte Loudil seine „Zielperson" Gürth zu mehreren Straftaten anzustiften. Loudil entwickelte diverse Pläne, etwa eine Bank in Altona zu überfallen, den Leiter der Celler JVA und einen Anstaltswärter zu ermorden. Loudil bot Gürth auch an, ihm zu zeigen, wie man aus einem Feuerlöscher eine Bombe bauen kann.

Loudil war außerdem im Besitz eines scharfen 6mm Revolvers und mehrerer Waffenteile und veranstaltete in Gürths Zweitwohnung Schießübungen.

Schließlich baute Loudil dann auch die Feuerlöscher-Bombe, nachdem er die Materialien zur Herstellung der Bombe besorgt hatte. Drei Tage nachdem Loudil bei Gürth ausgezogen war, bestellte er ihn zu einem Treffen in seiner Zweitwohnung. Doch Loudil kam nicht zu dem vereinbarten Treff, dafür aber die Polizei.

Gürth wurde wegen der von Loudil hergestellten Bombe in einem Prozeß zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In diesem Prozeß hatte Gürth immer noch nicht erfahren, daß Loudil ein VS-Agent war. Gürth hatte Loudil im Gerichtsverfahren „praktisch gedeckt", wie er vor dem Ausschuß aussagte. Erst viel später, nämlich durch die Presseberichte über das Celler Loch hatte er erfahren, daß Loudil als V-Mann gezielt auf ihn angesetzt worden war.

Seit geraumer Zeit versucht Gürths Anwalt Akteneinsicht zu erlangen, um ein Wiederaufnahmeverfahren anstrengen zu können. Bis heute ist diese Akteneinsicht verweigert worden. (Alle Angaben nach der „Niederschrift über die 46. öffentliche Sitzung des 11. Parlamentari-

Seit geraumer Zeit versucht Gürths Anwalt Akteneinsicht zu erlangen, um ein Wiederaufnahmeverfahren anstrengen zu können. Bis heute ist diese Akteneinsicht verweigert worden. (Alle Angaben nach der „Niederschrift über die 46. öffentliche Sitzung des 11. Parlamentari-schen Untersuchungsausschusses am 4.2.1988)

Auch einen weiteren Zeugen, den niederländischen Publizisten Henk Wubben, wollte der andere in dem Celler Anschlag eingesetzte V-Mann, Manfred Berger, in die Falle locken. Henk Wubben, der 1978 in dem „Medizinisch-juristischen Komitee für politische Gefangene" in Amsterdam aktiv war, wurde von den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden so eingeschätzt, daß er Kontakte zu den Leuten aus der RAF haben könnte.

Wubben war die eigentliche „Zielperson" der „Aktion Feuerzauber". Der Plan war, Wubben in einen Befreiungsversuch von Debus zu verwickeln, um so eventuell Zugänge zur RAF zu bekommen. Wubben, der früher mit Debus befreundet war, ging aber nur bedingt auf die von V-Mann Berger vorgetragenen Vorstellungen ein. Wubben stellte Bedingungen: Er würde nur Debus aufnehmen und medizinisch versorgen, nicht aber Berger und Loudil, und das auch nur, wenn bei der Befreiung nicht geschossen wird. Er selber, Wubben, würde sich nicht an der Aktion beteiligen.

Sieben bis acht Mal hatte sich Wubben mit Berger getroffen und im Laufe der Zeit ist Wubben immer mißtrauischer geworden. So hatte Berger ihm auch einmal eine Waffe gezeigt, die er im Schulterhalfter trug. Er sagte zu Wubben, daß er ihm „auch leicht eine besorgen könnte."

In seiner Vernehmung vor dem Ausschuß bestritt Wubben, wie die Landesregierung behauptet, seine Zustimmung zu dem Sprengstoffanschlag gegeben und Berger mit Waffen und Geld beliefert zu haben. Wubben wies darauf hin, daß die Landesregierung bis heute für ihre Behauptungen keine Beweise vorgelegt habe, etwa Fotos oder Filme von der angeblichen Übergabe. (Angaben nach „Niederschrift über die 49. öffentliche Sitzung ... 12.2.88)

Frau Mauss vernommen

Am 25.2.88 hatte der Ausschuß Margret Shalaby, die Exehefrau von Mauss, zum zweiten Mal in einer nichtöffentlichen Sitzung vernehmen können. Unter großen Sicherheitsvorkehrungen fand die Vernehmung statt. Ein Nebengebäude des Landtags war hermetisch abgesperrt worden.

War der Aufwand, der hier betrieben wurde, sehr groß, so war das Ergebnis der Vernehmung eher mager, denn schon bei ihrem ersten Auftritt vor dem Ausschuß litt Frau Shalaby unter Gedächtnisschwund, so daß sie zur Aufhellung der „Operation Neuland" nichts Wesentliches beitragen konnte.

Interessant waren bei ihrer Vernehmung am 25.2. eigentlich nur drei Punkte:
1. Bei ihrem Einsatz gegen den Juwelier Düe hatte das Ehepaar Mauss bisher 350.000 DM plus Spesen erhalten. Weitere 350.000 DM sollen folgen, wenn das Urteil rechtskräftig wird. Frau Shalaby *„bestärkte den Verdacht, daß Zahlungen der Mannheimer Versicherung auch führenden Beamten des Landeskriminalamts zugute kamen."* (FR, 27.2.88)
2. Bei ihren Einsätzen, so erklärte Frau Shalaby, hätte sich das Ehepaar Mauss immer stets und streng an die bestehenden Gesetze gehalten. Nur, bei Nachfragen wurde deutlich, daß sie die maßgeblichen landesrechtlichen Bestimmungen gar nicht kannte und daß sie bei ihren Einsätzen in Niedersachsen *„nie rechtlich belehrt worden"* ist (TAZ, 27.2.88)
3. Bei ihren Einsätzen hätten die Eheleute Mauss immer Berichte geschrieben. Einsatzberichte, Monatsberichte und Jahresberichte, die sowohl an das BKA und die Versicherungswirtschaft gegangen wären. Die Versicherungen hätten auch die Einsatzberichte und die Spesenberichte über die Fälle bekommen, in denen man für die Geheimdienste gearbeitet hatte. Über Jahre hinweg wurden staatliche Geheimnisse auf diese Weise an Privatpersonen weitergereicht. Erstaunt mußten auch die Vertreter der CDU und der FDP mitanhören, daß hier nicht nur Geldbeträge, sondern auch penibel die Namen von VS-Agenten aufgelistet waren.

Vor diesem Hintergrund muß man sich nur noch einmal vor Augen halten, wie die Landesregierung den Untersuchungsausschuß mit Geheimschutzordnungen traktiert, die Aktenherausgabe verweigert, Aussagegenehmigungen ins Paradoxe eingeengt hatte, Zeugen vorenthält — wegen angeblicher Gefahr für Leib und Leben —, Journalisten behindert usw. Und alles das, was parlamentarische Kontrollorgane nicht kriegen, das liefert Mauss kapitalistischen Privatunternehmungen frei Haus.

Cubillo als Zeuge geladen

Der Landtagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Trittin, hat die Vernehmung des ehemaligen Führers der kanarischen Befreiungsbewegung, Cubillo, durch den Untersuchungsausschuß beantragt. Auf Cubillo wurde 1978 ein versuchter Mordanschlag verübt. Auftraggeber dieses Anschlags war der spanischen Geheimdienst, der damals zusammen mit dem niedersächsischen Verfassungsschutz eine Operation gegen die kanarische Befreiungsbewegung durchführte. Cubillo soll klären helfen, in wieweit der VS in diesen Mordanschlag verstrickt war.

Wie Trittin gegenüber der Presse erklärte, soll die Landesregierung weitere falsche Angaben gemacht haben. So soll der V-Mann Susak, der für den VS arbeitete, schon im Oktober 77 an Cubillo herangetreten sein, wie Cubillo selber behauptet. Die Landesregierung gibt an, daß eine erste Kontaktaufnahme erst im März 78 erfolgte. (TAZ, 12.2.88) Für Cubillos Aussage spricht, daß die Landesregierung bisher Akten unterschlagen hat, die gerade diesen Zeitraum von Oktober 77 bis Dezember 77 betreffen.

Unterschlagen hatte die Landesregierung auch, daß Susaks Rolle u.a. darin bestand, Cubillo vorzuschlagen, *„Kinder deutscher Touristen auf den kanarischen Inseln zu entführen"* (FR, 18.2.88), wie Cubillo Trittin und Aust mitteilte.

He., KB Göttingen

Buchbesprechung:

„Mauss — Ein deutscher Agent"

„Am 18. Juni 1980 hatte Mauss seinem Kontaktmann beim BND endlich einmal Sensationelles mitzuteilen: Unter der Überschrift: ‚Bitte nach Möglichkeit sofort weiterleiten' teilte er mit, Renate XX hätte am 31. Mai 1980 versucht, ‚über Quelle vier Maschinenpistolen zu erwerben, mit dem Ziel, diese eigenen Angaben zufolge an gesuchte deutsche Personen weiterzuleiten, zwecks Ausübung einer Straftat mit politischem Hintergrund'."

Obwohl der BND und der Generalbundesanwalt die Zustimmung verweigern, hält Mauss trotzdem an seinem Plan fest. Über „Quelle", seine V-Frau, gab Mauss einen Übergabetermin bekannt, den er aber wenige Stunden vor dem Deal wieder platzen ließ, so daß Renate XX (der Name ist geändert worden) die Waffenkunden nicht mehr rechtzeitig informieren, die Sicherheitsbehörden sie aber observieren konnten.

Mauss wörtlich in einer eidesstattlichen Versicherung vom 22.11.1987: *„‚Ich mußte zum Schein auf das Angebot, Maschinenpistolen zu liefern, eingehen. Es sollten aber unbrauchbare MPs geliefert werden. In der Nähe des vorgesehenen Übergabeortes sind Video-Kameras aufgestellt worden. Auf diese Weise sollte festgestellt werden, wer die Maschinenpistolen abholt. Die Terroristen scheinen*

sollten aber unbrauchbare MPs geliefert werden. In der Nähe des vorgesehenen Übergabeortes sind Video-Kameras aufgestellt worden. Auf diese Weise sollte festgestellt werden, wer die Maschinenpistolen abholt. Die Terroristen scheinen *bemerkt zu haben, daß sie observiert werden. Jedenfalls sind sie mit einem Auto überstürzt davongefahren. Dabei sind sie in einen LKW hineingerast. Sie sind an den Unfallfolgen gestorben.'*

Kein Zweifel, die beiden angeblichen Maschinenpistolen-Empfänger müssen Juliane Plambeck und Wolfgang Beer gewesen sein. Ihr Tod auf einer Landstraße in der Nähe von Stuttgart war bisher offiziell immer als normaler Verkehrsunfall ausgegeben worden.

Mauss in einer weiteren eidesstattlichen Erklärung: ‚Die Angelegenheit war keine Pleite, sondern ein voller Erfolg.'"

Durchleuchtung einer Karriere

Diese Textpassagen sind dem neuen Buch von Stefan Aust „Mauss. Ein deutscher Agent" entnommen. Stefan Aust wartet in seinem Buch mit viel neuen und interessanten Hintergrundmaterialien auf. Mit Ermittlungsberichten von Mauss, Polizeiprotokollen, Untersuchungsausschußunterlagen, Zeugenaussagen und eigenen Recherchen stellt er die Karriere eines Mannes dar, der von einem kleinen Privatdetektiv zum Topagenten, zur „Wunderwaffe" der bundesdeutschen Polizei und der Geheimdienste aufstieg; ein Mann aber auch, der als „moderner Kopfgeldjäger" für die Privatwirtschaft in Aktion tritt.

Ausführlich beschrieben werden Mauss kleinere und größere Fälle. Ob es nun die Jagd auf Lecki und Derks ist, oder nach dem Kölner Domschatz, ob es die Operation gegen die Eurogang ist, oder der Einsatz gegen den Juwelier Düe, Aust legt das Erfolgsrezept dieses Agenten bloß: Mauss taucht als verdeckter Ermittler in die Unterwelt ein, schlüpft in die Rolle des Oberganoven, an bestehende Gesetze wird sich nicht gehalten, sondern gegen sie wird fortlaufend verstoßen und aufgeklärt wird im Wesentlichen nur das von ihm, was er selber anschiebt.

Ebenfalls aufgeblättert werden die Operationen, die Mauss für die bundesdeutschen Geheimdienste durchführte: So die Verhaftung von Pohle in Griechenland, so die „Operation Neuland", an deren Ende die versuchte Ermordung des Führers der kanarischen Befreiungsbewegung, Cubillo, stand, so der „Fall Albrecht", der Versuch des Eindringens in die neonazistische Terrorszene, speziell in die WSG-Hoffmann und das just zu einem Zeitpunkt, als der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest stattfand usw. usw.

Gut dargestellt hat Aust am Beispiel von Mauss, wie die strikte Trennung von Polizei und Nachrichtendienste in der BRD de facto schon längst aufgehoben worden ist. Die totale Abschottung der Agenten der Geheimdienste führt dazu, daß sie praktisch uneingeschränkt agieren können: Gesetzlichen Zugriffen und der parlamentarischen Kontrolle werden sie weitgehend entzogen.

Aber die Abdeckung geht noch weiter. Als der „Stern" in einer Serie einen Teil des Aust-Buches vorab druckte, wurde ihm gerichtlich verboten, *"darüber zu berichten, daß und in welcher Hinsicht bzw. Weise der Verfügungskläger (Mauss) an der Enttarnung und/oder Aufspürung und/*

Aber die Abdeckung geht noch weiter. Als der „Stern" in einer Serie einen Teil des Aust-Buches vorab druckte, wurde ihm gerichtlich verboten, *"darüber zu berichten, daß und in welcher Hinsicht bzw. Weise der Verfügungskläger (Mauss) an der Enttarnung und/oder Aufspürung und/**oder Festnahme von Terroristen und/oder sonstigen Personen, die Gewalt gegen Personen verübt haben, beteiligt war, soweit seine Beteiligung nicht bereits durch Veröffentlichungen in den Medien bekannt geworden ist.„* Damit wird der Presse verboten, neue Fälle von Mauss zu enthüllen und kritisierbar zu machen. Das hatte zur Folge, daß Aust am Ende seines Buches nur noch die Flugbewegungen von Mauss aus den letzten Monaten auflisten kann. Daß Mauss hier u.a. — vermutlich für das BKA — im Fall Cordes tätig war, kann der Leser und die Leserin nur raten.

Falsche Individualisierung ...

Die Schwächen des Aust-Buches liegen da, wo er den Aufstieg des Werner Mauss isoliert betrachtet. Immer wieder tauchen Passagen in dem Buch auf, in denen Aust aufzeigen will, daß Mauss bei seiner Tätigkeit für Versicherungsgesellschaften die Polizei für seine privaten Interessen einspannte und angeblich dabei einzelne Polizeibehörden gegeneinander ausspielte. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Nicht Mauss funktionalisierte die Polizei, sondern Mauss wurde eine bestimmte Funktion zugewiesen.

Die rasante Karriere dieses Agenten war nur möglich, weil der bundesdeutsche Sicherheitsapparat Ende der 60er Jahre umstrukturiert wurde und die „neuen Methoden der Verbrechensbekämpfung" hier ihren Einzug erhielten, also als die Einrichtung von geheimen Bereichen bei den Polizeibehörden, ihre nachrichtendienstliche Ausrichtung, der Einsatz von under-cover-agents, die Aushöhlung des Legalitätsprinzips durchgesetzt wurden. BKA-Chefs wie Herold, Boge und Boeden haben Mauss im Rahmen dieser Entwicklung recht erfolgreich eingesetzt. Die Zusammenarbeit verlief und verläuft durchaus gut und Fakt ist, daß das BKA auch heute noch in brisanten Fällen, wie z.B. der Cordes-Entführung, seinen Topagenten ins Feld schickt.

Für das BKA und andere Polizeibehörden ist es natürlich recht angenehm, daß Mauss kein Beamter ist, sondern Privatdetektiv mit wechselnden Auftraggebern, denn zum einen trägt man für so einen Mann — im Notfall — nicht die Verantwortung und zum anderen kann man ganz gezielt ein Verwirrspiel mit der Zuständigkeit für einen bestimmten Einsatz entwickeln, an dem sich dann Gerichte, Untersuchungsausschüsse und Buchautoren die Zähne ausbeißen können. Nur, das ist nicht Verselbständigung, sondern bewußte Inszenierung.

Besonders problematisch wird es, wenn Aust die Einsätze von Mauss für die Nachrichtendienste und hier speziell im Bereich des Terrorismus als erfolglos darstellt. Aust kommt zu dieser Einschätzung vor allem aufgrund der ihm vorliegenden Einsatzberichte von Mauss. Nach Austs Ansicht werden Einsatzberichte von Mauss selber „angedickt" und aufgebauscht, weil er angeblich ohne nennenswerte Erfolge im Trüben fischte. Aust versteigt sich sogar dazu, am Schluß seines Buches Mauss mit dem Hauptmann von

genden Einsatzberichte von Mauss. Nach Austs Ansicht werden Einsatzberichte von Mauss selber „angedickt" und aufgebauscht, weil er angeblich ohne nennenswerte Erfolge im Trüben fischte. Aust versteigt sich sogar dazu, am Schluß seines Buches Mauss mit dem Hauptmann von Köpenick zu vergleichen.

Diese Einschätzung kann ich keineswegs teilen. So waren die Einsätze im Fall Pohle, im Fall Plambeck und Beer, die „Operation Neuland" und auch der Fall Albrecht ganz offensichtliche Erfolge.

Sicherlich ist Mauss nicht alles gelungen, und sicherlich war es für ihn schwerer, im Bereich des Terrorismus einzudringen, als in den Bereich der Schwerkriminalität. Aber die Arbeit der niedersächsischen Untersuchungsausschüsse zur Tätigkeit des Werner Mauss zeigen und belegen, daß es bisher so war, daß Mauss seine Ermittlungsberichte nicht „angedickt", sondern ausgedünnt hatte. Schwerwiegende Verstöße und wichtige Teile von Einsätzen wurden von Mauss in seinen Berichten natürlicherweise nicht erwähnt und ganze Berichte über Mauss Tätigkeit, wie z.B. die Berichte der niedersächsischen Landesregierung zur „Operation Neuland" wurden in der gesamten Tendenz irreführend abgefaßt, um den eigentlichen Kern des Einsatzes zu verschleiern.

So muß auch Aust einräumen, nachdem er ausführlich Mauss erfolgreiche Jagd nach den Seveso-Dioxin-Fässern beschrieben hatte, daß dies auch ein gigantisches Ablenkungsmanöver sein könnte, denn es gibt sehr ernst zu nehmende Hinweise, daß Mauss nicht die Originalfässer aufgespürt hatte.

Nicht weitergekommen ist Aust in vielen wichtigen Fragen. Auch zum „Deutschen Herbst", zur Schleyer-Entführung, zu den Todesfällen in Stuttgart-Stammheim kann Aust nur Gerüchte bieten.

Trotz allem, das Buch ist lesenswert.

He., KB Göttingen

Stefan Aust, Mauss — Ein deutscher Agent, Hamburg 1988, 390 Seiten, Preis 39,80 DM

Neue Wege grüner Entmummungspolitik

Die GRÜNEN Baden-Württembergs bereiten den Wahlkampf vor

Vier Wochen vor der Landtagswahl haben die baden-württembergischen Grünen ihre Unentbehrlichkeit deutlich gemacht. Die gemeinsame Erklärung von Landesvorstand und Fraktion „Grüne Politik für die Verteidigung der Demonstrationsfreiheit und für den Ausbau gewaltfreier Konfliktlösungen“ stellt die Einzigartigkeit der Grünen Partei klar heraus: „In dieser Auseinandersetzung sind die Grünen mehr als eine Partei neben anderen Parteien. Sie sind in den Parlamenten vertreten und somit in der Lage, diejenigen direkt mit ihrer Kritik zu konfrontieren, die gesetzliche Scheinlösungen progagieren, durch die eine Ausweitung bestehender Konflikte droht. Die Grünen beteiligen sich an vielen Aktionen zivilen Ungehorsams und Demonstrationen. Sie sind somit in der Lage, diejenigen direkt mit ihrer Kritik zu konfrontieren, die eine militante Strategie der Gewalt verfolgen.

Aus dieser Lage ergibt sich für die Grünen die Verpflichtung, ihre Konzepte ziviler Konfliktlösungen in Formen unmittelbarer Auseinandersetzung zu vertreten und sich nicht in die Distanz der Sprachlosigkeit zu begeben. Es ergibt sich die Verpflichtung, mit den Exponenten des Konflikts zu reden, Denk- und Kontaktverbote zu durchbrechen.“

Ansprechpartner gibt es quer durch alle Lager. Dazu zählen auch „viele Polizeivertreter“ und „viele Autonome“: „Am 2.11.1987 wurden an der Startbahn West zwei Polizisten ermordet. Das spontane Erschrecken über diese Morde ging quer durch die Gesellschaft. Auch bei den Autonomen, die von einem Teil der Medienöffentlichkeit für die Morde kollektiv schuldig gesprochen wurden, ist dieses Erschrecken deutlich geworden. Hier bestand eine Gemeinsamkeit, die politische Gegner und sogar Feinde miteinander verbunden hat.“

Nur CDU und FDP wollen nicht mitspielen. Sie „respektieren diese Gemeinsamkeit nicht. Sie verweigern sich der Chance, auf die Gewaltfrage neue Antworten zu finden und geben vor, Gewalttätigkeiten mit immer mehr staatlicher Repression verhindern zu können. Sie ignorieren, daß viele Polizeivertreter die Kritik geäußert haben, Polizeieinsatz könne und dürfe kein Politikersatz sein. Sie ignorieren, daß viele Autonome anerkannt haben, daß Militanzrituale tatsächlich ein Milieu geschaffen haben, in dem ein Täter unkontrolliert zur Waffe greifen konnte. Doch sie ignorieren nicht nur, daß sich sowohl die Polizei gegen die Rolle des „Prügelknaben der Politik“ wehrt, als auch Autonome sich gegen die Rolle des „terroristischen Staatsfeinds“ wehren. Mit den geplanten Gesetzentwürfen verstärken sie vielmehr diese Rollenzuweisung.“

Die zu diesem Zwecke geplanten Gesetzesverschärfungen lehnen die baden-württembergischen Grünen ab. Ihre Einschätzung: „CDU und FDP geht es offensichtlich nicht wirklich darum, Gewaltpotentiale abzubauen. Der Bonner Koalition geht es darum, um jeden Preis Staatsautorität zu beweisen. Wenn der Staat dabei autoritäre Züge erhält, dann wird das billigend in Kauf genommen.“

Nicht besser sind allerdings die Zwillenträger des „Schwarzen Blocks“: „Die Gewaltspirale wird jedoch auch von einer Minderheit von Demonstranten angekurbelt, die sich selbst zu den „Autonomen“ rechnen. Zwillen, Molotowcocktails und Steine werden als legitime Mittel eines Widerstandes gegen bestimmte Großprojekte bzw. gegen den Staat als ganzen angesehen. Aus der rücksichtslosen Durchsetzung solcher Großprojekte unter Mißachtung der protestierenden Bevölkerung sowie aus der Aufrüstung von Strafrecht und Polizei und den daraus folgenden Übergriffen leiten diese militanten Autonomen ihre Legitimation zur Gewaltanwendung, verstanden als Gegengewalt, ab. Die Inhumanität der Gewalt des sog. „Schwarzen Blocks“ versteckt sich hinter der Inhumanität der staatlichen Gewalt.“

Wie halten es nun die Grünen selbst mit der Rechtsstaatlichkeit? „Die Grünen respektieren rechtsstaatliche Normen und Verfahren. Dennoch ist nicht jede Gewaltanwendung des Staates legitim, und die Grünen stellen die Legitimität staatlicher Durchsetzung von irreversiblen Großprojekten explizit in Frage. (...)

Es gehört zur Definition gewaltfreien Widerstands, daß sie staatliche Sanktionsgewalt hinnimmt. Gerade im Spannungsfeld von Bürgeraktion und staatlicher Reaktion kann deutlich werden, wo Recht zu offensichtlichem Unrecht geworden ist. Bei Mehrheitsentscheidungen, die zu existenzbedrohenden Entwicklungen führen, bedeutet dieser gewaltfreie Widerstand die Chance neuer Weichenstellungen.“

Ein „konkretes Ziel grüner Politik“ ist „das Zurückdrängen von Gewalt“ (Zwischenüberschrift): „Die große Mehrheit gewaltfreier Demonstranten muß in eine Auseinandersetzung mit den Demonstranten treten, die bisher Gewalt befürwortet und vielleicht auch angewendet haben. In dieser Auseinandersetzung werden die Grünen klarmachen, daß gemeinsame politische Ziele nicht als Legitimationsargument dafür dienen können, daß Aktionsbündnisse geschlossen werden, die die gewaltfreien Aktionsstrategien verletzen. Es gibt für uns Grüne keine Arbeitsteilung zwischen gewaltfreiem und gewalttätigem Protest und Widerstand.

In dieser Auseinandersetzung muß deutlich werden, daß die Grünen alles tun werden, damit aktive Minderheiten, die bereit sind, Gewalt anzuwenden, nicht in der Lage sind, die gewaltfreien Mehrheiten zu dominieren. Die Grünen akzeptieren keinen Einsatz von Zwillen, Molotowcocktails und Steinen. Solche Mittel sind inhuman und nicht zu rechtfertigen.

Dieser klare Absage der Grünen an Gewalt bedeutet jedoch keine Ausgrenzung von militanten Autonomen. Wir wollen den Dialog mit diesen Gruppen, gerade weil wir um die Gefahren von deren totaler Isolierung und Stigmatisierung wissen. Doch die Voraussetzung für einen wirklichen Dialog sehen wir auch darin, daß wir unsere Position unmißverständlich formulieren — eine Position, bei der für Koketterie mit gewaltsamen Methoden kein Platz ist. (...) Gewaltfreie Demonstranten müssen verstärkt in die Lage versetzt werden, auf gewaltbereite Demonstranten und gewaltbereite Polizisten einzuwirken, und bereit sein, beim Aufkommen von Gewalt zu intervenieren.“

Es versteht sich von selbst, daß das unvermummt zu geschehen hat: „Das Prinzip der Demonstration schließt für die Grünen Vermummung aus. Die Grünen beteiligen sich an Demonstrationen und gewaltfreien Aktionen, um mit ihrer Person und Persönlichkeit zu zeigen, daß sie für eine bestimmte Sache eintreten.“

Neben der eigenen demonstrativ unvermummten Wehrlosigkeit und der Aufforderung an „gewaltbereite Demonstranten“, nicht nur die Zwillen, sondern auch die Skimützen wegzuschmeißen, enthält grüne Entmummungspolitik aber noch ein weiteres Element: den Appell an den Staat, dem Einsatz von Schlagstöcken, Reizgas und Wasserwerfern zu entsagen und auch das Filmen und Fotografieren von Demonstrationsteilnehmern künftig sein zu lassen. „Der sofortige Verzicht auf diese gängigen Mittel der Polizeipraxis würde die Vermummungsdiskussion auf einen Schlag überflüssig machen.“

So einfach kann Politik sein! Vorausgesetzt, die Politiker verfügen über ebensolchen Sachverstand und Ideenreichtum wie die baden-württembergischen Grünen. Die formulieren nicht nur allgemeine Ziele, sondern machen auch sehr konkrete Verbesserungsvorschläge: „Es sollen vorrangig aus der Gegend stammende Beamte eingesetzt werden, die mit der lokalen Situation besser vertraut sind und die angemessener auf (gewalttätige oder sonstige Konflikte) reagieren können als orts- und problemunkundige Polizisten.“

Ob dieses bemerkenswerte Papier „in der Grünen Partei, in der außerparlamentarischen Bewegung, bei den sog. Autonomen, aber auch im etablierten Lager der Gesellschaft und bei der Polizei diskutiert wird und so einen Beitrag zur Durchbrechung der Gewalteskalation leisten kann“?

Das Presse-Echo auf seine Veröffentlichung spricht deutlich dagegen. Das Bemühen der Verfasser um Ausgewogenheit wird weitgehend unterschlagen. „Südwest-Grüne gegen Vermummung“ titeln wörtlich identisch „Stuttgarter Zeitung“, „Südkurier“ und „taz“. Auch die übrigen Blätter vermelden ausschließlich die Linksabgrenzung: „Bekenntnis zur Gewaltfreiheit'. („FR“), „Landesgrüne gehen auf Distanz zu Ditfurth“ („Rhein-Neckar-Zeitung“) und noch einmal „Grüne im Land lehnen die Vermummung ab“ („Stuttgarter Nachrichten“).

Daß allein der AK — stets offen für neue Ideen — die wesentlichen Teile ihres Papiers dokumentiert, dürfte die ehrgeizigen grünen Abrüstungspolitiker kaum zufriedenstellen.

CHILE
Einige entkommen der Folter lebend.
Aber was ist das für ein Leben?
Denn die Qualen der Folter wirken nach – noch lange.
Depressionen, Angstneurosen und paranoide Zustände sind die häufigsten seelischen Spätfolgen. Viele Opfer von Folter drohen daran zu zerbrechen. Sie brauchen dringend fachkundige Hilfe. So wurde 1986 in der chilenischen Hauptstadt Santiago
Heilpläne auf psychologisch-psychiatrischer Ebene entwickelt, die ebenso die medizinischen und sozialen Aspekte des Einzelfalles berücksichtigen.
CINTRAS arbeitet mit allen oppositionellen Kräften zusammen und wird besonders von der katholischen Kirche Chiles geschützt. Bis Ende August '87 wurde CINTRAS von der

me“: „Am 2.11.1987 wurden an der Startbahn West zwei Polizisten ermordet. Das spontane Erschrecken über diese Morde ging quer durch die Gesellschaft. Auch bei den Autonomen, die von einem Teil der Medienöffentlichkeit für die Morde kollektiv schuldig gesprochen wurden, ist dieses Erschrecken deutlich geworden. Hier bestand eine Gemeinsamkeit, die politische Gegner und sogar Feinde miteinander verbunden hat.“
Nur CDU und FDP wollen nicht mitspielen. Sie „respektieren diese Gemeinsamkeit nicht. Sie verweigern sich der Chance, auf die Gewaltfrage neue Antworten zu finden und geben vor, Gewalttätigkeiten mit immer mehr staatlicher Repression verhindern zu
Aus der rücksichtslosen Durchsetzung solcher Großprojekte unter Mißachtung der protestierenden Bevölkerung sowie aus der Aufrüstung von Strafrecht und Polizei und den daraus folgenden Übergriffen leiten diese militanten Autonomen ihre Legitimation zur Gewaltanwendung, verstanden als Gegengewalt, ab. Die Inhumanität der Gewalt des sog. „Schwarzen Blocks“ versteckt sich hinter der Inhumanität der staatlichen Gewalt.“
Wie halten es nun die Grünen selbst mit der Rechtsstaatlichkeit? „Die Grünen respektieren rechtsstaatliche Normen und Verfahren. Dennoch ist nicht jede Gewaltanwendung des Staates legitim, und die Grünen stellen die Legitimität staatlicher Durchsetzung von
Grünen akzeptieren keinen Einsatz von Zwillen, Molotowcocktails und Steinen. Solche Mittel sind inhuman und nicht zu rechtfertigen.
Dieser klare Absage der Grünen an Gewalt bedeutet jedoch keine Ausgrenzung von militanten Autonomen. Wir wollen den Dialog mit diesen Gruppen, gerade weil wir um die Gefahren von deren totaler Isolierung und Stigmatisierung wissen. Doch die Voraussetzung für einen wirklichen Dialog sehen wir auch darin, daß wir unsere Position unmißverständlich formulieren — eine Position, bei der für Koketterie mit gewaltsamen Methoden kein Platz ist. (...) Gewaltfreie Demonstranten müssen verstärkt in die Lage versetzt werden, auf gewaltbereite De-

Neue Töne in der Deutschlandpolitik der CDU?

Heiner Geißler, bekannt für seine überraschenden Inszenierungen, schlug wieder zu. Wenige Tage vor der offiziellen Vorstellung des Diskussionspapiers für die programmatische Diskussion auf dem Parteitag der CDU im Sommer 88, ließ er im SPIEGEL die Reklametrommel für die deutschlandpolitischen Formulierungen dieses Papiers rühren. „Abkehr von der Wiedervereinigung“, „Revision der Deutschlandpolitik“ u.ä. war dort zu lesen, so — als ob lange gehegte Grundpfeiler der CDU-Politik plötzlich über Bord geworfen werden sollten. Der Tusch war geblasen, die Show konnte beginnen.

Wie bestellt bellten die Hunde: der Bayer meldete sich zu Wort, die FAZ faselte von „Gefahr“ und der „Quittung für Versäumtes“, von der „Preisgabe politischer Hartwährung für menschenrechtliche Weichwährung“ usw. Merkwürdig nur, daß 5 Tage später dann die FAZ wieder Entwarnung läuten konnte: Als gar so linksradikal und vaterlandsverräterisch, wie es auf den ersten SPIEGEL-Blick ausgesehen hatte, entpuppten sich die Aussagen der CDU-Programmkommission nun doch nicht. An den Kernaussagen des Papiers war zwischen der SPIEGEL-Fassung und der von Geißler der Öffentlichkeit dann präsentierten so viel nun doch nicht geändert worden. Nach wie vor stand dort zu lesen:

— Das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in Ost und West zu erreichen.
— Die Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands setzt eine Überwindung des Ost-West-Konflikts voraus.
— Die Lösung der deutschen Frage ist daher gegenwärtig nicht zu erreichen.

Hier wird — für ein CDU-Papier in wahrlich seltener Offenheit — ausgesprochen, was zwar schon längst regierungspolitische Praxis war, innerhalb der CDU als Partei aber bislang kaum ungestraft ausgesprochen werden konnte: Nämlich, daß die Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht realisierbar sei, daß sie ohne die Zustimmung der westlichen Verbündeten nicht angestrebt werden könne und daß der territoriale Aspekt der sogenannten deutschen Frage eher als nachgeordnet anzusehen sei, wie ausgerechnet die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothea Wilms, bei einem Vortrag in Paris betonte.

Die Vorstellungen des CDU-Papiers

Das mag zwar innerhalb der CDU für manchen überraschend klingen, und auch mancher Sozialdemokrat und Linke wird sein Bild von der CDU der Ostlandritter und offener kalter Krieger überdenken müssen (wenn auch nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten); sieht mensch sich aber das genauer an, was neben diesen „highlights“ über 90% des Textes ausmacht, so bleibt doch eher altbekanntes übrig: Weder wird die Erfassungsstelle in Salzgitter aufgelöst, noch wird die Frage der Elbgrenze völkerrechtlich festgeschrieben. Stattdessen wird wie immer Westberlin als Teil der Bundesrepublik reklamiert, wird ganz Berlin als internationale Konferenzstadt vorgeschlagen (konkret als offene Tagungsstätte für eine KSZE-Folgekonferenz); die DDR-Volkskammer wird nicht als legitimes Parlament anerkannt, zu dem Kontakte wie zu jedem anderen möglich wären. Exemplarisch für die Grundlagen der CDU-Deutschlandpolitik sei folgende Passage des Papiers zitiert: *„Bei aller Bereitschaft zum Dialog mit der DDR wissen wir, daß sie kein demokratisch legitimierter Staat ist. Deshalb brauchen die dort Herrschenden ein Zwangssystem, das die Menschen entrechtet und unterdrückt; deshalb brauchen sie Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Die CDU wird nicht nachlassen, die Menschenrechtsverletzungenn in der DDR zu verurteilen...“.*

Von Reise ...

Vor diesem Hintergrund sind dann auch die konkreten Vorschläge zu sehen, die das Papier enthält. Im Zuge der Verbesserung der „Zwischenmenschlichen Beziehungen“ wird da vorgeschlagen:
— ein innerdeutsches Jugendwerk;
— ein innerdeutscher Schüleraustausch;
— Aktivierung und Ausweitung des Reiseverkehrs, Aufhebung von Visumzwang und Zwangsumtausch;
— Ausweitung des touristischen Austauschs; „Hilfe“ für die DDR beim Aufbau touristischer Infrastruktur;
— Ausbau der Städtepartnerschaften (!!; mensch denke an den CDU-Protest anläßlich des Kontaktes Saarlouis-Eisenhüttenstadt);
— Ausweitung des Sportverkehrs, incl. Verbesserung der Reisemöglichkeiten für Fans und Schlachtenbummler (!!);
— Ausweitung von Hochschulpartnerschaften; und

... bis zu Investitionserleichterungen

— Austausch von Volontären und Lehrlingen, Aufbau von Praktikumsstellen im jeweils anderen System.
— Ins Auge gefaßt wird eine gemeinsame Politik zur Erhaltung historischer Bausubstanz.
— Eine gegenseitige Versorgung mit Fernsehen (DDR-Fernsehen im Kabelnetz und BRD-Programme nun auch im „Tal der Ahnungslosen“);

Bis hin zu „gemeinsamer Führung von Betrieben“ (joint ventures) und „Zusammenarbeit bei neuen Methoden der Betriebsführung“ reicht dabei die Palette der CDU-Ideen.

Tatsächlich liegen all diese Vorstellungen voll auf der Linie der Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Es gab in der letzten Zeit keinen Kredit, kein wirtschaftspolitisches Abkommen, das nicht in irgendeiner Weise an politische Bedingungen geknüpft worden wäre. Und dieser Zusammenhang wird auch im CDU-Papier deutlich gemacht: „Die DDR-Führung muß jedoch wissen, daß die Intensität und der Erfolg des innerdeutschen Dialogs auch davon abhängig ist, ob sie in ihrem Machtbereich Diskussion und Dialog zuläßt.“

Viel Wind um nichts ?

In der Tat bietet das Papier für die deutschlandpolitische Orientierung der CDU als Regierungspartei nichts Neues. Schon die ganzen letzten Jahre über hat die Bundesregierung die Unrealisierbarkeit der Wiedervereinigung und den Vorrang der europäischen Politik betont. Dies hat ihr in der Vergangenheit immer wieder erhebliche Kritik von einem traditionell bedeutsamen Teil ihrer Klientel eingetragen, eine Kritik, die bis zur offenen Spaltungsdrohung sich ausweitete. Tatsächlich verschärft das Papier diesen in der CDU als Partei seit Jahren schwelenden Konflikt über die Bedeutung des Revanchismus in der Programmatik. Nachdem bei der letzten Bundestagswahl führende Vertreter des Revanchismus (Czaja und Hupka) erheblich an Bedeutung innerhalb der Fraktion eingebüßt haben, soll nun der alte Revanchismus zunehmend auch aus dem Programm verschwinden. Es steht dabei für die CDU kaum zu befürchten, daß sie dabei allzuviel Potential nach Rechts verlieren würde.

Das Ballyhoo, das die CDU bei der Veröffentlichung des Papiers inszeniert hat, zielt aber noch auf eine zweite Gruppe: Auf eher „linke“ Wähler, die sich aus einer falschen Einschätzung der bisherigen CDU-Deutschlandpolitik heraus nun verblüffen lassen durch die zwar nicht friedfertigen, mit Sicherheit aber nicht deutsch-nationalen Formulierungen. Ganz symptomatisch für diese Fehleinschätzungen sind Äußerungen von einer „deutschlandpolitischen Wende“, dem „Abschied von alten Einheits-Träumen“ oder gar einem „deutschlandpolitischen Godesberg auf Raten“. Diese eher „linken“ Wähler der CDU sahen sich außen- und deutschlandpolitisch in den letzten Jahren immer mehr durch die FDP vertreten, der gegenüber die CDU an Profil zu verlieren drohte.

Aus dieser Veränderung der Tonlage in der Deutschlandpolitik, die in dem CDU-Papier eindeutig feststellbar ist aber gleich eine besondere „deutsch-nationale Offensive“ abzuleiten, gegen die keine Gegenkraft weit und breit sichtbar wäre, wie es Oliver Tolmein z.B. in der TAZ vom 20.2.88 an die Wand malt, erscheint dann doch übertrieben.

E. / Antifa-Kommission

„Wir sind der linke Flügel der Perestroika“

Interview mit Boris Kagarlitsky, Vorstandsmitglied der unabhängigen sowjetischen „Förderation der sozialistischen gesellschaftlichen Klubs“

Es stimmt: Der als fortschrittlich geltende Moskauer Parteichef Jelzin wurde abgesetzt und der Stein des Anstoßes — seine Rede vor dem ZK im Herbst 1987 — bis heute nicht veröffentlicht. Glasnost? Auch die totale Informationssperre zu Beginn der Auseinandersetzungen in Armenien/Aserbeidschan erinnerte ganz fatal an die Medienpolitik à la Tschernobyl. Erneut waren es die berühmten touristischen Video-Filme, die erste authentische Bilder nach Moskau brachten. Perestroika?

Es wäre jedoch in jeder Hinsicht einseitig und somit falsch, die progressiven Veränderungen im politischen Alltag der Sowjetunion zu leugnen. „Zum ersten Mal im Laufe von vielen Jahrzehnten empfinden wir real einen sozialistischen Meinungspluralismus“ erklärte am 18.2.88 Parteichef Gorbatschow. Das entspricht der Wahrheit. Es brodelt — nicht nur in Moskau:

— Mindestens 30.000 unabhängige Bürgerinitiativen sind nach offiziellen Angaben in den letzten Monaten im ganzen Land aus dem Boden geschossen.

— Die derzeit fortschrittlichste Zeitung Moskowskie Nowosti ist regelmäßig 5 Minuten nach Erscheinen total ausverkauft: Die von der offiziellen Nowosti-Presseagentur herausgegebene Wochenzeitschrift betrachtet die unabhängige BI-Bewegung als Bestätigung für das „kreative Potential der Massen“, läßt ausführlich AKW-GegnerInnen zu Wort kommen un initiiert Debatten zur Weiterentwicklung der betrieblichen und gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesse.

— Die dreiwöchig erscheinende Theorie-Zeitschrift der KPdSU „Kommunist“ (Auflage: 1 Million und 40.000 Exemplare) hat ihr Redaktionskonzept völlig umgestellt und gilt seitdem als „Perestroika“-Flaggschiff: Ein Drittel jeder Ausgabe ist der kontroversen politischen Debatte gewidmet, Nicht-Parteimitglieder können publizieren usw. usf.

— In Moskau vergeht kaum eine Woche ohne größere Diskussionsveranstaltungen: Bei einer Veranstaltung des Schriftstellerverbandes mit dem liberalen Geschichtsforscher Afansjew drängten sich die 600 Zuhörer noch in den Treppenaufgängen, bei einer Universitätsdebatte über den „Mythos Stalin“ war der Saal überfüllt, noch vor den geöffneten Fenstern sorgten Studententrauben für einen Verkehrsstau. Auch die öffentlichen Diskussionsabende er informellen Gruppen sind mit bis zu 600 Teilnehmern rege besucht.

Das politische Tauwetter und die neuentflammte Lust an der Debatte bringt eine pluralistische Vielfalt der Positionen zutage, in deren Rahmen erstmals auch die fortschrittliche, marxistisch inspirierte Kritik an den Positionen der KPdSU sich entwickeln und in den Meinungsstreit eingreifen kann.

Das folgende Interview mit einem Sprecher der unabhängigen „Sozialistischen Initiative“ erläutert aus fortschrittlicher Sicht die Situation nach dem Sturze Jelzins und beleuchtet die Grenzen und möglichen Perspektiven des — so Gorbatschow am 18.2.88 — „revolutionären Übergangs zu einer qualitativ neuen Beschaffenheit“ der sowjetischen Gesellschaft. Da durch einen technischen Defekt die ersten Minuten der Aufzeichnung bedauerlicherweise gelöscht wurden, beginnt das Gespräch mitten im Text.



Boris Kagarlitzky ist Soziologe und Mitglied der offiziellen „Sowjetischen Soziologischen Gesellschaft“. Zur Zeit Breschnews war er Mitglied der Untergrundgruppe „Junge Sozialisten“. Er wurde am Ende der Breschnew-Ära verhaftet und kam erst im Zuge der jüngeren politischen Veränderungen in der Sowjetunion frei. Er ist heute Sprecher der sowjetischen Gruppe „Sozialistische Initiative“ sowie Mitglied im Vorstand der „Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs“.

Interview mit Boris Kagarlitsky, Vorstandsmitglied der unabhängigen sowjetischen „Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs“

Wie wurde innerhalb der KPdSU auf den Sturz Jelzins reagiert? Vertrat Jelzin nicht auch einen Flügel innerhalb der Kommunistischen Partei?

Innerhalb der Föderation sind wir uns darüber einig, daß die KPdSU nicht als ein monolithisches Gebilde betrachtet werden kann. Innerhalb der KPdSU gibt es derzeit drei Hauptströmungen: Zum einen den stalinistisch-konservativen Flügel. Dann den Flügel der technokratischen Reformer, deren Anhänger das administrative System nicht verändern, sondern lediglich optimieren und rationalisieren wollen. Und schließlich die Strömung der Reformer und der Liberalen. Diese Strömung wiederum unterteilt sich in unterschiedliche Sub-Strömungen: Technokraten, kulturelle Reformer („cultural liberals“), moderate liberale Technokraten usw. usf. Sie bilden zusammengenommen den dritten liberal-reformerischen Block innerhalb der Partei. Dieser Block war maßgeblich für die Perestroika-Anstrengungen der ersten zwei Jahre. Derzeit sieht es aus, als ob die Konservativen — zumindest auf lokaler Ebene —Bodengewinne machen.

ka-Anstrengungen der ersten zwei Jahre. Derzeit sieht es aus, als ob die Konservativen — zumindest auf lokaler Ebene —Bodengewinne machen.

Wie verhielten sich die Miglieder der KPdSU bzw. des KP- Jugendverbandes Komsomolz während der Unruhen an der Lomonosoff-Universität? (1)

Die Parteiorganisation der Universität ist praktisch vollständig von konservativen KP-Mitgliedern dominiert. Auf der anderen Seite gibt es bei den studentischen KP- Mitgliedern entschiedene Radikaldemokraten, die die Perestroika vorantreiben wollen. Innerhalb der Parteistrukturen gab's also jede Menge Zoff. Wladimir Grabanik, ein KP-Mitglied, war beispielsweise gleichzeitig Sprecher der unabhängigen Initiativgruppe. Man versuchte, ihn deshalb aus der KPdSU auszuschließen. Dies wurde von seinen Unterstützern innerhalb der KP-Universitätszelle verhindert. So blieb er in der Partei. Er ist eine sehr fähige Person, ein Ökonom und Bucharin-Spezialist.

Gab es andere vergleichbare Bewegungen zur Jelzin-Frage?

Jede Menge! Wir hatten in unserem Bulletin darüber berichtet. Mehr schlecht als recht versuchte die „Föderation“, diese Aktivitäten zu koordinieren. Z.B. gab es eine Briefkampagne. Die Briefe gingen an das ZK und das Moskauer Partei-Komitee. Wir hatten auch eine Petitionskampagne. Die Leute schrieben Petitionen und sammelten Unterschriften. Damit hatten wir schon vor dem Sturz Jelzins begonnen. Wir hatten aus westlichen Medien erfahren, daß sein Sturz bevorstand. Die Sowjet-Bürger wurden über die Massenmedien nicht informiert. Man hatte dem Ausland Informationen gegeben, die vor den eigenen Bürgern geheimgehalten wurden. Die Leute bei uns empfanden dies als echte Beleidigung.

Die Aktivisten der unabhängigen Klubs hatten eine gemeinsame Stellungnahme sowie eine eigene Petition erstellt. Vor der Metro-Haltestelle „Straße von 1905“ unmittelbar vor dem Büro der Lokalzeitung „Moskowskaja Prawda“ haben wir Unterschriften bei den Passanten gesammelt. Innerhalb von 20 Minuten hatten wir 40 Unterschriften! Dann kamen Polizei und der örtliche Verwaltungschef, Herr Scholochow, und sie brüllten, dies sei eine illegale Demonstration. Nun begannen sich über 100 Leute für die Auseinandersetzung zu interessieren und immer wütender zu werden über Herrn Scholochow. Dieser ließ schließlich die Unruhestifter festnehmen. Sie wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Wir hatten später mehrere solcher Aktionen durchgeführt, ohne daß es zu Verhaftungen kam. Die beiden Organisatoren dieser Aktionen waren Alekseij Kowalew und Wladimir Gurbolikow. Kowalew ist ein Sprecher der sogenannten kultur- ökologischen Bewegung in Leningrad. Er kam nach Moskau, um während der Jelzin-Krise seine Solidarität unter Beweis zu stellen. Gurbolikow ist Herausgeber des Moskauer „Opchina“- Bulletins. Sie repräsentieren ganz unterschiedliche Clubs. Gurbolikow steht weit links und hätte wohl sehr gut in die bundesdeutschen APO-Auseinandersetzungen hineingepaßt. Insgesamt wurden etwa 400 Unterschriften gesammelt. Es gab weitere Unterschriften unter den Petitionen anderer Gruppen.

Quantitativ bewegen sich diese Aktivitäten auf einem extrem geringen Niveau...

Das ist richtig. Du mußt berücksichtigen, daß nach einer Viertelstunde die Aktionen polizeilich aufgelöst wurden. Es wurden darüberhinaus einige Tausende Protestbriefe verschickt. Wegen ihrer öffentlichen Form war die Petitionskampagne psychologisch betrachtet jedoch bedeutsamer.

psychologisch betrachtet jedoch bedeutsamer.

Wie verhielt sich der reformerische Flügel der KPdSU? Gab es Proteste auf Massenebene, etwa innerhalb der Gewerkschaften?

Wir wissen von mindestens zwei Demonstrationen in Swerdlowsk. Wir haben über die Größe dieser Demonstrationen allerdings keine gesicherten Informationen. Es gab auch in vielen anderen Städten Briefekampagnen usw.usf. Innerhalb des Apparats wird es viele radikale, progressive Kräfte geben, die aufgrund des Jelzin-Falls ängstlicher geworden sind und jetzt nicht als „Avantgardisten“ oder „Linksradikale“ abgestempelt werden wollen.

Der Jelzin-Sturz zielte auf Einschüchterung?

Richtig. Das war auch der wesentliche Grund für unsere Proteste. Es ging uns nicht unbedingt darum, Jelzin als Person zu verteidigen. Seit langem wurde nur über eine Gefahr geredet: Über die Gefahr des Konservatismus. Und nun scheint es eine weitere Gefahr zu geben: Die Gefahr des Avantgardismus. Heute sagen die Leute, o.k., es gibt eine Art Generallinie, und wer sich rechts oder links davon bewegt, ist zu kritisieren. Die Linken konnten sich vor dem Sturz Jelzins sicherer fühlen. Der Hauptfeind stand rechts. Heute ist Vorsicht angesagt. Denn der Mittelbau der Apparate ist vollkommen in der Hand der Konservativen. Diese Kräfte nutzen den Vorwurf des Avantgardismus als ideologische Allzweckwaffe gegen die Reformer, ja selbst gegen die gemäßigten Reformer und die Anhänger Gorbatschows.

Deine Aussagen bestätigen, daß der Einfluß der unabhängigen Gruppen auf die Apparate oder im tagtäglichen Leben zumindest z.Zt. eher schwach ist.

Keineswegs. Ihr Einfluß ist groß. Man muß die Entwicklung sehen. Es gab zuvor praktisch keine unabhängigen Gruppen. Ihre Wachstumsrate zeigt, daß sich hier ein sehr wichtiger Prozeß abspielt. Unser Problem besteht darin, diese Entwicklung im realen Leben tatsächlich zu verankern. Nur dann können wir in einer komplizierteren Situation als der jetzigen die Fortschritte verteidigen.

1987 war die Zeit der Perestroika-Flitterwochen. Es war noch ausreichend,

komplizierteren Situation als der jetzigen die Fortschritte verteidigen.

1987 war die Zeit der Perestroika-Flitterwochen. Es war noch ausreichend,

sich für Perestroika auszusprechen und das Ideal eines demokratischen Sozialismus zu verteidigen. Diejenigen, die diese Prinzipien unterstützten, kamen in immer größeren Scharen zur Bewegung. Heute steht fest, daß das nicht reicht. Von oben wird uns gesagt, o.k., wir haben nichts gegen eure Bewegung, aber ihr solltet doch auch einmal etwas Konkretes für die Perestroika tun. Z.B. der Regierung dabei helfen, die Produktivitätsrate der Betriebe zu erhöhen. Das ist natürlich zum Teil ganz absurd. Gleichzeitig müssen wir aber im Konkreten den Nachweis bringen, daß wir in der Lage sind, etwas zu verändern. Wir werden der Propaganda der Rechten auf Dauer nicht standhalten können, wenn wir nicht den Vorwurf widerlegen, wir seien die ewigen Nörgler, die nicht die geringste praktische Veränderung bewirken. Wir müssen, wenn auch auf dem niedrigsten Level, sichtbare Veränderungen bewirken. Nicht nur als taktisches Mittel zur eigenen Verteidigung, sondern auch, um die unabhängige Bewegung im realen Leben zu verankern. Wir befinden uns deshalb in einer sehr, sehr schwierigen Periode. Die links-orientierten Leute aus den sozialen Bewegungen können, wie Du weißt, besser kritisieren als etwas Konstruktives anpacken.

Nenn' doch mal ein Beispiel, was du unter konstruktiv verstehst.

Z.B. Leute verteidigen, die auf unterschiedlichsten Ebenen ungerechtfertigterweise von Regierungsstellen diszipliniert wurden. Wenn es uns gelingt, jemandem seinen Job wieder zu beschaffen, ist das ein konkreter Erfolg. Ein anderes Beispiel: Den FöderationsAktivisten im sibirischen Krasnojarsk war es gelungen, einen korrupten Stadtchef aus seinem Amt zu schmeißen. Es gab auch eine Kampagne von einer Gruppe namens „Boisked“, die verhindern wollte, daß Studenten in Moskauer Gemüseläden geschickt werden, um dort eine Art unbezahlter „Sozialarbeit“ zu absolvieren. Sie wollen die Ausbeutung dieser Studenten verhindern und sind recht erfolgreich: Die offiziellen Stellen haben dieses Problem zumindest als Gegenstand der Debatte bereits akzeptieren müssen. In einer weiteren Kampagne versuchen wir, eine alte Moskauer



Auf zur Maidemonstration! Lebedew, Petrograd 1922

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Straße, den sogenannten „Arbat", in eine Art Hyde Park zu verwandeln...

...freie Reden...

Nicht nur freie Reden. Wir wollen dort auch Musik haben. Sänger, Gitarristen.

Wie steht es mit einer Erfindung aus der chinesischen Kulturrevolution...

Wandzeitungen! Ab und zu werden sie benutzt, aber eher selten.

Wo?

Überwiegend in den Provinzstädten. In Moskau halten die Leute eher Reden oder sprechen in ein Mikrophon und verteilen Tonbandkassetten. Wir müssen also lernen, praktische Dinge auf die Beine zu stellen. Ferner müssen wir ein Informationsnetz entwickeln. Z.B. organisieren wir soziologische Untersuchungen, etwa über die informellen Gruppen oder die Preissteigerungen. Wichtig sind auch die ökologischen Gruppen, deren Aktivitäten sich in verschiedenen Städten gegen Chemieanlagen konzentrieren. Sie wollen diese Chemiewerke loswerden. Z.B. in Wolgagrad, dem ehemaligen Stalingrad: Die dortige Chemieanlage wird im Volksmund „unser Bhopal" genannt.

Laß' uns bei der großen Industrie weitermachen. Was haben sich dort, etwa in gewerkschaftlicher Hinsicht, an Veränderungen vollzogen?

Die Gewerkschaften haben ihre neue Rolle noch nicht gefunden. Ihr Problem besteht darin, daß sie einfach nicht sichtbar sind. Zumindest die offiziellen Gewerkschaften.

Es gibt inoffizielle Gewerkschaften?

Es gibt inoffizielle Initiativgruppen, die das tun, was die Gewerkschaften tun sollten. Sie betrachten sich allerdings in keiner Weise als Ansatz für alternative Gewerkschaften. Sie verteidigen Arbeiterrechte, ohne sich über den trade unionism Gedanken zu machen.

Meine Moskauer Gesprächspartner zeichneten mir gegenüber ein recht gutaussehendes Bild von Arbeitsbrigaden, innerhalb derer die Beschäftigen unter Berücksichtigung aller sozialen Faktoren selbst entscheiden, wieviel Lohn an wen ausgezahlt wird. In vielen Fällen soll es darüberhinaus vorgekommen sein, daß Betriebsleiter etwa aufgrund eines Mehrheitsentscheids der Belegschaft den Hut nehmen mußten. Ist das wahr?

Betriebsleiter etwa aufgrund eines Mehrheitsentscheids der Belegschaft den Hut nehmen mußten. Ist das wahr?

Manchmal verhält es sich tatsächlich so. Aber es ist immer eine Frage des Kampfes. So revoltierten beispielsweise in dem Verlagsbetrieb, wo meine Frau arbeitet, die Beschäftigen gegen ihren Chef und forderten seine Entlassung. Das ist dann schließlich auch passiert. Aber immer war es eine Frage der Konfliktbereitschaft. Ab und zu sind die regierenden Stellen aufgeschlossen gegenüber Belegschaftsprotesten. In der Mehrzahl der Fälle, die mir bekannt sind, verhielt sich die Regierung allerdings unnachgiebig und versuchte wieder und wieder, diese Art der Kritik zu unterdrücken. Zumindest zu Beginn eines Konflikts. Nur in den Fällen, wo die Belegschaften den Konflikt intensiviert hatten, sah man sich seitens der Regierung in der Lage, Kompromisse anzupeilen. Allein schon, um eine Eskalation zu vermeiden, die für die Regierenden selbst gefährlich werden könnte. Aber ich möchte dennoch betonen, daß es eine Reihe von positiven Dingen gibt. Die sogenannte „Brigadisierung" begann schon 1980 unter Breschnew. Vielleicht auch noch früher. Das entwickelt sich weiter. Dies ist eine positive, wenn auch begrenzte Neuerung. Natürlich sollen sich diese Brigaden (mit einer Stärke von ca. 300-400 Personen, Anm. AK) mehr oder weniger selbstverwalten. Aber dieser Selbstverwaltungsorganismus ist in einer Struktur eingebettet, die auf einer grundsätzlich anderen Basis beruht. Wenn es auf der Brigadeebene klappen soll, muß die Managementstruktur des Gesamtunternehmens bzw. die Struktur des gesamten Industriezweiges und letztlich die Struktur der nationalen Ökonomie reformiert werden. Bei den Brigaden handelt es sich also lediglich um einen, wenn auch sehr guten, ersten Schritt.

Man könnte diese Brigaden bezüglich der Selbstverwaltung als eine Art Schule betrachten?

Ja, das sind sie. Eine weitere im Prinzip ganz gute Idee war die Einrichtung der Räte der Arbeitskollektive („Council of work collectives"). Die realen Möglichkeiten dieser Räte sind jedoch sehr begrenzt. Vor einer Woche machte ich im Moskauer Stadt-Radio eine Sendung über die Situation im Moskauer PKW-Werk AZLK. Dort werden die „Moskwitschs" hergestellt. Dort steht der Arbeiterrat faktisch unter der Kontrolle der Werksleitung und wird ausschließlich für die unpopulären Entscheidungen genutzt. Z.B. wenn es um Überstunden oder Samstagsarbeit geht, darf neuerdings der Arbeiterrat entscheiden. Einerseits waren die Council-Wahlen nicht besonders frei. Die Leute wurden stark beeinflußt. Wichtiger ist, daß der Status dieser Arbeiterräte unklar ist. Weil jeder davon ausging, daß dieser Rat ohnehin keine Rechte hat, war man auch nicht so richtig interessiert, gute Leute dort hineinzuwählen. Der Rat besitzt keine Rechte bezüglich der Entlohnung oder bezüglich der — bei uns sehr wichtigen — Zuteilung von Wohnungen.

Du sprichst jetzt über das neue Gesetz, das seit dem 1.1.88 in Kraft ist?

Richtig, diese Praxis basiert auf dem neuen Gesetz. In diesem Gesetz wird lediglich die Einrichtung dieser Räte vorgeschrieben. Es wird nicht gesagt, was von diesen Räten gemacht werden kann. Ein weiteres Beispiel: Nach dem neuen Gesetz müssen die Betriebsleiter gewählt werden. Ich kenne keinen einzigen Fall, wo dies geschehen ist. Nur in den Fällen, wo ein Direktor gezwungen wurde zu gehen oder freiwillig ging, gab es eine Wahl. Noch nie wurde ein Direktor ohne äußeren Anlaß gezwungen, sich durch eine Wahl bestätigen oder absetzen zu lassen. Im übrigen sind die Beschäftigen weniger an der Wiederwahl ihres Direktors als vielmehr an der Kontrolle ihrer Abteilungsleiter („shop floor executives") interessiert.

Diese sind nicht wählbar?

Die werden eingesetzt. Die linksorientierten Klubs fordern in erster Linie, daß diese Abteilungsleiter gewählt werden können, die dann wiederum auf einer Abteilungsleiterkonferenz den Direktor wählen können.

Gibt es eine Art Koordination zwischen den Beschäftigen, die im Sinne von mehr Arbeiterdemokratie die Perestroika vorantreiben wollen?

Allgemein gesprochen besteht die Mehrheit der Linken aus Intellektuellen, z.B. Studenten oder jungen Akademikern. Inzwischen gibt es aber auch drei Gruppen, die sich speziell mit Arbeiterrechten und dem Arbeiteraktivismus befassen. Eine Gruppe namens „Kompaß" (sie ist ausschließlich in einer Moskauer Schuhfabrik verankert) ist dabei, ein Modell für reguläre Beziehungen zwischen der Klub-Bewegung und den Beschäftigten

Klub-Bewegung und den Beschäftigten

auszuarbeiten. Dabei geht es beispielsweise darum, Vorträge vor den Arbeiterräten zu halten. Zwei andere Gruppen versuchen im Prinzip dasselbe, jedoch mit anderen Methoden. So sucht eine Gruppe namens „Selbstverwaltung" (sie ist zum Teil auch Mitglied unserer Föderation), direkte Beziehungen zu den Brigaden herzustellen. Diese Gruppe besteht in Moskau aus 21 Mitgliedern, hat jedoch viele Kontakte. Sie versuchen, eine Art „Arbeiter-Klub" als das Grundelement des umfassenden Selbstverwaltungsprojekts auf Betriebsebene zu etablieren. Die dritte Gruppe heißt „Arbeiter-Vertrauen". Sie haben übrigens mit der „Trust"-Gruppe absolut nichts zu tun. Sie sind in erster Linie in den westlichen Republiken verankert. In Moskau haben sie nur wenige Mitglieder. Ihr Ansatz ist die Verteidigung von Arbeiteraktivisten, die auf Betriebsebene Ärger bekommen haben, sowie die Verallgemeinerung dieser Erfahrungen. Sie benutzen neuerdings zur eigenen Information das Bulletin der Gruppe „Selbstverwaltung". Innerhalb der „Föderation" existieren zwei größere Bulletins neben zahlreichen anderen: Die „Linkswende" („The Left Turn") und „Selbstverwaltung" („Self-Management"). Zwischen beiden Bulletins ist ein regelmäßiger Artikelaustausch vereinbart.

Gibt es seitens der Gewerkschaften oder der Partei irgendeine Form von Repression gegen diese unabhängien Organisierungsansätze?

Davon habe ich bisher nichts gehört. Ich gehe im Gegenteil davon aus, daß Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich im Rahmen der Perestroika eine neue Rolle zulegen wollen, die unabhängigen Arbeiterinitiativen nutzen werden. Einerseits um sie zu integrieren, andererseits um von ihren Erfahrungen zu profitieren. Und die unabhängigen Initiativen würden das auch akzeptieren, falls sie für den Preis einer stärkeren Kontrolle eine echte Hilfestellung bei konkreten Projekten bekommen würden.

Gab es im Betriebsbereich Reaktionen auf den Sturz Jelzins?

Nein. Diesbezüglich gab es Gerüchte, aber nichts Handfestes.

Was hat sich seit dem Sturz Jelzins real verändert? Äußern sich die Zeitungen moderater?

Nein. Es ist in jeder Hinsicht erfreulich, daß die Zeitungen nach wie vor sehr gut sind. Ich habe mit journalistischen Tätigkeiten einige Erfahrungen und weiß, daß die besonders radikalen Beiträge in der Regel nicht sofort gedruckt werden. Diese Beiträge müssen erst durch die Redaktionsinstanzen durchgeboxt werden. Dieser Prozeß gestaltet sich heute zuweilen etwas komplizierter. Gleichzeitig ist aber nach wie vor die Bereitschaft der Herausgeber vorhanden, derartige Beiträge zu veröffentlichen. Allgemein betrachtet macht im Pressewesen „Glasnost" weitere Fortschritte. Das ist ausgezeichnet und beweist, daß sich zumindest auf dieser Ebene durch den Perestroika-Prozeß bereits einige Elemente der Kontinuität herausgebildet haben. Man hat heute jedoch mehr Ärger mit den örtlichen Behörden. Es bereitet mehr Ärger, Informationen zu bekommen oder die Erlaubnis für eine offizielle Kundgebung oder Versammlung.

Haben schon einmal Demonstrationen zugunsten der Perestroika stattgefunden?

Erlaubte Demonstrationen? Nein! Nichtsdestotrotz wird von uns immer wieder die Genehmigung zur Durchführung einer Demonstration beantragt. Bei dieser Gelegenheit werden wir immer wieder als Unruhestifter und Störenfriede behandelt. Denn: Demonstrationen hindern Menschen am Spaziergang. Deshalb sind sie äußerst kontraproduktiv. Sie zerstören die soziale Ordnung, ja sogar die Ökonomie, da sie auch die LKWs an der Weiterfahrt hindern. Das Letztere bekommen wir auch dann zu hören, wenn wir lediglich in einem Park demonstrieren wollen. Manchmal bekommen wir anstelle der Demonstrationserlaubnis immerhin eine Halle zugewiesen. Wir stimmen in solchen Fällen zu. Denn wir wollen tatsächlich nichts destabilisieren oder besonderen Ärger bereiten. Wir wollen lediglich wie normale Bürger behandelt werden.

Welches sind die besten Perestroika-Zeitungen?

Es gibt zur Zeit wohl zwei Perestroika-Flagschiffe. Zum einen die Moscowski Nowosti („Moscow News"). Manchmal wird sie überholt von dem „Ogonjok". Zwischen diesen beiden Wochenzeitungen gibt es viel Konkurrenz. Die dritte, zuweilen ebenfalls sehr gute Wochenzeitung heißt „Literaturna Gazeta", Literaturzeitung.

Fortsetzung nächste Seite



In Europa geht das Gespenst des Kommunismus um.
Wladimir Lebedew, Petrograd 1921

Die informellen Gruppen in Moskau

„Die Arbeiter- und Bauernregierung versteht unter Pressefreiheit ... das gleiche Recht für jede Gruppe von Staatsbürgern, die eine bestimmte zahlenmäßige Stärke erreicht (z. B. 10.000, über einen entsprechenden Teil der Papiervorräte und der Druckereikapazität zu verfügen" — schrieb Lenin 1917. Seit Beginn der Perestroika schießen die unabhängigen Initiativen in der Sowjetunion wie Pilze aus dem Boden. Nach offiziellen Angaben sind es mittlerweile einige Zehntausende. Im Lenin'schen Sinne müßten sie längst „Pressefreiheit" genießen. Tatsächlich ist derzeit die schärfste Fessel für die unabhängigen Gruppen die Unmöglichkeit, eigene Texte zu drucken. Selbst in Moskau gibt es beispielsweise nicht einen einzigen öffentlichen Copy-Shop. Hier und da gelingt es vielleicht einmal, über ausländische Journalisten oder eine Botschaft einige Minuten lang einen Kopierer zu erhaschen — ansonsten ist Sense!

Hauptsächlich werden die theoretischen Stellungnahmen, Bulletins und Aktionspapiere der informellen Gruppen in einer Form verbreitet, die mehr an das Mittelalter denn das 20. Jahrhundert erinnert: Man/frau tippt mit Durchschlag ...! Dies ist der Hauptgrund für die extrem niedrige Auflage auch der fortschrittlichen Bulletins und wohl auch maßgeblich für die hierzulande verbreitete Unkenntnis dieser „BI-Bewegung". Der folgende Kurzüberblick basiert auf Informationen von B. Kagarlitzky. Aufgeführt werden ausschließlich die in Moskau relevanten und (im weitesten Sinne) fortschrittlichen Initiativen:

Perestroika-Club
Diese Gruppe hat sich inzwischen gespalten in eine Gruppe „Perestroika '88" und eine Gruppe „Demokratische Perestroika". Im Klub „Perestroika '88" versammeln sich Liberale ohne umrissenes politisches Image. Als gemeinsamer Nenner gilt der Anti-Stalinismus. Die Mitglieder der Gruppe „Demokratische Perestroika" bezeichnen sich als Sozialisten und befassen sich schwerpunktmäßig mit Analysen, um die Weiterentwicklung des Reformprozesses theoretisch zu fundieren. Teile dieser Gruppe sind Mitglieder der „Förderation". Sie publizieren monatlich das Bulletin „Geöffnete Zone" mit einer Auflage von ca. 90 Exemplaren.

Klub der sozialen Initiativen
Dieser Klub ist als Teil der „Sowietischen
Auflage von ca. 90 Exemplaren.

Klub der sozialen Initiativen
Dieser Klub ist als Teil der „Sowjetischen soziologischen Gesellschaft" registriert und hat sich zum Ziel gesetzt, die Sozialisten aus verschiedenen Arbeitsbereichen zusammenzuführen. Dieser Klub ist zur Zeit in drei Arbeitsbereiche untergliedert: 1. Eine Arbeitsgruppe „Verteidigung der Bürgerrechte", 2. Die Gruppe „Self-Management" (vgl. Interview), 3. die „Sozialistische Initiative". Die letztgenannte Gruppe erstellt monatlich ein Bulletin namens „Die Linkswende" („The left turn"). Auflage: 90 Exemplare. Sie ist eine der größten Gruppen innerhalb der „Förderation" und hat Kontakte zur italienischen und Schweizer KP sowie zur norwegischen und britischen Sozialdemokratie.

Förderation der Gesellschaftlichen Sozialistischen Klubs
Diese Förderation wurde im August 1987 anläßlich einer Konferenz der unabhängigen gesellschaftlichen Initiativen zur Perestroika gegründet. An dieser Konferenz hatten ca. 600 Delegierte aus etwa 50 Gruppen verschiedenster Couleur (ökologische, kultur-demokratische, sozialistische) teilgenommen. Abschließend wurde die Grundsatzerklärung der „Förderation" verlesen und von 16 Gruppen unterzeichnet. (Diese Erklärung ist nebst einem ausführlichen Bericht über die Moskauer August-Konferenz dokumentiert in: AK 289, Dez. 1987, S. 33/34).

Die Förderation umfaßt drei Tendenzen:

1. Die Sozialistische Initiative (s. o.). Sie gilt allgemein als die stärkste Gruppe, ist aber in Moskau nur schwach repräsentiert. Sie ist dominiert von einer undogmatisch-marxistischen Tendenz und umfaßt ebenfalls gegenkulturelle Strömungen (Musiker, Freaks etc. pp.).
2. Waldleute („Forest People") — Anhänger der Gegenkultur und der individuellen Freiheitsrechte, die sich mit Untersuchungsarbeiten bezüglich der faschistoiden Gruppe Pajmat bzw. Ausarbeitungen über den Entwicklungsstand der informellen Gruppen einige Anerkennung verschafft hat.
3. Opchina (Gemeinschaft) — anarchistisch orientiert. Besonders engagiert (Streiks, Flugblattaktionen usw.), hauptsächlich studentische Basis, bevorzugter Komsomolz-Bündnispartner.

Die Förderation hat insgesamt etwa 300 Mitglieder.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Auflagen steigen?

Da die Papierproduktion nach Plan verläuft, kann trotz erhöhter Nachfrage nicht mehr gedruckt werden. Die „Moscow News" druckt heute nicht eine Ausgabe mehr als vor zwei Jahren.

Wie lange dauert es, bis sie ausverkauft ist?

Bei der Moscowski Nowosti? Fünf Minuten. Nach fünf Minuten ist nirgendwo mehr ein Exemplar dieser Wochenzeitschrift zu bekommen. Die Leute stellen sich ab 6 Uhr oder 5 Uhr morgens vor den Kiosken in langen Reihen an und nach 5 Minuten ist alles vorbei.

Abschließend möchte ich etwas über die Positionen eurer „Sozialistischen Initiative" erfahren. Habt ihr keine Angst davor, daß die neue ökonomische Politik dazu beitragen kann, daß...

... eine neue Bourgeoisie entsteht?

Richtig. Die chinesische Entwicklung scheint nicht immer ein gutes Vorbild zu sein.

Es gibt von der Reform zwei unterschiedliche Vorstellungen. Zum einen das Konzept der Linken. Zum anderen das eher offizielle Konzept der Technokraten. Ich möchte aber nicht behaupten, daß das technokratische Konzept sich bereits als Hauptrichtung durchgesetzt hat. Aber es gewinnt an Einfluß. Das Konzept der Technokraten basiert in erster Linie auf dem Gedankengut der Chicago-Schule. Es handelt sich um die MonetaristenSchule um Schmeljow, Lisischkin und andere. Diese Leute wollen eine Art Austeritätspolitik: niedrigere Löhne, staatliche Subventionen nur noch dann, wenn sich anders offene soziale Konflikte nicht vermeiden lassen. Alle Macht den Managern. Selbstverwaltungskonzepte sind ihnen zufolge nichts anderes als idealistische Flausen einiger törichter Linker. All das Zeug, daß ihr im Westen bestens kennt, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der Dritte Welt Länder. Wir vertreten die Auffassung, daß dieser Standpunkt ausgesprochen anti-demokratisch ist. Wenn dies zur offiziellen Strategie werden sollte, wäre es im Nu aus mit „glasnost" und dem demokratischen Element der Perestroika. Man kann nicht unpopuläre Maßnahmen ergreifen und gleichzeitig die Demokratie entwickeln wollen. Das ist ein Widerspruch in sich. Diese Monetaristen sind in gewisser Hinsicht umgekehrte Sozialdemokraten. Sie wollen das Volkseinkommen dergestalt verteilen, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Ihrer Logik zufolge gibt es für die Armen keinen Anreiz, reicher werden zu wollen, solange die Reichen nicht reicher sind. Der einzige Unterschied zwischen dem westlichen Konzept der Monetaristen und dem sowjetischen Konzept besteht darin, daß das letztere auf der Staatsmacht basiert. Der letztere auf der Staatsmacht basiert. Der Staat soll die Gelder zugunsten der Bessergestellten umverteilen. Das ist umgedrehter Sozial- Demokratismus. Ich halte diese Auffassung für sehr gefährlich. Es gibt jedoch unter Managern und Wissenschaftlergruppen eine Position, die besagt, daß jetzt das Leben 10 Jahre lang härter sein muß, um in 20 Jahren für jeden gut zu sein. Das entspricht ein wenig dem traditionell-stalinistischen oder vielleicht auch dem maoistischen Denken nach dem Motto: drei Jahre Arbeit für 300.000 Jahre Ruhm. Das Hauptproblem der Linken besteht nun darin, diesen Markt-Extremismus zu kritisieren, ohne gleichzeitig eine Anti-Markt-Position einzunehmen. Denn auch wir gehen davon aus, daß Marktreformen notwendig sind. Die Frage ist, welche Art von Marktreform. In dieser Hinsicht könnte man viele Leute innerhalb der Linken als Links-Keynesianer bezeichnen, die einerseits Marktmechanismen wollen und andrerseits viele soziale Umverteilungen und Kompensationen für die marktbedingten Ungerechtigkeiten fordern. Im Vordergrund steht eine Sozialplanung, die den Marktmechanismen entzogen ist, und die demokratisch organisiert und demokratisch orientiert sein muß. Im Rahmen dieses demokratischen Entscheidungsprozesses sollten die Marktfaktoren nicht ignoriert, sondern berücksichtigt werden. Das Gesellschaftskonzept muß einerseits demokratisch sein. Es muß andrerseits realistisch sein. Der Markt soll das letztere abdecken, ohne das Prinzip der Verteilung zu beeinflussen. Demokratische Entscheidungsfindung bedeutet, unterschiedliche demokratisch gewählte Körperschaften für die Produktions- und Selbstverwaltungsentscheidungen zu haben. Letztlich geht es darum, ein Gesellschaftsform zu entwickeln, die bisher noch nicht existiert, anstatt das chinesische, ungarische oder jugoslawische Modell zu kopieren, das auf demselben selbstherrlichen Prinzip der bürokratischen Kontrolle basiert. Ich möchte z.B. den Ökonom Wasilij Seljunin erwähnen, an dem sich viele Linke orientieren. Er geht davon aus, daß wir kein zusätzliches Wachstum benötigen. Aber wir müssen die Reichtümer unserer Gesellschaft umverteilen zugunsten der Grundbedürfnisse der Menschen , d.h. die Dominanz der Investitionsgüterindustrie brechen. Die zweite Person, die ich erwähnen möchte, ist Jurij Morosow. Er ist Ökonom und Psychologe und Mitglied unserer Föderation. Ihm zufolge beruht der ökonomische Stimulus bei den Monetaristen allein auf der Ratio des Geldes. Die Linke hingegen sollte als materiellen Anreiz die Ausdehnung der freien Zeit propagieren...

...um den allseits entwickelten Menschen zu schaffen.

Das ist auch marxistisch.

Das ist sehr marxistisch, natürlich. Im großen ganzen sehe ich nicht, daß Eure ökonomische Vision a priori im Widerspruch zur Perestroika steht. Eure Position dürfte eher ein Bestandteil der aktuellen Gesamtdebatte sein.

Genau das sagen auch wir. Wir sind der linke Flügel der Perestroika. Wir bewegen uns innerhalb des Rahmens von Perestroika, jedoch am linken Rand.

Warum verzichtet ihr darauf, mit all euren Unterstützern in die Partei zu gehen, um den Reformflügel dort zu unterstützen?

Wir unterstützen diesen Flügel. Wir haben sehr viele Partei-Mitglieder innerhalb unseres Klubs. Bezeichnend ist, warum sie in den Klub gekommen sind. Sie sahen sich außerstande, den Entscheidungsprozeß innerhalb der Parteistrukturen zu beeinflussen. Zuweilen wurden sie auch als Parteimitglieder einflußreicher, nachdem und weil sie sich zu wichtigen Personen innerhalb der Klubs entwickelt hatten.

Wie ich hörte, plädiert ihr auf lange Sicht für ein Mehrparteiensystem. Worin würde sich dieses Modell von den bürgerlichen Demokratien des Westens unterscheiden? Welches sind eure politischen Visionen ?

Unsere Bewegung orientiert sich relativ stark an Boris Kuraschwil, ein Wissenschaftler aus Georgien. Er empfiehlt als Konzept für eine reale Demokratisierung eine Kombination aus traditionellen sowjetischen Vorstellungen und westlichem Parlamentarismus. Wir wissen natürlich, daß die westlichen Parteien keineswegs perfekt sind. Dort existieren eigene Bürokratien, selbst bei der SPD und vielleicht auch bei den Grünen, die ich nicht genug kenne. Auch das parlamentarische System kennt offenkundig viele Mängel und die ihm eigenen Exzesse. Der Punkt ist, daß dieses System zumindest bis jetzt Bürgerrechte verteidigen konnte und den Linken selbst im Rahmen des Kapitalismus einigen Einfluß eingebracht hat. In gewisser Hinsicht hat es die Macht der gewisser Hinsicht hat es die Macht der herrschenden Klasse in bestimmter Weise begrenzt. Natürlich ist dieser Zustand auch für die Herrschenden akzeptabel, weil er den Grad der Klassenkämpfe abschwächt. Aber diese Art von Kompromiß ist besser als ein Regime wie in Chile oder Paraguay. Demokratischer Kapitalismus ist besser als undemokratischer Kapitalismus. Auf der anderen Seite sind wir keineswegs unkritische Ideologen der westlichen Demokratie. Ganz wesentlich ist, daß wir mehr Produzenten-Demokratie bzw. generell mehr ökonomische Demokratie wollen. Das Problem der westlichen Demokratie liegt in ihrer Begrenztheit. Insgesamt glaube ich nicht, daß sich die Visionen der sowjetischen Linken stark von den Visionen der westlichen radikalen Linken unterscheiden. Unsere Vorstellungen sind stark beeinflußt von den Positionen, die die westliche Linke in den 60er und Anfang der 70er Jahre entwickelt hat. Unser Problem besteht darin, dieses Vorstellungen in die sowjetische Realität zu integrieren. Nicht nur ein internationalistischer Linker, sondern ein spezifisch sowjetischer Linker zu sein. Wir sind dabei, die Identität einer sowjetischen Linken zu etablieren. Vieles ist heute bei uns wie bei euch Ende der 60er Jahre: Alles ist ein bißchen chaotisch, ein bißchen anarchistisch, eine gute Portion marxistischer Idealismus zuweilen kombiniert mit einer starken Kritik an bestimmten marxistischen Positionen durch einzelne Gruppen. Viel ideologische Diskussion und viel Intellektualismus, vielleicht zuviel.

Mir ist bei meinen Gesprächen mit KPdSU-Vertretern aufgefallen, daß das „neue Denken" unter Gorbatschow keine Klassen oder Parteien, sondern in erster Linie nur noch die „Menschheit" zu kennen scheint. Immer wieder wird diesbezüglich auch an die „Vernunft" der westlichen Machthaber appelliert...

...und nicht an die Vernunft der kleinen Leute.

Es wird idealistisch unterstellt, daß das gute Vorbild der Sowjetunion etwa bei der Abrüstung ähnliche Maßnahmen westlicherseits zur Folge haben werde.

Ich verstehe. Es ist interessant, daß viele Offizielle bei uns den Westen mehr idealisieren als die Linken.

Woran liegt's?

Leute, die ihre gesamte Karriere im Parteiapparat durchlaufen haben, haben zuweilen stark vereinfachte Vorstellungen von der westlichen Gesellschaft. Sie betrachten die westlichen Machthaber in gewisser Hinsicht als ihr eigenes Gegenstück. Das passiert zuweilen auch andersherum, wenn man im Westen etwa die sowjetische Bürokratie glaubt, nach westlichen Mustern beurteilen zu können.

Ich sprach mit Leuten der Zeitschrift „Kommunist"...

„Kommunist" ist ebenfalls eine sehr gute Zeitschrift. Sehr liberal!

Sie waren sehr stolz auf ihr „neues Denken", haben aber kein Interesse mehr daran, die Welt zu verändern. (Anm.: „Kommunist" ist das 3-wöchig erscheinende *munist" ist das 3-wöchig erscheinende* *Theorieorgan der KPdSU)*



МОСКОВСКИЕ НОВОСТИ • LES NOUVELLES DE MOSCOU • NOVEDADES DE MOSCU • أنباء موسكو

MN MOSCOW NEWS

No. 8 (3309), Sunday, February 28, 1988. Price 8 kopeks

A weekly newspaper of the Union of Soviet Societies for Friendship and Cultural Relations with Foreign Countries and Novosti Press Agency. First published October 5, 1930

WHAT KIND OF DEMOCRACY DO WE NEED?

Workers at an oil refinery discuss the issue. Page 8

HIGHLIGHT OF THE ISSUE

HEALTH IN ROUBLES AND KOPEKS

Wir waren bei verschiedenen Redaktionen, um über die Möglichkeit einer regulären Kolumne für einen Dialog mit der westlichen Linken zu verhandeln. Und man sagte uns: Warum denn gerade mit den Linken? Es ist doch viel besser, mit den Rechten zu verhandeln. Die haben mehr Macht.

Genau das meinte ich.

Diese Art der Diskussion hatte ich sehr häufig. Etwa auch mit Leuten aus dem sowjetischen Friedenskomitee. Ihr Denken ist einerseits sehr idealistisch. Andererseits ist es von ihrem Standpunkt aus betrachtet auch konsequent. In Wirklichkeit wollen diese Leute tatsächlich die Welt verändern. Sie wollen die Verhältnisse ein bißchen komfortabler gestalten. Und sie gehen davon aus, daß die realen Möglichkeiten, etwas zu tun, in der Hand derer liegen, die auch die reale Macht haben. Sie unterschätzen die Initiative und den Widerstand von unten. Und sie überschätzen die Cleverness der Bourgeoisie. Z.B. sind sie fest davon überzeugt, daß ausschließlich der militärisch-industrielle Komplex reaktionär ist, alle übrigen seien für den Frieden. Dabei produziert die Trident-Kooperation gleichzeitig Raketen und Jeans.

Letzte Frage: Wie kann die westeuropäische Linke die Perestroika in geeigneter Weise unterstützen?

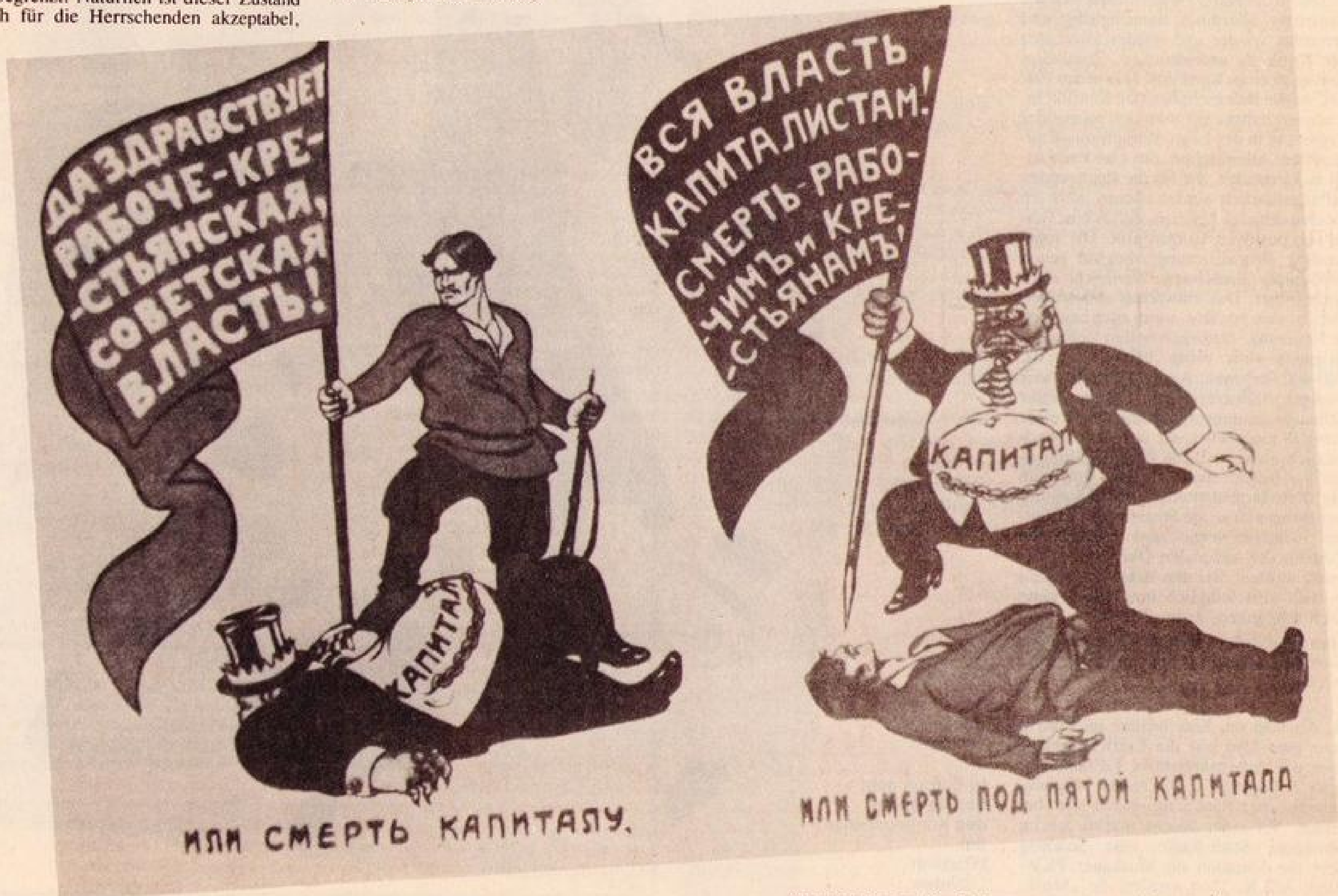
Wichtig erscheinen mir unabhängige Initiativen der Linken, die aber dennoch grundsätzlich auch für die sowjetischen Behörden als Gesprächspartner akzeptabel sind. Und für die sich beispielsweise auch der Gorbatschow-Flügel der KPdSU einsetzen könnte, die also genutzt werden könnten gegen den konservativen Flügel der sowjetischen Bürokratie. Wir könnten als Unterstützung zur Entwicklung derartiger Initiativen durchaus Konzepte entwickeln und bei uns für öffentliche Unterstützung werben. Zweitens besteht bei uns ein Bedürfnis nach mehr Kontakten und Diskussionen mit der westlichen Linken auf verschiedensten Ebenen. Beispielsweise könnte dies dazu führen, irgendwann einmal gemeinsame Publikationen herauszugeben oder Seminare durchzuführen usw.usf. Drittens. Falls es z.B. zu Nicaragua eine Stellungnahme der sowjetischen Regierung gibt, ist das für die westliche Öffentlichkeit nicht allzu interessant. Falls aber die Menschen aus den unabhängigen sowjetischen Initiativen Stellungnahmen gegen die US-amerikanische Einmischung in Nicaragua mitunterzeichnen, hätte dies vielleicht eine andere Bedeutung. Auf diese Weise könnten wir auch euch unterstützen. Das wäre dann unser Beitrag zur Solidarität.

Herzlichen Dank!

(Das Interview wurde am 27.2.88 in Moskau in englischer Sprache aufgezeichnet. Die Fragen stellte ms.,Bonn.)

(1) Boris Kagarlitzky hatte zuvor von den Unruhen an der Moskauer Lomonosoff-Universität infolge des Jelzin-Sturzes berichtet. Die Studenten forderten in Unterschriften-Kampagnen die Wiedereinsetzung Jelzins und die Veröffentlichung der für seinen Sturz maßgeblichen Rede vor dem ZK. Sie organisierten eigenmächtig eine Protestversammlung auf dem Campus und wählten eine Initiativgruppe zur Koordinierung der weiteren Schritte. Wie aus anderer Quelle zu erfahren war, wurden beispielsweise auch die Vorlesungen eines Uni-Professors erfolgreich boykottiert. Dieser war mit öffentlichen Beschimpfungen Jelzins — nach dessen Sturz, versteht sich — unangenehm aufgefallen. Der Vorlesungsboykott soll erst nach einer öffentlichen Entschuldigung des Professors beendet worden sein.

Die Universitätsleitung verbündete sich während des Konflikts nicht ungeschickt mit den konservativen KP- Anhängern innerhalb der Universität und fuhr gleichzeitig schwere Geschütze gegen die Mitglieder der unabhängigen Initiativgruppe auf: Sie sollten von der Uni fliegen, eine weitere VV wurde verboten. Damit wurde erreicht, daß sich der Schwerpunkt der Auseinandersetzung verlagerte. Nicht mehr die Forderung nach „Glasnost" im Fall Jelzins, sondern der Schutz der von der Repression Betroffenen stand künftig im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Die Mitglieder der Initiative konnten erfolgreich verteidigt werden, eine reale „Glasnost"-Bewegung aber kam nicht auf die Beine.



Nieder mit dem Kapitalismus, sonst vernichtet er uns! Plakat 1919

Totschlagen, abschießen, eingraben



Straßenkampf in der Westbank

„Öffnen Sie Ihren Laden", fordert ein israelischer Offizier einen Palästinenser auf. „Wir warten auf Sie", lacht der, „daß Sie es für uns tun."

Im dritten Monat des Aufstands habe sich, registrierte ein israelischer Beobachter, eine „Routine des Abnormen" eingestellt. Und routiniert erschießen israelische Soldaten im Schnitt pro Tag einen Palästinenser und prügeln alle paar Tage einen zu Tode.

Weniger bestimmen große Demonstrationen der Palästinenser die Lage als die allenthalben und allerorten kleinen und kurzen Aktionen von Angriff und Gegenwehr. Während des Freitagsgebetes in Ramallah sammeln sich Jugendliche, Studenten, ältere Frauen und Männer und verabreden eine Demonstration. Der Zug formiert sich. Truppen ziehen auf, Steine gegen MPs. Die Frauen rufen den jugendlichen Steinwerfern zu: „Habt keine Angst! Habt keine Angst!" Soldaten verfolgen die Fliehenden, die zwischen den Häusern abtauchen. Eine Frau, die auf dem Dach ihres Hauses steht, bedeutet den Soldaten mit einer Handbewegung, daß sie abhauen sollen; eine andere hebt die Hand und spreizt die Finger zum V(ictory)-Zeichen.

Quasi tägliches Ritual ist es auch, daß die Ladenbesitzer im Rahmen des allgemeinen Geschäftsstreiks ihre Läden geschlossen halten, Soldaten sie aufbrechen, die Ladenbesitzer wieder absperren. Um den Schaden an den Türen gering zu halten sind die Geschäftsleute zur Verwendung kleinerer Schlösser übergegangen. In Ramallah und andererorten reparieren Mitglieder der Metallarbeiter-Union die entstandenen Schäden kostenlos. Eine gewisse Abwechslung in dieses „Spiel" hat jüngst die Militärverwaltung des Gasastreifens gebracht, indem sie nun ihrerseits an zwei Orten über alle Geschäfte eine Schließung von drei Monaten verhängte.

Der Schaden, den die israelische Wirtschaft durch die Streiks der palästinensischen „Gastarbeiter" erlitt — der Arbeits-

kostenlos. Eine gewisse Abwechslung in dieses „Spiel" hat jüngst die Militärverwaltung des Gasastreifens gebracht, indem sie nun ihrerseits an zwei Orten über alle Geschäfte eine Schließung von drei Monaten verhängte.

Der Schaden, den die israelische Wirtschaft durch die Streiks der palästinensischen „Gastarbeiter" erlitt — der Arbeits-

kräfteausfall bei der Zitrusfruchternte war auch nicht durch Subottniks von Gymnasiasten und Histradut-Bürokraten auszugleichen, Abteilungen und ganze Fabriken mußten zeitweise schließen — wird von dem Wirtschaftswissenschaftler Assaf Rasin auf 20 Millionen Dollar monatlich veranschlagt.

„Soviel israelisches Militär sorgte noch nie für Sicherheit in den besetzten Gebieten," hat ein Schweizer Korrespondent beobachtet. „Zugleich war es noch nie so unsicher, durch die Westbank zu fahren." Kaum einer jener Busse, die die Siedler auf der Westbank auf dem Weg zwischen ihren Siedlungen und Jerusalem benutzen, der noch keine Beulen im Chassis oder Löcher in den Scheiben von Steinwürfen davongetragen hätte. Derzeit werden daher neue Straßen angelegt, die um die palästinensischen Ortschaften herumführen (was, angesichts des Umstandes, daß viele der Siedlungen gerade in der Nähe palästinensischer Ortschaften zu deren allfälliger Kontrolle angelegt wurden, mehr sagt als mancher Kraftspruch israelischer Politiker).

Wiewohl sich auch diese Waffe mittlerweile als recht stumpf erwiesen hat, wurden auch im dritten Monat des Aufstands je mehrtägige bis zweiwöchige Ausgehverbote über Lager, Dörfer und Stadtteile verhängt. Über 200.000 Palästinenser auf der Westbank konnten während zweier Wochen ihre Häuser nicht verlassen.

O Jerusalem

Ende Dezember hatte der Aufstand bereits auf den völkerrechtswidrig von Israel annektierten Teil Jerusalems, den arabischen Teil der Stadt oder Ostjerusalem, übergegriffen. In Ostjerusalem stehen seither mit Steinen und Zwillen bewaffnete Jugendliche der stärksten Armee des Nahen Ostens ebenso gegenüber wie in den andere Aufstandsgebieten. „In den letzten Wochen", kommentiert die „Jerusalem Post", „ist Jerusalem praktisch wieder geteilt."

Für Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek, der für seine Leistungen in Sachen jüdisch-arabischer Koexistenz den Friedenspreis des Deutschen Buchhan-

Nahen Ostens ebenso gegenüber wie in den andere Aufstandsgebieten. „In den letzten Wochen", kommentiert die „Jerusalem Post", „ist Jerusalem praktisch wieder geteilt."

Für Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek, der für seine Leistungen in Sachen jüdisch-arabischer Koexistenz den Friedenspreis des Deutschen Buchhan-

Dry Bones



Wenn sie nach zwanzig Jahren unserer Besetzung — ... uns *so* sehr hassen — sagt das irgendetwas über *uns*? — Oder über *sie*? — Oder über zwanzig Jahre? — Oder über Besetzung?
(aus: Jerusalem Post — International Edition, 27.2.88)

dels davontrug, hat sich die Lage in seiner Stadt „in fundamentaler Weise geändert. Die Koexistenz ist nicht tot, aber ich bin überzeugt, daß tiefe Narben zurückbleiben werden." Nie, schreibt der Israel-Korrespondent der FR, werde es „wieder zu einem nachbarschaftlich entspannten Zusammenleben" von jüdischen und arabischen Israelis in Jerusalem kommen. Ob dieses Zusammenleben von Besetzern und Besetzten wirklich je so entspannt gewesen ist? Ein palästinensischer Journalist: „Jetzt haben wir euch gezeigt, daß wir schließlich Teil der Westbank sind. Ihr Israelis habt euch die ganze Zeit eingebildet, daß wir Ostjerusalemer uns sehr von den Westbankern unterscheiden, daß Unruhen und Streiks uns schaden würden und wir dagegen wären. Jetzt sehen wir, daß das Resultat nicht so schlecht für uns ist — im Gegenteil, es ist gut, trotz der harten Reaktion der Armee und der Polizei und der wirtschaftlichen Rückwirkungen."

Israels führender Militäranalytiker Seew Schiff rechnet mittlerweile mit einer Aufstandsdauer von zwei, drei Jahren: „Die Widerstandskraft der Unruhestifter ist größer als erwartet." Auch der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rabin erwartet weitere zumindest Monate der Unruhe: „Die Mehrheit der arabischen Bevölkerung sympathisiert mit der Politik gewaltsamer Konfrontation und fühlt, daß die nationalen Bestrebungen der palästinensischen Araber Fortschritte in der Weltmeinung erzielen durch den Anblick unbewaffneter Zivilisten, die bewaffneten Soldaten gegenüberstehen. Sie spüren, daß sie etwas erreicht haben."

Ein Übermut, der nach übereinstimmender Auffassung der Regierungskoalition von Likud und Arbeitspartei und der Militärführung sowie einer großen Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels den Palästinensern nun schleunigst aus

sten, die bewaffneten Soldaten gegenüberstehen. Sie spüren, daß sie etwas erreicht haben."

Ein Übermut, der nach übereinstimmender Auffassung der Regierungskoalition von Likud und Arbeitspartei und der Militärführung sowie einer großen Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels den Palästinensern nun schleunigst aus

dem Leibe geprügelt und geschossen gehört. Wenn die Palästinenser wie in den glücklichen Jahren 1947-49 schon nicht „freiwillig" abhauen, dann sollen sie wenigstens die Schnauze halten, geschweige denn, den Stachel wider Erez Jisrael löcken.

Totschlagen

„Nur ein toter Araber ist ein guter Araber", hat ein israelischer Soldat in die Staubschicht eines Militärbusses geschrieben. Ein durchgeknallter Rekrut?

Soldaten stürmen in ein Haus, zerschlagen Möbel, Geschirr, Fernseher und zertreten Lebensmittel. Eine Ausnahme?

„Mit welcher Hand schreibst du?" fragt ein israelischer Offizier einen festgenommenen Palästinenser, der daraufhin die Rechte vorweist. Ein Soldat erhält den Befehl, dem Palästinenser die Hand zu brechen. Einmal dabei, wird dem Festgenommenen auch gleich ein Bein zerschlagen. Nur ein Exzeß?

Alltag im Besatzerland: In einem Lager bitten weinende Frauen die Soldaten um Freilassung ihrer Söhne. Die Frauen werden zurückgestoßen. Die Soldaten steigen in den wartenden Bus, bevor sie abfahren wird eine Fensterklappe geöffnet und eine Tränengasgranate nach den Frauen geworfen.

Ein alter Palästinenser weigert sich im Lager Jabalija, einen Reifen, der zuvor auf der Straße gebrannt hatte, in sein Haus zu nehmen. Daraufhin dringen Soldaten in sein Haus ein und verprügeln alle Anwesenden. Ein Schweizer Korrespondent berichtet: „Der Mann hat zwei Pflaster über der Stirne und klagt über Schmerzen im Rücken, seine 70jährige Mutter zeigt einen dick violett geschwollenen Ellbogen, seine Schwester weist einen großen blauen Fleck auf der linken Schulter vor und verspürt Schmerzen in der linken Hand; diese Spuren führen die Betroffenen auf Schläge mit dem Holzknüppel zurück. Der zwanzigjährige Sohn schließlich hat ein blaues rechtes Auge und sagt, er sei mehrfach von einem Soldaten mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden."

In ein Bethlehemer Krankenhaus wird ein 16jähriger gebracht, der an einer Demonstration teilgenommen hatte. „Sein Körper", heißt es in einer Agentur-Meldung, „ist eine blutende Wunde. Blutklumpen kleben an seinen zerrissenen Lippen, seine Zähne sind zerbrochen, aber die Ärzte kümmern sich um das Dringendste: der Junge hat eine Niere verloren, so hart sind die Schläge gefallen. Seine rechte Hand und ein Bein sind gebrochen." — Die Aussagen Zusammengeschlagener sind im Kern gleich: nach ihrer Festnahme sind sie in einem Bus abtransportiert und darin von Soldaten verprügelt worden.

Bei einem Zusammenstoß von Palästinensern und Siedlern bei Hebron greift Militär ein. Eine Einheit der Golani-Elitebrigade faßt siebzehn Jugendliche, fesselt ihnen die Hände und zwingt sie, am Straßenrand niederzuknien. Sie werden solange mit Knüppeln und Gewehrkolben geschlagen, bis sie nicht mehr gehen können. Fünfzehn ihrer Opfer laden die Soldaten auf einen Lastwagen und kippen sie auf einer Müllhalde aus.

Bei der dem Freitagsgebet in Salim (bei Nablus) üblicherweise folgenden Demonstration werden fünf Teilnehmer angeschossen. Bei der nachfolgenden Razzia durch die Häuser werden fünf Jugendliche festgenommen. Einer wird liegengelassen, nachdem ihm die Hand gebrochen war und er aus einem Ohr blutete. Die übrigen vier werden gezwungen, Steine und Reifen von einer Straße zu räumen. Sie werden zu Boden geworfen und mit einem Bulldozer mit Erde zugeschaufelt. Der Bulldozer-Fahrer wird von den Soldaten aufgefordert, über die lebendig Eingegrabenen hinwegzufahren. Der weigert sich. Als Frauen sich schreiend nähern, hauen die Soldaten ab. — In einem zweiten Fall haben vierzehn Soldaten zwei palästinensische Jugendliche lebendig eingegraben. Einer der beiden Betroffenen gab eine eidesstattliche Erklärung ab: Er sei am 14.2. in seinem Haus festgenommen und mit einem weiteren Jugendlichen an den Strand im Westen von Khan Junis (Gasastreifen) gefahren worden. „Dort banden sie mich an einen Jeep und zogen mich bei schneller Fahrt durch den Sand. Dann schlugen sie erneut auf mich ein und begruben mich im Sand. Sie stopften sogar Sand in meinen Mund."

Am 7.2. wird ein 15jähriger aus dem Haus seiner Eltern geholt, geschlagen und in Handschellen abgeführt. Er wird später von Lagerbewohnern bewußtlos aufgefunden. An einem Bluterguß im Ge-

Fortsetzung nächste Seite

Henryk M. Broder über den Aufstand

„(...) Der Glaube, man müsse nur abwarten, bis sich schwierige Situationen klären — irgendwann, irgendwie — hat die israelische Politik im Laufe der letzten

Zu der „politischen Pathologie" israelischer Politiker, „die Gewalt mit Recht gleichsetzt und Macht mit Einsicht verwechselt, kommt eine generelle Unfähig-

Henryk M. Broder über den Aufstand

„(...) Der Glaube, man müsse nur abwarten, bis sich schwierige Situationen klären — irgendwann, irgendwie — hat die israelische Politik im Laufe der letzten Jahre bestimmt. (...) Wer nicht blind, taub oder mit nationalem Größenwahn geschlagen ist, der weiß genau, daß Israel drei Optionen zur Wahl hat, von denen jeweils nur zwei zusammenpassen, daß es also eine Option aufgeben muß, um die anderen zwei zu verwirklichen. Die Möglichkeiten lauten: jüdischer Staat, Demokratie und Großisrael. Und sie lassen sich auf folgende Weise miteinander kombinieren: jüdischer Staat und Großisrael, jüdischer Staat und Demokratie, Demokratie und Großisrael. Die zionistischen Gründerväter hatten einen demokratischen jüdischen Staat im Sinn. Unter den heutigen Umständen bedeutet jüdischer Staat und Demokratie den Verzicht auf Großisrael. Anderthalb Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten können nicht auf die Dauer ‚verwaltet' werden, keine Regierung kann im Kernland demokratische Verhältnisse behaupten und unmittelbar vor der Haustür Militärrecht praktizieren. (...)

Im Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern ist inzwischen de facto ein Zustand erreicht wie zwischen einer Kolonialmacht und ihren Kolonien, nur daß in diesem Falle beide eine territoriale Einheit bilden. (...)

Die meisten israelischen Politiker waren und sind immer noch der Meinung, der jetzige Status quo sei nicht ideal, aber immerhin das kleinste aller möglichen Übel (...) Daß eine Fortsetzung des Status quo langfristig noch gefährlicher sein könnte als dessen Aufgabe, diesen Gedanken mochten sie nicht einmal zulassen„. Sie hofften, mit der Zeit würde eine Lösung in Sicht kommen. „Bis dahin galt es Ruhe zu bewahren und Tatsachen zu schaffen, welche die eigene Position festigen (...)."

Zu der „politischen Pathologie" israelischer Politiker, „die Gewalt mit Recht gleichsetzt und Macht mit Einsicht verwechselt, kommt eine generelle Unfähigkeit hinzu: vielen Israelis fällt es schwer, sich für einen Moment auf die andere Seite der Barrikade zu stellen und probeweise die Position der Palästinenser einzunehmen. Was geht in einem jungen Palästinenser vor, der unter israelischer Besatzung aufgewachsen ist und nichts anderes als diese Besatzung kennt? Der die Herrschaft der Jordanier in der Westbank und der Ägypter in Gaza bis zum Jahre 1967 nicht erlebt hat, und der gar nicht anders kann als für die Umstände, in denen er nun lebt, einzig und allein die Israelis verantwortlich zu machen? Kann er etwas anderes als Wut und Haß empfinden, wenn er das — relativ normale — Leben seiner israelischen Altersgenossen in Tel Aviv und Jerusalem sieht und anschließend in sein Flüchtlingslager nach Gaza oder Ramallah zurückfährt, um von den Eltern und Großeltern Phantasiegeschichten zu hören, wie herrlich das Leben in Palästina war, bevor die Juden das Land an sich gerissen haben? Und der die Statements israelischer Politiker verdauen muß, die ihn auffordern, sich mit der Besatzung abzufinden oder das Land zu verlassen. Es wäre albern und vermessen, von ihm zu verlangen, in der Geschichte nach den Ursachen seiner Misere zu forschen, den Anteil der Verantwortung der arabischen Staaten an seinem Los zu bedenken. Und so tut er, was für ihn das Nächstliegende ist: Er hebt einen Stein und wirft ihn nach einem Israeli. (...)"

(Die obigen Auszüge stammen aus einem mehrseitigen Aufsatz Broders, der am 10.2. in der taz erschienen ist.)

Fortsetzung von vorheriger Seite

hirn, der nach Auffassung der behandelnden Ärzte auf die Stockschläge zurückgeht, stirbt er am nächsten Tag im Krankenhaus. Dreitausend Menschen nehmen an seinem Begräbnis teil. Soldaten schießen in die Menge der Trauernden und verletzen einen 12jährigen Jungen und ein 15jähriges Mädchen.

Ein 19jähriger, der in Gasa auf seinem Fahrrad zwischen Demonstranten und Soldaten gerät, läßt sein Rad fallen und flüchtet. Er wird von Soldaten verfolgt, in einen Jeep geprügelt und stirbt an den erlittenen Verletzungen: beide Beine und ein Arm sind an mehreren Stellen gebrochen, schwere Kopfverletzungen, innere Blutungen. Dieser Fall, heißt es, wurde nur dadurch bekannt, daß er der Sohn einer prominenten christlichen Familie ist. Nach Darstellung von Bewohnern Gasas hat es davor mindestens sechs ähnliche Fälle gegeben.

Davidsstern

Juristen in Ramallah hatten bis Anfang Februar rund 180 Aussagen von Prügelopfern aufgenommen. Einem Schweizer Korrespondenten wird die Fotografie eines rot und blau unterlaufenen Rückens gezeigt, auf den „mit blauem Stift ein Davidsstern, einige hebräische Wörter und auf arabisch ‚die Armee bringt den Tod'", geschrieben wurden. Nach Aussage des betroffenen 19jährigen seien Soldaten in sein Haus eingebrochen, hätten ihn unter Knüppel- und Gewehrkolbenschlägen zwei Stunden lang durchs Dorf getrieben, an einen Telefonmast gefesselt, wieder geprügelt und schließlich die Schrift auf seinem Rücken angebracht.

Im Maqased-Spitals in Ostjerusalem, berichtet dessen Direktor, seien in den sechs Wochen von Mitte Dezember bis Ende Januar 35 schwere Schußwunden und über 300 leichtere Verletzungen als Folge des Einsatzes von Knüppeln, Tränengas und Gummigeschossen behandelt worden. (Demnach sind in einem *einzigen* Krankenhaus soviel Verletzte behandelt worden wie israelische Militärsprecher als *Gesamt*zahl für diesen Zeitraum angeben.)

Eine Delegation der Physicians for Human Rights, die Anfang Februar acht Orte und Krankenhäuser in den besetzten Gebieten besucht hatte, kam aufgrund der Vielzahl der Verletzten und der Art der Verletzungen zu der Folgerung, es herrsche „eine Epidemie unkontrollierter Gewalt der Armee und Polizei" in den besetzten Gebieten. Das Delegationsmitglied Leon Shapiro, Psychiater in Massa-

ter Gewalt der Armee und Polizei" in den besetzten Gebieten. Das Delegationsmitglied Leon Shapiro, Psychiater in Massa-

chusetts und Fakultätsmitglied der Harvard Medical School konstatierte: „Wenn dies ein Krieg wäre, würden viele der Aktionen, deren Ergebnis wir gesehen haben, zu Grausamkeiten erklärt werden." (Gewalt gegen Zivilisten und erst recht als Mittel der Bestrafung von Zivilisten sind im regulären Krieg völkerrechtlich geächtet.) — Rabin erklärte zur gleichen Zeit, angesichts der ungewohnten Aufgabe der Soldaten, der Menge eingesetzter Soldaten und der Gewalt der Palästinenser sei die Anzahl von „Unregelmäßigkeiten" gering: „Die israelische Armee insgesamt verhält sich auf die bestmögliche Weise."

Die israelische Tageszeitung „Jediot Acharonot" veröffentlichte den Brief eines Militärarztes, der im Rahmen seines Reservedienstes im Militärgefängnis des Internierungslagers „Ansar 2" im Gasastreifen arbeitete: „(...) ich habe sie (die verhafteten Palästinenser; K.) mit bitteren Tränen in den Augen, übersät von Blutergüssen, dreckverschmiert, geknebelt und gefesselt auf mich zukommen sehen. Sie sind überall geschlagen worden: auf die Hände, auf den Rücken, ins Gesicht. Die Soldaten haben inzwischen gelernt, Schläge zu versetzen, die höllisch wehtun, aber nur Blutergüsse und keine Knochenbrüche hinterlassen. (...) Ich hätte niemals gedacht, daß Juden einem anderen Volk das antun könnten, was die Deutschen ihnen damals angetan haben. Es ist wahr, es gibt hier keine Gaskammern und Konzentrationslager — aber wird sind hier nicht mehr weit davon entfernt."

Ein US-amerikanisches Fernsehteam filmte, wie vier Soldaten vierzig Minuten lang zwei Palästinenser mit Füßen treten, mit Gewehrkolben schlagen und ihnen mit schweren Steinen die Arme brechen. (Militärpolizei verhaftete die Soldaten, sie wurden am 29.2. wieder — vermutlich zum „Dienst" — freigelassen.)

Fast alle dieser Vorfälle sind erst durch Journalisten und Foto- und Fernsehreporter an die Öffentlichkeit gekommen. Gemäß der Devise, nicht der Täter ist schuld sondern der Zeuge, gehen Soldaten auch schon mal mit Faust, Knüppel und Gewehrkolben auf die insbesondere verhaßten Kamerateams des Fernsehens los. Selbst israelische Journalisten beklagen sich über den „Haß des Militärs" gegenüber der Presse. Ein israelischer Journalist: „Die Feindseligkeit gegenüber den Medien ist bei den Soldaten heute fast ebenso groß wie gegenüber den arabischen steinewerfenden Kindern." Bestärkt werden die Soldaten in ihrem Vorgehen gegen Medienvertreter von Rabin, der einen Krieg geortet hat, „den Zivilisten, Frauen und Kinder, mit Unterstützung des Fernsehens" gegen Israel führen. Premier Schamir hat den Hinweis aufgegriffen und am 29.2. „nicht ausgeschlossen", Journalisten den Zugang zu den besetzten Gebieten zu untersagen. Die Armee müsse prüfen, ob damit der „Schaden" durch den Aufstand verringert werden könne.

Eine Woche zuvor hatte sich Israels Generalstaatsanwalt Josef Charisch an Rabin gewandt: Seine Dienststelle werde mit Beschwerden über die Mißhandlung palästinensischer Zivilisten dermaßen überflutet, daß er an der amtlichen These zweifle, daß es sich um Ausnahmen handle. Seine Prüfung habe ergeben, daß diese Auffassung nicht mit der Wirklichkeit übereinstimme. Er forderte Rabin auf, neue Richtlinien zu erlassen, die Gewaltanwendung als Bestrafung, Folter oder Erniedrigung verbieten. (Ein lobenswerter Schritt des Generalstaatsanwalts — allein: all dies *ist* bereits zumindest völkerrechtlich verboten.)

Wenige Tage später wies Generalstabschef Dan Schomron in einem Rundschreiben die in den besetzten Gebieten stationierten Offiziere an, den Soldaten „brutale Behandlung, Erniedrigung und Beschimpfung" der Zivilbevölkerung zu untersagen. Demonstranten dürften nicht nach ihrer Festnahme geschlagen und es dürfe auch kein Eigentum zerstört werden.

Als „flankierende Maßnahme" muß wohl aufgefaßt werden, daß am 4.3., also *nach* diesen Interventionen, die Armee die Westbank für die Presse „vorübergehend geschlossen" hat. Und es gibt auch sonst nicht viel Hoffnung, daß Palästinenser künftig nur noch im Rahmen von Schomrons Dienstanweisung geprügelt und erschossen werden. Unzufrieden mit der Qualität der im Januar georderten Schlagstöcke aus extrahartem Holz, hat die Armee „bruchsichere Schlagstöcke aus schwarzem Fiberglas" bestellt, und zwar weil die Knüppel aus Holz, berichtet die israelische Tageszeitung „Dawar" und bestätigt ein Armeesprecher, beim Schlagen zerbrochen seien, wobei sich die Soldaten an den Händen verletzt hätten. (Diesen Satz vielleicht nochmal lesen?)

Siedler

In den ersten Wochen des Aufstandes hatten sich die Siedler mit eigenen Aktionen

In den ersten Wochen des Aufstandes hatten sich die Siedler mit eigenen Aktionen

weitgehend zurückgehalten — was einigermaßen überraschend ist in Hinblick auf deren Terrorakte in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre. Rabins Prügelorder und das Vorgehen des Militärs hätten jenen Siedlern ein Beispiel gegeben, schreibt Jehudi Litani in der „Jerusalem Post", die „lange auf grünes Licht gewartet haben, ‚um den Ismaliten zu zeigen, wer wirklich Erez Jisrael beherrscht'." Litani befürchtet, daß dem Beispiel von Armee und Siedlern nun auch Übergriffe „gewöhnlicher israelischer Bürger" auf Palästinenser folgen.

Mittlerweile wird täglich von Siedlerattacken auf Flüchtlingslager und Ortschaften berichtet. Siedler aus Maaleh Adomim griffen einen Nachbarort an, durchwühlten die Häuser, zerschlugen Fenster und Türen. In Hebron wurden die Scheiben palästinensischer PKW und Lastwagen zerschlagen, die Reifen zerstochen. In Ramallah kamen drei vorgebliche „israelische Journalisten" in die Wohnung von Palästinensern, zogen Pistolen und nahmen einen der Bewohner mit. Es seien, erklärt ein Zeuge, Siedler gewesen, und der Verschleppte sei nun in Haft. Bewaffnete Siedler zogen durch Ostjerusalem und feuerten ihre Waffen ab. In Silwad versuchten Siedler, Schulmädchen festzunehmen. Als die Dorfbewohner dies verhindern wollten, eröffnete hinzugekommenes Militär das Feuer. Der Gusch Emunim (Block der Getreuen) drohte per Handzettel den Palästinenser mit Vertreibung, wenn sie den Aufstand nicht beendeten.

Siedler, die sich in ihrem Wagen von palästinensischen Jugendlichen angeblich bedroht gefühlt hatten, schossen mit der Uzi und töteten einen der Jugendlichen; palästinensische Zeugen berichten jedoch, die Siedler hätten sich den Anschein gegeben, Palästinenser zu sein, die Jugendlichen seien an ihren Wagen herangekommen, um ihnen einen Weg zu weisen, der nicht blockiert ist, als die Siedler das Feuer eröffneten.

Ein 13jähriges Mädchen, das zwei Wagen vor der Einfahrt des elterlichen Hauses in Baka Al-Sharkija (bei Tulkarem) halten sah, wollte die vermeintlichen Besucher begrüßen; noch in der Haustür wurde sie von einem der Siedler in den Wagen erschossen, ihr Bruder hat fünf oder sechs Schüsse gehört. Dieselben Siedler schossen in dem Ort noch auf mindestens vier Häuser. Einer der Siedler wurde festgenommen und gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Ben Isahi, Vertreter extremistischer jüdischer Siedler und Vorsitzender eines „Aktionskomitees für die Sicherheit der Straße", das die „Verantwortung" für die Zerstörung palästinensischer Wagen in Hebron übernommen hatte, verteidigte im israelischen Rundfunk die „Strafexpeditionen" und erklärte: „Die Araber haben mehr Angst vor den Siedlern als vor der Armee oder der Polizei. Sie wissen, daß der Armee von den Politikern Beschränkungen auferlegt werden und die nicht alles tun kann, was sie gern tun wollte. Die Siedler sehen sich durch derartige Überlegungen nicht beschränkt und können tun, was sie wollen."

Offiziell sind natürlich alle und auch die meisten Siedler gegen diese „Strafexpeditionen". Gleichwohl scheiterte das Verlangen von Ministern der Arbeitspartei, die Siedler vor weiteren Übergriffen zu warnen, am Veto Schamirs, der ansonsten die Siedler aufforderte, „stark" und die Palästinenser, „ruhig" zu sein. Die Forderung von Siedlern, sofort zwei neue Siedlungen zu gründen, werde er überprüfen. Die Gründung neuer Siedlungen, erläuterte Rabins Protektionskind Scharon, fördere den Friedensprozeß.

Die Auffassung, daß Palästinenser Freiwild seien, besteht offensichtlich nicht allein in den besetzten Gebieten, sondern auch in Israel selbst: In Tel Aviv brachen Polizisten in eine Wohnung von acht Palästinensern ein, die über Aufenthaltsberechtigungen verfügten, was aber gar nicht gefragt war. Eine Stunde lang zertrümmerten die Polizisten das Mobiliar und verprügelten die Bewohner. Drei von ihnen mußten ins Krankenhaus.

Friedenspendler

Der Friedenstrip des US-Außenministers Shultz durch den Nahen Osten — er pendelte von Israel nach Jordanien, Syrien, Ägypten und wieder nach Israel — zeigte, daß auch die Großen dieser Welt sich recht herzhaft selbst auf die Schippe nehmen können. Jeder wußte, daß es nichts bringt, aber viele taten erstmal so, als ob doch.

Nur die PLO hatte den Witz nicht verstanden. Zwar trafen sich die Bürgermeister von Gasa und Bethlehem mit dem US-Vertreter Cluverius zu Vorgesprächen, plauderten dann aber gleich aus, was am Ende der Schnitzeljagd zu finden sein werde: keine direkten Verhandlungen mit der PLO, keine eigenständige palästinensische Vertretung bei Friedensverhandlungen, kein Rückzug auf die Grenzen von 1967, kein unabhängiger pa-

verhandlungen, kein Rückzug auf die Grenzen von 1967, kein unabhängiger pa-

lästinensischer Staat. Die PLO rief zum Boykott von Shultz' „Friedensbemühungen" auf (ist aber bereit, sich mit Shultz außerhalb der besetzten Gebiete zu treffen). Palästinensische Notabeln, die Einladungen zu einem Gespräch erhalten hatten, sagten „mit großem Bedauern" ab. Die „Vereinigte Führung des Aufstands" (s.u.) rief die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu einer Woche zivilen Ungehorsams auf.

Aber auch die unmittelbar am Spiel beteiligten mochten bald nicht mehr so recht. Schamir, der eine internationale Konferenz (natürlich ohne PLO) zwischendurch mal fast ein bißchen gewollt hätte, sagte Shultz dann doch, er lehne eine Nahost-Friedenskonferenz in jeder Form ab. Staatspräsident Chaim Herzog hatte noch immer keinen gesprächsbereiten Palästinenser entdeckt. Und Peres (man muß nur fest genug dran glauben) setzte unverdrossen auf die jordanische Karte, mit der jedoch (außer Peres wissen das eigentlich alle) weder bei Hussein noch bei anderen arabischen Oberhäuptern ein Stich zu holen ist.

Ein Leitartikler der „Frankfurter Rundschau" benannte mit seltener Deutlichkeit den Sinn der ganzen Aufführung: „Die USA zeigen im Nahen Osten wieder Flagge, signalisieren Beweglichkeit, kündigen neue Ideen an und können doch sicher sein, mit der Reise ihres Außenministers Shultz nichts zu bewirken." Shultz habe sich „vor allem aus innenpolitischen Gründen" auf die Reise gemacht. Die Fernsehbilder vom Aufstand der Palästinenser hätten in den USA einen tiefen Schock verursacht, der die Frage nach sich gezogen habe, was denn nun die US-Regierung zu tun gedenke. „Diesem Druck konnte sich US-Präsident Reagan nicht entziehen, wollte er nicht den Eindruck aufkommen lassen, im Wahljahr außenpolitisch nur noch beschränkt handlungsfähig zu sein. Damit wird, was Anstoß zu einer neuen Friedensinitiative sein sollte, unversehens selbst zum Ereignis, das sich notgedrungen selbst genügt, indem es Schlagzeilen produziert, in denen das Wort Frieden oft genug auftaucht, um die inneramerikanische Erregung zu dämpfen."

Basiskomitees

Der Aufstand begann spontan vor mittlerweile drei Monaten, griff in wenigen Tagen vom Gasastreifen auf die Westbank über und von dort aus nach Ostjerusalem (für ein, zwei Tage im Februar sah es so aus, als ob es auch auf den annektierten Golanhöhen abgehen würde). Die Aufständischen hätten jedoch kaum die ersten Wochen überstehen können, wenn nicht schon seit langem in den besetzten Gebieten eine Basisstruktur bestanden hätte. (Die folgende Darstellung stützt sich vorwiegend auf einen Artikel aus „Middle East Journal", 6.2.)

Die Entwicklung eines Netzes politischer Basisbewegungen — Frauenkomitees, Gewerkschaften, Jugendorganisationen — geht auf das Ende der 70er Jahre zurück. Bis dahin hatte sich die PLO-Führung außerhalb der besetzten Gebiete auf den bewaffneten Kampf konzentriert. Der Erfolg des nationalen Blocks bei den Kommunalwahlen 1976 auf der Westbank (deren Ergebnisse alsbald von der Besatzungsmacht liquidiert wurden), bei denen fast ausnahmslos PLO-nahe Kräfte gewählt worden waren, gab den besetzten Gebieten für die PLO größeres politisches Gewicht. Die organisatorischen Bemühungen wurden nach der Libanoninvasion und dem Abzug der PLO-Führung nach Tripoli noch verstärkt. Soziale Aktionskomitees hatten sich in jedem Lager und in jedem Dorf herausgebildet.

Gerade die Ausgangssperren, mit denen die Armee den Aufstand aushungern wollte, waren es, die zur Gründung vereinigter lokaler Hilfskomitees führten. Diese Komitees waren „nicht ideologisch ausgerichtet" und hatten allein die Aufgabe, Lebensmittel für die Lager unter Ausgangssperre bereitzustellen. Nach Aufhebung der Ausgangssperre wurden Bedürftige weiter von den Komitees unterstützt.

Der Erfolg der lokalen Komitees führte zur Etablierung einer nationalen Führung, die die Verteilung der Spenden überwachte und eine Strategie der Proteste entwickelte. In der Westbank wurde im Untergrund eine Führung gebildet, die aus lokalen Vertretern besteht, die der Fatah, der Volksfront (PFLP), der Demokratischen Front (DFLP), der Palästinensischen Kommunistischen Partei und dem islamischen Jihad nahestehen. Im Gasastreifen bildete sich, ebenfalls im Untergrund, eine ähnlich zusammengesetzte Führung heraus. Das erste Flugblatt wurde am 4.1. verteilt. Dieses wie die folgenden Flugblätter enthalten Verlautbarungen und Streikaufrufe, die auch schon mal gründlicher befolgt werden, als es gemeint war. Die Führung hatte Anfang Januar zu einem dreitägigen Geschäftsstreik aufgerufen, die Ostjerusalemer Händler streikten aber auch noch nach drei Wochen, so daß die Händler in einem weiteren Flugblatt aufgefordert werden mußten, täglich für einige Stunden zu öffnen, da bereits viele Palästinenser gezwungen waren, in Westjerusalem einzukaufen.

Aufgabe der Führung ist es, die Basis der Demonstrationen zu verbreitern, um den Druck von den einzelnen Regionen zu nehmen. Anders als frühere nationale Führungen ist diese Führung im Untergrund geblieben. Sie ist an Publicity nicht interessiert und überläßt die öffentliche Rolle der PLO.

Die besetzten Gebiete haben nun eine sehr viel größere Stärke in der inneren PLO-Struktur. Die lokalen Führungen entscheiden, was vor Ort zu geschehen hat. „Die lokale Führung ihrerseits ist sich darüber einig, daß die PLO die politischen Früchte ernten soll."

K., Hamburg



P.S.: Ein älterer Palästinenser erläuterte in Hebron auf der Westbank einem israelischen Journalisten, worum es eigentlich geht: „Sagen wir mal, du bist es gewohnt, täglich ein Brot zu essen. Wenn du hungrig bist und dir jemand ein halbes Brot anbietet, wirst du es essen und zufrieden sein. Du kannst mit dem halben Brot auskommen. Es gibt genug Land für uns beide. Laß es uns teilen." (Vgl. auch Genesis 13, 7-9)

Quellen (zu „Totschlagen, abschießen, eingraben" und „In tiefer Sorge um den Staat Israel")

Div. Ausg. der Monate Jan., Feb. u. März von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler Zeitung (Schweiz), blätter des iz3w, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post — International Edition (Israel), Klassenstrijd (SAP, Niederlande), links (SB), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Palästina Bulletin, Sozialistische Zeitung (VSP), Spiegel, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Unsere Zeit, de Volkskrant (Niederlande), Vorwärts (PdA, Schweiz), Wochenzeitung (Schweiz), Die Zeit

„In tiefer Sorge um den Staat Israel“

Zwar nimmt die innerisraelische Kritik an der Besatzungspolitik allmählich zu, hat aber noch nicht im entferntesten die Stärke und den Umfang erreicht wie zur Zeit des Libanonkrieges. Damals, kommentierte bissig ein israelischer Hochschullehrer den Unterschied, seien es ja auch „unsere Kids“ gewesen, die getötet wurden — „heute sind es arabische Kids.“

Die Sorge um die eigene Haut, nicht eine Solidarität mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten, ist auch jetzt ganz vorwiegend die Triebkraft von Kritik und Protest. Charakteristisch hierfür ist jener Offene Brief von rund fünfhundert Psychologen, Sozialarbeitern etc., die Rabins Prügelorder wesentlich deshalb kritisierten, weil die Brutalisierung der israelischen Soldaten auf das Leben in Israel zurückschlagen könne.

Ähnlich wurde in einem von 600 Akademikern unterzeichneten Aufruf argumentiert, der in mehreren israelischen Tageszeitungen veröffentlicht wurde und eine universitäre Kampagne einleiten soll. Aus tiefer Sorge um „den Charakter, die Sicherheit und die Zukunft des Staates Israel“ fordern die Unterzeichner die Regierung auf, sofortige Schritte zur Einleitung von Verhandlungen einzuleiten. Es sei „keine Lösung“ möglich, solange Israel Westbank und Gasastreifen kontrolliere.

Prof. Schmuel Eisenstadt, einer der führenden Soziologen der Welt, der, wie auch die meisten anderen der Unterzeichner, höchst selten einen öffentlichen Aufruf unterstützt, motivierte seine Unterschrift mit den Worten: „Die Besatzungspolitik wird zu einer zunehmenden Brutalisierung führen (...) Es besteht die Gefahr, daß wir die Errungenschaften der Likud-Regierung, nämlich den Frieden mit Ägypten aufs Spiel setzen. Die heutige Lage könnte uns zurückwerfen in einen Zustand, wie er vor der Gründung des Staates herrschte, nämlich in einen totalen Konflikt zwischen den Völkern, nicht zwischen den Staaten.“

Zu den Unterzeichnern des Akademiker-Aufrufs gehören allerdings auch radikalere Kräfte wie Jehoschafat Harkabi, in den 50er Jahren Chef des militärischen Geheimdienstes, heute Professor für Internationale Beziehungen an der Hebräischen Universität und einer der besten Kenner des israelisch-arabischen Konflikts. Harkabi publizierte eine furiose Abrechnung mit der israelischen Besatzungspolitik, die völlig irreal sei, von Wunschdenken, fehlendem Unterscheidungsvermögen von Möglichem und Unmöglichem und nicht vorhandener Einsicht in die bisherige falsche Politik geprägt. Aber die Realität, schreibt Harkabi, werde „Israel zwingen, seine politische Haltung aufzugeben, sich aus den Gebieten zurückzuziehen und mit der PLO zu verhandeln.“

Ein weiterer der radikaleren Unterzeichner des Aufrufs, Schlomo Awineri, Professor der Politischen Wissenschaften an der Hebräischen Universität, konsta-

Ein weiterer der radikaleren Unterzeichner des Aufrufs, Schlomo Awineri, Professor der Politischen Wissenschaften an der Hebräischen Universität, konstatiert in seinem Essay „Die Grenzen der Macht“: Israel habe „ die stärkste und besttrainierte Armee im Mittleren Osten“, diese Armee sei aber kaum in der Lage, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu kontrollieren. „1967 brauchte die israelische Armee weniger als fünf Tage, um die Kontrolle über Westbank und Gasa zu erreichen. 1987/88 kann diese selbe Armee, viel stärker, Recht und Ordnung nicht wiederherstellen, wenn sie mit steinewerfenden unruhigen Jugendlichen konfrontiert ist.“ Israel sei auf eine einfache Wahrheit gestoßen worden, die noch aus den Tagen der Auseinandersetzungen mit der britischen Armee 1945-47 in Erinnerung hätte sein müssen: „eine Armee kann eine Armee schlagen, aber eine Armee kann ein Volk nicht schlagen.“ Ein Sicherheitsdilemma für Israel seien Westbank und Gasastreifen „nicht wenn sie *außerhalb* der israelischen Kontrolle sind, sondern wenn sie *innerhalb* dieser Kontrolle sind.“ Mit Westbank und Gasastreifen als Teil Jordaniens oder eines jordanisch-palästinensischen Staates könne Israel leben und sich gegebenenfalls verteidigen, wie es sich auch gegen fünfzig Millionen Ägypter verteidigt habe. „Ein Groß-Israel ist nicht sicherer, sondern unsicherer für israelische Juden.“

Der Mitherausgeber der „Jerusalem Post“, Jehudi Litani, greift Rabin, Schamir und Peres als die „unheilige Dreieinigkeit“ an, die sich gegenüber den „authentischen Stimmen unter den Palästinensern“ taub stellten. „Israel muß der Tatsache ins Gesicht sehen, daß es die PLO ist, die die große Mehrheit der Palästinenser in den besetzten Gebieten und außerhalb repräsentiert. Nicht König Hussein, nicht die Ägypter, nicht einmal Syrien. Jordanien, Ägypten und möglicherweise Syrien können als Vermittler zwischen Israel und der PLO dienen; aber solange wir die PLO ignorieren, wird der wilde Krieg zwischen Juden und Arabern in diesem Land weitergehen.“ Ein Ignorieren der PLO könne auch auf eine weitere Stärkung der extremen Moslem-Fundamentalisten unter den Palästinensern hinauslaufen, mit denen irgendeine Lösung zu erreichen völlig unmöglich sein würde.

Arbeitspartei Jetzt

Neben vielen kleineren Protestaktionen wie Mahnwachen, Aufrufen zur Verweigerung des Dienstes in den besetzten Gebieten wurden im Februar von Gruppierungen der arabischen Israelis, von religiös-zionistischen Friedensgruppen und von Schalom achschaw (Frieden Jetzt) eine Anzahl von Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt.

Mit Hanna Siniora, dem Herausgeber der in Ostjerusalem erscheinenden palästinensischen Zeitschrift „Al-Fajr“, trat am 13.2. erstmals ein prominenter Palästinenser bei einer Kundgebung von Schalom achschaw als Redner auf. Die Palästinenser, sagte Siniora, würden Israels Existenzrecht anerkennen, nun sei es an Israel, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen. Siniora wie der Sprecher von Schalom achschaw, Joki Amir, bemühten sich, für die von Peres unterstützte US-Initiative zu werben, die eine Autonomie für die besetzten Gebiete und Verhandlungen einer jordanisch-palästinensischen mit einer israelischen Delegation vorsehe. Nachgerade revolutionär war demgegenüber der 75jährige Oberst der Reserve, Dow Jeremia, der noch vor einigen Jahren gegen Soldaten aufgetreten war, die den Kriegsdienst im Libanon verweigerten: „Heute weiß ich, daß ich Unrecht hätte. Wenn ich sehe, wie die Besatzerarmee heute in den besetzten Gebieten wütet, würde ich selbst, wäre ich noch jung, den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern.“

Am 27.2. demonstrierte Schalom achschaw für die US-Initiative (die die Palästinenser nicht wollen, die die PLO nicht will, die Jordanien nicht will ...). Gleichzeitig wandte Schalom achschaw sich mit einem Offenen Brief an Friedenspendler Shultz: „Wir möchten, daß Sie wissen, daß Frieden Jetzt die Mehrheit in Israel und unter den Juden der Welt repräsentiert, die einen gerechten und dauernden Frieden im Nahen Osten verlangen.“ Der Verband entblödete sich nicht, die Weigerung der Palästinenser, sich mit Shultz zu treffen, anzugreifen: „Erlauben Sie nicht den Friedensgegnern auf beiden Seiten eine Unterminierung Ihrer Mission!“

Schalom achschaw scheint bitter entschlossen zu sein, die verbliebene Gefolgschaft auf eine Unterstützung der Arbeitspartei (im November stehen die Wahlen zur Knesset an) einzuschwören.

„Al Awda“

„Al Awda“

Große Zustimmung vor allem bei den arabischen Israelis und auch bei recht vielen links- oder antizionistischen Juden fand der Plan der PLO, per Schiff von Griechenland aus mit hundertdreißig ausgewiesenen Palästinensern, darunter die vier, die jüngst aus den besetzten Gebieten ausgewiesen worden waren, den Hafen von Haifa anzulaufen. „Al Awda“ sollte das Schiff heißen: Rückkehr. Und nur Übelwollende ritten darauf herum, daß diese Aktion von dem seinerzeitigen „Exodus“-Unternehmen der Haganah abgekupfert sei. Nebst einer Hundertschaft Journalisten wollten u.a. Knesset-Mitglieder, der Vorsitzende des Komitees für israelischen-palästinensischen Dialog Latif Dori, Grüne aus England und der BRD, ein Schweizer Nationalrat und zwei Rabbiner die Rückkehrer begleiten.

Schamir qualifizierte die PLO-Aktion als „feindlichen Akt“; die Kahane-Truppe „Opfer des Terrors“ plante, der „Al Awda“ ein Schiff mit Terroropfern und Waisen entgegenzuschicken. Im israelischen Kabinett wurde ein „spezielles Informations-Komitee“ eingesetzt, „um den ‚Propaganda-Krieg“ gegen die PLO-Aktion zu führen. Die israelische Union der Marine-Offiziere kabelte an die griechische Seeleutegewerkschaft (und zur Kenntnisnahme an die Internationale Transport-Föderation in London), daß griechische Schiffe künftig in israelischen Häfen boykottiert würden, wenn sie weiterhin den PLO-Plan unterstützen würde.

Der griechische Reeder, von dem die PLO ein Schiff gechartert hatte, trat von dem Vertrag wieder zurück, da ihm von israelischer Seite unmißverständlich bedeutet wurde, daß er sonst keinen israelischen Hafen mehr anlaufen dürfe. Stattdessen wurde von der PLO ein Schiff angekauft. Die drei Aufkäufer des Schiffes, Mitglieder der Fatah, wurden in Limassol durch eine Autobombe getötet.

Am Morgen des 15.2. erklärte Rabin, Israel werden auf jeden Fall das Vorhaben der PLO verhindern. Am Morgen desselben Tages riß eine unter Wasser angebrachte Haftmine ein Loch in den Rumpf des Schiffes.

Die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ kommentierte tiefsinnig: „Der Mossad hat seit Jahren keine spektakulären Aktionen mehr ausgeführt; wenn er aber nun doch wieder aktiv geworden ist, könnte das als Anzeichen dafür gewertet werden, daß israelische Sicherheitskreise dies als notwendig empfanden.“ Im Leitartikel der „Jerusalem Post“ vom 17.2. war hingegen Klartext zu lesen: Bei der Entscheidung, den PLO-Plan zu vereiteln, sei für Israel „die Effizienz einer gewaltsamen Gegenmaßnahme, nicht deren Legitimität“ ausschlaggebend gewesen — womit zugleich treffend die Maxime *aller* israelischen Politik gegenüber den Palästinensern formuliert ist.

K., Hamburg



„Wir handeln, sie sprechen für uns“

Auszüge aus Stellungnahmen der „Vereinigten Nationalen Führung“

Der spontane Aufstand in den besetzten Gebieten kam auch für die PLO-Führung überraschend. Welche Rolle spielt die PLO heute in der seit mehr als drei Monate dauernden Rebellion? *„Wir handeln, sie sprechen für uns“*, beantwortete ein Aktivist in den besetzten Gebieten diese Frage. Und palästinensische Führer außerhalb der besetzten Gebiete beschrieben ihre Rolle so: Aufgabe sei, die Bewegung in den besetzten Gebieten finanziell und diplomatisch zu unterstützen, aber nicht, *„denen im Innern Befehle zu erteilen.“*

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Flugblättern der „Nationalen Führung“ (entnommen dem „Antiimperialistisches Informationsbulletin“, März 88).

Am 10. Januar d.J. meldete sich zum zweiten Male eine Vereinigte Nationale Führung mit einem Aufruf zu einem dreitägigen Generalstreik zu Wort. Die Erklärung mit der Nummer „2“ umreißt die Sofortforderungen der Aufständischen:

„1) Verbot der Schändung von Heiligtümern und die Entfernung des Terroristen Scharon aus der Jerusalemer Altstadt;
2) Beendigung der Politik der ‚Eisernen Faust‘, Annullierung der Notstandsgesetze und die sofortige Aufhebung der Deportationsverfügungen;
3) Rückzug der Armee aus den Städten, Lagern und Dörfern, Verbot von Provokationen, Schluß mit dem Erschießen von Söhnen unseres Volkes;
4) Auflösung der Kommunal- und Lagerkomitees, die durch die Besatzungsmacht
kationen, Schluß mit dem Erschießen von Söhnen unseres Volkes;
4) Auflösung der Kommunal- und Lagerkomitees, die durch die Besatzungsmacht
eingesetzt wurden, Durchführung von demokratischen Kommunalwahlen in der Westbank und im Gazastreifen;
5) Freilassung der während des Aufstandes Verhafteten und Schließung der Gefangenenlager Farah, Ansar II und Ansar III;
6) Aufhebung der Mehrwertsteuer, die unseren Geschäftsleuten willkürlich auferlegt wurde;
7) Stopp der Beschlagnahmung von Boden, Stopp dem Bau von Siedlungen;
8) Verbot von Überfällen auf Bildungs-, Gewerkschafts- und andere öffentliche Einrichtungen, Verbot der Einmischung in deren innere Angelegenheiten.“

In einem Aufruf vom 17. Januar d.J. betonte die Vereinigte Nationale Führung ausdrücklich ihre Verbundenheit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO):

„Unser Volk wird seinen Aufstand fortsetzen, der jetzt in seine 9. Woche eintritt. Wir haben in den vergangenen Wochen mit Dutzenden von Märtyrern, Verletzten und Tausenden von Verhafteten bezahlen müssen auf unserem Weg zur Revolution und der Befreiung zur Errichtung eines unabhängigen Staates auf nationalem Boden mit der Hauptstadt Jerusalem unter der Führung der PLO, unseres einzigen und legitimen Vertreters.“

An die Weltöffentlichkeit gewandt, fordert die Nationale Führung in demselben Dokument:

„Wir appellieren an die Vereinten Nationen und alle Freiheits- und friedliebenden Völker der Welt ..., so schnell wie möglich mit dem Ziel zu intervenieren, die repressiven und willkürlichen Maßnahmen und Praktiken, denen die Söhne unseres Volkes ausgeliefert sind, zu beenden.

Wir wenden uns an die Völker der freien Welt, denen noch ein Rest Gewissen geblieben ist. Wir wenden uns an alle internationalen Institutionen, allen voran die Vereinten Nationen mit der Aufforderung, schnell zu handeln, um der israelischen Besatzung und der Metzelei ein Ende zu bereiten, um die Belagerung der gesperrten Zonen aufzuheben, um die Politik der ‚Eisernen Faust‘ zu beenden, die Beschlagnahme unseres Bodens zu verhindern und die politischen und Menschenrechte unseres Volkes zu garantieren, indem es internationalem Schutz unterstellt wird, als Auftakt zu einer mit allen Vollmachten ausgestatteten internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und unter Beteiligung der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und aller am Konflikt beteiligter Parteien, darunter der PLO als einziger und legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes.“

In einer Erklärung am 21. Januar d.J. gibt die Nationale Führung konkrete Anweisungen an die palästinensischen Bevölkerung, wie der Aufstand weiterzuführen sei:

„Der Aufstand wird nicht aufhören, bevor der Feind nicht den gerechten Forderungen unseres Volkes nach Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines palästinensischen Staates unter Führung der PLO nachkommt.“

Die Händler werden aufgefordert, ihren Streik fortzusetzen, bis die Nationale Führung in zukünftigen Erklärungen aufgrund neu entstandener Situationen neue

Die Händler werden aufgefordert, ihren Streik fortzusetzen, bis die Nationale Führung in zukünftigen Erklärungen aufgrund neu entstandener Situationen neue Schritte festlegen werde. Sie werden aufgefordert, nicht vor ihren geschlossenen Läden sitzenzubleiben, damit die Besatzungssoldaten sie nicht zur Wiedereröffnung zwingen können. Ausgenommen von dem Streik sind lediglich Apotheken und Arztpraxen. Den Händlern, die dem Auftrag nicht folgen, wird gedroht, ihre Läden in Zukunft von der gesamten palästinensischen Bevölkerung boykottiert werden.

Die Nationale Führung würdigt die hervorragende Rolle der Schüler und Studenten:

„Ihr seid der Puls des Aufstandes, Ihr seid die kämpferische Vorhut unserer Revolution, die auf großartige Weise zum Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit beiträgt.“

Die Besatzungsmacht meine, durch Schließung der Schulen und Universitäten die Schüler und Studenten am Protest hindern zu können.
Darum ist

„jeder Student, jeder Schüler dazu aufgerufen, seinen kämpferischen Beitrag dort fortzusetzen, wo er wohnt — in seinem Dorf, seiner Stadt, seinem Flüchtlingslager.“

Die Kampfkomitees (auf arabisch Schlagkomitees, womit die organisierten Gruppen von Jugendlichen, die israelische Soldaten angreifen, gemeint sind), die Massenorganisationen und die nationalen Institutionen werden von der Führung ermuntert:

„Jeder von Euch kennt seine Aufgabe genau. Dieses Jahr wird das Jahr sein, das uns aus der Sackgasse (arabisch: dunkler Tunnel; d. Red.) herausführen und uns auf dem Weg zu Unabhängigkeit und Freiheit ein ganzes Stück voranbringen wird.“

An die in Lagern von israelischen Soldaten eingekesselten Flüchtlinge gewandt, heißt es:

„Ihr dürft jetzt keine Angst haben vor Ausgangssperrungen, vor den Wasser-und Stromabsperrungen, vor einem Lebensmittelboykott. Unsere Brüder in den Lagern der Standhaftigkeit im Libanon mußten das Fleisch von Katzen essen, aber sie siegten über die Blockade. Bleibt standhaft, denn Eure Standhaftigkeit ist die Brücke zum Sieg.“

Besondere Bedeutung wird dem Streik der in Israel arbeitenden Tagelöhner beigemessen. Ihm wird jede Unterstützung zugesagt:

„Unser Volk und unsere Revolution werden Euch niemals allein lassen.“

Vorsichtig wird vor der übereilten Anwendung neuer Kampfformen gewarnt, zu denen man „zu ihrer Zeit“ greifen müsse. Das ist zweifelsohne auch eine Anspielung auf den Aufruf des als „gemäßigt“ geltenden Herausgebers der Jerusalemer Al-Fajr zum Boykott israelischer Waren, wofür die materiellen Voraussetzungen bislang überhaupt nicht gegeben sind.

Daß solche Schritte allerdings in Zukunft nicht auszuschließen sind, deutet ein anderer Aufruf der Nationalen Führung vom selben Tag an, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, sich auf die Steigerung der landwirtschaftlichen und häuslichen Produktion zu konzentrieren, um einen erfolgreichen Boykott zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

Offene Kritik der Nationalen Führung an den arabischen Nachbarstaaten ist ein deutlicher Hinweis dafür, daß die palästi- späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

Offene Kritik der Nationalen Führung an den arabischen Nachbarstaaten ist ein deutlicher Hinweis dafür, daß die palästinensische Nationalbewegung alle Illusionen aufgegeben hat, mit panarabischen Konzepten zu einem palästinensischen Staat zu kommen.

Jordanien wird vorgeworfen, die Bewegung im „Inneren“ von der PLO isolieren zu wollen, was jedoch nicht gelungen sei.

„Der Aufstand hat die Pläne Syriens und Jordaniens, die PLO zu zerschlagen, kaputt gemacht. Heute erheben diese Regimes die Parole: ‚Unterstützt den Aufstand‘. Sie weinen Krokodilstränen über das, was die Bewohner der besetzten Gebiete erleiden. Aber unser Volk hat sich erhoben gegen die Besatzung auf der einen und gegen die Verschwörung der arabischen Regimes auf der anderen Seite.“ (Erklärung vom 23.1.1988)

Kurz vor Beginn des Aufstandes hätten sich israelische und jordanische Regierungsvertreter getroffen, um die Politik in den besetzten Gebieten zu koordinieren. Die israelische Politik der „Eisernen Faust“ entspreche unmittelbar den Interessen Jordaniens. Heute weigere sich das Regime in Amman, Palästinensern Ausweise auszustellen, um sie an der Ausreise in die Westbank zu hindern. Im Gegenteil hat Jordanien in den letzten Wochen dutzende von Palästinensern, die den Widerstandsorganisationen angehören, verhaftet.

„Die eiserne Faust wird nicht nur von Israel gegen unser Volk eingesetzt. Sie wird angewandt von Jordanien, von Syrien und vielen reaktionären arabischen Regierungen. Aber trotz all dieser Verschwörungen wird unser Volk seinen Kampf unter Führung der PLO fortsetzen.“

(Quellen: Al Hurrieh, Beirut, 17.1.1988 und 24.1.1988; Erklärungen der Nationalen Führung, Telefax, Al-Awda, Jerusalem, 23.1.1988)

Der Kampf um das Stahlwerk Rheinhausen:

Soll das alles gewesen sein?

— Gedanken über Rituale und Resignation



Foto: H. Wojahn

Eine Milliarde Mark fürs Revier — die Republik ist begeistert. Am 24. Februar tagte im Kanzleramt die von Helmut Kohl einberufene Montan-Konferenz. Vierzehn Wochen Kampf der Rheinhausener Stahlwerker hatten Bundes- und NRW-Landesminister, Montan-Unternehmer, Kommunalpolitiker und Spitzengewerkschafter an einen Tisch geführt. Voll des Lobes traten die hohen Herren nach der Konferenz vor die Presse. Arbeitsminister Blüm sprach von „handfesten Ergebnissen", Johannes Rau warnte großmütig vor Streitereien um die „Vaterschaft", Kommunalpolitiker wie die Oberbürgermeister von Dortmund und Duisburg, Samtlebe und Krings, äußerten sich höchst zufrieden. Auch DGB und IG-Metall kommentierten das Ergebnis „mit Augenmaß" (FAZ, 26.2.) Es sieht so aus, als gäbe es nur Gewinner. Oder doch nicht? Die Rheinhausener Stahlarbeiter quittierten an den Tagen nach der Konferenz das Ergebnis mit neuen Aktionen: Am 25.2. blockierten sie erneut die „Brücke der Solidarität". Die Mittagsschicht weigerte sich, die Arbeit aufzunehmen. Am nächsten Tag zogen sie vor das Duisburger Rathaus. Ihr ureigenstes Problem, Ausgangspunkt für die Unruhe der letzten Wochen, war in Bonn unter den Tisch gefallen: der Erhalt des Stahlstandortes Rheinhausen war dort kein Thema. Übereinstimmend stellten Politiker von Bund und Land fest: der Erhalt des Stahlwerks ist Sache von Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Konzern. Auch die Frage von direkt für die Rheinhausener zu schaffenden Ersatzarbeitsplätze spielte in Bonn keine Rolle.

Rheinhausen und die Krise des Reviers

Es ist ein Stück tragische Ironie, daß es

Rheinhausen und die Krise des Reviers

Es ist ein Stück tragische Ironie, daß es ausgerechnet die Rheinhausener mit ihrem Kampf waren, die das Ruhrgebiet geweckt haben und die die Montan-Konferenz erst ermöglicht haben (Duisburgs OB Krings: „Es war der kleine Manfred Bruckschen, der die Tür zum Kanzleramt aufgestoßen hat."). Ihre Kampfbedingungen dürften nun in dem allgemeinen Jubel deutlich schlechter geworden sein, und es ist noch völlig offen, ob sie noch einmal das Maß an Solidarität finden können, das sie benötigen, um ihr Stahlwerk zu erhalten oder zumindest Zug um Zug neue Arbeitsplätze und eine Perspektive für Rheinhausen durchsetzen zu können.

Daß den Rheinhausenern diese Rolle zugefallen ist, kam eigentlich mehr zufällig zustande. Eine alte, traditionell eher firmenloyale Krupp-Belegschaft, übte sich trotz einer Reihe junger, neugewählter Betriebsräte noch im September in dem bis dato üblichen (bitteren) Spiel des von Sozialplan begleiteten Abbaus von immerhin 2000 Arbeitsplätzen (sog. Optimierungsplan), um „das Ganze", das Stahlwerk mit den verbleibenden 4200 Arbeitsplätzen zu retten. Kaum zwei Monate später mußten sie erfahren, daß die Stillegungspläne längst fertig waren. Derartig auf Zinne gebracht, waren es vor allem ihre wuchtigen Aktionen, die das Revier aufweckten. Die Unverfrorenheit ihrer Regelverletzungen, andernorts als Nötigung polizeilich verfolgt, wirkte außerordentlich solidarisierend. Nachdem bei anderen Kämpfen gegen Werksschließungen, etwa in Oberhausen und Hattingen, das ganze Repertoire friedlichen Bürgerprotests ergebnislos ausgeschöpft worden war, war es gerade die Radikalität der Rheinhausener, die ihrem Kampf Glaubwürdigkeit und Sympathie einbrachte, die bei Hunderttausenden im Revier Hoffnungen weckte, daß das Ausbluten des Ruhrpotts nicht unabänderlich sein muß.

„Mehr als 25 Jahre lang hat das Ruhrgebiet, eine der ältesten und erfolgreichsten Industrieregionen der Welt, sich nun schon dem Strukturwandel unterworfen. Von einst 1,4 Millionen Industriearbeitsplätzen gingen 570 000 verloren. Doch die auf Kohle und Stahl gebaute Vergangenheit holt das Revier immer wieder ein: Erstmals treffen jetzt Kohle- und Stahlkrise zeitlich und regional aufeinander, verschärfen sich gegenseitig. Weitere 100 000 Arbeitsplätze im Montanbereich und davon abhängigen Industrien werden nach Schätzungen von Wissenschaftlern in wenigen Jahren wegfallen." (Hamburger Abendblatt, 24.2.)

Und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Zechenstillegungen pflanzen sich unvermindert von Süd nach Nord durchs Revier fort; die Vernichtung von 30 000 Arbeitsplätzen in den nächsten zwei bis drei Jahren ist längst abgemacht.

Auch im Stahlbereich ist ein Ende überhaupt nicht in Sicht. Nach der Anpassung an schrumpfende Märkte bereiten sich nun die Stahlkonzerne auf eine historische Schlacht vor, für die das „Abschmelzen von Überkapazitäten", das gegenwärtig stattfindet, nur die Vorbereitung ist. Es geht um die Vorherrschaft auf dem EG-Stahlmarkt. Das gegenwärtig noch gültige Quotensystem, das den stahlproduzierenden Ländern der EG bestimmte Marktanteile zusichert, steht vor der Aufhebung. Schon die letzte Verlängerung der Quoten war von den Brüsseler EG-Kommissaren an die Bedingung geknüpft, daß in der Bundesrepublik weitere Kapazitäten in der Größenordnung von 35 000 Arbeitsplätzen stillgelegt werden. Die bundesdeutschen Konzerne nutzen die Zeit, um ihre Truppen zu ordnen, Ballast abzuwerfen, Kommando-Strukturen neu zu ordnen, um optimal gerüstet zu sein, wenn 1990 der europäische Markt völlig freigegeben wird. Dann erst werden die Stahlkonzerne Europas mit voller Wucht übereinander herfallen, um nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft einander den Garaus zu machen. In der gegenwärtigen Phase geht es offensichtlich um die Aufstellung zweier schlagkräftiger Stahlkonzern-Blöcke: zum einen „Rheinschiene", bei der Thyssen das Kommando zugedacht ist; die Kooperation zwischen Krupp, Mannesmann und Thyssen, der jetzt Rheinhausen zum Opfer fallen soll, ist schon deutlich auf diese Struktur zugeschnitten. Zum anderen die „Nordschiene" Klöckner und Peine/Salzgitter, wobei die Führungsrolle

operation zwischen Krupp, Mannesmann und Thyssen, der jetzt Rheinhausen zum Opfer fallen soll, ist schon deutlich auf diese Struktur zugeschnitten. Zum anderen die „Nordschiene" Klöckner und Peine/Salzgitter, wobei die Führungsrolle

Klöckner zufallen dürfte. Aktuelle Opfer dieser Reorganisierung sind die Georgsmarienhütte in Osnabrück und die Maxhütte im bayerischen Sulzbach/Rosenberg.

Wenn Konzerne sich auf derart „große Dinge" vorbereiten, ist es nur allzu logisch, daß sie sich nach Möglichkeit allen unnötigen „Sozialklimbim" wie Ersatzarbeitsplätze, Beschäftigungsgesellschaften etc. vom Leibe halten und überall da, wo sich die Ausbeutung der Arbeitskraft nicht mehr lohnt, verbrannte Erde hinterlassen. Dies trifft vor Ort aber auf die Situation, daß in den meisten Städten des Ruhrgebiets bereits Arbeitslosenquoten von sechzehn bis neunzehn Prozent gegeben sind. Dies ist der Boden, auf dem der Kampf der Rheinhausener fiel, die Gesetzmäßigkeit einer Entwicklung, die sich in den Ergeignissen vom 10. Dezember Ausdruck verschaffte. In vielen Menschen im Revier hat sich die Ahnung eingenistet, daß der Kapitalismus ihnen keine Lösungsperspektive für ihre Probleme anzubieten hat. Dabei geht diese Fragestellung weit über die Probleme des Stahl- oder Kohlebereichs im engeren Sinne hinaus. Infrage gestellt ist der gesamte soziale Zusammenhang einer Industrieregion. Die durch Rheinhausen aufgeworfene Frage lautet: Gelingt es den Herrschenden in Konzernen, Politik und Presse, wieder zurückzukommen zu „geordneten", sozial abgefederten Formen des Rückzugs, wie sie noch in der Frankfurter Vereinbarung zwischen Stahlkonzernen, Politik und IG Metall und auch im Rheinhausener „Optimierungskonzept" zum Ausdruck kamen, oder kann sich der Keim einer „Neuen sozialen Ruhrgebietsbewegung" durchsetzen und weiterentwickeln, die sich der Frage stellt: Wie wollen wir eigentlich in Zukunft leben? Bewältigung der Strukturkrise ausschließlich nach den Bedürfnissen der Konzerne, wobei weite Teile des sozialen Gefüges unter die Räder kommt, oder können die Menschen ihre Lebensansprüche zur Geltung bringen?

Von Kurt Tucholsky stammt der Vorschlag, daß man, was die Klarheit von Klassenbewußtsein betrifft, sich das Kapital zum Vorbild nehmen sollte. In ihrer unnachahmlichen Art formuliert das Sprachrohr des Kapitals, die FAZ, was Strukturkrisenbewältigung auf kapitalistisch heißt. In einem Kommentar zur Bonner Montan-Runde schreibt Hans D. Barbier am 26.2.: *„Wer nach Investitionen ruft, muß mehr geben als eine Zitterprämie. An der Ruhr wird sich kein neues Leben regen, wenn den Investoren nicht das geboten wird, was sie wirklich brauchen: ein wirtschaftsfreundliches Klima und die Freiheit, rasch und ohne tausend Hemmnisse nach wirtschaftlichen Kriterien zu entscheiden, wo, wie und was sie produzieren wollen"* oder ob überhaupt. Und wodurch wird, neben allerlei bürokratischem Gestrüpp eines SPD-regierten Verwaltungsapparats, dieses Klima beeinträchtigt? Man ahnt es: *„Es sollte nun Schluß sein mit Brückenblockaden, Fackelstafetten, Menschenketten und*

Und wodurch wird, neben allerlei bürokratischem Gestrüpp eines SPD-regierten Verwaltungsapparats, dieses Klima beeinträchtigt? Man ahnt es: „Es sollte nun Schluß sein mit Brückenblockaden, Fackelstafetten, Menschenketten und

Mahnfeuern. Solche Bilder mögen bewegend sein, aber derjenige, der dort investieren will, sieht sich derweil lieber die Industriegrundstücke in Baden-Württemberg an. Kein Investor wird sein Geld in eine — dazu als Hochlohninsel geltende — Region tragen, deren Markenzeichen zunächst besonders ergreifende Feldgottesdienste sind."

Schluß sein sollte auch mit den Plänen einer *„Beschäftigungsgesellschaft für freigesetzte Stahlarbeiter. (...) Kapital, dem man Beschäftigungsauflagen aufbürdet oder dem man den Rückzug aus dem Revier versperrt, wird erst gar nicht in diese Region gehen. (...) Wenn es den Politikern Ernst ist mit dem Bemühen um die Ruhr, dann sollten sie aufhören, sich wechselseitig in eine Sozialpolitik zu treiben, die jegliche Dynamik erstickt."*

Die Alternative zu dieser der Logik des Kapitals entsprechenden Form der Krisenbewältigung propagieren neben den kämpfenden Rheinhausenern gegenwärtig wohl vor allem die aktiven Kirchenleute. In einem eindrucksvollen „politischen Aschermittwochsgebet" inszenierten sie am 17.2. im alten Walzwerk in Rheinhausen eine Zusammenfassung der dramatischen Entwicklung an der Ruhr. Eine oppositionelle Bäuerin schilderte die katastrophale Lager der bäuerlichen Familienbetriebe, eine Delegation eines von Schließung bedrohten Essener Kaufhauses kam zu Wort, eine ca. 30-köpfige Gruppe arbeitsloser Jugendlicher, unter ihnen auffallend viele türkische Mädchen, kam leicht verlegen, aber doch entschlossen auf die Bühne und berichtete von ihren Erfahrungen. An die schon geschlossenen und die noch im Kampf stehenden Stahlstandorte wurde gemahnt, ebenso wie an das Schicksal der Zechen. Von den Räubern wurde berichtet, die man heute nicht mehr am „bösen Gesicht" erkennt, sondern die die Räuberei auf der Universität studierten und zum Beispiel Dr. Cromme hießen. Und berich-

henden Stahlstandorte wurde gemahnt, ebenso wie an das Schicksal der Zechen. Von den Räubern wurde berichtet, die man heute nicht mehr am „bösen Gesicht" erkennt, sondern die die Räuberei auf der Universität studierten und zum Beispiel Dr. Cromme hießen. Und berich-

tet wurde natürlich von den Opfern, die, nachdem sie und die Umwelt ausgeraubt sind, am Wegesrand zurückgelassen werden, während die Räuber sich neue Raubgebiete suchen. Nicht von oben, von welcher Instanz auch immer, sei Hilfe zu erwarten: „Barmherzigkeit kommt nicht von oben, Barmherzigkeit heißt Solidarität!" war die immer wiederkehrende Parole, die von den tausenden Menschen im Kruppschen alten Walzwerk mitgesungen wurde.

„Vergesellschaftung der Stahlindustrie" — wurde eine Chance verpaßt?

„Bewegung von unten" ist es, was die Kirchenleute am Aschermittwoch propagierten, ebenso in den nach wie vor außerordentlich gut besuchten Sitzungen des Bürgerkomitees. Bewegung von unten war es, was am 10. Dezember über das Revier den „Hauch von Generalstreik" (FAZ) wehen ließ, als nicht nur in Rheinhausen, sondern im ganzen Revier Brücken und Straßen blockiert wurden, als selbst der stockreaktionären IG Bergbau und Energie an einzelnen Orten die Demonstrationen ein wenig aus dem Ruder liefen, als sich Müllwerker und Postbedienstete mit Stahlarbeitern versammelten.

Einer Volksbewegung von unten hätte es bedurft, den von Hans Janßen und Prof. Harald Mattfeld vorgelegten Vorschlag zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie (siehe AK 290) vermittels eines Volksbegehrens umzusetzen.

Das Bestechende an diesem Vorschlag war, daß er die aufgebrochenen Ängste und den Unmut in der Region in einfacher, einleuchtender Weise auf ein Ziel zusammenfaßte und, zumindest mit einer glaubwürdigen Chance auf Durchsetzbarkeit, „allen Menschen guten Willens", insbesondere den Stahlbelegschaften einen Handlungsspielraum auf der politischen Ebene eröffnet hätte. Die Forde-

zusammenfaßte und, zumindest mit einer glaubwürdigen Chance auf Durchsetzbarkeit, „allen Menschen guten Willens", insbesondere den Stahlbelegschaften einen Handlungsspielraum auf der politischen Ebene eröffnet hätte. Die Forde-

rung nach Vergesellschaftung war im Zusammenhang mit den Kämpfen der Dortmunder Hoesch-Arbeiter 1983 zur Beschlußlage der IG Metall geworden, wo sie seitdem auf dem Papier steht und gelegentlich Gegenstand von Sonntagsreden ist. Die dem Vorschlag von Janßen/Mattfeld innewohnende Idee war es, nunmehr „der Beschlußlage Beine zu machen".

Selbst wenn die Initiative letztenendes vielleicht gescheitert wäre, hätte sie doch zu allerlei äußerst lehrreichen und klärenden Verwicklungen geführt. Allein die Frage, wieweit die IG Metall zu ihrer eigenen Beschlußlage steht, oder ob sie an der auf Spitzenebene ausgehandelten „Frankfurter Vereinbarung" (einvernehmlicher Abbau von 35.000 Stahlarbeitsplätzen, dafür juristisch unverbindliche Zusagen der Konzerne in Richtung Beschäftigungsgesellschaften) festhält, wäre für die Stahl-Belegschaften sehr aufschlußreich gewesen.

Daß die SPD-Landesregierung alles andere als begeistert gewesen wäre von einer derartigen Initiative, liegt auf der Hand. Alle Ermahnungen an das soziale Gewissen von Unternehmern können doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit dem großen „Versöhner" Johannes Rau ein derartiger Affront gegen die Wirtschaft im allgemeinen und gegen die Stahlbosse im besonderen sicherlich nicht zu haben ist. Anders dürfte sich die Lage schon in den zahlreichen SPD-Ortsvereinen darstellen. Aufgrund einer viel direkteren Betroffenheit hätte ein parteiunabhängiger Vorstoß für ein Volksbegehren sicherlich vielerorts recht belebende Wirkung auf die innerparteiliche Diskussion. Die vielzitierten „umgekehrten bayerischen Verhältnisse" — die im Re-



Foto: H. Wojahn

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

vier gegebene absolute Beherrschung der politischen Landschaft durch die Sozialdemokratie — legt nicht zuletzt die Vermutung nahe, daß sich auch eine Reihe von Linken mangels attraktiver Alternativen in der SPD organisiert haben. Der Versuch, diese Menschen in eine Bewegung für ein Volksbegehren einzubeziehen, wäre sicher lohnend gewesen, hätte zu neuen Bündnismöglichkeiten geführt.

Eine Initiative für ein Volksbegehren hätte nicht zuletzt den fortschrittlichen Gewerkschaftern argumentativen Spielraum verschafft, die in den Stahlbuden außerhalb Rheinhausens gegenwärtig den harten Kampf gegen die verbreitete Haltung von Belegschaften und Funktionären führen müssen, daß, wenn jetzt Rheinhausen stirbt, die eigene Haut vielleicht etwas sicherer wäre. Der Tendenz vieler Betriebsräte, es sich im Zweifelsfall lieber nicht mit dem eigenen Vorstand zu verderben, kann seitens fortschrittlicher Gewerkschafter nur schwer begegnet werden, solange sie mit einer nur schwer greifbaren „gewerkschaftlichen Solidarität" oder mit der in ungewisser Zukunft liegenden „Einheit aller Stahlbelegschaften" argumentieren müssen; da haben die Angebote zur sozialen Abfederung seitens der Firmenvorstände zumeist für Betriebsräte und Belegschaften mehr Attraktivität. Eine die ganze Branche übergreifende Vergesellschaftungsinitiative hätte den Sog in Richtung einzelbetrieblicher Lösungen entschieden abmildern können.

Der von Janßen/Mattfeld angeregte Vorstoß ist (vorerst?) gescheitert. Erstmals am 17. Dezember auf einer Ruhrgebietskonferenz vorgestellt, hatten die Initiatoren das ganze mit einem Zeitplan versehen, nach dem die erste Phase der Sammlung von Unterschriften bis zu den Montan-Runden bei Rau und Kohl, also bis Mitte Februar, im wesentlichen abgeschlossen sein sollte. Dazu im Kontrast steht allerdings, daß aus uns nicht bekannten Gründen auch von den Initiatoren der Vorschlag in den ersten vier Wochen fast wie ein Geheimpapier behandelt wurde, anstatt ihn breit zu veröffentlichen. Eine Diskussion in der interessierten Öffentlichkeit, die auch Hinweise auf die Durchsetzbarkeit hätte liefern können, kam so kaum zustande.

Von hervorragender Bedeutung für den Startschuß in Richtung Volksbegehren war natürlich die Haltung der kämpfenden Rheinhausener Belegschaft bzw. ihrer Führung. Theo Steegmann vom Krupp-Betriebsrat äußerte gegenüber dem AK zwar seine wärmste Sympathie für die Vergesellschaftung, lehnte sie aber als aktuelle Forderung aus praktischen Erwägungen ab: „... *die große Gefahr besteht, daß wir vorher platt sind*" (vergl. Interview im AK 291). Stattdessen geht der Krupp-BR davon aus, daß eine mit dem Krupp-Vorstand und der Politik



Foto: H. Wojahn



Foto: H. Wojahn



Foto: H. Wojahn

Foto: H. Wojahn

mit dem Krupp-Vorstand und der Politik auszuhandelnde Beschäftigungsgesellschaft leichter zu erreichen wäre. Dies waren die Erwartungen, die die Rheinhausener an die Montan-Runden bei Rau und Kohl hatten. Diese Einschätzung verkennt, daß schon das glaubwürdige Engagement für ein Volksbegehren die Chance zur Durchsetzung einer Beschäftigungsgesellschaft nicht verschlechtert, sondern enorm verbessert hätte. Das Setzen auf die Überzeugungskraft *„konkreter Modelle"*, auf die Politiker und Vorstände *„gezwungen sind zu reagieren"*, hat sich in der Kanzler-Runde bitter als Illusion erwiesen. Siehe oben!

Doch die Haltung der Rheinhausener ist nicht nur in Richtung auf ihre „innerbetriebliche" Situation von Relevanz. Ob sie es wollen oder nicht: den Krupp-Funktionären als Spitze der in vorderster Linie kämpfenden Belegschaft kommt ein großes Maß an Verantwortung zu auch für das, was andernorts, in anderen Stahlbuden, in anderen gesellschaftlichen Bereichen, auch außerhalb der Betriebe, getan werden kann. Der (nicht erfolgte) Startschuß aus Rheinhausen hätte anderen linken Gewerkschaftern, Kirchengemeinden, Grünen, DKP, fortschrittlichen Menschen aus dem ganzen Spektrum der Bürgerinitiativ-Bewegung, Jusos und Arbeitslosen-Inis *den entscheidenden Anknüpfungspunkt* in die Hand geben können, der eine vielfältige Kette von Handlungsmöglichkeiten eröffnet hätte, in die sich letztlich jeder besorgte Einzelhändler, jede Hausfrau und jeder Rentner hätte einreihen können, sofern sie/er begriffen hat, daß die Lage der Stahlarbeiter auch was mit ihrer/seiner eigenen Lage zu tun hat.

Gab es eine Volksbewegung im Revier, gibt es sie vielleicht noch? Mit letzter Sicherheit läßt sich diese Frage nicht beantworten, weil sie nicht ausgelotet worden ist. Die Ereignisse vom 10. Dezember sprechen dafür, daß es sie gab, auch die große Bereitschaft zur Teilnahme an der Menschenkette am 23. Februar ist ein Indiz, daß es sie noch gibt. Ob diese Menschen zu mehr bereit waren, läßt sich nicht theoretisch beantworten — es hätte praktisch erprobt werden müssen. Daß es vorerst nur eine Menschenkette gab — eine Aktionsform, die seit der Friedensbewegung den faden Beigeschmack von politischem Abgesang vermittelt — ist nicht der Beweis, daß mehr nicht drin lag.

Hat Rheinhausen noch eine Chance?

Die Aktivposten der Krupp-Belegschaft bildeten seit Ausbruch der Kämpfe vor allem zwei Elemente: die Radikalität ihrer Aktionen und die Breite der Sympathie in der Bevölkerung. Die Kämpfe der ersten Wochen waren begleitet von einer ungewöhnlich wohlwollenden Medienberichterstattung und Schwüren unverbrüchlicher Solidarität namentlich seitens sozialdemokratischer Landespolitiker. Allenthalben zu spüren war die Besorgnis, mit unvorsichtigen Äußerungen im falschen Moment die Sache nur zu verschlimmern. Daß die Krupp-Arbeiter die Nachrichtenlage sehr genau verfolgten und nötigenfalls rasch und schlagkräftig reagierten, hatten sie mehrfach bewiesen, nicht zuletzt durch ihre nächtliche Demonstration unmittelbar nach einem Interview des Krupp-Aufsichtsratsvorsitzenden Scheider („... die Schließung des Werks ist unabwendbar"); Scheider mußte sich herbe Kritik wegen mangelnden Gespürs für die Situation gefallen lassen.

Es waren Sozialdemokraten, die den Rheinhausenern in den Rücken fielen und damit erstmals Wirkung erzielten. Anfang Februar verabschiedeten sich zeitgleich der IGM-Vorsitzende Steinkühler und der SPD-Fraktionsvorsitzende Farthmann öffentlich von der Forderung nach Erhalt des Stahlstandortes und kehrten zu den „betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten" zurück. Es sei viel sinnvoller, die konkret greifbaren, vorhandenen Arbeitsplätze loszulassen und nach den Ersatzarbeitsplätzen zu greifen, die freilich erst in einer nebulösen Zukunft zu schaffen wären. Fortan hatte die Presse ihr neues Thema. Es galt, psychologisch ein anderes Klima zu schaffen. Täglich wurde den Kruppianern vorgerechnet, daß doch keiner von ihnen, der nicht eh das rettende Ufer des Vorruhestands erreichen könnte, in die Arbeitslosigkeit stürzen würde, da alle irgendwo unterkommen würden — nur eben nicht im Rheinhausener Stahlwerk. Täglich wurden neue „Projekte" offeriert, vor allem aus dem „zukunftsträchtigen High-Tech-Bereich". Computer-Hersteller Nixdorf wurde spaltenlang in der NRW-Presse abgefeiert, weil er signalisiert hatte, in Duisburg investieren zu wollen: fünfzehn Arbeitsplätze! Die Landesregierung präsentierte täglich neue Projekte aus ihrem Zaubersäckel ZIM. Diese „Zukunfts-Initiative Montanregion" soll aus dem Revier ein biologisch verkabeltes, glasfaserverstärktes öko-industrielles Musterländle von hohem Chip-Gehalt bei niedrigen Heizkosten mit zollfreiem Standortvorteil machen, dem eigentlich nur noch eins fehlt: der Finanzierungsbeitrag aus Bonn. In der psychologischen Kriegführung gegen die Sturheit der Rheinhausener, die beharrlich an ihrem Stahlwerk festhalten und die neuen Zukunftsarbeitsplätze zunächst denen zukommen lassen wollten, die ohnehin schon die Arbeitsämter und Sozialbehörden bevölkern, durfte natürlich das traditionelle deutsche Rezept gegen Arbeitslosigkeit nicht fehlen: Autobahnbau. Passend zum Karneval handelte die Presse eine besonders humorige Variante: Die BI, Hauptverkehrsader des Reviers zwischen Dortmund und Duisburg, könnte doch ein zweites Stockwerk erhalten...

Diesem propagandistischen Trommelfeuer haben die Kruppianer lange völlig unbeeindruckt standgehalten, auch nachdem die Bonner Montan-Runde den Kanzler und den Landesvater Rau die Geldbörse zücken ließ. Ein Rundfunkreporter, der am Tag nach dem Kanzlertreff am Werkstor Kommentare sammelte, konnte nur tiefes Mißtrauen vermelden: Die Belegschaft erwartet von dem Geldsegen vor allem Modernisierung und Rationalisierung, wodurch sich die Probleme der Menschen im Revier nur weiter verschärfen würden.

Trotzdem dürfte das Modernisierungsgerede, gerade nachdem es nun mit den Bonner Finanzmitteln verproviantiert ist, seine Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlen. Und wenn sie nur darin bestünde, daß Sozialdemokraten von der Basis, die gestern noch für die Menschenkette mobilisierten, heute damit beschäftigt sind, für ihre jeweilige Kommune oder ihr Lieblingsprojekt ein Stück von der Milliardentorte zu ergattern.

Schmerzlicher für die Krupp-Belegschaft dürfte das Ausbleiben von Solidarität aus den anderen Stahlbuden sein, namentlich der von der geplanten Kooperation mitbetroffenen Werke Mannesmann und Thyssen in Duisburg. Die Beteiligung aus diesen Werken am Politischen Aschermittwoch in der alten Walzwerkshalle in Rheinhausen bestand im wesentlichen aus der Standarddelegation von Betriebsräten und VK-Leitungen. Gleichzeitig wird etwa bei Mannesmann zwischen Vorstand und Betriebsrat schon über Maßnahmen verhandelt, die im Hinblick auf die Kooperation personalpolitische Weichen stellen. Ein Mannesmann-Betriebstat formulierte: *„In Rheinhausen wird der Kampf geführt, aber bei Mannesmann wird er verloren."*

Rheinhausen und das Problem IG Metall

Als Franz Steinkühler am 17.2. im alten Walzwerk vor den versammelten 10.000 Menschen ans Mikrofon trat, wurde er mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen. Die Antwort der Kruppianer für seine Hilfe im Kampf. Einen Profi wie den Franz konnte das natürlich nicht beeindrucken. Seine Rede, die *das* Medienspektakel des Tages war, hatte ihre Bedeutung vor allem durch das, was er nicht sagte: Kein Wort zum Erhalt des Stahlstandortes Rheinhausen.

Wie aber macht man solche Politik praktisch, ohne sich zu disqualifizieren? Indem man Menschenketten organisiert, anstatt seine Betriebsräte in die Pflicht zu nehmen. Indem man in der (bemerkenswert geräuschlosen) Stahl-Tarifrunde einen „Rheinhausen-Zuschlag" aushandelt, anstatt die Urabstimmung einzuleiten: die Stahlbranche ist bei der Arbeitszeitverkürzung jetzt mit 36,5 Stunden in Führung gegangen.

Allgemein gesprochen beruht die Bedeutung der bundesdeutschen Gewerkschaften auf ihrer Rolle bei der Erhaltung des „sozialen Friedens". Solange sie diese Funktion erfüllen, genießen sie hohes Ansehen bei Regierungen und herrschender Klasse. Im Rahmen dieser „Zuständigkeit" gehören starke Worte und gelegentlich ein Streik durchaus zum akzeptierten Handlungsrahmen, solange eine Grenze nicht überschritten wird: Die Handlungsfreiheit des Kapitals in Auseinandersetzung mit der Weltmarktkonkurrenz darf nicht beeinträchtigt werden. Anders ausgedrückt: Die „Amtsgewerkschaft", wie die linke Zeitschrift „Revier" sie treffend nennt, hat dem Kapital den Rücken für seine geschäftlichen Interessen freizuhalten. Daß Sozialpolitik auch Kosten mit sich bringt, ist dem Kapital bekannt, und es gehört zu den akzeptierten Aufgaben von Gewerkschaften, den Preis dafür auszuhandeln. Schließlich ist sozialer Friede auch ein nicht zu unterschätzender Produktivitätsfaktor. Gelegentliche Meinungsverschiedenheiten darüber, was dafür nötig und angemessen ist, wird im Rahmen der Arbeitskampf-Regularien ausgetragen und führt letztendlich immer wieder zur Einigung und zu gegenseitigem Respekt.

Es dürfte in der Linken vermutlich keinen Streit darüber geben, daß sich Franz Steinkühler, hier stellvertretend für die „Amtsgewerkschaft", dieser Aufgabe, seiner Verantwortung und ihrer Grenzen voll bewußt ist. Rheinhausen stellt, so betrachtet, in mehrerer Hinsicht eine pikante Aufgabe für ihn dar. Eine Belegschaft, die nicht erst im Gewerkschaftshaus anfragt, bevor sie ihre Aktionen macht; eine Forderung (Erhalt des Standorts), die quer zu den Planungen des Kapitals steht und womöglich Schule machen könnte (Erhalt aller Standorte???). Was die Aufgabe aber erst richtig schwierig macht, ist folgendes: Die Leute kämpfen letztendlich nicht nur für sich selbst — die Fünftausend ließen sich schon noch irgendwie abgefedert wegdrücken —, sondern für ihre Kinder! Für den Einzelhändler, den Imbiß-Besitzer, der keinen Sozialplan im Rücken hat, für die Verkäuferin im Kaufhaus; und die merken auch noch alle, was auf dem Spiel steht! Strafverschärfend kommt hinzu, daß die bislang aufgelaufenen sozialen Probleme, ausgedrückt in den eingangs genannten Arbeitslosenquoten, nicht zuletzt Ergebnis der seit 25 Jahren betriebenen Politik der Sozialpläne ist, auf die man bisher so stolz war...!

Eine echte Herausforderung für einen Krisenmanager. Der smarte Franz hat das Problem erkannt, wenn er sich auch über Lösungsmöglichkeiten noch nicht genau im klaren ist. Dem „Spiegel" (22.2.) sagte er:

„**Steinkühler:** *Die Sozialplanpolitik war in den früheren Jahren, als wir noch eine Arbeitslosenquote von zwei Prozent hatten, das einzig richtige Instrument. Heute, bei Arbeitslosenquoten von 17 Prozent und mehr in Städten wie Dortmund oder* *Duisburg, funktioniert eine solche Politik* *Duisburg, funktioniert eine solche Politik nicht mehr. Sie führt dazu, daß eine industrielle Wüste entsteht. Die industrielle Infrastruktur, die mit Steuergeldern aufgebaut wurde, verrottet. Sie können das heute bereits an vielen Stellen im Ruhrgebiet sehen, wo junge Menschen keine Perspektive mehr haben.*

Spiegel: Eine späte Einsicht.

Steinkühler: *Ich muß zugeben, die Gewerkschaften haben das Problem zu spät erkannt und zu spät öffentlich gemacht. Ich beklage das. Vor fünf Jahren hätten wir bereits ganz massiv für eine Strukturpolitik mobilisieren müssen. Ob es geklappt hätte, weiß ich nicht. Aber man hätte es versuchen müssen."*

Wohlgemerkt: Das Problem heißt für Franz nicht etwa: „sozialverträgliche Bewältigung des Strukturwandels", sondern „kapitalverträgliche Bewältigung der sich massiv und gesetzmäßig auftürmenden sozialen Probleme". Und die Probleme werden nicht kleiner. Niemand beschwört intensiver als Steinkühler die ins Haus stehende Krise der Automobilbranche, an der immerhin ca. 25 Prozent der bundesdeutschen Wirtschaft mittelbar oder unmittelbar hängen. Welche (kapitalverträgliche) Strukturpolitik soll das auffangen?

Die gegenwärtig vom Kapital akzeptierten Lösungsmodelle zielen allesamt auf irgendeine Kopie des „Musterländles", also auf Modernisierung und High Tech. Das Dilemma ist: Mikroelektronik und (demnächst) Gentechnologie garantieren dem Kapital zwar voraussichtlich eine rapide Zunahme von Produktivität, vielleicht sogar Wachstum — die Krise der Menschen im Revier und anderswo wird sich aber weiter verschärfen.

Rheinhausen ist der Vorbote für soziale Erschütterungen der Republik, die völlig neue Dimensionen haben werden. Für gewerkschaftliches Krisenmanagement eine Herausforderung ohnegleichen. Die von SPD und Gewerkschaften propagierten Beschäftigungsprogramme, die früher oder später zum Zuge kommen müssen, werden leere Kassen vorfinden. Die Gestaltungsspielräume dürften äußerst knapp bemessen sein. Der Streit darüber,

Fortsetzung nächste Seite

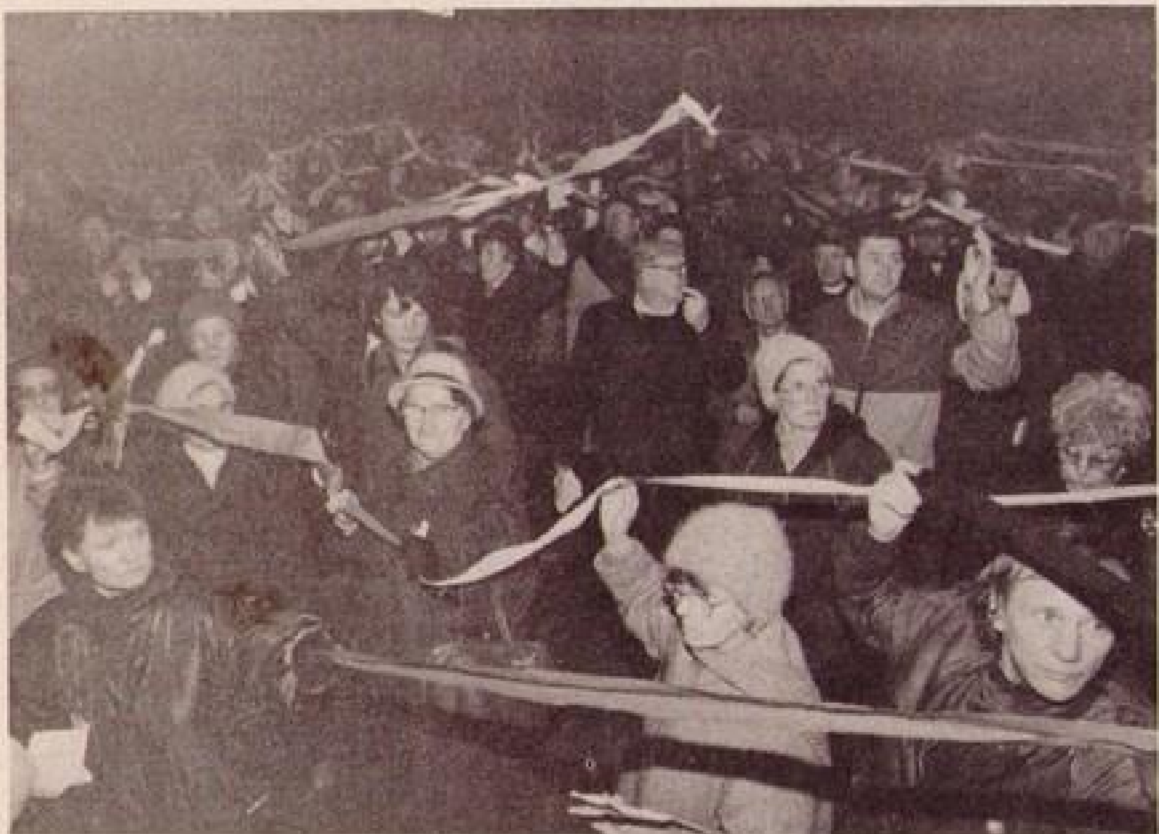


Foto: H. Wojahn

Nach der Montan-Konferenz:

Revier befriedet?

Fortsetzung von vorheriger Seite

wie hoch der Preis für den sozialen Frieden sein darf, könnte laut und heftig werden.

Gibt es eine Chance dafür, die *„IG Metall zur Klassenkampforganisation"* zu machen, die *„Gewerkschaft instandzubesetzen"*, wie es Gerhard Sailer in der Zeitschrift „Revier" (2/88) als Aufgabe formuliert, und sind dazu *„Lösungskonzepte und Durchsetzungsstrategie"* die vor allem erforderlichen Instrumente?

Dies alles klingt sympathisch, und es gibt sicher keinen Zeitpunkt, an dem nicht daran zu arbeiten wäre. Wobei allerdings anzumerken wäre, daß es nicht die Unwiderstehlichkeit des „Lösungskonzepts Vergesellschaftung" war, die die gegenwärtige Beschlußlage der IG Metall herbeigeführt hat, sondern vor allem die Demonstrationen der Hoesch-Arbeiter 1983 („Stahlwerk jetzt!"). Dies alles hat die IG Metall nicht zur Klassenkampforganisation gemacht, wohl aber Spielräume eröffnet, die im Kampf um Rheinhausen nicht genutzt wurden.

Die Ursache hierfür lag nicht darin, daß erstmal die *„Vergesellschaftungsstrategie nach Form und Inhalt neu zu bestimmen"* gewesen wäre, sondern daß die (betriebliche) Linke der politischen Situation unreif gegenüberstand. *„Diese Situation, daß die betrieblich-gewerkschaftliche Linke heute konzeptionell nicht imstande ist, konkrete Lösungsperspektiven anzugeben, sollte nicht durch Hauruck-Aktionen (Unterstützungsinitiative für den Vergesellschaftungsantrag von Janßen) überspielt werden"*, schreibt „Revier" an anderer Stelle. Muß also erst der große Wurf her? *„Falls die IG Metall zur Klassenkampforganisation wird, wird der soziale Friede in der Automobilindustrie demnächst brechen"*, heißt es mit leicht resigniertem Unterton bei Gerhard Sailer. Und was machen wir bis dahin, wenn sie sich weigert?

Immerhin *ist* in Rheinhausen der besag-
wird der soziale Friede in der Automobilindustrie demnächst brechen", heißt es mit leicht resigniertem Unterton bei Gerhard Sailer. Und was machen wir bis dahin, wenn sie sich weigert?

Immerhin *ist* in Rheinhausen der besagte Friede gebrochen worden, trotz dieser IG Metall. Ganz ohne Konzept.

Es ist kein Zufall, daß es die Linke gerade in den Betrieben so schwer hat voranzukommen. Kein anderer gesellschaftlicher Bereich ist politisch so fest ins Zaumzeug eingebunden wie die Industriearbeiterschaft. Die Erfahrungen seit Entstehen der „neuen Linken" zeigt, daß die Auseinandersetzungen, die die Gesellschaft bewegt haben, also die Kämpfe um Atom, Umwelt, Frieden, demokratische Rechte usw., von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen nicht aus der Arbeiterbewegung entsprangen, sondern von außen an sie herangetragen wurden; wo sich Arbeiter daran beteiligten, taten sie es in der Regel nicht als Arbeiter, sondern als Bürger. Daß auch auf diesem Wege relative Erfolge zu erzielen waren, markiert am sichtbarsten die Tatsache, daß es gelungen ist, die Grünen in die Parlamente zu lancieren — was immer man auch von ihrer weiteren Entwicklung halten mag.

Es ist vielleicht eine gewagte These: Ist der Kampf um Arbeitsplätze, um das Überleben der sozialen Zusammenhänge — in materieller, aber auch ökologischer Hinsicht — erfolgversprechender von außen zu organisieren? Wohl in engster Bezugnahme auf die Gewerkschaften, aber außerhalb ihrer machtpolitischen Strukturen? Das mittlerweile geflügelte Wort von der Zwei-Drittel-Gesellschaft ist gerade unter Linken in aller Munde. Die Organisierung des restlichen Drittels überläßt sie weitgehend kirchlicher Sozialarbeit. Hans Janßen hat, als er seinen Vergesellschaftungsvorschlag vorstellte, dies im Namen einer „Bürgerinitiative gegen Arbeitslosigkeit" getan. Es wäre an der Zeit, viele solcher Bürgerinitiativen zu gründen, mit all der Offenheit und Beweglichkeit und Buntscheckigkeit, die bisher schon die Ini-Bewegung so angenehm von gewerkschaftlichen Strukturen unterscheidet. Könnten die Rheinhausener ihren Kampf mit einem Netz solcher Inis als Stütze führen, wäre er vielleicht leichter durchzuhalten.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Obige Überlegungen sollen beileibe nicht heißen, die linken Betriebsräte und Vertrauensleute sollten ihre Arbeit hinschmeißen und fortan BI-Arbeit machen. Die wenigen Kräfte, die den Kampf heute in Betrieb und Gewerkschaft führen, sind dort unersetzlich, und sie sind in aller Regel selbstbewußt genug, dies auch zu wissen.

Es geht nicht einmal nur darum, gerade die betriebliche Linke mit dieser Überlegung anzusprechen, sondern jeder kann damit anfangen. Es geht aber schon darum, gegen eine gewisse „betriebsborniersen.

Es geht nicht einmal nur darum, gerade die betriebliche Linke mit dieser Überlegung anzusprechen, sondern jeder kann damit anfangen. Es geht aber schon darum, gegen eine gewisse „betriebsbornierte" Sichtweise zu polemisieren, die in der Gefahr steht, nicht viel über die Grenzen hinauszuschauen, die durch Tarifpolitik und die Mehrheitsverhältnisse im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper gezogen sind. Es geht um die Überlegung, ob es nicht neben dem innergewerkschaftlichen Streit auch andere lohnende Wege gibt, in fruchtbarer Konkurrenz zu den Gewerkschaften Einfluß auf sie zu nehmen. Und es geht auch darum, Foren zu schaffen, in denen Menschen die Frage diskutieren können: Wie wollen wir eigentlich in Zukunft leben? Da sollte die Linke ein Wörtchen mitreden.

-si, Hamburg



Quelle: Der Gewerkschafter, 3/88

„Stahl und Kohle muß geholfen werden, alle müssen an einen Tisch ... Leider ist es nicht zu dem runden Tisch gekommen ... Ich muß und werde noch mehr Wert darauf legen, daß wir am runden Tisch über die Probleme reden ..." (NRZ 7.1.). Johannes Rau, dem Mann, der hier so drängt, konnte geholfen werden. Für die Montan-Runde in Bonn hatte Kanzler Kohl einen kreisrunden Tisch im NATO-Saal reserviert. Der runde Tisch allein hätte Rau jedoch noch nicht wirklich glücklich gemacht. Er wollte auch Geld. Als ihm 400 Millionen versprochen wurden, da war er froh und sprach andächtig zum Himmel blickend: *„Ein großer Tag für das Ruhrgebiet"*.

Und wenn das jetzt Schule macht? Ungezogene Arbeiter, die nur Leute stören, die heute schon mit Eifer an Zukunftsprojekten arbeiten, gibt's möglicherweise auch noch in anderen Teilen der Republik ? Wie dem auch sei. Für Kohl war zuersteinmal wichtig *„menschliche und gesamtstaatliche Solidarität"* zu demonstrieren, damit wieder Ruhe einkehre.

Bei diesem edlen Vorhaben wollte keiner abseits stehen. Schließlich waren so viele versammelt, daß nicht alle, ihre meist schweren Körper, an diesem kantigen, kreisrunden Tisch abstützen konnten. Einige mußten in der zweiten Reihe Platz nehmen. Meist Leute mit geringer positiver Ausstrahlung. Da saß z.B. ein Herr Cromme, der vor nicht allzu langer Zeit in einem Duisburger Stadtteil wegen *„Mord am Standort"* noch steckbrieflich gesucht wurde (*„tot oder lebendig"*).

Doch nicht nur Leute, für die sich in einer anderen Republik die Gerichte interessieren würden, auch betriebliche Arbeitervertreter wie Manfred Bruckschen, Betriebsratsvorsitzender der Krupp-Stahl AG, konnte mensch dort finden. Sein Anliegen war zwar Auslöser, sollte aber nicht Thema dieser Runde sein. Zu großartig war die Stimmung, zu kostbar die Zeit wichtiger Repräsentanten, als daß Detailprobleme wie Werkschließungen und ähnliches dort hätten behandelt werden können.

Über 70 Leute waren gekommen: Der Oberbürgermeister Duisburgs, Josef Krings (Gewinner der Runde), Johannes Rau (mit roten Backen neben dem Bundeskanzler), Franz Steinkühler (zufrieden über einen *„richtigen Schritt in die richtige Richtung"*) und, und, und ...

Alle Mißstimmungen sollten von dieser Konferenz ferngehalten werden. Rheinhausen sollte endlich raus aus den Schlagzeilen. Das war das Ziel. Strenge Regieanweisungen sorgten dafür, daß keiner ausscherte. Als in der zweiten Reihe Unruhe aufkam (Franz Steinkühler und Manfred Bruckschen waren doch tatsächlich mit Herrn Cromme aneinandergeraten) schalteten Kohl und Rau sich ein. Würdevoll, wie die beiden nun einmal sind, erinnerten sie daran, daß man über Rheinhausen *„hier in Bonn nicht spre-*

Manfred Bruckschen waren doch tatsächlich mit Herrn Cromme aneinandergeraten) schalteten Kohl und Rau sich ein. Würdevoll, wie die beiden nun einmal sind, erinnerten sie daran, daß man über Rheinhausen *„hier in Bonn nicht spre-**chen wollte"* (NRZ 25.2.).

FAZ-Kommentator Hans D. Barbier war begeistert. *„Die Montanrunde scheint ein politischer Erfolg zu werden ... Wann hätte das Fernsehen in den vergangenen Jahren schon einmal die Gelegenheit gehabt, eine große Koalition der Vernunft in einer Art nationaler Weihestunde zu zeigen ?"* Was diese Koalition möglich mache, sei der *„nationale Konsens"* in dem Bemühen, das Ruhrgebiet zu modernisieren (FAZ 26.2.), sprich: sozial zu befrieden. Denn allein mit den 800 Millionen, die im Rahmen eines Sonderprogramms von Bund und Land für NRW lockergemacht werden sollen, läßt sich das Ruhrgebiet beim besten Willen nicht modernisieren. Wichtig sei vielmehr, so FAZ-Barbier, daß mit Brückenblockaden und dem Gerede von Beschäftigungsgesellschaften nun endlich Schluß sei.

Für die Leser im Revier kommentiert Ralf Lehmann in der „WAZ" etwas moderater: *„... Unternehmen und Mitbestimmungspartner"* (am Stahlstandort Duisburg) *„müssen nun bald zu Potte kommen, damit die Unsicherheit bei den betroffenen Belegschaften und ihre verständliche Unruhe eine Ende finden. Nicht Alarmzustand, Aufbruchstimmung braucht das Revier ..."* (WAZ 26.2.).

„Ökologische Modernisierung" mit Kabel, Brüter und Autobahn ?

Eine Woche vor dem Termin in Bonn hatte Rau seine Montan-Runde einberufen. Dort wurden zum einen alte Kamellen neu aufgewärmt (so die „Zukunftsinitiative Montanregion" — ZIM, Pläne zur Einrichtung von Industrie- und Gewerbeparks etc.), zum anderen wurde das Förderungspaket NRW's für die Bonner Montan-Runde vorgestellt.

Und um die speziellen sozialdemokratischen Akzente noch einmal ganz deutlich zu machen, meldete sich einen Tag vor dem Termin in Bonn der NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen zu Wort. Die Gunst der Stunde nutzend, schlug er vor, den bisher nicht fertiggestellten Schnellen Brüter in Kalkar umzurüsten, um ihn dann zur Vernichtung von Plutonium einzusetzen. Auf diese Weise könne verhindert werden, daß der inzwischen sieben Milliarden DM teure Brüter eine Investitionsruine bleibe, so der Minister in einem WAZ-Interview.



Für 1 Milliarde Mark wiederherzustellen? Ein hohes deutschens Gut ist am Wackeln.

Dieser Vorschlag, wie auch schon die Rau-Runde deuteten an, daß von der SPD in Bonn inhaltlich keine wesentlich anderen Konzepte als die der Bundesregierung zu erwarten waren. Die vor gut drei Jahren eingeläutete SPD-Kampagne *„Arbeit und Umwelt -"*, *„Für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft"* (1) bekommt in der harten Praxis, wie mensch sieht, eine ganz eigene Ausprägung, was allerdings auch bei der SPD-Basis zunehmend auf Widerspruch zu stoßen scheint.

Hier galt es einmal ein Machtwort zu sprechen. Klaus Matthiesen, NRW-Umweltminister, hatte auf der Bonner Montan-Runde offensichtlich gut nationalen Konsens getankt, so daß er sich einige Tage später immer noch so gut in Form fühlte, daß er den Miesmachern an der Basis mal so richtig Bescheid sagen wollte. Und so pöbelte er auf einer SPD-Regionalkonferenz gegen die Parteimitglieder im Revier, die die Ansiedlung von Abfall-Entsorgungsanlagen immer wieder blockieren und mit „endlosen Diskussionen" verzögern würden. Statt eine einladende Atmosphäre für die Anbieter von Entsorgungstechnologien zu schaffen, würden Teile der SPD-Basis eher Widerstand leisten, mopperte Matthiesen, der früher einmal zu den „Linken" in der schleswig-holsteinischen SPD gehört hat-

Entsorgungstechnologien zu schaffen, würden Teile der SPD-Basis eher Widerstand leisten, mopperte Matthiesen, der früher einmal zu den „Linken" in der schleswig-holsteinischen SPD gehört hat-te. Und wie in alten Anti-AKW-Zeiten, bloß jetzt von der anderen Seite her argumentierend: *„Ich bringe doch nicht die Technologie des Teufels, sondern modernste Spitzentechnik"* (WAZ 29.2.).

Von dieser modernen Spitzentechnik soll auch Duisburg profitieren. Ein hochmodernes Abfallwirtschaftzentrum soll hier aufgebaut werden. In einer ersten Baustufe wird zunächst eine Hochtemperaturverbrennungsanlage für die Entsorgung von 60.000 Tonnen Sondermüll installiert. 120 bis 150 KollegInnen dürfen sich auf einen Arbeitsplatz freuen, wo sie altes in neues Gift umwandeln sollen.

Daß nicht ökologische und soziale Gesichtspunkte, sondern die Schaffung eines rundherum wirtschaftsfreundlichen Klimas der Hauptantrieb der NRW-Modernisierungspolitik ist, wurde schließlich auch an den in Düsseldorf bejubelten Projekten der Bonner Montan-Runde deutlich (Wissenschaftsministerin Brunn: Diese Pläne bringen *„einen Ruck ins Ruhrgebiet"*). Das projektorientierte ZIM-Programm sei in Bonn, bis auf Ausnahmen, zwar auf keine Gegenliebe gestoßen, aber man werde hierüber weiter verhandeln, erklärte Rau (2).

Grund zur Zufriedenheit hat er unter'm Strich gesehen alle Mal: NRW hat den größten Brocken des 1-Milliarde-Sonderprogramms bekommen (800 Millionen DM). Die restlichen 200 Millionen sollen auf die Stahlstandorte im Saarland, Bayern und Niedersachsen verteilt werden. Außerdem will der Bund 100 Millionen aus EG-Rückflüssen für das Ruhrgebiet bereitstellen. Aus dem Programm gefördert werden sollen gewerbliche Investitionen (Neuansiedlung und Erweiterung von Betrieben — zur Schaffung neuer Arbeitsplätze außerhalb des Montanbereichs). Mit einem Fördersatz bis zu 15 Prozent sollen Betriebsneugründungen unterstützt werden. Außerdem sollen kommunale Investitionen zur „Verbesserung der Infrastruktur" gefördert werden. Förderungswürdige Kommunalinvestitionen sind u.a. die Erschließung von Industrie- und Gewerbegelände einschließlich der Wiedernutzbarmachung von brachliegendem Zechengelände. Hier liegt der Fördersatz bei 40-50 Prozent.

Das Sonderprogramm ist vorerst eine reine Willensbekundung und muß erst noch (nach Art. 9la GG) als Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung" von Bund und Ländern rechtlich festgeklopft werden. Außerdem muß

Das Sonderprogramm ist vorerst eine reine Willensbekundung und muß erst noch (nach Art. 9la GG) als Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung" von Bund und Ländern rechtlich festgeklopft werden. Außerdem muß die Brüsseler EG-Kommission noch die Förderung für die gewerbliche Wirtschaft genehmigen.

Staatssekretär Schlecht vom Bonner Wirtschaftsministerium erwartet auf nationaler wie auf EG-Ebene eine reibungslose Zustimmung zum Sonderprogramm (WAZ 27.2.). Der „Spiegel" (29.2.) hält dagegen, was die EG angeht, Ärger für möglich. Außerdem zeige sich jetzt

Fortsetzung nächste Seite



Keim einer „Neuen sozialen Bewegung Ruhrgebiet"? Hoesch-Arbeiter blockieren am 10.12.87 die B1.

Fortsetzung von vorheriger Seite

„schon, daß Bonn noch einiges wird drauflegen müssen, damit die anderen Bundesländer das Ihre zu der Ruhrspende beitragen."

„Lieber Gefangen mit Kette als Frei im Hafen ..."

stand auf einem Plakat, welches Rheinhausener Stahlarbeiter während einer Demo zu ihrem Oberbürgermeister Krings mitführten. Gemeint war das Projekt Freihafen Duisburg, für welches es auf der Montan-Konferenz grünes Licht gab und welches im Zusammenhang mit dem Kampf der Rheinhausener wohl eins der zynischsten ist. Finanzminister Stoltenberg soll jetzt über eine Änderung des Zollgesetzes die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Um der Stadt Duisburg für solcherlei Projekte etwas mehr finanziellen Spielraum zu geben, wurde die Regionalförderung für Duisburg auf 18 Prozent hochgestuft.

Den seit langem größten Binnenhafen der Welt zu einem Freihafen, nach Möglichkeit sogar zu einer „Freien Produktionszone" zu machen, ist ein alter Plan des Duisburger Hafenvorstandes, dessen Verwirklichung man unter den gegebenen Umständen offensichtlich glaubt, näher zu kommen. Entsprechende Pläne der Duisburger Stadtverwaltung, der örtlichen Industrie- und Handelskammer sowie des Krupp-Stahl-Vorstands, sind in der Presse in den letzten Wochen diskutiert worden. Da für eine Ansiedlung zusätzlicher Gewerbebetriebe bisher nur eine Fläche von sechzigtausend Quadratmetern zur Verfügung steht, wird die Einbeziehung des Krupp-Gelände in Rheinhausen erwogen. Hier ständen — so die Planer — nach dem Abriß des Hüttenwerks 2,5 Millionen Quadratmeter zu Verfügung. Mit dem Abräumen, Herrichten und Sanieren der Flächen *„könnten über einen längeren Zeitraum bis zu 1.000 Arbeitnehmer beschäftigt werden ... Gleichzeitig könnten auch noch Schulungseinrichtungen auf dem Gelände genutzt werden. Auf diese Weise käme man auch dem Wunsch des Betriebsrats und der IG Metall entgegen, nicht alle Arbeitsplätze in Rheinhausen abzubauen"* (FAZ 12.2.) (Auf der Montan-Konferenz gab es für das Ausbildungszentrum in Rheinhausen grünes Licht). Seit Mitte Februar existiert zudem ein neues „Angebot" von Krupp-Stahl-Chef Cromme, der das Gelände des Hüttenwerkes gerne an die Stadt verkaufen möchte, damit diese es dann sanieren kann. Gerüchten zur Folge war von Bund und Land an eine dreistellige Millionensumme als Kaufpreis gedacht worden (NRZ 12.2.). Eins fügt sich wie mensch sieht ins andere. Selbst ein Hafen müßte nach Aussagen der Planer nicht erst gebaut werden. Denn der existierende Krupp-Werkshafen, in dem bisher vor allem Erz aus Übersee gelöscht wird, sei voll intakt.

Ein Freihafen in Duisburg würde ver-
loscht wird, sei voll intakt.

Ein Freihafen in Duisburg würde verknüpft mit anderen attraktiven Angeboten, Arbeitsplätze z.B. in den Rheinmündungshäfen vernichten, da die Bedingungen fürs Handelskapital in Duisburg attraktiver würden.

Doch die Planungen gehen noch weit über einen reinen Freihafen hinaus. Der belgische Experte Michael van Noten unterstützt das Konzept einer Freizone in Duisburg, in der sich dann auch Produktionsbetriebe ansiedeln sollen. Diese Freizone solle sich durch fünf typische Merkmale auszeichnen: „... *weniger Steuern, weniger Reglementierungen durch den Staat, weniger staatliche Beihilfe, weniger bürokratische Verzögerungen bei der Erteilung staatlicher Genehmigungen und ein nicht politisches Management"* (Zeit 19.2.). Was das für gewerkschaftliche Schutz-und Tarifrechte bedeutet und was das für ökologische Folgewirkungen haben könnte, kann sich jeder selbst ausmalen.

Die weitestgehenden Überlegungen in Richtung Freizone hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft in einer Studie vorgelegt. Dort ist die Rede von tariffreien Räumen, in denen sich *„diskriminierende Schutzbestimmungen und unter Sozialillusionen eingeführte Maßnahmen nicht auf die in Freizonen tätigen Firmen erstrecken"* sollen (ebd.).

Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Stadtväter Duisburgs diesen Plänen nicht entschieden entgegentreten, sondern im Gegenteil fleißig daran mitbasteln, läßt das schlimmste befürchten. „Frühkapitalistische Zustände" in einer sozialdemokratischen Hochburg ? Weitere auf der Montan-Runde angekündigte Projekte, die zusätzlich zu dem 800 Millionen-Sonderprogramm NRW gestartet werden sollen, zeigen nach Meinung des TAZ-Redakteurs Walter Jakob, *„daß insgesamt für NRW in Bonn nicht nur heiße Luft produziert wurde"* (TAZ 4.3.88). Untersucht mensch jedoch die einzelnen Projekte daraufhin, was sie an Arbeitsplätzen schaffen und welche ökologischen und politischen Folgewirkungen sie haben, wäre heiße Luft möglicherweise die bessere Alternative.



Wer organisiert die Jugend? In der Linken bislang kein Thema

Geplant ist

— die bevorzugte Anbindung der Rhein-Ruhr-Region speziell auch Duisburg's an die geplante Schnellbahn Paris-Köln,

— zwischen den Flughäfen in Düsseldorf und Köln soll eine *„von der Lufthansa seit langem geforderte und von Umweltschützern bekämpfte Schnellbahnstrecke errichtet werden"* (TAZ 4.3.),

— der Ausbau der A 44 (DüBoDo),

— der Verkauf von Grundstücken durch die Bundesbahn für Gewerbeansiedlungen (u.a. auch ein Gelände in Duisburg),

— vorgezogene Investitionen der Bundespost von 500 Millionen. Daß die Investitionen der Bundespost im Bereich Verkabelung und ISDN („Integrated Services Digital Network") nur in der Bauphase Arbeitsplätze schaffen, langfristig aber Arbeitsplätze vernichten (Rationalisierungseffekt bei der Bundespost und den Kunden), ist bekannt.

— Eine verstärkte Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in NRW ist ebenfalls vorgesehen. Zumindest bei einem Teil der Projekte ist der Zusammenhang zur Rüstungsindustrie offensichtlich, der Arbeitsplatzef-

der Zusammenhang zur Rüstungsindu-

strie offensichtlich, der Arbeitsplatzeffekt dagegen eher minimal. Geplant ist die deutsche Raumfahrt-Agentur (DARA) mit etwa 300 Beschäftigten in Köln anzusiedeln, in Dortmund eine Elektronenspeicherringanlage mit zehn Millionen DM zu fördern und schließlich die Erweiterung von drei Fraunhofer-Instituten mit dem Schwerpunkt Energie- und Materialforschung finanziell zu unterstützen.

— Zur Abrundung darf natürlich der Umweltschutz nicht fehlen. Die Bundesregierung will 20 NRW-Modellvorhaben innerhalb des Programms „Investitionen zur Vermeidung von Umweltbelastungen" mit einem Investitionsvolumen von 120 Millionen Mark unterstützen.

Betriebsrat verunsichert

In einem „Spiegel"-Interview hatte Steinkühler zwei Tage vor der Bonner Montan-Runde die Forderungen der IGM-Führung vorgestellt. Er wolle vom Kanzler eine Bestandsgarantie für die deutsche Stahlindustrie etwa in der Höhe der heutigen Jahresproduktion fordern, erklärte er. Die Stahlkonzerne sollen künftig nur dann Arbeitsplätze abbauen dürfen, wenn sie im gleichen Umfang Ersatzarbeitsplätze vorweisen können. Die Frage seiner Gesprächspartner, ob diese Forderung auf eine Standortgarantie für alle Stahlwerke hinauslaufe, beantwortete er unumwunden mit „Nein", das könne man nicht durchsetzen. Daß aber stattdessen die Kraft für die Durchsetzung gleichvieler Ersatzarbeitsplätze reichen könnte, müßte Steinkühler eigentlich mal genauer erläutern. Wieso sollten Ersatzarbeitsplätze in ausreichender Zahl leichter zu haben sein als die Sicherung eines Standortes ? Frech auch seine Antwort zum Kampf der Rheinhausener: *„Rheinhausen darf nicht sterben. Vorerst jedenfalls nicht."*

Nach der Montan-Konferenz erklärt er in einem FR-Interview (26.2.): Die eine Milliarde für das Revier ist *„ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ... Er ist aber nicht ausreichend. Für Rheinhausen ist beschämend wenig herausgekommen."* Deshalb müßte der Widerstand dort mit Unterstützung der IG Metall weitergehen. Und mit gespielter Unschuld: *„Der Betriebsrat hat gestern beim Kanzler und auch zuvor schon dargestellt, daß er ein neues technisches Konzept vorlegen wird, das sowohl technisch funktioniert als sich auch betriebswirtschaftlich rechnet und den Erhalt des Standorts ermöglicht."* Steinkühler verschweigt, daß er Anfang Februar damit begonnen hatte, sich „dem Problem Rheinhausen" öffentlich mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu nähern (kein Unternehmen könne es sich leisten, *„jährlich 200 Millionen rote Zahlen zu schreiben"* (NRZ 4.2.),. Bei den Rheinhausenern waren diese „Überlegungen" auf Empörung und Verbitterung gestoßen. Als er am 14. Februar vor 6.000 KollegInnen im Krupp-Walzwerk redete, wurde er mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen.

Wenn der Betriebsrat von Krupp-Rheinhausen jetzt ebenfalls anfängt, öffentlich in betriebswirtschaftlichen/technischen Kategorien zu denken, so sei darauf hingewiesen, daß dies passiert,

so sei darauf hingewiesen, daß dies passiert,

— nachdem die IG Metall-Führung deutlich gemacht hat, daß sie nicht im Traum daran denkt, den Kampf um den Erhalt aller Stahlstandorte mit den betroffenen Belegschaften einheitlich zu organisieren und zu führen und

— nachdem der Betriebsrat mit den IGM-Vorstandsmitgliedern Ippers und Karin Benz-Overhage in Klausur gegangen war.

Der Betriebsrat wurde unsicher und modifizierte seine Forderungen in einer Weise, daß die Presse laut jubelte (NRZ-Schlagzeile: *„Betriebsrat in Rheinhausen arbeitet an Gewinn-Konzept"*) und der stellvertretende BR-Vorsitzende Theo Steegmann sich im Namen des Betriebsrates zu einer Erklärung genötigt sah, in der er von *„ungeheuerlichen"* Verdrehungen von Betriebsratsaussagen sprach. *„Alle Artikel und Meinungen"* — so Theo Steegmann in der Erklärung — *„hatten die Tendenz, der Betriebsrat würde sich mit Teilstillegungen des Hüttenwerks abfinden, hätte das Walzwerk schon aufgegeben usw."* Diesen, von Theo als falsch bezeichneten Pressemeldungen, war jedoch am 8. Februar eine Pressekonferenz des Betriebsrates vorausgegangen, auf der der Betriebsrat u.a. erklärte hatte,

— daß er bereit sei, über weitere Maßnahmen (d.h. über die im September im Optimierungskonzept beschlossenen 2.000 „sozialverträglichen" Entlassungen **hinaus** zu verhandeln (wobei der Standorterhalt allerdings Verhandlungsgrundlage bleiben sollte),

— daß der Betriebsrat Kooperationsmodelle nicht grundsätzlich ausschließe; Ziel sei jedoch nicht die *„betriebswirtschaftlich günstigste Lösung"*, wie sie Krupp, Mannesmann und Thyssen verfolgen (siehe auch Theos Äußerung im Interview in AK 291). Schließlich hatte der Betriebsrat auf der Pressekonferenz am 8. Februar angekündigt,

— daß er ein Gutachten in Auftrag gibt, in denen technische Lösungen untersucht werden sollen. So solle z.B. geprüft werden, ob durch die Verlagerung von Produktpaletten Arbeitsplätze gesichert werden können. Dabei würden Modelle mit und ohne Erhalt des Walzwerkes in Rheinhausen geprüft.

In einem TAZ-Interview (11.2.) bestätigt Theo Steegmann die Modifizierung der Forderungen. Angesprochen auf die Steinkühler-Äußerung von Anfang Februar, meint er: *„Diese Äußerung ist aus einer einstündigen Rede herausgerissen worden".* Die Position der IG Metall werde Steinkühler, das habe er zugesagt, vor dem Kanzler-Gespräch *„hier bei uns im Gespräch mit dem Betriebsrat abstimmen"*

Die Frage war nur: wer bringt da wen auf wessen Linie?

Stahlarbeiter bereit zu neuen Aktionen

SPD und IGM hatten alles getan, um die Hoffnungen der Region auf die Bonner Montan-Runde zu lenken. Am Vorabend der Konferenz wurden zwei Menschenketten mit 80.000 Teilnehmern quer durchs Revier veranstaltet. Hohe SPD-Politiker konnten sich dort ohne Gewissensbisse einreihen. So stand z.B. der NRW-Arbeitsminister Heinemann mit einer Fackel in der Hand vor den Toren des Dortmunder Hoesch-Werkes und lauschte den Klängen der Werkskapelle.

Zumindest in Rheinhausen war es nie richtig zu solch einem Einheitsbrei gekommen. Selbst das Mammut-Konzert mit 45.000 Zuschauern in der Walzwerk-Hallehatte zumindest noch durch die Örtlichkeit einen Bezug zu der Forderung nach dem Erhalt des Standortes.

Nach der Montan-Konferenz wurde das Gefühl, wir stehen ganz allein da, wieder stärker und entlud sich in spontaner Aktivität. Einen Tag lang wurde praktisch nicht gearbeitet, eine Belegschaftsversammlung jagte die andere. Und am Morgen des 25.2. tat sich etwas, was nach dem Wunsch der staatstragenden Politiker und Journalisten jetzt eigentlich hätte vorbei sein sollen: Vom Krupp-Werk aus formierte sich ein spontaner Demonstrationszug. Eine Kreuzung und die Hochfelder Rheinbrücke wurden blockiert. Die Regionalpresse berichtete: *„Betriebsrat und Polizei konnten ein Wiederaufleben des ‚10. Dezember' gerade noch verhindern. Bruckschen: ‚Wieder einmal haben sich die Kollegen von der Polizei besonnen gezeigt. Wir wollen mit unseren Aktionen nämlich stets ein positives Echo erreichen — was verständlicherweise bei der Stimmung in der Belegschaft aber nicht leicht sein wird'"* (NRZ 26.2.). Und: *„Wir wollen keine Verhältnisse wie an der Hafenstraße. Deshalb kämpfen wir verantwortungsbewußt und mit Fingerspitzengefühl ..."* (WAZ 27.2.)

Als der Duisburger Oberbürgermeister Krings in der Nacht zum Donnerstag in einem Fernsehinterview zur Situation um die Hütte nichts sagt (stattdessen hatte er sich für das Ergebnis der Bonner Runde bei der CDU bedankt), formieren sich am nächsten Morgen, trotz eisigem Wind und Schneetreiben noch einmal 400 KollegInnen zu einem Marsch aufs Rathaus. Auf dem Burgplatz bittet Bruckschen sichtlich in Konflikt mit Gewissen und Parteibuch: *„Zu Recht ist das Bonner Ergebnis aus Gesamt-Duisburger Sicht gelobt worden. Wir aber haben die Tür dort aufgestoßen. Jetzt sollen uns die Politiker die Türen in Bonn öffnen."* Auf dem Bürgerkomitee am Freitag dann wieder etwas radikaler: Wir *„sind jetzt die Verlierer. Das werden wir nicht hinnehmen."* Zur Stimmung auf der Versammlung des Bürgerkomittees (1.000 Menschen waren gekommen) notiert der Berichterstatter der TAZ: *„Immer dann, wenn in der überfüllten Kantine jemand radikale Töne anschlägt, schwillt der Applaus ... deutlich an".*

Einen Tag später wieder ein Dämpfer. Die Vertreter der Arbeitgeber und der IGM einigten sich in Gelsenkirchen auf einen neuen Tarifvertrag, der den gewerkschaftlichen Forderungen so weit entgegenkommt, daß eine Zustimmung zu dem Ergebnis, zumindest in der Tarifkommission, als sicher gilt.

Dem Ziel, die Region zu befrieden, scheinen bürgerliche Politiker und Medien, trotz ihres „Bonn-Jubels", nicht viel näher gekommen zu sein. Das zeigen nicht nur die Reaktionen der Rheinhausener. Einer Umfrage zu Folge scheint die Mehrheit der Bevölkerung im Revier auch nach der Konferenz eher skeptisch als hoffnungsvoll gestimmt. Dies zumindest, ist das Ergebnis einer Umfrage, die die Dortmunder Gesellschaft für Sozialforschung FORSA im Auftrag des Vereins „Pro Ruhrgebiet" bei 1.035 Bürgern durchführte. Demnach glauben nur vier von zehn Bürger im Revier, daß die Bonner Montankonferenz ein positives Ergebnis gebracht hat. Drei dagegen sehen kein positives Resultat. Nur bei einem Fünftel der Befragten ist — der Umfrage zu Folge — das Vertrauen in die Zukunft des Reviers nach der Konferenz gewachsen. *„Unter den Optimisten überwiegen die Beamten und Angestellten, die Frauen und Männer über 45."* Anders dagegen die Meinung bei Leuten unter 45, Jugendlichen und Arbeitern: *„Nur 8 Prozent der Jugendlichen und nur 13 Prozent der Arbeiter erklärten, daß ihr Vertrauen in die Zukunft des Reviers nach der Konferenz gewachsen sei ..."* (NRZ 27.2.).

uh

Anmerkungen

(1) In den vom Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen verabschiedeten „Dortmunder Thesen für Arbeit und Umwelt" (März '85), hieß es noch vollmundig, die neuen Techniken würden „eine umweltverträgliche Wirtschaftsweise zu einem realistischen Ziel" machen.

(2) Im Rahmen eines Vier-Jahres-Programms will die Landesregierung 124 Projekte — darunter auch Umweltschutzprojekte — mit einem Aufwand von 720 Millionen Mark fördern.Bonn sollte noch einmal 1,3 Milliarden dazulegen.

Rüstungsgeschäfte mit Südafrika:

ALLES LEGAL!

Wer erinnert sich? Als im November 1986 aufgedeckt wurde, daß die Staatswert HDW/Kiel Konstruktionsunterlagen für U-Boote an das südafrikanische Rassistenregime verkauft hatte, war der öffentliche Wirbel zunächst groß. Über die Illegalität des Deals schien es keine zwei Meinungen zu geben, selbst der Bundestag sah sich zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses genötigt. Seitdem ist es still um die Affäre geworden. Nach dem furiosen Start „dümpelt“, so der Ausschuß-Vorsitzende Eylmann, die Untersuchungsarbeit vor sich hin. Aber nicht nur die parlamentarischen Aufkläger, auch ihre professionellen Kollegen der zuständigen Ermittlungsbehörden, haben inszwischen die Angelegenheit zu den Akten gelegt.

1982 bekann die Verhandlungen zwischen HDW/IKL (Ingenieurkontor Lübeck) und der südafrikanischen Firma LS Maritim Technology. Nachdem man sich über Art und Umfang des Geschäfts geeinigt hatte — Lieferung von Fertigungsunterlagen für U-Boote des Typs 1650 und eines Konstruktionsmodells im Maßstab 1:5, zudem Bereitstellung technischer Hilfe bei Bau und Umkonstruktion der Boote — setzten sich die HDW/IKL-Firmenvertreter mit Finanzminister Stoltenberg, dem alten Bekannten aus gemeinsamen Kieler Tagen, in Verbindung. Nach diesem Gespräch, das im Juni '86 stattfand, wurde auch den beiden anderen zuständigen Minister, Genscher und Wörner, vom Firmenvertreter und CSU-Rüstungslobbyisten Zoglmann ein detaillierter Plan zu Durchführung des heißen Handels vorgelegt.

Danach sollte der Bauplan auf Mikrofilm im südafrikanischen Diplomatengepäck außer Landes gebracht werden. Außerdem sollten die Boote so umkonstruiert werden, daß die deutsche Bauart möglichst unerkannt bleiben sollte. Nach dem Zoglmann-Plan wollten die Firmen auf eine schriftliche Genehmigung der Bundesregierung verzichten, wenn informell grünes Licht durch hohe Regierungsvertreter signalisiert würde. Einen Monat vor dem Besuch des RSA-Präsidenten Botha in Bonn (Juni '84) wurde auch Kanzler Kohl von Zoglmann über das geplante Geschäft in Kenntnis gesetzt. Nicht erfolglos — beim Staatsbesuch versicherte Kohl dem Rassisten-Chef, sich persönlich um die Sache zu kümmern. Danach, Chefsache ist Chefsache, ging alles sehr schnell. Zehn Tage nach der Botha-Visite wurde der Vertrag zwischen der BRD- und der RSA-Firma unterzeichnet. Allerdings behielt sich die deutsche Seite eine Klausel vor, nach der der Handel erst nach einer „ausreichenden Genehmi-

BRD- und der RSA-Firma unterzeichnet. Allerdings behielt sich die deutsche Seite eine Klausel vor, nach der der Handel erst nach einer „ausreichenden Genehmi-

gung“ (nicht etwa: nach einer formellen Zustimmung) in Kraft treten sollte. Das entscheidende O.K. kam dann von Staatssekretär Schreckenberger; am 6. August '84 trat der Vertrag endgültig in Kraft. Ab Oktober '84 lieferten HDW/IKL die Boot-Pläne, wie im Zoglmann-Plan vorgesehen, im südafrikanischen Diplomatengepäck nach Pretoria.

Pünktlich *nach* Abwicklung des Geschäfts (Juni '85) teilte das Bundeswirtschaftsministerium dem Finanzministerium seine Rechtsauffassung mit, wonach die Rüstungsexporteure von der Küste gegen des Außenwirtschaftsgesetz verstoßen hätten. Stoltenberg veranlaßte daraufhin die Oberfinanzdirektion (OFD) Kiel, Ermittlungen wegen einer Ordnungswidrigkeit anzustellen. Sechzehn Monate ermittelte die OFD gelassen vor sich hin, was sie wahrscheinlich noch heute machen würde, wenn nicht die Geschichte im November '86 öffentlich geworden wäre.

In den Debatten nach Bekanntwerden des Skandals gab es kaum einen Zweifel, daß die schleswig-holsteinischen Schiffbauer zumindest gegen eines der beiden „restriktiven“ Kriegswaffenexportgesetze — Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz — verstoßen haben. Vor allem das Kriegswaffenkontrollgesetz mußte in der Vergangenheit immer wieder als Beleg für die geradezu „vorbildliche Zurückhaltung“ der BRD gegenüber Rüstungsausfuhren in „Spannungsgebiete“ herhalten. Der Fall HDW/IKL belegt eher das Gegenteil.

Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz wäre nur der Verkauf kompletter Unterseeboote oder U-Boot-Rümpfe ohne regierungsamtliche Genehmigung strafbar gewesen. Konstruktionspläne, Knowhowlieferungen, „mittlerer Hardware“, kurz, alles was nicht unmittelbar militärstrategische Bedeutung besitzt, darf von bundesdeutschen Kriegswerften nach Südafrika geliefert werden. Dieser Rechtslage entsprechend, leitete die Kieler Staatsanwaltschaft noch nicht einmal ein förmliches Ermittlungsverfahren ein, sondern beschränkte sich auf einen „Beobachtungsvorgang“, der schon nach wenigen Beobachtungswochen Anfang '87 wieder eingestellt wurde.

Blieb von den strafrechtlichen relevanten Rechtsübertretungen noch das Außenwirtschaftsgesetz. Dort sieht § 34 vor, daß sich strafbar macht, wer durch einen Kriegsgüterhandel (unbenehmigt) die Sicherheit der BRD beeinträchtigt, das friedliche Zusammenleben der Völker stört oder, drittens, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik erheblich stört. Nach Wegfall des Kriegswaffenkontrollgesetzes boten nun die beiden letzten Punkte des Paragraphen 34 noch eine gewisse Chance auf strafrechtliche Belangung der Waffenhändler.

Doch spätestens als der Leiter der Kieler Staatsanwaltschaft Raab-Straube im Juni '87 vor dem Bonner Untersuchungsausschuß aussagte, war es auch um diese letzte Hoffnung geschehen. Raab-Straube erläuterte, daß von einer „Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker“ durch eine Bauplan-Lieferung keine Rede sein könne, da natürlich nur ein fix und fertiges U-Boot im kriegerischen Einsatz den Frieden stören könne. Außerdem, so der Oberstaatsanwalt, bedeute „Störung“ im Sinne des Gesetzes immer eine aktuelle Situation, was bei Booten, die eventuell 1992 fertiggestellt würden und vielleicht erst einige Jahre darauf zum militärischen Einsatz kämen, nun wirklich nicht gegeben sei. Die Staatsanwaltschaft konstatierte „keinen Ermittlungsbedarf“, dieser Verdacht war zu streichen. Als letzter strafrechtlich relevanter Vorwurf blieb nur noch die „erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen“ übrig. Schwierige Frage, meinte der Staatsanwalt, denn „wir sind außenpolitische Laien“. Nur, wer ist in der Außenpolitik kein Laie? Die Bundesregierung, wer sonst! Diesem Geistesblitz folgend, forderten die Kieler Ermittler ein entsprechendes Gutachten der am 19.5.87 vorgelegten Genscher-Stellungnahme: Eine erhebliche Störung liegt nicht vor, allenfalls eine Störung.

Damit war von kompetenter Seite auch der letzte Zweifel ausgeräumt; die Staatsanwaltschaft konnte sich endgültig für nicht zuständig erklären. Das, gelinde gesagt, ungewöhnliche Vorgehen der Staatsanwaltschaft — ausgerechnet die Bundesregierung, die mit ihren diversen Ministern und Staatssekretären involviert und somit der Beihilfe verdächtig ist, um das in diesem Punkt entscheidende Gutachten zu ersuchen — wies der noch in Sachen Ordnungswidrigkeit (Bußgeldverfahren) ermittelnden Oberfinanzdirektion den Weg. Nach einer Schamfrist stellte die OFD am 11. Januar '88 das Verfahren endgültig ein. Ähnlich wie dem Staatsanwalt genügte der OFD die Aussa-

tion den Weg. Nach einer Schamfrist stellte die OFD am 11. Januar '88 das Verfahren endgültig ein. Ähnlich wie dem Staatsanwalt genügte der OFD die Aussa-

ge der Täter, daß „mit den gelieferten Unterlagen kein Schiff gebaut werden kann“ (IKL-Chef Nohse). Wenn dem so ist, folgerte die OFD messerscharf, kann auch kein Rechtsbruch vorliegen, denn der Verkauf von wertlosen Unterseeboot-Stilleben kann keine Sünde sein. Nach dieser nunmehr offiziellen Version hätte eine Betrugsklage Südafrikas gegen seine westdeutschen Partner gute Aussichten auf Erfolg; wer zahlt schon gerne 50 Millionen für Altpapier. Der zwischenzeitlich bekannt gewordene Wechsel des HDW-Chefkonstrukteurs Redemann zur südafrikanischen Rüstungswerft Sundoc/Armscor in Durban (genau diese Vereinbarung ist in den HDW/IKL-Akten zum Boot-Geschäft nachzulesen) konnte die „Ermittlungen“ genausowenig beeinflussen wie die Tatsache, daß Firmen wie Krupp, Siemens oder Zeiss die passenden U-Boot-Komponenten an's Kap lieferten. Nein, damit in diesem Verfahren ein Verantwortlicher auch nur eine Mark Bußgeld zahlen müßte, hätte man schon ein kampffähiges südafrikanisches U-Boot mit der Aufschrift „Made in Germany“ auf dem Bonner Marktplatz präsentieren müssen.

Verlauf und Ergebnis der Bonn/Kieler „Ermittlungen“ werden Signalwirkung für alle bisherigen und zukünftigen Rüstungsexporteure haben: So lange sich niemand allzu tolpatschig anstellt, z.B. durch Verkauf direkt einsatzfähigen Geräte, können deutsche Waffengeschäfte mit dem Rassistenstaat auf Staat und Justiz bauen.

ra/Kiel

Quellen:
Protokoll des Untersuchungsausschusses, AAB-Broschüre „Der U-Boot Skandal“ (zu beziehen über AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn), div. Tagespresse

Weltkonferenz zu AIDS

Statistik statt Gesundheit



Nach zahlreichen Konferenzen in verschiedenen Ländern führte die Welt-Gesundheits-Organisation WHO (World Health Organization) vom 26. bis 28. Januar in London die erste weltweite AIDS-Konferenz auf Ministerebene durch. 6.500 Delegierte — oberste Gesundheits-Politiker, Vertreter einschlägiger Organisationen, Wissenschaftler etc. — aus knapp 150 Staaten repräsentierten erstmals gemeinsam sowohl die bisher vor allem betroffenen Regionen USA/Westeuropa und die lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten, als auch den 'realsozialistischen' Block von DDR bis UdSSR sowie die VR China und andere asiatische — bzw. ozeanische — Länder.

Statistik

Das Schwergewicht der Konferenz lag aber kaum auf überraschenden Informationen: Die mittlerweile aus 130 Ländern bei der WHO zusammenlaufenden Zahlen belaufen sich demnach (Anfang 1988) *„auf 75.392 (Erkrankte), davon fast (?) 56.958 in Nord- und Südamerika, 8.693 in Afrika, 8.775 in Europa, 742 in Ozeanien, einschließlich Australiens und Neuseelands, und 224 in Asien. Die WHO schätzt jedoch, daß wegen der unerkannten und ungemeldeten Fälle die effektive Gesamtzahl der Erkrankten etwa doppelt so groß ist.“* (NZZ, 27.1.1988). Ebenso *schätzt* die WHO die HIV-Infizierten auf weltweit zwischen fünf und zehn Millionen Menschen, woraus eine Zahl von einer Million Kranker bis 1991 abgeleitet wird (Basler Zeitung, 29.1.1988).

So *„düstere Visionen“* (Tagesanzeiger, 29.1.1988) dies auch in London heraufbeschworen haben mag — so bemerkenswert bleiben diese Schätzungen doch hinter dem Schreckbild zurück, das — ebenfalls aufgrund von WHO-Quellen — noch Ende 1986 zwischen 50 und 100 Millionen Infizierter bis 1990 ankündigte (Studie des Londoner „Panos-Instituts“, lt. taz, 28.11.86).

Harte Linie in der Minderheit

Der Hauptgewinn der WHO-Konferenz lag vielmehr offensichtlich in dem Über-

Harte Linie in der Minderheit

Der Hauptgewinn der WHO-Konferenz lag vielmehr offensichtlich in dem Über-

blick, den sie über die in verschiedenen Ländern betriebene AIDS-Politik, einschließlich konkreter Maßnahmen, verschaffte. Trotz vereinheitlichter Schlußerklärung wurden zwei konträre Linien deutlich, so daß selbst Jonathan Mann, Direktor des WHO-AIDS-Programms, eingestand, *„daß der Konsens nicht absolut sei“* (Basler Zeitung, 29.1.1988).

Vor allem von unabhängigen Initiativen wurde darauf hingewiesen, daß *"eine wachsende Zahl von Regierungen (sich) offensichtlich eine Abwehr der AIDS-Gefahr„* dadurch verspricht, daß sie Kontroll- und Repressionsmaßnahmen anwenden: Obligatorische Tests für 'Risikogruppen' in der SU, Zwangstests, Überwachungen und Ausländer-Ausweisungen in der VR China, Zwangstests für ausländische Studenten in Indien, in Belgien Tests für Studenten aus Entwicklungsländern, ärztliche Meldepflicht in Korea, Entlassungen und Abschiebung von AIDS-positiven Bergarbeitern in Südafrika, Einreiseverbot für HIV-Infizierte in Kanada, Deportation von AIDS-Kranken aus Griechenland, Planung von Arretierung/Internierung von Virusträgern in Island und Schweden, Isolation von AIDS-Kranken auf Cuba, Meldepflicht in der DDR ... (FR, 29.1.1988, taz, 30.1.1988, vgl. letzten AK). *„Eine britische Bürgerinitiative (...) zählt bereits 18 Länder, die mit Zwangstests oder ähnlichen Maßnahmen gegen Touristen, ausländische Studenten oder Fremdarbeiter vorgehen.“* (Basler Zeitung, 29.1.1988). Daß darüberhinaus auch eine insgesamt eher liberale AIDS-Politik in Teilen oder zuzeiten mit Zwangspolitik Hand in Hand gehen kann, belegt im übrigen das Beispiel der USA, wo der oberste Gesundheitsbeamte sich gegen einen rigiden Kurs der Reagan-Administration und regionale Zwangsmaßnahmen wie Pflichttests für Heiratswillige (FR, 29.1.1988) zur Wehr setzt. In der BRD sieht es schließlich nicht anders aus, wo im offiziellen Süßmuth-Rahmen die Gauweiler-Linie nicht nur bayerisches Terrain beherrscht.

Die Koalition der Zwangspolitiker geht quer durch die politischen Lager: Unrühmlich taten sich insbesondere die Vertreter der Sowjetunion und der VR China

---

Wieder mehr Aidsfälle

GENF, 2. März (dpa). Die Zahl der an die Weltgesundheitsorganisation gemeldeten Aids-Fälle ist bis Ende Februar auf 81 433 gestiegen. Das teilte die Organisation am Mittwoch in Genf mit. Vor einem Monat waren es noch 77 266. Die Statistik aus jetzt 133 Ländern wird aber zunehmend fragwürdig, weil die Behörde seit einem halben Jahr oder länger aus 42 Ländern keine Zahlen mehr erhalten hat. Experten nehmen daher seit längerem an, daß die wirklichen Aids-Zahlen mindestens doppelt so hoch sind. In der Februar-Statistik liegen die Vereinigten Staaten mit 53 069 Fällen nach wie vor an der Spitze. Es folgen Frankreich (3073), Uganda (2369), Brasilien (2325) und die Bundesrepublik (1760). Nach Kontinenten aufgeschlüsselt ergibt sich dieses Bild: Afrika 9788 Fälle, Nord- und Südamerika 60 409, Asien 233, Europa 10 177, Ozeanien 826.

aus FAZ, 3.3.88

---

hervor, die AIDS als *„Krankheit und Ausdruck westlicher Dekandenz“* geißelten (FR, 19.1.1988), wogegen zumindest die

hervor, die AIDS als *„Krankheit und Ausdruck westlicher Dekandenz“* geißelten (FR, 19.1.1988), wogegen zumindest die

SU schon deshalb gefeit sei, weil *„die genetisch überlegenen Slawen (ihr) mehr Widerstand entgegenzusetzen hätten“* (Basler Zeitung, 29.1.1988). In der Sowjetunion ist mittlerweile mehr Realismus eingekehrt; daß eine Abkehr von Gauweilereien damit nicht notwendig eingeleitet ist, legt die Politik der DDR nahe, deren Gesundheitsminister in London die weltweit *„einmütige Auffassung“* pries und *„die Wege, die wir gemeinsam unabhängig von den sozialen Ordnungen gehen können und müssen“* anempfahl (Neues Deutschland, 30./31.1.1988) — um kurz darauf ausgerechnet mit Bayerns Gauweiler konkrete AIDS-Maßnahmen abzustimmen!

WHO: Gegen Diskriminierung

Entgegen dieser Tendenz, und als offizielle WHO-Linie verankert, setzte sich auf der Konferenz jedoch mehrheitlich ein Kurs durch, der auf Aufklärung und Prävention statt auf Zwangsmaßnahmen und Diskriminierung setzt. WHO-Direktor Mann: *„Es gibt kein stichhaltiges Argument in Sachen öffentlicher Gesundheit, das Absonderung, Quarantäne oder eine andere diskriminierende Maßnahme rechtfertigen könnte, wenn diese Maßnahmen lediglich wegen der Infektion eines Menschen oder dessen sexuellem Verhalten ergriffen werden.“* (FR, 29.1.1988). Dies zum einen, so die WHO-Argumentation, weil Diskriminierung alle Präventions- und Aufklärungsbemühungen untergräbt. Zum anderen aber auch deshalb, weil auf dem Wege der Diskriminierung von Infizierten oder Kranken latente Gefahren aktualisiert werden: *„AIDS hat einige nur schwach verkleidete Vorurteile enthüllt, was Rasse, Releigion, Klasse, Geschlecht und Nationalität betrifft.„*(ebd.)

Als positivstes, weil klarstes und durch religiöse oder moralische Eingriffe am wenigsten behindertes Beispiel wurde die dänische Aufklärungskampagne präsentiert, deren AIDS-Slogan lautet: *„Sex ist gut, gesund und schön — und das soll so bleiben.“*

Anderswo geht es da verschämter zu, angefangen bei den Süßmuthschen Werbespots und endend bei dem US-Verbot des Worts „Kondom“ auf AIDS-Flugblättern oder bei katholisch inspirierten Parolen in der Karibik: *„Familienleben, Liebe und Treue.“* (taz, 30.1.1988). So sehr AIDS-Aufklärung und Hilfsprogramme von Land zu Land unterschiedlich ansetzen müssen, so wenig sind die gängigen Vorwürfe speziell an die Adresse afrikanischer Staaten berechtigt, untätigt, beschönigend und — bestenfalls — hilflos zu sein. *„Denn nicht etwa die Führer der westlichen Welt sind es, die im Kampf gegen AIDS derzeit eine Führungsrolle einnehmen, sondern die Staatschefs Musoweni (Uganda) oder Kenneth Kaunda in Sambia (...), die sich persönlich mit allem Nachdruck für Aufklärungskampagnen einsetzen.“* (taz, 30.1.1988). Aus Kenia zum Beispiel berichtete die Leiterin einer universitären Gesundheitskommission von wirkungsvollen Aufklärungskampagnen unter Prostituierten mit dem Resultat einer erheblichen Verlangsamung der AIDS-Ausbrei-

Gesundheitskommission von wirkungsvollen Aufklärungskampagnen unter Prostituierten mit dem Resultat einer erheblichen Verlangsamung der AIDS-Ausbrei-

tung (siehe ausführlich: Basler Zeitung, 29.1.1988).

Londoner Deklaration

Die am Ende der Konferenz von den Vertretern von 148 Ländern verabschiedete „Londoner Deklaration“ formuliert eindeutig als Schwerpunkt: *„Wir stellen fest, daß insbesondere angesichts des gegenwärtigen Fehlens eines Impfstoffes oder einer Therapie gegen AIDS der bedeutenste Bestandteil nationaler AIDS-Programme in Information und Aufklärung besteht, weil die Übertragung von HIV durch informiertes und verantwortliches Verhalten verhindert werden kann.“* Ausdrücklich heißt es weiter:*„Wir betonen die Notwendigkeit, daß AIDS-Vorbeugeprogramme die Menschenrechte und die Menschenwürde schützen. Diskriminierung und Stigmatisierung von HIV-Infizierten und an AIDS erkrankten Menschen und Bevölkerungsgruppen untergraben das Gesundheitswesen und müssen vermieden werden.“* Regierungen, die Medien und die Öffentlichkeit insgesamt werden aufgefordert, alle Mittel bereitzustellen, um die notwendigen Vorsorge- und Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Im Sinne dieser Deklaration soll auch in Zukunft die WHO die Bekämpfung von AIDS weltweit koordinieren. Als nächster Schritt wurde das Jahr 1988 zum 'Jahr der Kommunikation und Kooperation gegen AIDS' erklärt — im Geiste der Aufklärung, Informations- und Erfahrungsaustausch und Toleranz. Am 1. Dezember soll erste Bilanz gezogen werden — dann soll ein internationaler *„Tag der AIDS-Kommunikation“* abgehalten werden (ND, 30./31.1.1988).

R., Antifa-Kommission, Hamburg



AIDS-Aufklärung in einer Mädchenschule in Uganda (aus Time, 25.3.87)

„VIRUS DER INTOLERANZ“

Interview mit Leonid Ionin (aus: „Neue Zeit“ Jan. 88)

Lesenswertes zu AIDS ist rar. Nicht nur in den Metropolen des imperialistischen Lasters. Auch im realen Sauber-Sozialismus. Obwohl nur mit einem Todesfall und drei Erkrankungen betroffen, schlägt die Panik-und Moralkampagne in der UdSSR vielleicht nicht unbedingt höhere, aber offensichtlich noch rauhere Wellen als etwa bei uns: Massenzwangstests bei sog. Risikogruppen wie Studenten, Militär, schwangeren Frauen. Ausweisung HIV-Positiver Ausländer. Gegenseitige Vereinbarung zwischen den realsozialistischen Ländern zur AIDS-Kontrolle an den Grenzübergängen: Wer mehr als drei Monate bleiben will, muß AIDS-Freiheit nachweisen.

Das nachstehend dokumentierte Gespräch mit Leonid Ionin ist also eher untypisch für die Behandlung des Themas in der UdSSR. In seiner Polemik gegen moralisierende Hysteriker dort wie hier deswegen allerdings umso lesenswerter.

Die Wissenschaftler vertreten die Ansicht, daß AIDS die Grenzen jener Gruppen überschritten hat, die früher von dieser Krankheit befallen wurden (Homosexuelle, Rauschgiftsüchtige, Prostituierte). Der Virus befällt Alleinstehende ebenso wie Verheiratete und macht auch nicht vor Kindern halt. AIDS stellt eine Gefahr für alle dar. In einigen Ländern werden strenge Maßnahmen zur Kontrolle der Verbreitung dieser Krankheit angewandt. Ungeachtet dessen sind Stimmen zu hören, die drakonische Gesetze zur „Isolierung“ der Risikogruppen fordern. Da taucht die Idee von der Umsiedlung Betroffener in spezielle Reservationen auf, wie man einst mit Aussätzigen verfuhr. Wenn diese Idee realisiert werden sollte (nehmen wir es einmal an), dann würde man

diese Idee realisiert werden sollte (nehmen wir es einmal an), dann würde man

von unserem großen Kontinent der Gesunden eine Insel der Kranken abtrennen. Wenn man den Medizinern glauben soll, dann wird es 1991 etwa 1 Million AIDS-Kranke geben, und auf dieser Insel käme eine Menge Betroffener zusammen. Was halten Sie von dieser „Reservations“-Idee?

Ich halte es für äußerst verwerflich. Dafür gibt es verschiedene Gründe, vor allem solche, weil man nicht weiß, wen man in eine solche Reservation schicken soll. Wenn damit die Kranken gemeint sind, so sollte man sie heilen und nicht verbannen. Meint man aber die Virusträger, dann ist das genauso sinnlos. Die Feststellung des Virus im Blut sagt noch nichts darüber aus, ob der Mensch AIDS-krank ist, ob er einmal daran erkranken wird oder ob er andere anstecken kann. Nicht alle Virusträger sind AIDS-krank, nicht von allen geht eine Infektionsgefahr aus. Auf der New Yorker Konferenz war die Rede davon, daß etwa 20 — 30% der Virusträger erkranken. In manchen Veröffentlichungen werden 10% und weniger angegeben. Kann man denn einen Menschen auf der Basis einer 10%igen Wahrscheinlichkeit mit Gewalt aus der Gesellschaft eliminieren? Aus demselben Grund könnte man jedes Kind im Alter bis zu 5 Jahren inhaftieren, weil es mit einer Wahrscheinlichkeit von, sagen wir, 0,1% als Erwachsener mit dem Gesetz in Konflikt gerät oder mit einer Wahrscheinlichkeit von 0,0001% zum Mörder wird. Das klingt auf den ersten Blick logisch, erweist sich aber bei genauerem Hinsehen als völlig absurd.

Dennoch ist die Isolationsidee weit verbreitet. Wir können hierzu einen Leserbrief anführen. Unser Leser aus Saransk schreibt, daß man alle Ausländer, die eine Quelle für AIDS-Infektionen darstellen können, ausweisen soll. Die eigenen (damit meint er die sogenannten Risikogruppen) sollte man ähnlich wie Leprakranke isolieren. Er schreibt, daß sich die Gesellschaft vor dieser tödlichen Gefahr schützen muß.

Natürlich muß man sich schützen. Aber wie und wovor, das ist die Frage. Vor einer Krankheit schützt man sich durch medizinische und prophylaktische Maßnahmen.

Kann man denn nicht das, was unser Leser vorschlägt, als soziale Prophylaxe betrachten?

Ja, aber das bringt uns auf den gefährlichen Weg, von dem ich bereits sprach: Sühne ohne Schuld. Die Geschichte unseres Staates kennt eine Periode (20er Jahre), da man nicht von Bestrafung, sondern von „sozialem Schutz“, nicht von Schuld, sondern von „gefährlichen Zuständen“ sprach. Ein Mensch, der nichts verbrochen hatte, konnte so isoliert und verbannt werden, weil er „potentiell dazu fähig“ war. Ist das nicht eine wahrhaft soziale Prophylaxe? Ein Großteil der Bewohner dieser vom „Festland der Gesunden“, wie sie sich ausdrückten, abgetrennten Inselgruppe waren „sozial gefährliche Personen“. Gegen Ende der 50er Jahre nahm unsere Rechtsprechung Abstand vom Begriff des sozialen Schutzes. Ich bin der Ansicht, daß auch im Zusammenhang mit AIDS keine derartigen Maßnahmen ergriffen werden, denn sie wären zutiefst antidemokratisch. In unserer Gesellschaft lebt ohnehin schon der Virus der Intoleranz. Jahrzehntelang nährte und kultivierte man die Feindseligkeit gegenüber Leuten, deren Verhalten und Lebensweise von den allgemein anerkannten Normen abwich. Und da taucht der AIDS-Virus auf. Wenn es ihn nicht gäbe, müßte man ihn erfinden. Das, was früher nur den Ruch des Vorurteils hatte, bekommt nun den Status der letzten Weisheit. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Als ich noch zur Schule ging und am Nikitski-Tor in Moskau wohnte, gingen manche meiner Altersgefährten zum Platz vor dem Bolschoj Theater, um „Homos zu verhauen“. Wofür sollten sie verprügelt werden? Weil sie nicht so sind wie wir? Jetzt hat man endlich einen richtigen Grund fürs Verhauen, denn sie sind ja „AIDSies“. Wenn früher ein Mensch mit abweichendem Verhalten den anderen nicht gefiel, diese aber für ihre Mißgunst keine reale Stütze fanden, so kann das heute ins Extrem ausarten und die schlimmsten Formen annehmen. Das betrifft sowohl die „Risikogruppen“, als auch jene, die „anders“ leben und denken, z.B. Hippies, Punks usw. Soziologen nennen diese Gruppierungen Marginale, d.h. am „Rande“ der Gesellschaft Lebende. Jetzt, angesichts von AIDS, wird ihre Marginalität besonders hervorgehoben und gerät wie nie zuvor ins Blick-

wird ihre Marginalität besonders hervorgehoben und gerät wie nie zuvor ins Blick-

feld der gesellschaftlichen Mißbilligung mit allen daraus folgenden Konsequenzen.

Was schlagen Sie konkret vor? Wie soll man sich Ihrer Meinung nach angesichts von AIDS zu den Randgruppen verhalten?

Ich kann keine Rezepte anbieten. Ich wiederhole nochmals, daß man die Krankheit bekämpfen muß und nicht die potentiell Betroffenen. Angenommen, Hämorrhoiden, eine typische Krankheit bei Menschen mit sitzender Lebensweise, wären ansteckend. Soll man in diesem Fall die Bürokraten für dieses Übel verantwortlich machen? Wahrscheinlich nicht. Man wird sie einer Behandlung unterziehen. Gegen die Bürokratie muß man anders vorgehen und entsprechende Reformen durchsetzen. Das gleiche trifft auch auf Rauschgiftsucht und Prostitution zu, die komplizierte soziale Probleme darstellen und tiefe eigene Wurzeln im gesellschaftlichen Leben geschlagen haben. Wenn man das AIDS-Problem mit der Rauschgiftsucht verwechselt, so löst man weder das eine noch das andere. Solche Verbindungen bestehen aber im gesellschaftlichen Bewußtsein, das gegen Leute mit abnormen Verhaltensweisen voreingenommen ist.

Man könnte noch eine Risikogruppe nennen, jene, die ein ungeordnetes Sexualleben führen, häufig ihre Partner wechseln und dabei nicht sehr wählerisch sind. Sie sind ebenso einer großen Ansteckungsgefahr durch AIDS ausgesetzt. Hierbei kann man jedoch nicht behaupten, daß es sich um ein besonderes soziales Problem handelt. Das ist eher als sexuelle Unmoral zu bezeichnen. In diesem Fall ist die moralische Entrüstung sogar berechtigt.

„Unmoral“ ist kein eindeutiger Begriff. In jeder Gesellschaft, darunter auch in unserer, existiert eine ganze Reihe verschiedener „Kodexe“ für das sexuelle Verhalten, besonders für verschiedene soziale, nationale Alters- und Berufsgruppen. Was man in der Stadt „darf“, ist auf dem Land „verboten“. Im asiatischen Teil ist vieles verpönt, was im europäischen Teil und in den Ostseerepubliken als normal angesehen wird. Das, was Jugendliche als Norm ansehen, wird von den Erwachsenen oft als „sexuell unmoralisch“ gebrandmarkt. Wie soll man hier bestimmen, wo die Entrüstung berechtigt ist und wo sie ein Ergebnis der Voreingenommenheit darstellt?

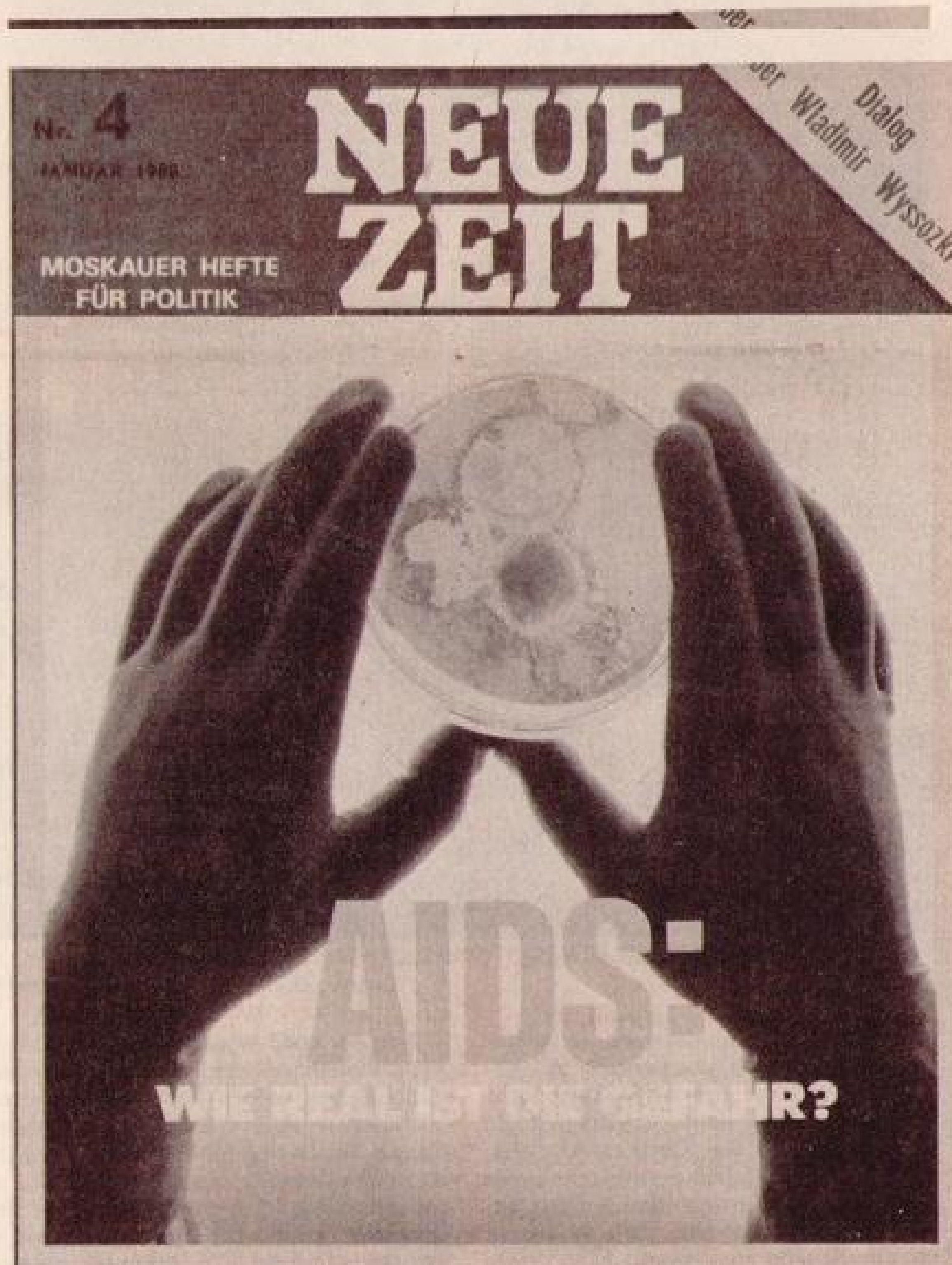
Und bezüglich AIDS?

Bei AIDS sieht die Sache klarer aus. Hierzu möchte ich einen westdeutschen Fachmann zitieren: „Ungeregelte Beziehungen fangen dort an, wo ein unbekannter Dritter auftaucht“. Dementsprechend wächst auch die Infektionsgefahr.

Das ist doch ein zuverlässiger Ausgangspunkt. Vielleicht begreifen das heute noch nicht alle. Wenn dieser Fakt aber erst einmal Eingang in die Gehirne gefunden hat, kann das sicher zu Änderungen in der sexuellen Moral und im realen Sexualverhalten führen. Somit könnte AIDS zur Hebung unserer gesellschaftlichen Moral beitragen?

So darf man das nicht sehen. Das Verhalten ist dann moralisch, wenn es nicht erzwungen, sondern freiwillig ist. Die Angst vor den Folgen ist kein Ersatz für die Tugend und AIDS stellt keine Quelle der Moral dar. Außerdem wird Ihre Annahme nicht von der Realität gestützt. Untersuchungen in Paris ergaben, daß ungeachtet des von den Medien entfachten AIDS-Sturmes keine „Ordnung“ des Sexualverhaltens stattgefunden hat. Dabei spielen auch andere Faktoren eine Rolle. So bewirkte die massenweise Einführung der flexiblen Arbeitszeit, wo Arbeitsbeginn und Feierabend nicht mehr streng festgelegt sind, einen Anstieg von Fällen ehelicher Untreue. Auch die Rauschgiftszene weist keine spürbaren Veränderungen auf. Wir sollen daher auch keine „Verbesserung“ der Moral und des Verhaltens im Zusammenhang mit AIDS erwarten. Eher ist eine „Verschlechterung“ möglich, eine gesteigerte Intoleranz und moralischer Terror gegenüber bestimmten Randgruppen und ihren einzelnen Vertretern. Das ist aber ein Schritt in Richtung autoritärer Atmosphäre, weg von der Demokratie.

Ich glaube, Sie übertreiben die Gefahr. Die gesellschaftliche Entrüstung und einheitliches Denken spielen im Gegenteil eine große Rolle, wenn es um die Ausrottung gefährlicher Erscheinungen in der Gesellschaft geht.



Ja, wenn man die Probleme nicht miteinander verwechselt. Anderenfalls läuft der „Sündenbock“-Mechanismus an. Ein Mensch oder eine Gruppe wird für alles Unglück, alle Mißerfolge verantwortlich gemacht, und ein Gewitter „einmütiger Verachtung“ und „allgemeiner Empörung“ bricht über sie herein. Selbst wenn man sie vernichten würde, bedeutet das noch lange nicht die Lösung des Problems. Dann ertönt der Ruf nach einem neuen „Sündenbock“.

Sie verwiesen darauf, daß der Kampf gegen AIDS riesige Mittel verschlingt. Wie hoch sind diese Summen, fragt Herr Trochow aus dem Gebiet Taschkent. Gibt es bei uns eine wissenschaftliche Konkurrenz? Gibt es einen Kampf zwischen denen, die AIDS untersuchen? Wir wissen nicht, was tatsächlich vorgeht. Über die AIDS-Situation in den USA und Frankreich sind wir besser unterrichtet. Es ist bekannt, welche Summen dort der AIDS-Virus verschlingt, worüber die Wissenschaftler und Politiker streiten. Bei uns hört man gar nichts von verschiedenen Standpunkten. Es sieht fast nach einem AIDS-Monopol aus. Zwei bis drei Wissenschaftler geben beruhigende Interviews, und die Journalisten versichern den Lesern, daß alles Nötige unternommen wird. Ist nicht gerade dieser Informationsmangel daran schuld, daß nach einem Sündenbock gesucht wird?

Tatsächlich fällt die Information reichlich knapp aus. Dabei geht es weniger darum, welche konkrete Ansicht ein einzelner Fachmann vertritt und worin er mit seinem Konkurrenten nicht einverstanden ist. Das ist zwar auch wichtig, aber der Gesellschaft ist unbekannt, nach welcher Strategie der AIDS-Virus bekämpft wird. Dabei interessieren auch die soziale Strategie, die Perspektiven für die Entwicklung und Bekämpfung der Epidemie und möglicherweise existierende strategische Alternativen. Wenn ein Wissenschaftler seine Ansichten nicht kundtun will oder darf, so haben wir ein Recht, vom Ministerium für Gesundheitswesen Informationen zu fordern. Ich betone dabei, daß uns in erster Linie nicht fachmedizinische, sondern sozialrelevante Informationen interessieren, die die Perspektiven der Gesellschaft im Zusammenhang mit AIDS betreffen. Im Gesundheitswesen hält man scheinbar aus alter Gewohnheit an der väterlichen Gönnerhaltung fest: Benutzt Kondome, um alles andere kümmern wir uns schon. Es ist alles in Ordnung. Schlaft unbesorgt, liebe Bürger...

Konkrete Maßnahmen, die gegen die Ausbreitung von AIDS bereits ergriffen wurden, wurden ebenfalls nicht öffentlich diskutiert. Vorerst betrifft es nur wenige, aber wenn die Epidemie weiter so fortschreitet, dann würde das bald jeden berühren. Wie werten Sie das?

Es fällt schwer, eine eindeutige Beurteilung abzugeben. Die Situation in den westlichen Ländern beweist, daß man bisher keine eindeutig richtigen (außer medizinischen und individuell hygienischen) Maßnahmen und Mittel gegen die Ausbreitung von AIDS gefunden hat. Da tauchte bei uns die Information auf, daß AIDS-kranke ausländische Bürger eine ärztliche Behandlung erhielten und in ihre Heimatländer zurückreisten. Wenn man aber bedenkt, daß viele schwachentwickelte Staaten keine AIDS-Kranken einreisen lassen, so kann sich das Schicksal dieser Menschen sehr problematisch gestalten. Kann man das nun als „richtige“ Maßnahme werten?

Und ein Sanitätskordon an den Grenzen?

Auf den ersten Blick scheint das selbstverständlich zu sein. Die Gesellschaft muß sich vor dem Eindringen der Seuche schützen. Doch dieser Kordon kann nirgends effektiv sein, ganz zu schweigen von Ländern mit eigenen Virusträgern. Davon sprach auch J. Mann, Direktor des Internationalen AIDS-Bekämpfungsprogramms, das im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) realisiert wird. Angenommen, der Kordon erfüllt seine Aufgabe. Was soll mit denen geschehen, in deren Blut der Virus nachgewiesen wurde? Heilen? Es gibt derzeit noch keine Heilmittel. Isolieren? Die Probleme bleiben bestehen. Sie bedürfen der öffentlichen Aussprache.

Welchen Nutzen hat denn da der AIDS-Test? Bei uns existieren ca. 50 Laboratorien, wo man sich auf freiwilliger Grundlage anonym untersuchen lassen kann. Was erreicht man damit, daß man Virusträger feststellt?

Die Leiden Kranker muß man lindern. Virusträger müssen das wissen, um ihr Schicksal und das ihrer Nächsten verantwortungsbewußt zu gestalten.

Angenommen, ein Mensch erfährt bei einer anonymen Untersuchung, daß er Virusträger ist, daß der Kontakt mit ihm gefährlich ist. Was muß er tun?

Er muß die hygienischen Vorschriften beachten und keusch leben, wenn er keinen Partner hat, der bereit ist, zu diesem Zweck ein Risiko einzugehen. Das letztere ist gar nicht so unreal, wie es scheint. Es gibt Menschen, die sich für ihren geliebten Partner opfern würden. In diesem Falle haben wir es mit einem Risiko zu tun und nicht mit einem vorausbestimmten Untergang.

Längst nicht alle verfügen über ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl. Manch einer, der ein positives Testergebnis in

geprägtes Verantwortungsgefühl. Manch einer, der ein positives Testergebnis in

den Händen hält (d.h. Virus vorhanden), pfeift auf alles. Er weiß, daß die Medizin ihm nicht helfen kann, und so beschließt er: „Wenn schon sterben, dann mit Pauken und Trompeten!“ Dabei ist es ihm egal, ob er daran stirbt oder eine Vielzahl anderer infiziert. Ist es da nicht besser, alle zwangsweise zu überprüfen und die Betroffenen zu isolieren?

Lassen Sie uns ein Gedankenexperiment machen. In einer abstrakten Gesellschaft werden alle ausnahmslos zwangsuntersucht. Langsam erwächst daraus ein „medizinischer Totalitarismus“, wo jeder Mensch unter Kontrolle gehalten wird. Nur die AIDS-Freiheit gibt ihm das Recht auf normale Existenz. In dieser Gesellschaft gibt es Reservationen für Infizierte, und jedes Kind wird schon im Mutterleib überprüft. Die Feststellung des Virus bedeutet für den Betroffenen Verlust von Arbeit und Familie. Er wird verhaftet und in die Reservation verbannt. Wenn er in panischer Angst flieht, dann veranstaltet man eine Treibjagd. Das sind Seiten aus einem utopischen Roman über eine totalitäre Zukunft. Reservationen sind Gebiete, wo es keine totale Kontrolle gibt, wo Menschen mit AIDS leben und lieben. Keiner weiß, was dort passiert. Vielleicht entwickelt sich gerade dort eine Immunität gegenüber dem Virus?

Zurück zur Realität. Es ist anzunehmen, daß eine Verschärfung der Kontrollmaßnahmen und eine zwangsweise Isolation AIDS in den Untergrund treibt. Wenn ein Mensch weiß, was ihm bei der Feststellung des Virus droht, wird er sich der Kontrolle entziehen. Ein diesbezüglicher Zwang bedroht das Recht der Persönlichkeit auf freie Gestaltung des eigenen Lebens, des eigenen Schicksals.

Was bleibt uns in diesem Fall übrig? Ein Leben mit AIDS?

Wir haben uns bereits damit abgefunden, daß ein gewisser Prozentsatz der Menschen bei Autounfällen und Flugzeugkatastrophen ums Leben kommt. Ein gewisser Teil geht an anderen „Errungenschaften“ der Zivilisation zugrunde. AIDS ist nur eine von vielen Erscheinungen, die den Begriff „Pest des 20. Jahrhunderts“ verdienen. Hierzu gehören ebenso der Alkoholismus, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen und die Rauschgiftsucht. Die Menschheit hat es gelernt, Seite an Seite mit der „Pest“ zu leben, ohne dabei ihr menschliches Antlitz und die Gewißheit zu verlieren, sie endgültig zu überwinden. AIDS ist nicht die Apokalypse, der Untergang der Menschheit, wie schwer auch die Verluste sein mögen. Die größte Gefahr birgt der Verlust des Glaubens an die Demokratie, die Würde und die Verantwortung des Menschen. AIDS stellt eine gefährliche Versuchung dar, aber eine Versuchung, die es zu überwinden gilt.

Das Gespräch führte
Tatjana FIRSOWA

Chemisch-biologische Kriegsforschung, medizinische Experimente und Bevölkerungskontrolle

Ist AIDS das Resultat eines Unfalls, oder ist es vielleicht sogar vorsätzliche biologische Kriegsführung der US-Regierung gegen die Dritte Welt und gegen „sozial lästige" Gruppen der Gesellschaft der Industriestaaten wie Homosexuelle, intravenös Drogenabhängige, Prostituierte?

Der hier folgende Krimi beruht auf Veröffentlichungen in den USA (s. Quellenangaben im Text und Anhang des Artikels) und auf Vermutungen, die insbesondere in der Schwulenszene der USA angestellt wurden. Der Autor selbst kennzeichnet die hier zusammengestellten Behauptungen und Indizienketten, die immer wieder beim Geheimdienst und der chemisch biologischen Kriegsführung der USA landen, als reine Vermutungen, die sich nicht beweisen lassen. Man mag und wird bei der Lektüre sicherlich eine Reihe von Behauptungen für übertrieben oder gar für Phantastereien halten. Trotzdem ist der Artikel nicht nur spannend, sondern die Behauptungen sollte man unseres Erachtens kennen.

Der Artikel beginnt mit einem Blick in die Vergangenheit. Die Geschichte der USA ist voll von Bestrebungen in schmutzigen Kriegen, medizinischen Experimenten und Versuchen, Menschen mit Krankheiten heimzusuchen. Die Erforschung und Anwendung biologischer und chemischer Kriegsführung hat eine lange Tradition. Seit 15 Jahren gilt die Gentechnologie als der Zweig, auf dem die biologische Kriegsführung bahnbrechende Erfolge erzielen soll. (1) Und hier schließt sich der Kreis und landet bei AIDS und AIDS-Forschung ...

AK-Redaktion

Chemische und biologische Kriegsforschung: Die Geschichte

Chemisch-biologische Kriegsforschung (CBW) ist, vereinfacht gesagt, eine Erweiterung der militärischen, ökonomischen und politischen Maßnahmen gegen die Bevölkerung. Sie bietet den Vorteil, auch im Geheimen eingesetzt werden zu können. Ihre Forschungsergebnisse gehören heute zum festen Instrumentarium der in aller Welt operierenden US- und NATO-Geheimdienste.

Im folgenden sind einige Höhepunkte von CBW-Attacken gegen andere Nationen und Völker genannt:

Ursprüngliche amerikanische Nationen
Erstmals fanden, damals natürlich noch recht primitive CB-Techniken 1763 Anwendung, als Siedler bewußt Blatterninfektionen an die Urbevölkerung der Gebiete weitergaben, in die sie eingefallen waren. Da diese Infektionskrankheit bei den Indianern bis dahin nicht aufgetreten war und Abwehrkräfte nicht entwickelt waren, gab es zahllose Todesopfer. Um 1800 wurde diese Taktik beim „Trail of Tears" wiederholt.

(„Trail of Tears", Zug der Tränen, ist die historische Bezeichnung für eine bestimmte Phase der Kolonialisierung des nordamerikanischen Kontinents, als Siedler, ausgehend von den Neuenglandstaaten weiter nach Westen vordrangen.)

Deutschland und Japan
Im 1. Weltkrieg benutzten die Truppen

Deutschland und Japan
Im 1. Weltkrieg benutzten die Truppen der USA an allen Fronten Giftgas, ebenso wie auch andere dies in großem Umfang einsetzten. Die praktische Anwendung bot den beteiligten Wissenschaftlern ideale Bedingungen, „Verbesserungen" in der Technik des Einsatzes zu erproben.

Im 2. Weltkrieg soll ein massiver Einsatz von CBW nur eine Frage von Wochen gewesen sein, wären die Achsenmächte nicht geschlagen worden. In den Kriegslaboratorien vor allem der USA soll mit Hochdruck an der Realisierung dieser Planung gearbeitet worden sein.

(Diese, wie auch alle anderen historischen Angaben zur CBW-Anwednung sind entnommen aus: CAIB Nr. 17, Sommer 1982, Ken Lawrence „The History of U.S. Bio-Chemical Killers".)

Nord-Korea
Im Korea-Krieg, dem ersten modernen Krieg zur Aufstandsbekämpfung (1950-1953), wurde CBW von den USA erstmals ohne Begrenzung angewendet.

Übereinstimmend hat seinerzeit eine internationale Kommission festgestellt, daß seitens der USA biologische Waffen zum Einsatz gebracht worden sind. Läuse, Fliegen und Moskitos, die mit den Erregern des Gelbfiebers präpariert waren, kamen ebenso zum Einsatz wie der Erreger des Milzbrands und anderer Seuchen, die u.a. mit krankheitsübertragenden Nagetieren verbreitet wurden. Auch verschiedene Gegenstände wurden eingesetzt wie z.B. mit Mikroben präpariertes Toilettenpapier, Briefumschläge oder Tinte in Füllfederhaltern. (2)

Indochina
Im Krieg in Indochina erreichte die Anwendung von CBW ihren Höhepunkt. Zur Bekämpfung der Guerillabewegung versprühten die USA rund 55 Millionen Kilogramm chemischer Mitte, überwiegend das stark mit Dioxinen angereicherte Agent Orange. Dieses Mittel, das zur Entlaubung der Wälder eingesetzt wurde, bewirkte nicht nur die ökologische Zerstörung weiter Gebiete, sondern beeinträchtigte auch die Gesundheit von Millionen Menschen. So ist z.B. die Rate der Krebserkrankungen bei den Betroffenen horrend angestiegen, und noch die folgenden Generationen haben unter dem bedenkenlosen Einsatz dieser hochgiftigen Substanzen zu leiden; dies zeigt die große Zahl mißgebildeter und für ihr ganzes Leben behinderter Kinder, die in der Folgezeit geboren worden sind.

Kuba
1959 befreite sich das Volk von Kuba nach einem langen Guerillakrieg von der Herrschaft des den USA eng verbundenen Regimes. Seither wurde Kuba zum Haupt-



Gebiet in Vietnam nach US-Angriff mit „Agent Orange"
Quelle: David D. Duncan, ‚Protest!'

angriffspunkt für militärische, ökonomische und politische Attacken der USA. (3)

1971 infizierte der CIA kubanische Schweine mit dem „Afrikanischen Schweinefieber". Das führte zur kompletten Vernichtung aller Schweinebestände des Landes, da die Behörden genötigt waren, alle Tiere notschlachten zu lassen, um die Seuche zu stoppen. Eine zweite solche Epidemie mit ähnlichen Konsequenzen brach 1980 aus.

Im gleichen Jahr wurde der Tabakanbau und der Bestand an Rohrzuckerpflanzen von einem bis dahin nicht aufgetretenen Schimmel befallen. Die Zeitung „The Nation" nennt dies „ein zeitliches Zusammentreffen von Plagen, die die Menschen zu der paranoiden Annahme verleiten wollen, daß die USA bei dieser Naturkatastrophe ihre Hände im Spiel hätten."

Im folgenden Jahr brach eine Epidemie von „blutendem Fieber" aus, einer schmerzhaften Erkrankung, die von Moskitos übertragen wurde und von der 300.000 Kubaner betroffen waren. Für 158 Menschen, darunter 101 Kinder, endete die Erkrankung tödlich. Eine Ermittlung der Zeitschrift CAIB erbrachte den Beweis, daß der CIA infizierte Insekten über der Insel abgesetzt hatten. 1984 bestätigten konterrevolutionäre Terroristen gegenüber CAIB diese Darstellung. (CAIB Nr. 22, S. 35ff.)

Auch gegen Nicaragua und El Salvador haben die USA CBW eingesetzt. 1982 brach in El Salvador eine Krankheit mit unklarer Ursache aus, die bis dato in diesem Land nicht aufgetreten war. (4) Die Salvadoran Association of Health Professionals stellte 1985 die Frage, ob diese neue Krankheit, deren Symptome hohes Fieber, starke Kopfschmerzen und Gelbsucht durch Leberentzüngung waren, auf Einsatz von CBW durch die USA zurückzuführen sei.

1985 brach in Nicaragua die Epidemie eines gefährlichen Fiebers aus; bis dahin waren dort solche Infektionen nicht aufgetreten. Auch diese Erkrankung wurde durch Moskitos übertragen. Der Gesundheitsminister von Nicaragua hielt es durchaus für möglich, daß auch diese Erkrankung das Werk der US-Geheimdienste im unerklärten Krieg gegen das Volk von Nicaragua seien. (s. auch: Barricada International, Ausgaben Oktober und November 1985)

Nun sei noch erwähnt, daß nach Meinung mancher Bürgerrechtler (Schwarze und Latinos) in den USA auch Drogenschmuggel und -verkauf eine Form der chemischen Kriegsführung darstellen. Es ist wohl keineswegs Zufall, daß Heroin in größerem Maße in die Städte kam, als dort die Revolte der späten 60er Jahre stattfand. Daß der CIA in den Heroinhandel in Südostasien und, neuerdings, in den Handel mit Kokain aus Lateinamerika verwickelt ist, ist längst kein Geheimnis mehr. Die ist dokumentarisch belegt. (s. dazu: V. Bilski und D. Bernstein, „The Cocain Connection"; „Running, Drugs and Secret War" von D. Truong in: Covert Action Nr. 28, Sommer 1987)

CBW-Tests in den USA

Tests mit CBW-Waffen wurden oft ohne genaue Kenntnisse der Auswirkungen auf den Einzelnen und auf größere Populationen durchgeführt und dann für Jahrzehnte sich selbst überlassen. Viele der Test-Programme sind Mitte bis Ende der 70er Jahre bekannt geworden durch die Medien, durch Untersuchungen des Kongresses und durch Klagen nach dem Gesetz „Freedom of Information".

Das wohl bekannteste Programm ist MKULTRA, ein Programm der CIA und der Armee, das zum Ziel hatte, umfassende „Gedankenkontrolle" durchzusetzen. Natürlich hatte die pharmazeutische Industrie großes Interesse an diesen vor allem mit Drogen durchgeführten Tests. In den 50er und 60er Jahren wurden eine Vielzahl derartiger Tests an Militärangehörigen und an Strafgefangenen durchgeführt. 1977 gab die Armee zu, hunderte solcher Tests durchgeführt zu haben, bei denen Substanzen auch in der freien Luft versprüht wurden. Bei 25 dieser Tests wurde auch die ahnungslose Bevölkerung den Einwirkungen der Drogen ausgesetzt. Bei 48 weiteren Tests wurden Mikroben, die in Labors gezüchtet worden waren, im Freien ausgesetzt.

Abschließend seien einige „Höhepunkte" genannt:
— 1950 versprühte die US-Navy eine Bakterienwolke über San Francisco. Die Navy behauptete später, daß die zur Simulierung einer biologischen Attacke verwendeten Bakterien harmlos gewesen seien. Es traten aber bei Einwohnern der Stadt Symptome der Pneumonie auf, an denen ein Mensch starb.
— 1952 und 1953 wurden über Winnipeg, Manitoba, Fort Wayne/Indiana, dem Monocacy River Valley in Maryland, St. Louis/Missouri, Minneapolis/Minnesota und Lessburg/Virginia Wolken von Zink, Kadmium und Schwefel versprüht. Angeblich war dieses Experiment harmlos; ein militärischer Bericht spricht von „Atemproblemen" bei den Betroffenen.
— Von 1956 bis 1958 führte die Army einen Test mit Moskitos durch, die mit den Erregern des Gelbfiebers infiziert worden waren. Testgebiet waren die Schwarzenviertel von Savanna/Georgia und Avon Park/Florida. Die Insekten wurden sowohl vom Boden aus als auch von Hubschraubern aus freigesetzt. Viele Menschen wurden von den Infektionen betroffen, einige starben. Nach der Freisetzung der infizierten Moskitos untersuchten Beauftragte der Army die Auswirkungen, u.a. wurden die Opfer fotografiert. (5)
— 1955 wurde im Gebiet von Tampa Bay/Florida ein Test durchgeführt, bei dem von Experten des CIA die Anwendung der Erreger des Keuchhustens getestet wurden. Zwölf Menschen starben an den Folgen dieses Tests. Beteiligt war auch das CBW-Center der Army.
— Vom 7. bis zum 10. Juni 1966 wurde durch die „Special Operation Division" der Army ein Bazillus getestet, indem man ihn in der U-Bahn von New York freisetzte. Ziel war die Erprobung des Einsatzes von CBW-Waffen in den U-Bahnen der Sowjetunion, Europas und Lateinamerikas.
— 1968 und 1969 machte der CIA Experimente über die Möglichkeit der Vergif-
— 1968 und 1969 machte der CIA Experimente über die Möglichkeit der Vergiftung von Trinkwasservorräten durch chemische Substanzen. Ziel war die Trinkwasserversorgung der „Food and Drug Administration" in Washington.
— 1976 erhob die „Human Society of Utah" die Frage, weshalb Wildpferde verendet waren, nachdem sie an der Quelle getrunken hatten, die in der Nähe des „Dugway Proving Ground" liegt, einem CBW-Forschungscenter der US-Army.
— Der Verdacht ist auch nicht ausgeräumt, daß es sich bei dem „Massenselbstmord" von rund 900 überwiegend schwarzen Nordamerikanern in Jonestown, Guayana, um die Auswirkung eines CBW-Tests handelt. (6)

Tödliche „zivile" medizinische Experimente

Neben militärischen wurde auch eine Vielzahl von angeblich „zivilen" Experimenten durchgeführt. Sehr oft richteten sie sich mit tödlichem Ausgang gegen Menschen in der Dritten Welt, und es dürfte fast überflüssig sein zu erwähnen, daß sie stets ohne deren Zustimmung erfolgten. Vor allem neue Medikamente werden dort getestet, lange bevor sie in den Industrienationen eingeführt werden.

Nur als Beispiel sei angeführt, daß die Anti-Baby-Pille zuerst an Frauen auf Puerto Rico und Hawaii getestet wurde, ohne diese über auftretende gefährliche Nebenwirkungen zu informieren. (7)

In den USA und ihren direkten Kolonien sind Drogen- und Medikamentenexperimente an Strafgefangenen seit langem üblich. Getestet werden insbesondere Psychodrogen und giftige Substanzen.

Als Beispiel: Anfang dieses Jahrhunderts infizierten nordamerikanische Mediziner in der damaligen US-Kolonie Philippinen Strafgefangene mit Seuchenerregern. Aus einer Gruppe von 29 infizierten Häftlingen starben zwei an Beriberi.

In den 40er Jahren wurden über 400 Häftlinge in Chikago mit Malaria infiziert, da man an ihnen Heilmittel ausprobieren wollte, um Infektionen in einem erwarteten Krieg begegnen zu können.

1965 bis 1968 wurden im Holmesburg-Staatsgefängnis 70 Häftlinge, die meisten davon waren Schwarze, mit Chemikalien der „Dow Chemical Company" in Berührung gebracht, um die Wirkungen von Dioxinen, Komponenten des in Vietnam eingesetzten Mittels „Agent Orange", zu testen. Überwacht wurden diese Experimente von Dr. Albert Kligman, Dermatologe an der University of Pennsylvania. (8)

In den 60er Jahren fand an Häftlingen der Staatsgefängnisse von Vacaville und Atascadero, Kalifornien, eine Reihe von Experimenten statt, die ein bezeichnendes Licht auf mögliche Hintergründe von AIDS werfen. (9)

Durchgeführt wurden diese Experimente mit gemütsverändernden Drogen, Elektroschocks und Aversionstherapien. Ziel der Experimente war es, Homosexuelle zur Heterosexualität zu „bekehren". Natürlich sind diese Experimente gescheitert.

Blanche Wiesen Cooke, ein New Yorker Professor für Geschichte, hat die Frage aufgeworfen, ob AIDS nicht direkter Ausfluß und Reaktion auf das Scheitern dieser Experimente gewesen ist. Tatsächlich wäre es ja vorstellbar, daß man, nachdem klar geworden war, daß eine „Umpolung" nicht möglich ist, auf den Gedanken verfallen konnte, zum Mittel der physischen Vernichtung zu greifen, um dieses „Problem" zu lösen. Die Erfahrung der Internierung und Ermordung Zehntausender Homosexueller in den Konzentrationslagern der Nazis zeigt, daß dieser Gedanke so abwegig nicht ist.

Zwei weitere bekanntgewordene Experimente seien hier noch ausführlicher dargestellt, da sich an diesen Beispielen auch aufzeigen läßt, daß CBW-Anwendung nicht nur militärischen, sondern auch rassistischen Zielen dient.

Tuskegee Syphilis Study

1932 hat der US-Gesundheitsservice eine Studie initiiert, die das unbehandelte dritte Stadium der Syphilis erforschen sollte. Zielgruppe waren ungebildete schwarze Männer in Tuskegee, Alabama. Vierhundert mit der Syphilis infizierte Männer wurden nicht behandelt, aber beobachtet; zweihundert wurden als Kontrollgruppe behandelt. Der Tod von mindestens achtundzwanzig, vielleicht aber auch über hundert Männern war direktes Resultat dieser Experimente. Viele Frauen wurden von den Männern angesteckt; weitere Folge war das Anwachsen der Geburtenzahlen von Kindern mit angeborenen Defekten. (10)

Das Experiment dauerte bis 1972. Erst nach dem Bekanntwerden mußte es unter dem Druck der Öffentlichkeit abgebrochen werden. Noch 1972 behauptete der Gesundheitsdienst, daß solche Experimente legitim seien. Nach Abbruch der Experimente erhielten die Überlebenden der Tests keine Behandlung. Diese wurden erst später gewährt, als eine Anhörung vor dem Kongreß angesetzt worden
der Tests keine Behandlung. Diese wurden erst später gewährt, als eine Anhörung vor dem Kongreß angesetzt worden
war.

Die Bundesbehörde, die die Studie überwachte, war das „Center for Disease Control", dessen Direktor Dr. David Spencer, noch 1969 die Fortsetzung der Studie angeordnet hatte. Nach der Auflösung des CDC wurde Spencer „City Health Commissioner" von New York. In dieser Eigenschaft wurde er eine der Schlüsselfiguren der AIDS-Politik in den USA in den frühen 80er Jahren, da New York besonders stark von Infektionen und manifesten Erkrankungen an AIDS betroffen war. (11)

Puerto Rico Cancer Experiment

1931 führte Cornelius Rhoads, nordamerikanischer Pathologe am „Rockefeller Institute for Medical Investigations", in San Juan auf Puerto Rico ein Experiment durch, bei dem mindestens dreizehn Puertoricaner nach der gezielten Auslösung von Krebs starben. In einem Brief an einen anderen Arzt, der später der Puerto Rican National Party in die Hände fiel und von ihr veröffentlicht wurde, schreibt Rhoads: (12) „(...) Die Puertorikaner sind (...) die ohne Zweifel schmutzigste, verdorbenste, am meisten degenerierte und diebischste Rasse in dieser Hemisphäre. (...) Was diese Insel braucht, ist nicht Gesundheitsfürsorge, sondern eine Flutwelle oder sonst etwas zur totalen Ausrottung der Bevölkerung. Ich habe mein Bestes getan zur Ausrottung, durch Verpflanzen von Krebs. (...) Das Wohlergehen der Patienten (bei Experimenten) spielt hier keine Rolle, es ist eine Tatsache, daß alle Ärzte hier ihre Freude am Mißbrauch und der Folter dieser unglücklichen Subjekte haben." Der Präsident der Nationalist Par-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ty. Albizu, unterbreitete dieses zynische und rassistische Dokument der Presse und der Puerto Rican Medical Association, aber nichts geschah.

Zwar verlangte der US-Gouverneur von Puerto Rico eine Untersuchung. Rhoads behauptete aber, er habe den Brief nicht geschrieben. In der Ermittlung, die sich übrigens nicht mit den medizinischen Experimenten, sondern lediglich mit der Person Rhoads beschäftigte, wurde dieser „als geisteskrank oder Mann ohne Skrupel" bezeichnet.

Der Karriere dieses „Geisteskranken" tat das indes keinen Abbruch. Rhoads ging nach dem „Vorfall" direkt zum „Army Chemical Warfare Laboratory" in Maryland/Utah. Ab 1945 war er Mitglied des Stabes der US Atomic Energy Commission. Diese Kommission führte auch radiologische Experimente an Häftlingen und Soldaten durch.

Ergänzend sei noch angefügt, daß die „Karriere" derer, die den Brief Rhoads an die Öffentlichkeit gebracht hatten, etwas anders verlief. Von 1937 bis 1947 wurden Albizu und andere nationalistische Führer inhaftiert, um die Befreiungsbewegung auf Puerto Rico, die in den 30er Jahren sehr aktiv war, zu unterdrücken. Ein 1950 durchgeführter inselweiter Aufstand gegen die US-Besatzungsmacht führte zur erneuten Festsetzung Albizus; die Inhaftierung hunderter weiterer Aktivisten folgte. In der Haft wurden sie mit Drogen und Giften behandelt. Albizu, als wahnsinnig denunziert, überstand diese Experimente nicht und wurde durch die Beibringung radioaktiver Gifte ermordet. (13)

Vermutungen über die Verbindung von CBW und AIDS

Seit mehreren Jahren haben Schwule, Schwarze, Haitianer und die linke Presse immer wieder Artikel publiziert, in denen über die Zusammenhänge zwischen biologischer Kriegsforschung und dem Entstehen der Krankheit AIDS nachgedacht wurde. (14)

Diese Spekulationen wurden vor allem in der Schwulenszene der USA angestellt. Es sticht ja ins Auge, daß schon bald nach dem Auftauchen der Krankheit...

in der Schwulenszene der USA angestellt. Es sticht ja ins Auge, daß schon bald nach dem Auftauchen der Krankheit vor allem rechte Kreise diese benutzten, um Schwule und schwules Verhalten zu diskriminieren und, neuerdings, auch zu kriminalisieren. AIDS kam diesen Herren gerade recht, um ihr moralisches Süppchen zu kochen, die Schwulen zu disziplinieren und in ihre Schranken zurückzuweisen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die schwule Emanzipationsbewegung seit dem Auftauchen von AIDS viel von ihrer Schlagkraft verloren hat.

1983 hat der „New York Native", eine schwule Wochenzeitung, einen anonymen Brief veröffentlicht, dessen Autor von sich behauptete, Mitarbeiter im US Army Biological Warfare Laboratory in Fort Detrick, Maryland zu sein. Er schreibt, daß dieses Laboratorium 1978 eine „Operation Firm Hand" durchgeführt habe, bei der schwule Männer mit einem Virus infiziert worden seien, der AIDS hervorrufen sollte.

Wenn anonyme Briefe auch mit Vorsicht zu genießen sind, so steht dies im Kontext zu Veröffentlichungen der Zeitung „the Patriot", die in New Delhi, Indien erscheint. In ihrer Ausgabe vom 4.7.84 zitierte „the Patriot" einen namentlich nicht genannten US-Anthropologen, der behauptete, daß im CBW-Labor von Fort Detrick ein Virus entwickelt worden sei, der AIDS hervorrufe. Im Zusammenhang mit dieser unbewiesenen Behauptung berichtete „the Patriot" über mehrere Artikel, die 1979 und 1980 in dem Magazin „Army Research, Developement and Acquisition", dem offiziellen Organ des Labors von Fort Detrick, erschienen sind.

Lt. Col. Karl Pedersen, Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten, und Col. John Albertson, Gen-Ingenieur und Direktor des „Medical Engineering Laboratory" berichteten darin über natürliche und künstliche Infektionen des menschlichen Immunsystems. „The Patriot" berichtete weiter, daß Wissenschaftler von Fort Detrick mit Hilfe des „Center for Disease Control" und im Auftrag des Pentagon nach Kenia und Zaire reisten, anschließend nach Lateinamerika, um Informationen über einen Virus zu sammeln, der bisher weder in Europa noch in Asien gefunden worden war. Diese Informationen wurden dann in Fort Detrick ausgewertet und führten zur Isolierung des Virus, der AIDS auslöst.

Im Zuge dieses Experiments sei der Virus zuerst auf Haiti freigesetzt worden, einem Satellitenstaat der USA, überwiegend von Schwarzen und Farbigen bewohnt. Desweiteren sei der Virus in bestimmten Kreisen der US-Bevölkerung, nämlich bei Homosexuellen, Drogenabhängigen, Nichtseßhaften etc. freigesetzt worden.

Die neue Ära der CBW

1969 verfügte US-Präsident Nixon unter dem Druck der nationalen und internationalen Antikriegsbewegung die Ächtung der Produktion und Anwendung biologischer Waffen (aber nicht der chemischen). 1972 unterzeichnete die USA einen Vertrag mit ähnlichem Inhalt. Erst 1975 wurde dieser Vertrag formell durch Ratifikation durch den Senat in Kraft gesetzt. Das Pentagon interpretierte diese neue politische Situation dahingehend, daß mit diesem Vertrag die Entwicklung neuer biologischer Waffen, die dem Angriff dienen, verboten sei, nicht aber die Entwicklung von „defensiven" Mitteln; diese Forschungen wurden ungeschmälert fortgesetzt. (15) Daß diese Forschungen keineswegs nur „defensiven Charakter" hatten, beweisen schon die mit biologischen Waffen geführten Attacken gegen Kuba von 1971 und 1981, ebenso wie der Einsatz von CBW-Produkten in Nicaragua und El Salvador.

Genetic Engineering — das neueste Werkzeug von CBW

Ab etwa 1973 ergab sich mit der Beherrschung genverändernder Techniken (Möglichkeit der Eingriffe in Mikroorganismen) und der damit verbundenen Möglichkeit der Schaffung neuer Arten von Viren und Bakterien schier ungeahnte Möglichkeiten für CBW. Die US-Militärs erkannten dies sehr rasch. Die Warnungen verantwortungsvoller Wissenschaftler wurden nicht beachtet, über sie setzte sich die Army, im Verein mit der pharmazeutischen Industrie, hinweg. (16)

Die Suche nach der ultimaten Bio-Waffe

Die Militärs haben seit langer Zeit schon ihr Bestreben darauf gesetzt, neue biologische Waffen zu entwickeln. Bereits 1969 wurde dem Kongreß schriftlich berichtet:

"In den nächsten 5-10 Jahren wollen wir neue Mikroorganismen entwickeln, die in der Lage sind, unterschiedliche Krankheiten auszulösen. Am wichtigsten dürften hier solche sein, die in der Lage sind, das Immunsystem anzugreifen, und gegen therapeutische Prozesse unemp-

dürften hier solche sein, die in der Lage sind, das Immunsystem anzugreifen, und gegen therapeutische Prozesse unempfindlich sind.„ (Sprecher des „Dept. of Defense" in einer schriftlichen Vorlage für das Subkomitee des Kongresses, 1969)

In einem Buch über CBW schreibt, noch bevor der AIDS-Virus identifiziert worden ist, derselbe Autor: „Die Gefährlichkeit von solchen Super-Keimen, die in einem Labor produziert wurden, ist die hohe Todesrate, die sie haben. ... Dies ist keineswegs eine akademische Spekulation, sondern bewiesen. 1968 hat das British Army Biological Warfare Laboratory in Zusammenarbeit mit Fort Detrick erfolgreich den Gentransfer zwischen verschiedenen seuchenerregenden Bazillen durchgeführt. Diese Forschung hatte selbstverständlich rein defensiven Charakter." (17)

1985 gab die US-Regierung eine Studie in Auftrag, die die Möglichkeiten der Gentechnologie ausloten sollte. Im „Report of the Presidents Chemical Warfare Review Commission" heißt es, daß der rapide Fortschritt der Gentechnologie, in der die USA glücklicherweise die Führung hätten, gute Aussichten aufzeige, Mittel zu entwickeln, gegen die der Gegner keine Gegenmittel habe. (18)

Eine weitere Möglichkeit zur Anwendung von CBW wird in einem militärischen Handbuch der US-Army genannt, das 1975 erschienen ist: „... chemische Waffen, die dazu bestimmt wären, natürliche Unterschiede in der Anfälligkeit spezifischer ethnischer Gruppen auszunutzen."

Zur Frage „Fort Detrick und AIDS"

Wenn man alle vorliegenden Informationen zusammennimmt, die über die Labors der Army in Fort Detrick, das Pentagon und AIDS vorliegen, so können die Zusammenhänge, die dabei deutlich werden, wohl kaum zufällig sein.

Entstanden ist dieses Zentrum als „Army Biological Warfare Laboratory" und wurde nach Nixons Order über die Einstellung der biologischen Kriegsforschung 1969 zum führendem Zentrum in der Herstellung und Erprobung eben dieser angeblich geächteten Waffen.

Nach Nixons Order wurde das Center umbenannt in „Frederick Cancer Research Facility" (Krebsforschung) und dem nationalen „Cancer Institute" für angeblich zivilen Gebrauch unterstellt. Dabei wurde die militärische Sektion von der „zivilen" getrennt und hieß hinfort: „US Army Medical Research Institute for Infectious Disease" (USARMIID). Sie sollte künftig angeblich ausschließlich der defensiven Forschung im Sinne von Verteidigung gegen feindliche Angriffe mit Hilfe biologischer Waffen dienen. Allerdings wurde, welchen Namen das Institut auch trug, die ursprüngliche CBW-Forschung weitergeführt. (20)

Unfall mit Giftgas?

In einem US-Giftgaslager bei Maßweiler in der Pfalz ist es offenbar zu einem schweren Unfall gekommen. Im Frühjahr 1976 wurde in dem Depot Alarmstufe Rot ausgelöst. Drei US-Soldaten wurden abtransportiert – angeblich wegen Verdachts auf Drogenkonsum. Wenig später mußte sich eine Frau, die zur Zeit des Unglücks im Lager arbeitete, einer Krebsoperation unterziehen. Der Fernsehredakteur Matthias Plügge ließ die Patientin jetzt bei dem Toxikologen Nikolaus Klehr untersuchen. Klehrs Diagnose: Die Frau sei mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit mit chemischen Kampfstoffen „ab der Stärke des Lostes" in Berührung gekommen. Plügge beweist in seinem Bericht, am Dienstag dieser Woche im dritten Kanal des Bayerischen Fernsehens zu sehen, daß chemische Munition in der Bundesrepublik sich zum Teil in „gefährlichem Zustand" befindet.

Quelle: Spiegel, 25.3.88

1983 wurde die „zivile" Sektion von Fort Detrick vom „National Cancer Institute" engagiert, um im Rahmen der „AIDS-Task Force" an der Forschung der Entstehungsursachen von AIDS mitzuwirken. Diese Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Dr. Robert Gallo vom NCI entdeckte dann 1984 den AIDS-Virus.

Noch eine weitere Verbindung von Fort Detrick zu AIDS wurde 1986 bekannt. Offiziell bot Fort Detrick — und zwar die „militärische", nicht die „zivile" Sektion — dem „National Institute of Health" an, in Verbindung mit ihm Versuche zur Heilbehandlung von AIDS durchzuführen.

Diese Fakten, das versteht sich von selbst, bedingen noch keine Gewißheit, daß das Militär tatsächlich in die Erschaffung von AIDS verwickelt ist. Aber der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, und es gibt eine Vielzahl von Indizien dafür, daß AIDS ein Produkt der militärischen Gen-Technologie ist; die mitunter fast hysterischen Dementis der US-Militärs auf Äußerungen dieses Verdachts hin und die vielfältigen Versuche, die Laboratorien von Fort Detrick aus der Schußlinie zu bringen, werfen ein bezeichnendes Licht darauf, daß an der Annahme, AIDS und die militärische Forschung in Fort Detrick hätten etwas miteinander zu tun, etwas dran sein muß.

So berichtete etwa die „Philadelphia

schung in Fort Detrick hätten etwas miteinander zu tun, etwas dran sein muß.

So berichtete etwa die „Philadelphia Daily News" am 18.2.87 unter der Überschrift „Germ Warfare Battles AIDS" über ein Seminar der „American Association for the Advances of Science". Einer der Referenten war Col. David L. Huxsoll, Chef von USAMRIID. Im Rahmen dieses Seminars wurde Huxsoll auch mit der Vermutung konfrontiert, AIDS und die biologische Kriegsforschung hätten etwas miteinander zu tun. Derartige Vermutungen bezeichnete Huxsoll als von der Sowjetunion ausgestreute Falschinformationen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Veröffentlichung der „Literaturnya Gazeta" vom 25.6.86 sowie auf den Protest des US-Botschafters in der UdSSR, Hartman, nach dieser Veröffentlichung.

Huxsoll räumte indirekt ein, daß man sich bei USAMRIID durchaus mit den CBW-Einsatzmöglichkeiten von AIDS beschäftigt hatte: „Studien in den Laboratorien der Army haben ergeben, daß der AIDS-Virus ein extrem schlechtes biologisches Einsatzmittel ist."

Er begründete dies mit der Unkontrollierbarkeit des Virus und der langen Inkubationszeit zwischen Ansteckung und manifester Erkrankung, die einen Einsatz von AIDS als biologische Waffe verbiete.

Huxsolls Argumentation scheint der offiziellen Linie der US-Regierung zu folgen. Am 1. April 1987 veröffentlichte das „US-Department of Defense" eine entsprechende Rechtfertigungsschrift unter dem Titel „Soviet Disinformation Claims AIDS Virus Made in USA", in der Huxsolls Ausführungen wiederholt wurden. Allerdings wurde darin nicht mehr erwähnt, daß bereits Untersuchungen über die Verwendbarkeit von AIDS als biologische Waffe durchgeführt worden waren.

Andere US-CBW-Forschungsstätten

Fort Detrick ist nicht das einzige militärische Center für CBW-Forschung in den USA. Weitere derartige Laboratorien bestehen in Maryland/Utah, Arkansas und Kalifornien. Die meisten Universitäten in den USA arbeiten an der militärischen CBW-Forschung mit und sind mit bestimmten Forschungsprojekten betraut.

International unterhält die US-Army „Infectious Disease Research Institutes" in Kenia und Brasilien. Vor allem der Standort in Brasilien ist interessant, ist dies doch das Land, das nach den USA die höchste Zuwachsrate an AIDS-Infektionen in Amerika hat.

Weitere CBW-Forschungseinrichtungen sollen in Haiti (!) und in Zaire (!) bestehen.

In Lahore, Pakistan, besteht ein Forschungscenter, das angeblich die Malaria erforschen soll. Die Regierung Pakistans, stramm antikommunistisch orientiert und mit den USA verbündet, gewährt den US-Wissenschaftlern alle Unterstützung. Der Leiter des Instituts von Lahore, ein Professor an der Universität von Maryland, arbeitet eng mit den Laboratorien von Fort Detrick zusammen.

Im Labor von Lahore werden, Presseberichten zufolge, Moskitos mit dem Erreger des Gelbfiebers präpariert; diese Moskitos finden dann ihre Verwendung in Afghanistan und auf Kuba (s. auch „New York Times", 10.2.1982, S. 9; „ Pakistanis Expel a Malaria Expert").

AIDS-Experimente an Flüchtlingen von Haiti

1980/81 füchteten tausende von Haitianern vor der Gewaltherrschaft des von den USA unterstützten Duvalier-Regimes. Viele versuchten, auf Booten in die USA zu gelangen. Auf Weisung der Reagan-Administration wurden die meisten dieser Flüchtlinge wieder nach Haiti zurückgebracht. Die, denen die Flucht in die USA gelungen war und die nicht schon auf See abgefangen worden waren, wurden dort in zwei Lagern interniert, die in Miami, Florida und in Fort Allen auf Puerto Rico eingerichtet wurden.

Die Internierten wurden in den Lagern auch medizinisch versorgt; im Rahmen dieser „Betreuung" erhielten sie auch Injektionen, von denen ihnen nur gesagt wurde, daß sie Hormone enthielten, die den gesundheitlichen Gesamtzustand verbessern sollten. Schon damals tauchte der Verdacht auf, daß diese Injektionen eine andere Funktion hätten.

1983 erhoben haitianische Aktivisten den Vorwurf, daß im Zuge dieses Hormonexperiments u.a. auch AIDS übertragen worden sei. Es wurde die Vermutung geäußert, daß mit diesen Injektionen die rassistische und stigmatisierende Etikettierung der Haitianer als „AIDS-Risikogruppe" untermauert werden sollte. Dieser Vorwurf spielte auch bei den folgenden politischen und gerichtlichen Auseinandersetzungen eine Rolle, als deren Ergebnis die meisten der Internierten freigelassen werden mußten.

Bevölkerungskontrolle

Bevölkerungskontrolle

Kontrolle des Wachstums der Bevölkerung der Dritten Welt ist seit vielen Jahren ein politisches Ziel der USA. 1977 z.B. äußerte Ray Ravenhorst, Direktor des Bevölkerungsprogramms der „US-Agency for International Development" (AID), daß es ein Ziel der Arbeit von AID sei, dafür zu sorgen, daß ein Viertel der Frauen auf der Welt sterilisiert würden. Dies liege im Interesse der USA, um Revolutionen vorzubeugen (zit. nach „Womenews", New York, Dez./Jan. 1986/87, S. 15).

Lange vor Ravenhorst's Statement wurden diese Praktiken der Geburtenkontrolle und Sterilisation in Kliniken, die die USA in Staaten der Dritten Welt eingerichtet hatten, bereits im großen Stil angewendet. Oft lagen diese Kliniken in Regionen, in denen sie einzige Möglichkeit der medizinischen Versorgung waren.

Zuerst wurden diese Praktiken zur Kontrolle der Bevölkerung in der US-Kolonie Puerto Rico angewandt. Bereits kurz nach der Okkupation von 1898 wurden auf dieser lateinamerikanischen Insel Kliniken eingerichtet, die von den USA finanziert wurden und deren Aufgabe es war, Sterilisationen durchzuführen. Heute, mehr als achtzig Jahre nach der Besetzung der Insel, ist Puerto Rico die Region mit der höchsten Sterilisationsrate der Welt: 39% der Frauen im gebärfähigen Alter und 25% der Männer sind unfruchtbar gemacht worden. (21)

Am Beispiel von Kongo/Zaire: Ist AIDS Mittel der Bevölkerungskontrolle

Serge Mukendi, Repräsentant der „Workers and Peasant Party of the Congo" in den USA, unterbreitete eine Theorie, wie AIDS nach Afrika gekommen sein könnte. Der Kongo, 1971 in Zaire umbenannt, hat heute die höchste Zuwachsrate an AIDS-Infektionen in Afrika und auf der Welt.

1960 befreite sich der Kongo durch eine Volkserhebung von der Herrschaft der belgischen Kolonialisten. Führer der Aufstandsbewegung war Patrice Lumumba, der dann zum Präsidenten der neuen Republik gewählt wurde.

Der CIA plante, Lumumba mit Hilfe von Krankheitserregern ermorden zu lassen, und entsandte den Leiter des „MKULTRA-Programms", Dr. Sidney Gottlieb, in den Kongo. Dies ist nachgewiesen durch die Ermittlungen eines Senats-Komitees, des sog. Church-Komitees, das 1971 ermittelte, daß Versuche stattgefunden haben, Lumumba zu vergiften. (22)

Man hatte von diesem Vorhaben abgelassen, nachdem man von der CIA ausgebildete Offiziere beauftragt hatte, Lumumba zu beseitigen. Dies gelang, und einer dieser Offiziere, Joseph Mobutu, übernahm dann die Macht im Kongo und führte sein Land in die direkte Abhängigkeit von den USA.

Zur Aufrechterhaltung dieser Herrschaftsansprüche intervenierten die USA und ihre Verbündeten mehrfach im Kongo; dabei ließ man die „Schmutzarbeit" von gedungenen Söldnern verrichten. Diese Eingriffe fanden 1964/65 und 1977/78 statt.

Auf diesem historischen Hintergrund notiert Mukendi, daß die „Agentur für internationale Entwicklung" (AID) beim „Institut für Internationale Studien" der Columbia University eine Studie in Auftrag gegeben hat, welche Möglichkeiten bestehen, das Bevölkerungswachstum in Zaire zu begrenzen, „um einer Hungersnot vorzubeugen". In der Tat ist die Unterernährung für die Bevölkerung von Zaire ebenso ein Problem wie die mangelnde ärztliche Versorgung oder das niedrige Bildungsniveau.

Diese Probleme sind keineswegs „naturgegeben". Zaire besitzt große Reichtümer an Bodenschätzen. Zumindest theoretisch wäre es möglich, aus den Erlösen der Ausbeutung dieser Ressourcen die Not zu mildern oder gar zu überwinden. Allerdings sind es gerade diese Bodenschätze, so etwa das strategisch wichtige Kobalt, die die besondere Aufmerksamkeit von Nato und USA auf dieses Land lenken. Mukendi äußert die Vermutung, daß aus diesen Interessen heraus die Anstrengungen unternommen werden, die Bevölkerung in Zaire zu begrenzen, auch um die Möglichkeit Kräfte für eine künftige Revolution zu rekrutieren zu verringern.

Als ein Beispiel nennt Mukendi umfangreiche Verseuchungen mit hochgiftigen Radioisotopen in Zaire. AIDS, so vermutet er, sei nur eine weitere Waffe in dem Bestreben, die Bevölkerung nicht weiter anwachsen zu lassen oder sogar gegebenenfalls zu dezimieren. Als Indiz für diese Vermutung nennt Mukendi ein medizinisches Experiment, das nicht weit von Kinshasa durchgeführt wurde.

An diesem Experiment nahm teilweise auch der französische Forschungsdirektor Daniel Zagury teil. Dabei wurden zwölf gesunde Menschen mit AIDS infiziert. Die Wissenschaftler haben sich geweigert, den wahren Charakter des Experiments anzugeben und haben es als im üb-

zwölf gesunde Menschen mit AIDS infiziert. Die Wissenschaftler haben sich geweigert, den wahren Charakter des Experiments anzugeben und haben es als im übrigen harmlos bezeichnet.

Es war nicht das Anliegen dieses Artikels, die Frage zu klären, ob AIDS tatsächlich Produkt der biologischen Kriegsforschung der USA ist. Es ging darum, Indizien aufzuzeigen, die diese Vermutung stützen, die sich schon aus der historischen Kontinuität biologischer und chemischer Kriegsforschung der USA ergibt.

Auffällig bei AIDS ist, daß es, vor allem in der sog. Ersten Welt, „sozial lästige" Randgruppen sind, die von dieser Seuche betroffen sind. Diese Selektivität ist einmalig in der Geschichte und wohl mehr als Zufall. Neueste Zahlen über die Verbreitung des Virus zeigen, daß die befürchtete massive Durchseuchung der „Normalbevölkerung" ausgeblieben ist und nach wie vor überwiegend Schwule, intravenös Drogenabhängige und Prostituierte betroffen sind. In der sog. Dritten Welt ist die Gesamtbevölkerung tangiert, und AIDS wird dort, sollten die Prognosen eintreffen, für die von bestimmten Kreisen gewünschte Reduzierung der Bevölkerung sorgen.

So ist AIDS gleichermaßen ideales Mittel zur Unterdrückung und Ausmerzung unerwünschter Gruppen der Gesellschaft in den von den USA dominierten Industriestaaten geworden, wie zur Verminderung der Weltbevölkerung in den Staaten, die ökonomisch und strategisch von besonderem Interesse für die NATO sind.

Dieter F. Ullmann

Anmerkungen:
1) s. auch CAIB Nr. 17, Sommer 1982.
2) Artikel von J.W. Powell, S. Powell, J. Schuman in „China Monthly Review", 1958.
3) CAIB Nr. 17, Sommer 1982, S. 28.
4) "Germ War in Salvador„ Daily World, 17.2.82.
5) "These Times„ Sept. 1981.
6) CAIB Nr. 10, Aug./Sept. 1980, S. 21.
7) Free Press, New York 1971, S. 91.
8) Jessica Mitford: „The Prison Business", S. 138 ff.
9) Advocate, 25.4.72, S. 11 ff.
10) Free Press, New York 1981, S. 2.
11) New York Native, 16.2.87, S. 10.
12) „Yo Acuso!", Pedro I. Aponte Vazquez, 1985.
13) ders.: „Asesino Rhoads a Albizu", undatiertes Flugblatt
14) Gay Community News, 9.7.83; New York Native, 30.11.85; Workers World, 17. und 24.6.83, 1., 8. und 15.7.83.
15) The Nation, 10.12.1983.
16) Science, 27.2.1987.
17) R. Harris, J. Paxman: „A Higher Form of Killing: The Secret of Chemicals and Biological Warfares", New York 1982.
18) Washington, Government Printing Office, 1985.
19) „Military Review", Nov. 1970.
20) Harris u. Paxman, a.a.O., S. 222.
21) Latin American Perspektives, 1977.
22) „Assassination of Foreign Leaders, Report of the Senate Select Commitee on Government Operations", 1976 — John Stockwell: „In Search of Enemies", New York 1978, S. 23 f.

US-Strategie:

Jenseits von Europa

„Eine solche Strategie hätte fatale Konsequenzen für die Sicherheit Westeuropas“, jammerte Lothar Rühl, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. (1) Von dieser Strategie müsse erwartet werden, *„daß sie unsere eigene Vernichtung auslöst, wenn sie verwirklicht wird“*, orakelte Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU. (2)

Gemeint war der Bericht „Discriminate Deterrence“ (Differenzierte Abschreckung), der im Januar von der amerikanischen Regierungskommission zur Entwicklung einer „Integrierten Langzeit-Strategie“ vorgelegt wurde. Fred C. Ikle, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium und Ko-Vorsitzender in eben jener Regierungskommission, konterte auf gleichem Niveau: Weder die Amerikaner noch die Franzosen und Briten würden *„Selbstmord begehen, um die Deutschen zu verteidigen“*. Die Deutschen würden immer nur nach der Risikobereitschaft der USA rufen, seien aber nicht bereit, gemeinsam mit den USA Risiken in Konflikten außerhalb des NATO-Bereichs zu übernehmen. (3)

Die kurze Episode, die demnächst mit den üblichen Dummsprüchen wieder zugesülzt werden wird, hat einen wesentlichen Zug der „atlantischen Partnerschaft“ deutlich werden lassen: gegenseitiges Mißtrauen, bis hin zur offenen Feindseligkeit. Die innerimperialistischen Widersprüche haben einen Bruchpunkt erreicht, aber die Existenz der UdSSR und das allgemeine Kräfteverhältnis in der Welt erzwingen die Fortsetzung der „Partnerschaft“.

Das falsche Kriegsbild

Die umstrittene US-Studie umfaßt im kritischen Rückblick die letzten 40 Jahre und versucht, eine Prognose plus Schlußfolgerungen für die nächsten 20 Jahre zu entwickeln.

Eine der Hauptthesen der Studie sagt, daß die USA sich in der Vergangenheit auf ein unrealistisches oder zumindest wenig wahrscheinliches Kriegsbild konzentriert haben, zugleich aber durch die realen Konflikte (beispielsweise Iran, Golf) vor immer größere Probleme gestellt werden, auf die sie unzureichend vorbereitet sind.

Die Bündnispolitik und Kräfteplanung der USA sei lange Zeit von zwei Extremfällen beherrscht worden: Ein massiver Angriff des Warschauer Pakts auf Mitteleuropa oder ein totaler sowjetischer Atomschlag. Indem sie sich auf diese beiden Fälle konzentrierten, hätten die Planer zur Vernachlässigung sehr viel wahrscheinlicherer Kriegs- und Konfliktszenarien geneigt, die differenziertere militärische Antworten erfordern. Auch habe man sich aufgrund der einseitigen Fixierung auf die beiden Extremfälle zu wenig mit dem Risiko beschäftigt, daß in realen Krisensituationen einige Verbünde-

habe man sich aufgrund der einseitigen Fixierung auf die beiden Extremfälle zu wenig mit dem Risiko beschäftigt, daß in realen Krisensituationen einige Verbünde-

te nicht mitziehen könnten.

Fast alle bewaffneten Konflikte der letzten 40 Jahre fanden in der Dritten Welt statt. Alle Kriege, in die die USA in diesem Zeitraum „verwickelt“ waren — man bedient sich in der Studie einer sehr diskreten und unkonkreten Ausdrucksweise; der Vietnamkrieg wird nicht einmal erwähnt —, fanden in der Dritten Welt statt. In den kommenden Jahrzehnten müßten die USA besser darauf vorbereitet sein, mit Auseinandersetzungen in der Dritten Welt (sog. low intensity conflicts) fertigzuwerden. Diese Probleme müßten ernster als bisher genommen werden; sie müßten permanenter Teil der Verteidigungsplanung sein.

Abschied von der Zentralität Europas

Die Kritik der Studie an der bisherigen Dominanz zweier vermutlich irrealer Extremszenarien deutet zugleich den offiziellen Abschied von der traditionellen Zentralität Europas für die „westliche Verteidigungsgemeinschaft“ an. Während bisher zumindest in der Ideologie und Propaganda die NATO wesentlich zugunsten Europas, insbesondere Mitteleuropas und noch präziser: zugunsten der BRD zu existieren vorgab, wird Europa jetzt zu einem Fall unter vielen erklärt, und nicht einmal zu einem der wahrscheinlichen und interessanten Fälle. Das dürfte unausgesprochen ein wesentlicher Grund für die Verstimmung sein, die die Studie gerade bei notorischen Hardlinern der CDU/CSU ausgelöst hat.

Die Herabstufung Europas wird unterstrichen durch die in der Studie gegebene Prognose für die nächsten Jahrzehnte: Es werde drastische Veränderungen der heutigen strategischen Situation geben. China werde im Jahre 2010 das zweit- oder drittstärkste Wirtschaftspotential der Welt haben und vermutlich eine militärische Supermacht sein. Auch Japan habe die Kapazitäten, um diesen Weg zu gehen. Eine Reihe kleinerer Staaten könnten in der nahen Zukunft ebenfalls beträchtliche Arsenale modernster Waffen aufbauen. Im kommenden Jahrhundert würden 40 oder mehr Staaten die Technik zum Bau von Atomwaffen haben. Das alles mache es für die Supermächte sehr viel riskanter und schwieriger, in regionale Konflikte einzugreifen.

Eine Welt mit drei oder vier globalen Militärgroßmächten würde Amerikas strategische Planer mit einer sehr viel komplizierteren Gesamtlage konfrontieren, als es der gewohnte bipolare Wettstreit mit der UdSSR tut. Die USA müßten unter Umständen neuartige Koalitionen suchen; auch könnten die Bündniskonstellationen wechseln. Es könnten Kriege zwischen mächtigen Nationen ausbrechen, die nicht mit den USA verbündet sind. (Wieder bleibt die Studie diskret im Unkonkreten. Praktisch dürften die Autoren in erster Linie an einen Krieg China-UdSSR gedacht haben.)

Die Prognose einer multipolaren Welt impliziert, daß die Staaten Westeuropas ihre Stellung als „natürliche“ Hauptpartner der USA nicht mehr automatisch behalten werden. Sie werden in Zukunft nur noch mögliche Partner neben anderen sein, und ihr Rang wird an dem *konkreten* militärischen und logistischen Beitrag gemessen werden, den sie zur Verteidigung gemeinsamer imperialistischer Interessen, primär in der Dritten Welt, zu leisten bereit sind. Das bisherige NATO-Bedrohungsbild basierte auf irrealen Hypothesen, stellte somit an die BRD außer den Rüstungslasten keine *praktischen* militärischen Anforderungen. Mit dieser relativ bequemen Position könnte es in absehbarer Zukunft vorbei sein. Dieser Gedanke scheint selbst den bundesdeutschen Hardlinern nicht angenehm zu sein. Man scheint hier vielleicht ganz zufrieden mit der in der Studie als parasitär beklagten Rolle zu sein, die man sich mit Japan teilt: Die eigene Ökonomie zu pflegen und das Führen idiotischer Operettenkriege um irgendwelche Malvinas oder Grenadas gern den anderen imperialistischen Mächten zu überlassen, samt den dazugehörigen Extra-Rüstungslasten. In der Strategie-Studie ist ja auch immer nur von *Lasten* und *Risiken* die Rede, die die Verbündeten der USA übernehmen sollen, aber nirgendwo von Vorteilen, die das bringen könnte. So etwas möchte man sich doch zumindest politisch honorieren lassen. Beispielsweise auf dem interessanten Gebiet der (Mit-)Verfügung über Atomwaffen.

Kriegsschauplatz Dritte Welt

„In den kommenden Jahrzehnten werden

Kriegsschauplatz Dritte Welt

„In den kommenden Jahrzehnten werden die USA besser darauf vorbereitet sein müssen, mit Konflikten in der Dritten Welt umzugehen.“ — Die Studie geht von der Annahme aus, daß die Dritte Welt auch in der absehbaren Zukunft Hauptschauplatz militärischer Konflikte sein wird und daher im Zentrum strategischer Überlegungen stehen muß. In sechs Punkten legt die Kommission ihre Vorschläge dar:

(1) Auch zukünftig soll die Rolle der US-Streitkräfte in der Dritten Welt nur in Ausnahmefällen im unmittelbaren (kombattanten) Eingreifen bestehen. Hauptsächlich sollen sie Hilfsprogramme (z.B. Ausbildung, nachrichtendienstliche und logistische Unterstützung) leisten.

(2) In „sorgfältig ausgewählten Situationen“ sollten die USA auch künftig antikommunistische Aufständische unterstützen. Die entsprechenden Aktivitäten sollten so weit wie möglich geheimgehalten werden.

(3) Die bisherige wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA für verbündete Regimes in der Dritten Welt wird als unzureichend und unflexibel kritisiert. Dafür wird in erster Linie der Kongreß, das Parlament, verantwortlich gemacht. Unter anderem wünscht sich die Kommission neue Gesetze, die der Regierung mehr Handlungsfreiheit geben, räumt allerdings gleich selbst ein, daß für solche Gesetze wiederum die Mitwirkung des Kongresses nötig wäre.

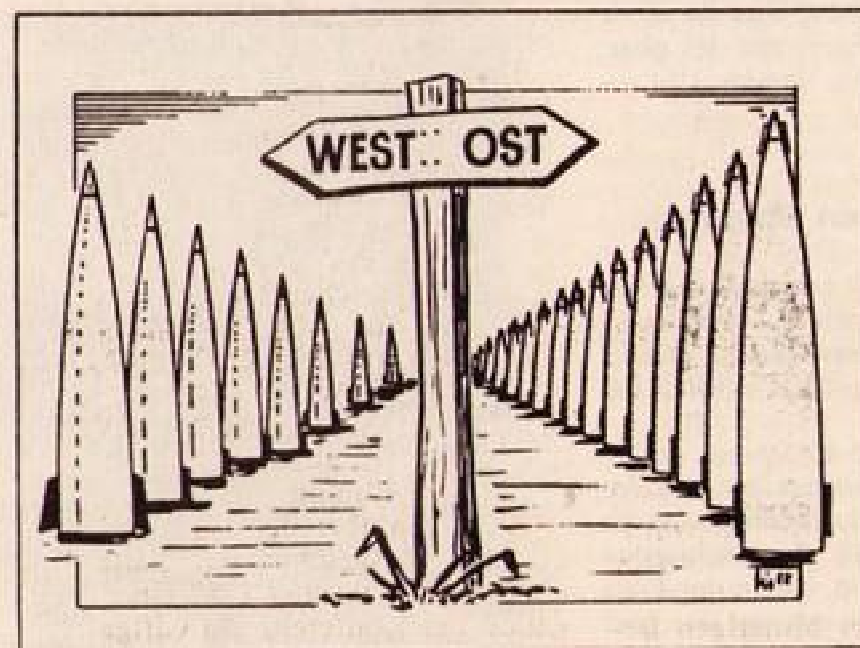
(4) Die Verbündeten der USA in der Dritten Welt müßten verstärkt dazu angehalten werden, eigene militärische Interventionskräfte zur Unterstützung der USA verfügbar zu machen. Damit tun sich die Verbündeten bisher zwar schwer, klagt die Studie, aber das Beispiel der koreanischen oder philippinischen Hilfstruppen im Vietnamkrieg lasse doch Raum für Hoffnung.

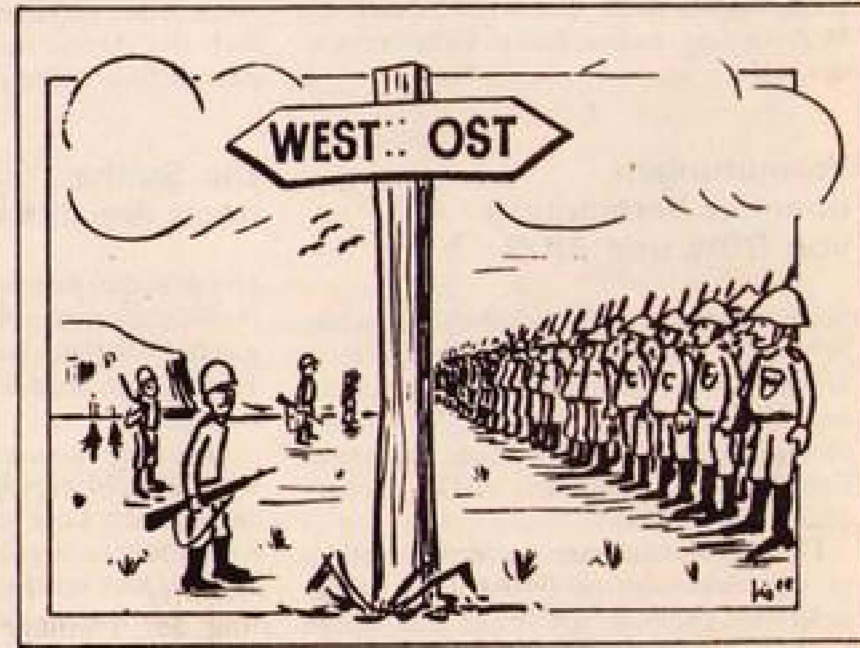
(5) Auch in der Dritten Welt müsse die US-Strategie darauf aus sein, die technologischen Vorteile der USA zu maximieren.

(6) Die USA könnten auf überseeische Stützpunkte in der Dritten Welt auch künftig nicht völlig verzichten. Sie sollten aber danach trachten, effektive Alternativen zu entwickeln. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf Aufklärungs-und Kommunikationssatelliten, sowie auf die Perspektive, traditionelle Stützpunktfunktionen auf die Meere zu verlagern.

Kriegsschauplatz Europa

Die Autoren der Studie erinnern an die offizielle NATO-Doktrin, daß aufgrund der angeblich riesigen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa die NATO nicht fähig wäre, einen Angriff aus dem Osten länger als höchstens ein paar Tage aufzuhalten. Gelänge es in diesen wenigen Tagen nicht, die UdSSR mit politischen Mitteln zu stoppen, müsse die NATO zwangsläufig auf Atomwaffen zurückgreifen — und damit eine globale, totale nukleare Eskalation androhen. Mit anderen Worten: Die UdSSR werde von





Quelle: „Europäische Wehrkunde“, 2/88

einem Angriff auf Westeuropa durch das Risiko abgeschreckt, damit die gegenseitige atomare Vernichtung auszulösen. Das ist die Hypothese von der „Ankoppelung“ und vom „amerikanischen Atomschirm“, der über Westeuropa gespannt sei.

„Wenn das wirklich die Botschaft der NATO wäre, würde sie glaubwürdig bleiben?“, fragen die Autoren der Studie. *„Kann die NATO sich auf eine Eskalationsdrohung verlassen, die mit Sicherheit zu ihrer eigenen Vernichtung (zusammen mit der der UdSSR) führen würde, wenn sie ausgeführt würde?“*

Die Fragestellung sei alles andere als neu, merken die Autoren richtig an. Unter Bezeichnungen wie „Glaubwürdigkeitslücke“ haben schon viele regierende

Die Fragestellung sei alles andere als neu, merken die Autoren richtig an. Unter Bezeichnungen wie „Glaubwürdigkeitslücke“ haben schon viele regierende

und oppositionelle Schlauköpfe auf das Problem hingewiesen. Kaum ein NATO-Politiker gibt allerdings zu, daß die ganze Doktrin schon seit dem Verlust des amerikanischen Atomwaffen-Monopols keinen Sinn mehr macht, und daß das darauf aufgebaute System nur *deshalb* funktioniert, weil die UdSSR überhaupt keine Angriffsabsichten gegen Westeuropa hat, also sowieso nicht abgeschreckt werden muß.

Auf längere Sicht brauche die NATO eine andere, in sich logische, glaubwürdige Strategie, sagen die Autoren der Studie. Man müsse über die Möglichkeiten nachdenken, einen sowjetischen Angriff gegen Westeuropa auch ohne Einsatz von Atomwaffen zurückzuschlagen oder wenigstens zum Stillstand zu bringen. Die Autoren verweisen auf ihrer Ansicht nach wesentliche Verbesserungen der konventionellen NATO-Kräfte in Europa und ihrer Strategie.

Dennoch wird die NATO nach Ansicht der Autoren auch weiterhin Atomwaffen in Europa brauchen; und zwar aus mindestens zwei Gründen: Erstens, weil das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes die Massierung von gegnerischen Offensivkräften verhindern könne. Zweitens, um die UdSSR davon abzuhalten, ihrerseits Atomwaffen ins Gefecht zu bringen.

Aber es sollte, sagen die Autoren, anders als heute in Zukunft keine Zweideutigkeit mehr geben: Die NATO sollte die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen nicht als Verbindungsglied zur totalen Eskalation auffassen und darstellen, sondern hauptsächlich als ein Instrument, um dem Gegner einen Erfolg auf dem Gefechtsfeld zu verweigern.

Mit anderen Worten: Aus einem unglaubwürdigen, praktisch gar nicht kriegsfähigen Drohpotential sollen die Atomwaffen in einsetzbare Gefechtsfeldwaffen verwandelt werden. Der Atomkrieg in Europa wird als möglich konzipiert.

Das Problem ist nicht wirklich neu. Das Territorium der BRD weist seit langem die höchste Atomwaffendichte der Welt auf. Weit über die Hälfte dieser Waffen wäre aufgrund ihrer kurzen Reichweite im Kriegsfall dazu bestimmt, das Bundesgebiet plus angrenzende Bereiche der DDR zu verwüsten. Was sonst wäre der Zweck dieser Waffen? Eine offizielle Doktrin besagt, daß die Atomwaffen kurzer Reichweite nur ein „Stolperdraht“ seien, über den ein potentieller Angreifer mit dem Risiko der totalen Eskalation bedroht werde. Wenn es *darum* ginge, würden allerdings wenige hundert Atomwaffen völlig genügen. Tausende von nuklearen Kurzstreckenwaffen hingegen sind und waren *schon immer* per se eine Kriegsführungsoption. Insofern überrascht der empörte Ton, mit dem sich Dregger und andere jetzt plötzlich zu Wort melden.

Risikogemeinschaft und Sonderbedrohungen

Die Kritik aus der CDU an der US-Strategiestudie richtet sich in erster Linie gegen die Infragestellung der traditionellen Doktrin von „atomarer Abschreckung“. Die CDU möchte diese Doktrin so interpretieren: Jeder Krieg zwischen den Pakten in Mitteleuropa würde diese Region vernichten, zumindest im besten aller Fälle die BRD ökonomisch aus dem Rennen um die Weltmärkte werfen. Also müsse ein Krieg von vornherein ausgeschlossen werden. Das geschehe am sichersten durch die Drohung, daß jeder Angriff in Mitteleuropa die globale Atomeskalation auslösen würde.

Eben dieser doktrinäre Mechanismus wird in der Studie in Frage gestellt, die stattdessen von der *Führbarkeit* eines Krieges in Europa, einschließlich begrenzter Einsätze von Atomwaffen, ausgeht. Die also die Vernichtung Europas

stattdessen von der Führbarkeit eines Krieges in Europa, einschließlich begrenzter Einsätze von Atomwaffen, ausgeht. Die also die Vernichtung Europas

hypothetisch in Kauf nimmt.

Dies schaffe, sagt beispielsweise Dregger, eine „Sonderbedrohung“ Europas. Der „Risikoverbund“ der NATO-Staaten könne nicht an einer Stelle aufgelöst werden, ohne die gesamte Konstruktion zu gefährden. *„Entweder wir werden gemeinsam den Frieden erhalten, oder wir werden gemeinsam untergehen.“* „Vermeidbare Sonderbedrohungen“ würden dem NATO-Bündnis die Grundlage entziehen. (FAZ, 21.1. und 30.1.) Dregger kritisierte zugleich auch die französische Atomstrategie, wegen der sogenannten „prästrategischen“ Waffen, die aufgrund kurzer Reichweiten im Kriegsfall nur gegen BRD-Gebiet einsetzbar wären. Dregger hält das für „absurd“ und verlangt, daß Frankreich „in verbindlicher Form und für jeden erkennbar“ mit dem Einsatz strategischer Atomwaffen gegen die UdSSR drohen müsse.

Ähnlich wie Dregger argumentierten Staatssekretär Rühl und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Wimmer. Die Umsetzung der in dem Bericht vorgeschlagenen Strategie würde den Rückzug der USA auf ihre „Festung Amerika“ bedeuten, klagte Wimmer. Von dieser sicheren Plattform aus könnten die USA dann weltweit mit kalkuliertem Risiko agieren. Ein Großteil der übrigen Welt, darunter Europa, würden zu Zonen, in denen aus Sicht der USA Krieg wieder führbar würde. Das sei für die betroffenen Staaten nicht hinnehmbar, da schon ein „begrenzter“ Krieg mit nicht-atomaren Waffen nicht akzeptable Zerstörungen verursachen würde. Mit dieser US-Strategie wäre, so Wimmer, *„der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses auf Dauer in Frage gestellt.“*(FAZ, 19.1.)

Alles gar nicht wahr, lassen die Chefautoren des Berichts — Ikle, Kissinger, Brzezinski und Wohlstetter — antworten. (FAZ, 26.2.) Man wolle die konventionelle Verteidigung Westeuropas stärken, habe im Bericht zugleich aber die „Nukleargarantie“ der USA bekräftigt, und zwar nicht nur gegen sowjetische Atomangriffe, sondern auch als Erstschlagswaffe gegen überlegene konventionelle Kräfte des Warschauer Pakts. Diese amerikanische „Nukleargarantie“ beziehe sich nicht nur auf in Europa stationierte Atomwaffen, sondern auch auf das strategische Atompotential in den USA. Unglaubwürdig sei aber, mit diesem Potential einen totalen Vernichtungsschlag gegen das Gebiet der UdSSR anzudrohen, da dies im Gegenschlag auch zur Vernichtung der USA führen würde. Sinnvoll sei stattdessen die Drohung mit „selektiven“ Schlägen gegen „militärische Ziele“ in der UdSSR und Osteuropa. Die „atomare Abschreckung“ solle also keineswegs aufgehoben oder relativiert, sondern im Gegenteil glaubwürdiger gestaltet werden.

Ein weiteres Mißverständnis sei die Annahme, die Kommission halte die Abwehr eines konventionellen Angriffs des Warschauer Pakts mit ausschließlich konventionellen Mitteln, ohne Einsatz von Atomwaffen, für möglich. Die Kommission bezweifle (im Einklang mit der offiziellen NATO-Doktrin) diese Möglichkeit unter den heutigen Voraussetzungen, halte es aber nicht für aussichtslos, diese Möglichkeit anzustreben. (Entweder durch forcierte Aufrüstung der NATO oder durch eine von der Wirtschaftslage erzwungene Selbstentwaffnung der UdSSR.) Im Übrigen untergrabe die Doktrin, daß Westeuropa ohne Atomwaffen nicht zu verteidigen sei, „die Unterstützung der Öffentlichkeit für das Bündnis“.

Wie wir sehen, werfen Kritiker wie Autoren der Studie einander vor, die NATO durch die unglaubwürdige Option des nuklearen Selbstmords („Selbstabschreckung“) zu ruinieren. Das muß man entwirren: 1. Es ist unglaubwürdig, daß die USA für begrenzte Kriegsziele einen

nuklearen Selbstmords („Selbstabschreckung“) zu ruinieren. Das muß man entwirren: 1. Es ist unglaubwürdig, daß die USA für begrenzte Kriegsziele einen

allgemeinen Atomschlag auslösen, der ihre eigene Vernichtung provozieren würde. Diese Option könnte nur durch eine effektive Abwehr (siehe SDI-Projekt) an Glaubwürdigkeit gewinnen, aber diese Abwehr ist nicht in Sicht. Somit ist der „Atomschirm“ der USA auch für die BRD keine glaubwürdige Option — auch dann nicht, wenn man diesen Schirm nicht zur Abwehr aufspannen, sondern damit in Osteuropa herumstochern möchte. 2. Europa zum „begrenzten“ Kriegsschauplatz zu machen, einschließlich „selektiver“ Einsätze von Atomwaffen, ist keine glaubwürdige Option aus Sicht der BRD. Wohl aber aus Sicht der USA, die schon immer ein strategisches Geschick hatten, Kriege weit von ihren Grenzen entfernt zu führen, und die am Beispiel Vietnam vorgeführt haben, wie man als Supermacht ein Land so in Grund und Boden „verteidigt“, daß es auf Jahrzehnte ruiniert ist.

Der Widerspruch der Interessen ist offensichtlich. Die Zerstörung der BRD mitsamt dem mitteleuropäischen Raum, über den das BRD-Kapital mit „friedlichen Mitteln“ eine weitgehende ökonomische Hegemonie ausübt, ist nicht im Sinne der Regierenden. Für Kriege ist in der Dritten Welt genug Platz, und so soll es gefälligst auch bleiben. Die NATO wird an diesem Familienstreit aber nicht zugrunde gehen, man wird sich schon irgendwie arrangieren.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

(1) „Welt“, 19.1.
(2) „FAZ“, 21.1.
(3) „FR“, 29.1.

Wie die NATO auf allen Ebenen abrüsten will

„Abrüstung ist also möglich," meint das Hamburger Forum in seinem jüngst verabschiedeten Aufruf für den Ostermarsch; jetzt *„können wir uns (...) besser eine Welt ohne Angst vor dem Atomtod und frei von der Geißel des Krieges vorstellen."*

Die Kommentare der Politiker in Ost und West und von Teilen der Friedensbewegung nach der Unterzeichnung des INF-Abkommens im Dezember 87 waren alle gleich historisch geschwängert: Eine neue Ära und zwei weitere Abrüstungsabkommen für 1988 wurden in Aussicht gestellt.

Im Kommuniquè der NATO-Außenminister liest sich das so:
„1. Der INF-Vertrag ist ein Erfolg der NATO, ihrer Solidarität und Geschlossenheit.
2. Er entspricht voll den Sicherheitsbedürfnissen des Bündnisses.
3. Durch die Konsultationen und die Zusammenarbeit, die er zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten erforderlich machte, sind die engen Bindungen zwischen Europa und Amerika gestärkt worden.
4. Der Vertrag setzt neue Maßstäbe, weil er erstmals zu einem asymmetrischen Rüstungsabbau führt und weil er neue Maßstäbe bei der Überprüfung der Abrüstungsvereinbarungen setzt. Zudem wird ein langgehegtes Ziel der NATO erreicht: eine Waffenkategorie wird vollständig beseitigt.
5. Damit macht der Vertrag den Weg für weitere Fortschritte in anderen Rüstungsbereichen frei.
6. Der NATO-Rat unterstützt den Vertrag und fordert sein baldiges Inkrafttreten." (1) *„Einen guten Handel"* für die NATO, nannte Reagan den Vertrag.



Quelle: taz, 19.2.88

... Um sich neuen, zukunftweisenden Projekten zuzuwenden!

Quelle: taz, 19.2.88

Alles Lug und Trug meint der „Spiegel", der angesichts des jüngsten NATO-Gipfels schreibt: *„Die Kommuniqué-Sprüche über die Solidarität in der westlichen Schicksalsgemeinschaft, über die immerwährende Pflicht zu militärischer Stärke und über die Bereitschaft zu Abrüstung und Dialog mit dem Osten sind von den Diplomaten und Militärs längst fertiggestellt. Sie trügen: Das Bündnis ist zerstritten wie selten. (...) Schuld an dem Dilemma der Allianz ist Michail Gorbatschow. Dem sowjetischen Parteichef ist mit immer neuen Abrüstungsangeboten das gelungen, was seine Vorgänger mit dem Ausbau sowjetischer Militärmacht nie erreichten: die Nato auseinanderzudividieren."* (2) Ausgezeichnet, möchte man aus unserer Sicht meinen: die grünen Realos wollen rein in die NATO und die Herrschenden wollen raus. Doch besser gefragt, was ist Verwirrung und worin bestehen die Differenzen?

Ganz anders wiederum kommentiert das Militär. Der Präsident der Gesellschaft für Wehrkunde, der Generalleutnant a.D. Hans Poeppel, schreibt in der „Euopäischen Wehrkunde" unter dem Titel: *„Trotz atomarer Abrüstung: Die geladene Pistole gegen Europa gerichtet"*: *„Der eklatante Verlust an äußerer Sicherheit jedenfalls wurde unserer Öffentlichkeit fast völlig verschwiegen. Tatsächlich bedeutet die Null-Lösung eine Zäsur, nach der sich Westeuropa schnell um die Wiederherstellung des stark angeschlagenen ‚relativen Gleichgewichts' bemühen muß. Dieses Abkommen markiert den vorläufigen Abschluß einer Nachkriegsentwicklung, in der für die Stabilisierung des Friedens immer wieder die Schaffung dieses relativen Gleichgewichts als unabdingbar gefordert wurde. Seit etwa 25 Jahren verweigern jedoch die Parlamentarier der Partnerstaaten der NATO die dafür erforderlichen Mittel."* (3) Oder ähnlich schreibt der Chefredakteur Wolfram von Raven in derselben Zeitung: *„Noch mangelt dem Westen ein substantielles Gesamtkonzept für die weiteren Verhandlungen mit dem Osten. (...) Die Logik, daß es auch dazu beträchtlicher Anstrengungen für die Modernisierung der Streitkräfte bedarf, wird jedoch — wie sich im Maß des Wehrhaushalts zeigt — gerade in unserem Land weithin geleugnet."* Für ihn diente die zitierte NATO-Außenministererklärung *„vornehmlich dazu (...), dem Bericht über das Gipfeltreffen (...) emphatischen und euphemistischen Beifall zu spenden."* (3) Danach zu urteilen, ist jetzt also Aufrüstung angesagt.

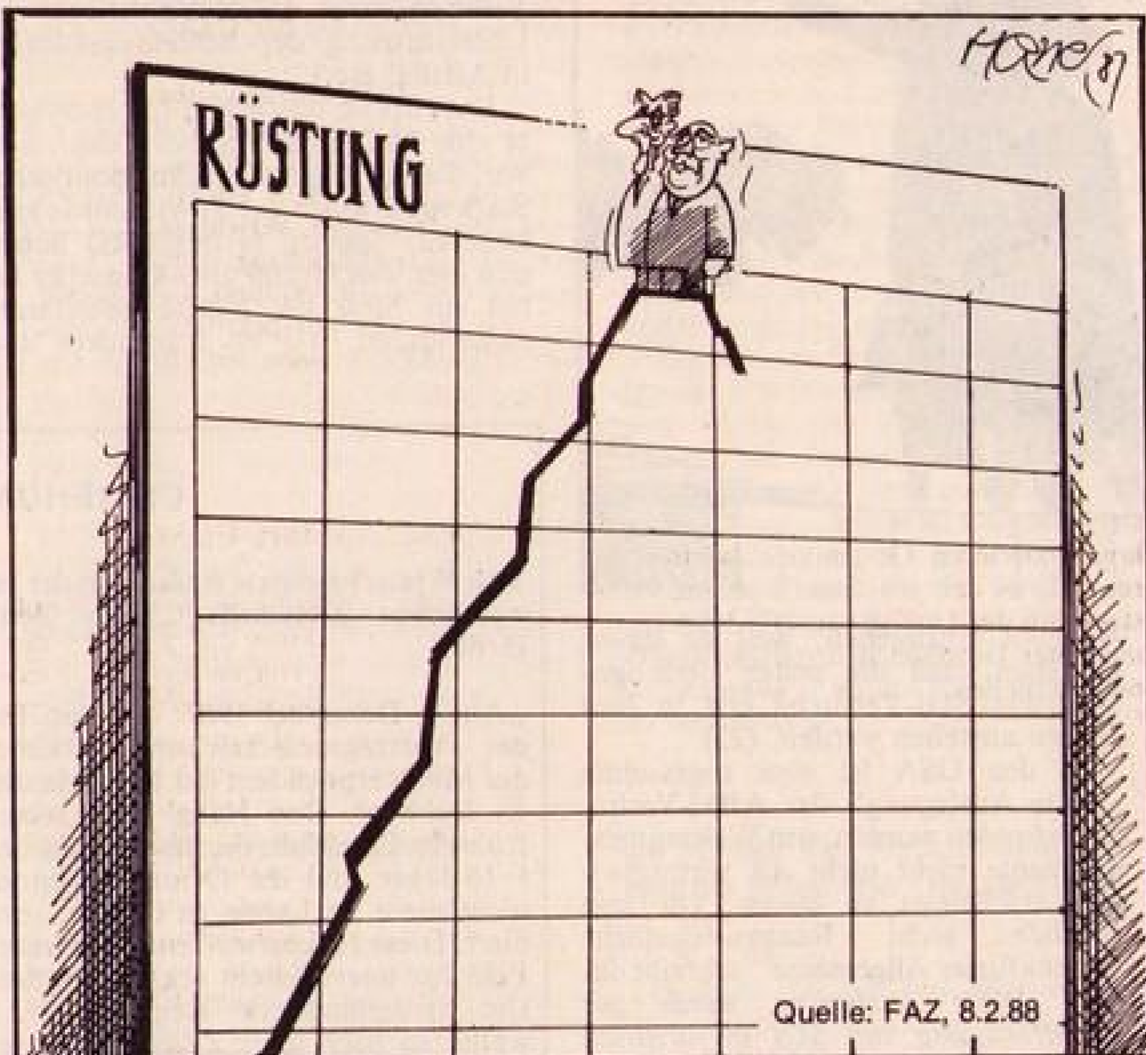
In diesem AK-Artikel werden wir einen Überblick über den Stand und die Planungen bei den Abkommen und die Debatte über weitere Aufrüstung geben.

Das Chemiewaffenverbot

„Zu 99 Prozent fertig und im März 1988 unterschriftsreif", sahen sowjetische Regierungsvertreter bereits das Verbot der Chemiewaffen (4), das auf der Genfer UNO-Abrüstungskonferenz unter Beteiligung von 40 Staaten seit 1981 verhandelt wird. Doch der Optimismus ist inzwischen verflogen, nachdem der zuständige US-Botschafter Friedersdorf erklärt hatte, er rechne nicht mehr für 1988 mit einem Abkommen und auch für 1989 sei er skeptisch, *„weil sich da der Nachfolger Reagans erst im Amt einrichten muß."* (4) Und der bislang aussichtsreichste Reagan-Nachfolger, Vize-Präsident Bush, *„forderte am 5.1. eine 50prozentige Reduzierung statt eines weltweiten Verbotes"*. (5) Eine solche Verringerung der Tonnage der bisherigen Bestände läßt sich spielend erreichen, da von den derzeitigen US-Chemiewaffenbeständen laut Friedersdorf *„nur weniger als ein Drittel"* einsatzfähig sei (6) und deshalb auch die Wiederaufnahme der Produktion *„aus Gründen der nationalen Sicherheit unerläßlich"* gewesen sei. Auf der einen Seite haben die NATO-Politiker nach Kräften in Optimismus gemacht und behauptet, ein allgemeines Chemiewaffenverbot stünde bevor, auf der anderen Seite haben die USA zielstrebig auf ein neues C-Waffenprogramm hingearbeitet.



Nach 18jähriger Produktionspause wurde Mitte Dezember 1987 wenige Tage nach dem Gipfel von den USA die Aufnahme der Produktion eines neuartigen Typs von binärer chemischer Munition angekündigt. Man weiß aus den Planungen, daß die USA 760.000 solcher neuen Gasgranaten produzieren wollen. (8) Daß bei dieser Ankündigung wieder einmal das Märchen über ein sowjetisches C-Waffen-Quantum von mindestens 300.000 Tonnen bemüht wurde, wies das Außenministerium in Moskau als *„absolut phantastisch"* zurück und teilte mit, *„daß die Menge der auf Vorrat gehaltenen giftigen Substanzen ‚50.000 Tonnen nicht überschreitet'. (...) Die Sowjetunion (...) habe die Produktion solcher Waffen schon eingestellt, sie ‚nie angewendet, nicht in fremde Hände gegeben und nicht außerhalb ihrer Landesgrenzen stationiert'. (...) Noch bei der (Gipfel-)Begegnung habe sich die amerikanische Seite zu einem weltweiten Bann chemischer Waffen bekannt, dann aber nur wenige Tage später mit der Aufnahme der Produktion binärer Waffen ihre ‚Mißachtung' (...) demonstriert."* Das könnte *„Gegenmaßnahmen ‚notwendig machen'."* (9)



Quelle: FAZ, 8.2.88

Einen Tag nach der Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz hat die US-Regierung den Bau der Nervengasbombe ‚Big eye' angekündigt. Insgesamt 28.000 solcher Bomben mit Sarin-Gift sind für Mittelstreckenbomber vorgesehen. (8) Die Abfüllung soll ab 1990 erfolgen. Wobei die USA natürlich beteuerten, weiterhin ein Verbot aller C-Waffen anzustreben. (10)

Die Sowjetunion, die sich bis 1987 vollkommen über ihre Chemiewaffenbestände ausgeschwiegen hatte und erstmals im Oktober 1987 einer Delegation der Konferenz ein Giftgaslager mit 19 verschiedenen Chemiewaffentypen vorgeführt hatte, machte noch einen Vorstoß und schlug einen *„freiwilligen Austausch sämtlicher relevanter Daten sowie Testinspektionen an einer Produktionsanlage pro Land noch im ersten Halbjahr 1988"* vor. (11)

Dazu muß man wissen, daß sich die USA bei ihrem Vorgehen auf die mangelnde Überprüfbarkeit eines Verbots berufen. Hauptakteur gegen ein Chemiewaffenverbot ist in Genf nicht etwa der Irak, der Chemie-Waffen besitzt und sie im Golfkrieg einsetzt, oder etwa die Schwellenländer, die verdächtigt werden, daß sie über solche Waffen schon jetzt oder bald verfügen (Ägypten, Äthiopien, Burma, China, Israel, Nord-Korea, Libyen, Syrien, Taiwan, Thailand, Iran, Süd-Korea tigt werden, daß sie über solche Waffen schon jetzt oder bald verfügen (Ägypten, Äthiopien, Burma, China, Israel, Nord-Korea, Libyen, Syrien, Taiwan, Thailand, Iran, Süd-Korea und Vietnam), obwohl man gerade die C-Waffen gern als „Atombombe des kleinen Mannes" bezeichnet. (10) Als zweiter Hauptakteur ist Frankreich zu nennen, das ebenfalls die neuen Binär-Waffen schon produzieren soll. (10) *„Der international renommierte C-Waffen Experte Professor Julian Robinson aus Großbritannien hält es auch ‚für zu 50% wahrscheinlich, daß die Franzosen Chemiewaffen in der Bundesrepublik gelagert haben'. Von denen ist dazu keine Stellungnahme zu erhalten, haben sie doch nicht nicht einmal offiziell mitgeteilt, daß sie überhaupt Chemiewaffen besitzen. Allerdings drohen sie, ihre — von Robinson auf 2.000 Tonnen geschätzten — Bestände bis zum achten Jahr der zehnjährigen Vernichtungsphase nach Inkrafttreten des Vertrages als ‚Sicherheitsreserve' beizubehalten und noch aufzustocken."* (5)

Als Dritter im Bunde meldete der Verband der westeuropäischen Chemierhersteller *„starke Bedenken"* in einem Schreiben vom 7.12.87 an. Ihn treibt die Sorge vor *„Industriespionage"* und dem geforderten *„Einblick in Kundenlisten"*, was offenbar Unangenehmes zu Tage fördern könnte.

Die neue Generation von Binärwaffen ist keineswegs einfach die „Atombombe des kleinen Mannes", sie muß als eine „ausgezeichnete" kriegsfähige Waffe gelten. Sie besteht aus zwei ungefährlichen Komponenten und eine solche Chemiegasgranate läßt sich äußerlich nur noch durch die Aufschrift erkennen. Die tödlichen Gifte entstehen *„innerhalb von Sekunden, jedoch erst nach dem Abschuß."* (10) Außerdem läßt sich die Giftwirkung dosieren, d.h. die Waffe trifft an der Front nicht mehr je nach Windverhältnissen „Freund" oder „Feind". Die neuen Gasgranaten wirken nur wenige Minuten tödlich. Es gibt auch halbseßhafte Gifte, durch die der Angreifer einen Tag später marschieren kann oder seßhafte Gifte für das Aufmarschgebiet des Gegners. Die von Flugzeugen abgeworfenen „big eyes" sollen eine Woche lang tödlich wirken. (8) Kein Wunder also, daß im Airland-Battle-Konzept diese Waffen eine ebensolche Bedeutung haben, wie taktische Atomwaffen. Warum sollten die USA darauf verzichten wollen?

Kohl und Genscher blamiert

Die große Koalition der BRD-Parteien drängt auf ein C-Waffenverbot und ist unzufrieden mit den USA: Kohl trug das BRD-Interesse an einem Verbot öffentlich bei seiner US-Reise vor, Genscher sprach von *„nachgeschobenen Forderungen"*, und Egon Bahr sogar von *„Unerfüllbarem"*, das die USA verlangten. Er fügte den Verdacht der *„Erwägung des Ersteinsatzes"* hinzu, was völkerrechtswidrig wäre. (12) Und Bundeskanzler Kohl erkundigte sich auf seiner Washington-Reise besorgt über die US-Pläne.

Bei Lichte betrachtet ist die Bundesregierung aber alles andere als unschuldig daran, daß es zur Neuproduktion der Chemiewaffen in den USA gekommen ist. Der Senat in den USA hatte sinnigerweise als Voraussetzung für die C-Waffenproduktion die Zustimmung der NATO-Partner verlangt. Denn in der Chemiewaffen in den USA gekommen ist. Der Senat in den USA hatte sinnigerweise als Voraussetzung für die C-Waffenproduktion die Zustimmung der NATO-Partner verlangt. Denn in den USA sind diese Waffen nur als Reserve zu gebrauchen, und die BRD ist nun einmal das einzige vorgeschobene Lager für C-Waffen außerhalb der USA. In der BRD sollen 2.000 (13) bis 15.000 Tonnen (14) chemischer Kampfstoffe lagern, also bis zu einem Drittel der US-Bestände. Die Bundesregierung machte während des 1986er Witschaftsgipfels in Tokio folgenden faulen Deal: Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher sagten zu, daß die Bundesrepublik sich bei der NATO für die neuen Waffen als Streitkräfteziel stark machen würde. *„Dafür versprachen die Amerikaner, daß sie ihre alten Giftwaffen (...) bis 1992 abziehen und die neuen Waffen nur mit Zustimmung der Bundesregierung ins Land bringen (...) Von der Bundesregierung wurde dieses Abkommen, das nur in einem ‚Briefwechsel' festgehalten ist, als Durchbruch (...) gefeiert. Die Zustimmung zu dem neuen Streitkräfteziel erfolgte in Brüssel am 22. Mai 1986, und sie wurde ohne Vorbehalt nur von der Bundesrepublik, England und der Türkei erteilt."* (10)

Am 22.5.86 bestätigte der Bundestag ausdrücklich dieses Geschäft und erklärte, daß eine Lagerung der neuen C-Waffen nur auf Bitten oder mit Zustimmung des betreffenden Landes möglich sei. Aber schon auf der NATO-Verteidigungsministertagung am 22.5.86, also nur vier Tage später, bestritt Weinberger eine solche Abmachung. Der bereits erwähnte US-Botschafter bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Max J. Friedersdorf, erklärte auch jüngst wieder, die Vereinbarung bestehe *„nur mündlich. Einen schriftlichen autorisierten Text habe ich nie gesehen. Die Vereinbarung bindet jedenfalls künftige Regierungen nicht"*. (5) Auch in der von US-Präsident Reagan unterzeichneten endgültigen Fassung des Verteidigungsetats für 88/89 steht klipp und klar: *„Chemiewaffen in Europa sollten nur abgezogen werden, wenn sie gleichzeitig durch binäre chemische Waffen ersetzt werden."* Dennoch behauptete Wörners Staatssekretär Würzbach am 2.12.87 im Verteidigungsausschuß, die Vereinbarung sei *„über jeden Regierungswechsel hinaus verbindlich"*. (5) Nun nimmt alle Welt an, die USA könnten die BRD und die Bundesregierung hier übers Ohr hauen. Daß es auch umgekehrt sein könnte, daß nämlich Kohl und Genscher nach ihrem entscheidenden Beitrag zur C-Waffen-Produktion nun ständig ihre Hände in einem Schüsselchen der Unschuld baden wollen, auf diese Idee scheint niemand zu kommen. Sonst müssen wir nämlich die beiden und die ganze Bundestagsmehrheit für so schusselig halten, daß sie zwar die C-Waffenproduktion als NATO-Streitkräfteziel mitbeschließen, dann aber keine Ahnung haben, daß es dabei gerade auf eine Stationierung außerhalb der USA, also in der BRD, ankommen würde. Wie geschildert wurde die Stationierung in der BRD von den USA immer offen vertreten. Außerdem unterläßt die Bundesregierung alles, um weiteren Druck auf die USA auszuüben, im Gegenteil: der Vorschlag von SED und SPD, schon jetzt einmal eine „Gesamtdeutsche" chemiewaffenfreie Zone zu vereinbaren, ist Genscher zufolge ein nachhaltiger Anschlag gegen die weltweite Ächtung der C-Waffen. Es wäre aber ziemlich unwahrscheinlich, daß die USA gegen den entschiedenen Willen der BRD ihre C-Waffen hier lagern würden. Der Kohl-Genscher-Kurs könnte nichts weiter als die Fortsetzung des alten Brandt-Briefwechsels sein. Brandt hatte sich nämlich als Kanzler ausdrücklich brieflich verbeten, genaueres über die C-Waffen-Stationierung in der BRD zu erfahren, wie wir seinerzeit im AK dargelegt haben. (15) Es dürfte auch kaum ein Zufall sein, daß über die US-C-Waffen in den USA und ihre Lagerstätten und ihre Größe kaum ein Geheimnis gemacht wird, ganz anders als in der BRD.

Inzwischen ist auch unwahrscheinlich, daß der (bis 1992) angekündigte Chemiewaffenabzug ordnungsgemäß vonstatten gehen wird. Mangels *„ausreichender umweltfreundlicher Kapazitäten"* mußte die Zusage des Pentagon zur Vernichtung aller alten Waffenbestände der USA bis 1994 bereits zurückgezogen werden. Es muß dort in jedem Lager eine Vernichtungsanlage aufgebaut werden, weil die alten Bestände teilweise nicht mehr ohne großes Risiko transportfähig sind. (5)(10)

Davon ganz unberührt schmetterte das... Bundesverfassungsgericht ... am
aufgebaut werden, weil die alten Bestände teilweise nicht mehr ohne großes Risiko transportfähig sind. (5)(10)

Davon ganz unberührt schmetterte das Bundesverfassungsgericht am 29.10.87 eine Klage des DGB, der Oberbürgermeister von Pirmasens und Zweibrücken und anderer ab, die bereits 1982 Klage gegen die C-Waffenlager in der BRD erhoben hatten. Das Verfassungsgericht erklärte, daß *„die Lagerung des Giftgases zur Abschreckung, ja sogar ‚der völkerrechtsgemäße' Einsatz (...) Teil unseres Bündnisprogrammes"* seien, Lagerung und Transport seien *„angesichts des gewährleisteten Sicherheitsstandards mit dem Grundrecht der Bevölkerung auf Leben und körperliche Unversehrtheit vereinbar. Die Betroffenen müssen von der Gefährdung nicht informiert werden."*

Der parlamentarische Staatssekretär Spranger hatte dazu am 2.12.82 erklärt: *„Für die Sicherheit dieser Waffen — einschließlich des Katastrophenschutzes — sind die verbündeten Streitkräfte selbst verantwortlich. (...) Einzelheiten über die Art und Lagerung dieser Waffen unterliegen aus militärischen Gründen der Geheimhaltung."* — Das Bundesverfassungsgericht verlangte hingegen: *„Die Beschwerdeführer sollen schlüssig dartun, daß Vorkehrungen zum Schutz von Leben und Gesundheit entweder überhaupt nicht getroffen worden sind oder offensichtlich die getroffenen Regelungen und Maßnahmen gänzlich ungeeignet oder völlig unzulänglich sind. (...) Sie haben keine Vorfälle nennen können, in denen eine konkrete Gefährung oder gar Schädigung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durch die Lagerung aufgetreten sind."* (13) Da haben wir es amtlich: Chemie-Waffen gehören zum NATO-Konzept, sind sicher, und informiert braucht darüber niemand zu werden, soll er auch nicht.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Halbierung der Atomsprengköpfe

Bessere Chancen zur Verwirklichung hat die geplante ,,Halbierung'' der Anzahl der strategischen Atomsprengköpfe auf etwa 5.000 bei gleichzeitiger Halbierung des ,,Wurfgewichts'' (das meint die Sprengkraft). Allerdings, aus dem angepeilten Abschluß des Abkommens beim kommenden Gipfel im Juni dieses Jahres in Moskau dürfte wohl nichts mehr werden. So hieß es aus Anlaß des kürzlichen Außenministertreffens: *,,Obwohl beide Seiten daran festhalten, daß bis dahin die Einigung (...) ,möglich' sei und Schewardnadse zum Auftakt (...) sogar von ,guten Chancen' sprach, stimmten sowjetische und amerikanische Kreise (...) in der Ansicht überein, dies setze eine wesentliche Beschleunigung (...) voraus.''* (16)

Bei den Verhandlungen wird um alles mögliche gefeilscht: Die USA wollten nicht einfach die Zahl, sondern speziell die großen landgestützten SS-18 Raketen der Sowjetunion verringert und am liebsten die neue mobile SS-24-Rakete der Sowjetunion ganz verboten haben. Das wurde aber schnell wieder aufgegeben, um umgekehrt die Gegenforderungen der Sowjetunion bei den seegestützten Raketen, die 60% bei den USA ausmachen, zu vermeiden. US-Militärs meinen, daß mindestens 10 der neuen Ohio-Boote der USA ständig auf Patrouille bleiben müßten, weil sonst die nationale Sicherheit zusammenbrechen könnte. (17)(18) Umstritten sind auch insbesondere die Cruise Missiles: Die USA wollen insgesamt rund 8.000 Stück produzieren. Bereits jetzt sind auf Schiffen 328 Abschußplattformen stationiert. Diese Waffen würden die USA am liebsten mit der Begründung ausklammern, daß sie (auch) ,,konventionell'' benutzt würden. (19)

Bei den luftgestützten Cruise Missiles möchten die USA alle Waffen mit

Bei den luftgestützten Cruise Missiles möchten die USA alle Waffen mit einer Reichweite unter 1.000 km ausklammern, *,,weil diese zu jenen konventionellen Präzisionswaffen der Zukunft gehören.''* (18) Bereits jetzt haben die USA mindestens je vier davon auf ihren rund 200 strategischen Bombern, und außerdem sollen rund 1.200 weitere für die Mittelstreckenbomber (als Ersatz für die abgerüsteten landgestützten) angeschafft werden. (20) Gegenüber der Sowjetunion schmilzt allerdings der US-Vorsprung bei den Cruise Missiles dahin. Schon 584 Abschußgestelle für Cruise Missels sollen auf sowjetischen Schiffen stationiert sein. (19) Außerdem wurde jüngst ein neuer Marschflugkörper erprobt. (21)

Hauptstreitpunkt ist aber die Einhaltung des alten ABM-Vertrags, der unter anderem eine spätere Erprobung der SDI-Waffen, einschließlich mit Atombomben gezündeter Laser, im Weltraum verbieten würde. Dieser Vertrag zur Begrenzung der Abwehrraketen (ABM = Antiballistic Misseles) und anderer Rüstungen im Weltenraum wurde 1972 geschlossen und 1974 erweitert. Er verbietet u.a. jede Stationierung und natürlich auch die Explosion von Atomwaffen im Weltraum. Die USA will den Vertrag um maximal sieben Jahre verlängern; denn: *,,Optimistische Voraussagen hinsichtlich einer Stationierung erster Teile eines ,Raketenschildes' richteten sich auf Mitte der neunziger Jahre.''* Und da möchte Reagan seinem Nachnachfolger auf keinen Fall Steine in den Weg gelegt haben.

Die Sowjetunion will den Vertrag um 10 Jahre verlängern und hat außerdem angeboten, vorher eine Liste für SDI-Versuche aufzustellen, die man genehmigen könnte. US-Unterhändler Nitzsche und Stabschef Crowe haben sich dafür ausgesprochen, auf dieses Angebot einzugehen, weil sie davon ausgehen, daß die ersten derartigen Weltraum-SDI-Versuche erst in fünf Jahren anstehen werden. (23)

In den USA ist eine sogenannte ,,weite Auslegung'' des ABM-Vertrages erfunden worden, um Weltraumexperimente nicht mehr als vertragswidrig erscheinen zu lassen. Die nun wirklich nicht Reagan-feindliche ,,Frankfurter Allgemeine'' schreibt dazu: *,,Diese Auslegung wurde zur Rechtfertigung von SDI in juristisch spitzfindiger Form in Washington unter heftigen Kontroversen mit den Autoren des ABM-Vertrages von 1972 und vor allem mit dem amerikanischen Kongreß entwickelt.''* (23) Nur unter der Bedingung der Einhaltung der ,,engen'' Auslegung hat das amerikanische Parlament für das laufende Finanzjahr 3,9 Mrd. Dollar für SDI genehmigt, immerhin 10% mehr als im Vorjahr, aber 1,8 Mrd. Dollar weniger als Reagan gefordert hatte. (22) Trotzdem ordnete Reagan Anfang Januar an, daß die Unterhändler in Genf auf einer *,,weiten Interpretation''* in den Verhandlungen zu bestehen haben. *,,Genfer Verhandlungen vor Sackgasse?''* fragte dazu etwa besorgt die ,,Frankfurter Rundschau'' in ihrer Schlagzeile. (24) Reagan selbst wird den Vertrag kaum noch unter Dach und Fach bringen können. Das weitere wird man abwarten müssen.

Einiges zu den Hintergründen

Nun kann man diese Entwicklung wahrlich nicht als Ausbruch einer neuen friedlichen Ära oder gar Aufbruch zu einer Welt ohne Atomwaffen oder zu einer weltweiten Koalition der Vernunft ansehen, aber immerhin ist es mehr, als man vor einiger Zeit hätte voraussagen können. Jedenfalls sollte man lieber ein bißchen vorsichtig sein, bevor man den START-Vertrag (25) bereits als gescheitert abhakt. Wie ist diese Situation zu verstehen?

In den USA ist (wieder einmal) eine Tendenz der Abkehr von den schärfe-

In den USA ist (wieder einmal) eine Tendenz der Abkehr von den schärferen Tönen über die Möglichkeit und Rüstung zur direkten Konfrontation gegenüber der Sowjetunion erkennbar, die gerade Reagan bei seinem Amtsantritt (,,Vernichtung des Reichs des Bösen'') so in den Vordergrund gespielt hatte. Vor allen Dingen bedeutet das eine stärkere Zuwendung zu Konflikten in der ,,3. Welt''. Außerdem ist nach sieben fetten Jahren und gigantischen Steigerungsraten der Rüstung auf nahezu 7 Prozent des Bruttosozialproduktes im letzten Jahr der Militärhaushalt zwar noch nominell gesteigert worden, aber real bereits etwas gefallen. Zur Verringerung des gewaltigen US-Defizits sind längerfristige Ausgabenbegrenzungen per Gesetz beschlossen worden, und man kann damit rechnen, daß die Militärausgaben der USA in den kommenden Jahren bei etwa 300 Mrd. Dollar pro Jahr, d.h auf hohem Niveau mit leicht abfallenden Anteilen am Gesamtaufkommen eingefroren werden.

Für die Sowjetunion wird im allgemeinen in westlichen Schätzungen ein Anteil der Militärausgaben von rund 15 Prozent am Bruttosozialprodukt angenommen. Der Kurs von Gorbatschow, Ressourcen für andere Zwecke, für Reformen bzw. für eine Effektivierung der Wirtschaft freizusetzen, bedeutet erst einmal die Anerkennung einer größeren ökonomischen und militärischen Schwächeposition der Sowjetunion gegenüber dem Westen. Der Einschnitt in den Rüstungsanteil soll offenkundig politisch nicht über ,,einseitige'' Maßnahmen laufen, sondern über den Versuch von Tauschgeschäften mit der NATO, wobei teilweise offenkundige Übervorteilung in Kauf genommen wird (s. Kasten). Die dabei verbreitete Ideologie und der idealistische Appell an die ,,Vernunft'' im imperialistischen Lager und das gemeinschaftliche Menschheitsinteresse könnten auch zum Hintergrund haben, daß die Sowjetunion sich möglicherweise, anders als in den 60er und 70er Jahren, weitgehender aus den Konflikten in der ,,3. Welt'' herauszuhalten gedenkt. (Man vergleiche das mit der Zeit des Vietnam- oder der Nahostkriege, der Unterstützung der Befreiungskämpfe in Afrika, etc.)

Das ruft im westlichen Lager teilweise eine Mentalität wie bei Geiern hervor, die auf den Ausverkauf politischer Stärkepositionen der Sowjetunion spekulieren. Speziell in der BRD haben sich hier von Strauß über Genscher bis hin zur SPD alle Kräfte gemeinsam eingefunden, wie im folgendem und spannendsten Kapitel über die Vorbereitung der nächsten Runde zur konventionellen Abrüstung der Sowjetunion dargelegt werden soll.

Auf der anderen Seite gibt es Kräfte in der BRD, die ganz offen eine Steigerung der Rüstung fordern, wobei der Hinweis auf den zu befürchtenden (Teil-)Rückzug der USA aus Europa nicht fehlen darf. Das ist der Hintergrund solcher scharfmacherischen Stimmen, wie wir sie eingangs zitiert hatten. *,,Das bedeutet angesichts der strategischen und politischen Zunkunftsaufgaben nicht etwa eine Senkung von Verteidigungskosten, sondern es werden zusätzliche Antrengungen erforderlich von jährlich vier bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts* (das wären 20 bis 50% mehr für die Rüstung — Anm. AK), *und das zu einer Zeit, da das erste Abkommen über den Abbau von Nuklearwaffen Hoffnungen geweckt hat, die solche Ausgaben wenig plausibel erscheinen lassen,''* schreibt Jan Reifenberg. (27) Einem *,,nachgewiesenen Materialbedarf von 118 Mrd. Mark in den nächsten zwölf Jahren steht nun nur noch ein Finanzrahmen von 67,4 Mrd. Mark gegenüber. Mit diesen Mitteln kann die Vorneverteidigung nicht erhalten werden.''* (alleine 10% mehr Ausgaben) (28) *,,Frißt die Armee ihre Waffen?''* titelte die ,,Europäische Wehrkunde'' zu diesem Thema. (29)

Die NATO hatte Ende der 70er Jahre nach dem Vietnamkrieg, angesichts der beiden Ölkrisen und des Schah-Sturzes, der Befreiungskämpfe in Afrika und des Einmarsches der Sowjetunion in Afganistan noch ein großes Geschrei erhoben und eine dreiprozentige reale Steigerung der Militärausgaben beschlossen. Die BRD hat real sich daran nie gehalten; der Anteil des Militärs am Bruttosozialprodukt ist konstant geblieben und sogar leicht gefallen. Ausgerechnet jetzt wollen diese Kräfte am liebsten eine Wende herbeiführen. Das dürfte ohne äußeren Anlaß, wie ihn etwa die Briten beim Malwinenkrieg zum Erhalt der dortigen Schafe für die britische Krone gesucht und gefunden hatten (der Anteil der Rüstung am britischen Bruttosozialprodukt beträgt jetzt 6%), nicht so einfach sein. Diese Töne werden sich trotzdem weiter verschärfen.

Die konventionelle Abrüstung

Verhandlungen sollen die *,,konventionelle Rüstung vermindern''* erklärten die sechzehn NATO-Regierungschefs am 2.3.88 in Brüssel. *,,Kernproblem der Sicherheit''*, so Kohl, sei die *,,konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts''*. Man müsse jetzt Gorbatschow beim Wort nehmen, der angeboten habe, Ungleichgewichte durch asymmetrische Reduzierungen abzuschaffen. (30) Der Vorschlag des NATO-Gipfels, jetzt über konventionelle Rüstungen zu verhandeln, gilt aber erst für das kommende Jahr, denn: *,,Zunächst kommt es darauf an, daß die Westeuropäer dem amerikanischen Senat helfen, dem INF-Abkommen zuzustimmen. Sie dürfen es dessen Gegnern nicht zu leicht machen, indem sie die Vertragsverwirklichung von gleichzeitigen Fortschritten bei der Begrenzung konventioneller Rüstung in Europa abhängig machen.''* (27) Die Ratifizierung braucht eine Zweidrittelzustimmung im US-Parlament. Inzwischen gilt diese Zustimmung als gesichert, aber einigen Senatoren reicht es keineswegs, daß die Sowjetunion nach dem Vertrag mehr Mittelstreckenraketen abzubauen hat, da sollte sie noch ein bißchen konventionelle Abrüstung draufzahlen. Das gilt es zu verhindern, denn *,,sonst erlahmte der Schwung, der den nächsten Schritt eines Abkommens über den (...) Abbau der Fernwaffen beider Großmächte ermöglichen (...) soll.''* (27) Aber da gibt es die gleichen Probleme: *,,In Bonn werden Überlegungen amerikanischer Senatoren, das beabsichtigte amerikanisch-sowjetische Abkommen über die Halbierung der Zahl strategischer Fernraketen (,,Start'') mit dem Verlangen nach konventioneller Rüstungskontrolle zu verknüpfen, abgelehnt.''* (31)

Dann aber will die NATO weg von den Verhandlungen über nukleare Abrüstung und dem von Sowjetunion proklamierten Ziel einer Atomwaffenfreien Welt, das man in der Öffentlichkeit für wirksam hält, sondern die NATO will *,,das öffentliche Interesse auf ein anderes Thema verlagern, die konventionelle Abrüstung. Auf diesem Gebiet kann sich die Nato viel leichter auf eine gemeinsame Haltung einigen. (...) Darüber sind sich alle Verteidigungsminister einig: Weitere Abrüstungsbemühungen haben sich den konventionellen Waffen zuzuwenden.''* (33)

Einen gigantischen Streit in der NATO hat die Position aller BRD-Parteien ausgelöst, auf die wir noch später zurückkommen werden. Die BRD will nämlich gleichzeitig auch im nuklearen Kurzstreckenbereich gemeinsame Obergrenzen vereinbaren oder gar eine dritte ,,Null-Lösung'' für landgestützte Raketen abschließen, dazu erklärte Egon Bahr (SPD): *,,Es gibt keinen Richtungsstreit in den großen Parteien mehr, sondern wir sind alle der Auffassung: Jetzt darf es keine Pause geben, die Abrüstung muß weitergehen, konventionell und nuklear auf Europa bezogen. (...) Das ist der große Unterschied zu den vergangenen Jahren.''* (33) Aber in Bezug auf die konventionelle Abrüstung sind sich alle einig, das ist Sache der Sowjetunion.

Jetzt rüsten wir die Sowjetunion ab

Seit die Sowjetunion erklärt hat, man könne bei solchen Abkommen auch Asymmetrien beseitigen und nachdem Gorbatschow sagte: *,,Wer mehr hat, muß mehr abrüsten,''* (34) sind die westlichen Politiker gänzlich aus dem Häuschen geraten. Dieses Eingeständnis *,,beweise, daß man im Osten umdenke''*, zitiert der Spiegel Militärs und: *,,nur mit der Verkleinerung seiner Millionen-Armee könne Gorbatschow die für seine Wirtschaftsreform dringend benötigten Mittel freibekommen.''* (38) Bei Egon Bahr etwa liest sich das so: *,,In Moskauer Experten-Zirkeln, an Militärakademien und in Fachzeitschriften wird — zum Teil unter Verwendung sozialdemokratischer Vokabeln — bisher undenkbares gedacht. Keine Seite, war jüngst in der Moskauer Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen zu lesen, dürfe ein Potenital zum überraschenden Angriff verfügen.''* (33) Die SPD wittert die Möglichkeit, ihre ,,strukturelle Nichtangriffsfähigkeit'' jetzt in Ost und West verankern zu können, aber das klingt eher noch harmlos. Alle Märchenstunden über die sowjetischen

und West verankern zu können, aber das klingt eher noch harmlos. Alle Märchenstunden über die sowjetischen

,,Panzerwalzen'' und sonstigen Überlegenheiten werden neu aufgetischt. Der aufmerksame und langjährige AK-Leser kennt das Problem: Die Zahl der Panzer der Sowjetunion, wo alles seit 1950 mitgezählt wird. Bei den neuen Panzern herrscht zwar zahlenmäßig Gleichstand, aber in NATO-Kräftevergleichen hat die SU immer doppelt soviel, denn die Sowjetunion hat noch über 20.000 Panzer, also 50 Prozent, die älter als 30 Jahre sind in ihrem Arsenal. (35)(36) Bei den Truppen herrscht zwar auch nahezu Gleichstand, aber die Zahl der Divisionen des Warschauer Paktes ist so ,,erschreckend'' hoch, so daß die NATO die sowjetische Überlegenheit mindestens mit 3:1 veranschlagt. Gerade mit der Auftischung ihres konventionellen Kräftevergleichs verspricht sich die NATO-Propaganda besondere Erfolge in der Öffentlichkeit. Wir wollen das Thema trotzdem hier nicht eingehender erläutern. Das soll aber in einem gesonderten Artikel im kommenden AK nachgeholt werden. Wir wollen hier beim Thema der westlichen Abrüstungsvorschläge bleiben.

Die Pläne des neuen US-Verteidigungsministers Carlucci zielen darauf ab, daß *,,die Sowjets (...) ihre Artillerie, vor allem aber ihre Panzerarmeen auf den Umfang reduzieren (sollten), den die Nato-Streitkräfte derzeit bei diesen Waffensystemen haben.''* (32) Einem Bericht der ,,International Herald Tribune'' zufolge soll die Sowjetunion aufgefordert werden, ihren Panzerbestand von 48.000 auf 20.000 und die Zahl ihrer Artilleriegeschütze von 36.000 auf 15.000 zu senken. (37)

Fortsetzung nächste Seite

UMGEHUNGSMANÖVER

Von Wjatscheschlaw Boikow in der sowjetischen Zeitschrift ,,Neue Zeit'' (5/88)

,,Am 8. Dezember 1987, d.h. am Tag der Vertragsunterzeichung, erklärte der Ministerpräsident der Niederlande, R. Lubbers, Den Haag habe seinen früheren Beschluß, die amerikanischen F-16-Jäger und die Orion-Maschinen nicht mehr im Lande zu dulden, revidiert. Diese Nukearwaffenträger waren 1985 für unerwünscht erklärt worden. Die niederländische Regierung (...) wollte so nach ihrer Zustimmung zur Stationierung von US-Flügelraketen in Woendsrecht den Friedenskräften Wind aus den Segeln nehmen. (...) Manche Leute könnten da sagen, dies sei gar nicht so wichtig. Ja, die Entscheidung der holländischen Regierung hat das Kräfteverhältnis nicht verändert. (...) Doch dieses Signal ist symptomatisch.

Keine Woche war vergangen, da erklärten die Verteidigungsminister Großbritanniens und Frankreichs in London, sie wollten gemeinsam eine luftgestützte Flügelrakete entwickeln. Diese Erklärung wurde von vielen Experten und Journalisten als Absicht gewertet, für die bevorstehende Vernichtung der amerikanischen Euroraketen einen gewissen ,Ausgleich' zu schaffen. Der britische Verteidigungsminister Younger versuchte, diese Schlußfolgerung zu widerlegen. Es geht nicht um Ausgleich, betonte er, sondern um eine normale Modernisierung.

Doch entscheidend sind hier nicht die Begriffe, sondern das, worum es wirklich geht. (...) Zumindest trägt sie nicht zu einem Fortschritt bei der Abrüstung bei.

Am 16. Dezember gaben die Vereinigten Staaten die Aufnahme der Produktion binärer chemischer Waffen bekannt (...)

Am gleichen Tag (...) bestätigte das strategische Luftwaffenkommando (...) früher in die Presse durchgesickerte Informationen über seinen Plan, wie die bevorstehende Beseitigung der Euroraketen kompensiert werden könnte (...)

All das geschah allein in der ersten

(...)

All das geschah allein in der ersten Woche nach Unterzeichnung des INF-Vertrages. Doch die Chronik der militärischen Eskalation endet nicht am 16. Dezember (...) Am 18. Januar legte (...) Schewardnadse in Bonn das umfassende Abrüstungsprogramm dar, mit dem Moskau das in Washington Begonnene fortführen möchte... Am gleichen Tag meldete sich der NATO-Oberbefehlshaber für Europa (...) zu Wort. Er erklärte unverhohlen seine Ablehnung dagegen, der ,doppelten Null-Lösung' eine dritte folgen zu lassen. Angeblich müsse man zunächst den Abbau der strategischen Arsenale vereinbaren und das Problem der konventionellen Waffen lösen und erst dann könne man die Frage der taktischen Nuklearwaffen angehen. Es sei also noch zu früh, sich hierzu zu äußern. Vielmehr sei es gerade der richtige Augenblick, die Arsenale aufzustocken (...) Die führenden Vertreter des Westens (...) sagen in der Regel, dieser Schritt sei nicht möglich, da die UdSSR bei den konventionellen Waffen eine ,erdrückende Überlegenheit' besitze (...) dann ist es unverständlich, warum der konkrete Vorschlag der Länder des Warschauer Vertrages (...) schon anderthalb Jahre unbeantwortet bleibt (...) So erklärte Ledogar, Leiter der US-Delegation bei den Wiener Verhandlungen, in einem Fernsehinterview (...), Vorrang müsse der Abbau der Landstreitkräfte haben. Was die Luft- und Seestreitkräfte angeht, so sei die Erörterung dieser Fragen angeblich auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Warum? Offenbar deshalb, weil bei der ersten Kategorie der Osten, in den anderen beiden Bereichen aber der Westen vorn liegt. Oder ist z.B. ein Panzer gefährlicher als ein Bomber oder ein Flugzeugträger?!

Angenommen aber, den Seiten ist es gelungen, ein konventionelles Rüstungsgleichgewicht auszutarieren. Wird dann der Nordatlantikpakt einer Beseitigung der Nuklearwaffen zustimmen? NATO-Generalsekretär Lord Carrington beantwortet diese Frage so: Konventionelle Waffen haben selbst bei einem Kräftegleichgewicht noch nie einen Krieg verhindert. Und deshalb ,bleiben taktische wie strategische Nuklearwaffen eine Notwendigkeit'. Der Kreis schließt sich (...)

Doch kann man tatsächlich das Wettrüsten beenden und zur Abrü-

Doch kann man tatsächlich das Wettrüsten beenden und zur Abrüstung übergehen, wenn ein Verhandlungspartner spürt, daß man ihn austricksen, daß man ihn übers Ohr hauen will?''

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ganz ähnlich lautet Wörners Plan: *„Die Sowjetunion hat allein in Zentraleuropa 16.000 Panzer, 15.000 Geschütze und 29.000 gepanzerte Fahrzeuge mehr. Sie müssen weg, wenn Europa dauerhaft sicher sein will."* (34)

Dagegen nimmt sich Genschers Konzept für die „konventionelle Stabilität" in Europa vom Atlantik bis zum Ural schon superschlau aus. Im ersten Schritt sollen ebenfalls Truppen, Panzer und Artillerie vermindert werden, bei den anderen Bereichen sei angeblich die „Definition und Abgrenzung" zu schwierig. Es sollen *„gemeinsame Höchststärken (...) leicht unter dem heutigen Niveau der NATO-Streitkräfte"* vereinbart werden. (22)(39) Also ein ganz klein bißchen soll im ersten Schritt auch die NATO abrüsten. Wenn die Sowjetunion diese Kröte geschluckt hat, dann will Genschers Konzept in den nächsten Schritten *„symmetrisch reduzieren"*, im zweiten Schritt ist an *„etwa 25 Prozent"* gedacht. (39)

Die Position der Sowjetunion

„In der Berliner Erklärung des Warschauer Paktes vom Mai 1987 stehen nach Meinung Bahrs ‚einige sensationelle Sachen'." (33) Die SPD hält die sowjetischen Vorschläge sogar für akzeptabel. Ansonsten wird notorisch überhört, was die Sowjetunion vorschlägt, das sollten wir also wiedergeben: *„Der sowjetische Sonderbotschafter bei der Stockholmer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Grinewsky, betonte das Interesse Moskaus an einer parallelen Reduzierung der Streitkräfte in Ost- und Westeuropa. Er wies darauf hin, daß seine Regierung die Verminderung der konventionellen Streitkräfte auf beiden Seiten um je 150.000 Soldaten innerhalb von zwei Jahren vorschlage; das könne ein erster Schritt (...) sein. In den frühen neunziger Jahren sollten dann die Streitkräfte um jeweils ein Viertel, das heißt eine halbe Million Soldaten auf beiden Seiten vermindert werden."* (41)

In dem wiedergegebenen Artikel der „Neuen Zeit" ist davon die Rede, daß die Asymmetrien der konventionellen Rüstung auf beiden Seiten beseitigt werden sollen. Dabei sind nach Vorstellung der Sowjetunion westlicherseits Vorsprünge bei der Luftwaffe und den Seestreitkräften festzustellen. Aber darüber will niemand in der NA-

den Seestreitkräften festzustellen. Aber darüber will niemand in der NA-



„Lance"-Kurzstreckenrakete der Bundeswehr mit amerikanischen Atomsprengkopf

TO verhandeln.

Natürlich kann sich die Sowjetunion ohne weiteres erlauben, ein Stück ihrer „Panzerüberlegenheit" abzubauen, d.h. alte Bestände demonstrativ dem Schrott zuführen, ansonsten dürfte das Prinzip der „einseitigen Abrüstung" der Sowjetunion schnell auf Grenzen stoßen. Da gibt es auch zahlreiche Warner im westlichen Lager, daß bei den vorgelegten Konzeptionen übertrieben werde. Ein Planer des Bonner Verteidigungsministeriums wandte etwa gegen den Plan der Staatssekretäre Holik und Rühl ein, *„da werde es schwerfallen, (...) den Sowjets klarzumachen, warum sie nicht im Verhältnis 3:1, sondern gleich 24:1 abrüsten sollen."* (34) Und Wolfram von Raven, der lieber gleich angemessen aufrüsten will, schrieb dazu: *„Wie aber will die Allianz den Kontrahenten zu der Einsicht bekehren, daß zunächst er allein seine Streitmacht auf einen Status schleifen muß, der zwar zur Verteidigung, nicht jedoch zum Angriff hinlangt? Wie soll es der Westen im Effekt purer Überredungskunst schaffen, daß der Osten sein Gewicht auf der Waage bis zur Balance der Kräfte sozusagen freiwillig reduziert? Manche beziehen aus dem INF-Vertrag solche kühnen Hoffnungen, da die Sowjets asymmetrische Maßnahmen akzeptiert haben."* (3) Manche, das umfaßt in der BRD von Strauß, Dregger, über Genscher bis hin zu SPD alle Parteien und ihre Großen. Wie erwähnt, möchten sie allerdings diesen Schritt der Sowjetunion mit einem Abkommen bei den atomaren Kurzstreckenraketen versüßen, zum Ärger ihrer NATO-Partner.

Über die atomare Brandmauer

Nach dem INF-Abkommen ist Westeuropa alles andere als von Atomwaffen entblößt. Weltweit umfaßt die Abrüstung weniger als drei und in Europa weniger als 10% der Atomwaffen. Der USA verbleiben noch rund 4.000 und der NATO insgesamt rund 6.000 Atomsprengköpfe in Europa. (40) Der NATO-Beschluß von Montobello 1983 war der Öffentlichkeit als „Schritt einseitiger Abrüstung" verkauft worden, mit dem die NATO ihren Atomwaffenbestand schließlich um 2.500 Sprengköpfe reduzieren wollte, darunter längst überholte Atomminen und vor allem die alten Schlachtfeldwaffen mit Reichweiten bis zu 40 km. Tatsächlich war damit eine Runderneuerung des gesamten Atompotential beschlossen worden, die bereits bei den Atomgranaten seit 1986 voll im Gange ist. Insgesamt sind 925 neue Artilleriegranaten vorgesehen. Der amerikanische Kongreß drängt aber auf höhere Stückzahlen. (42)(43)

Der NATO-Oberbefehlshaber Galvin meinte: *„Wir wären töricht, nicht unsererseits anzupassen und zu modernisieren. (...) Sonst blieben uns nur überholte und überflüssige Waffen zum Nutzen der anderen Seite übrig."* Und welche neuen Atomwaffen will er haben? *„Artilleriegeschosse, Kurzstreckenraketen wie die ‚Lance', Flugzeuge wie die F-111, die F-16A, den Tornado, statt der Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper, die jetzt fortfallen, sowie see- und luftgestützte Marschflugkörper. Diese sind alle unter dem INF-Abkommen zulässig."* (44)

„Ginge es nach den Briten, Amerikanern und Franzosen, so wäre zumindest eines klar: keine Verhandlungen über Atomwaffen mit Reichweiten von weniger als 500 Kilometern, gleichgül-

über Atomwaffen mit Reichweiten von weniger als 500 Kilometern, gleichgül-

tig, ob es sich um Gefechtsfeldwaffen (bis zu 150 km Reichweite) oder um Flugkörper kurzer Reichweite (150 bis 500 km) handelt." (45) Die NATO-Partner wollten die Gelegenheit nutzen, um jetzt ganz offen ihre atomaren Erneuerungspläne der Öffentlichkeit zu präsentieren, und Margret Thatcher forderte dies noch kürzlich auf dem NATO-Gipfel, obwohl die BRD vorher eine Aufschiebung der Sache bis 1990 ausgehandelt hatte. (Kohl auf seiner Washington-Reise) Schon Gorbatschows Zwischenstation in London vor dem Gipfel hatte Premierministerin Thatcher genutzt, um anzukündigen, Großbritannien habe das Recht, *„über luftgestützte Marschflugkörper mittlerer Reichweite zu verfügen (...) wenn die amerikanischen Cruise Missiles (...) vernichtet seien. (...) Sie wisse, daß die Sowjetunion selber energisch an der Herstellung von Marschflugkörpern aller Art arbeitet (...) und sie erwarten von uns das gleiche. Ich bemühe mich darum, unsere Verteidigung aufrechtzuerhalten."* Außerdem bestätigte sie, *„sie werde die Vereinigten Staaten um zwei Staffeln FB-111-Bomber mit Marschflugkörpern als Ersatz für die zu beseitigenden landgestützten Waffen bitten."* (46) *„Die für Ende der 90er Jahre geplanten Atomraketen sollen eine Reichweite von über 400 Kilometern haben und die bisherigen freifallenden Atombomben der Royal Air Force ablösen, die inzwischen 20 Jahre alt sind. (...) Gedacht ist an eine Weiterentwicklung des französischen ASMP-Systems, das von Mirage-Kampfflugzeugen aus abgeschossen wird. Die Briten wollen sie für ihre Zwecke mit eigenen Sprengköpfen versehen."* (47) Dazu muß man wissen, daß in Kooperation Frankreichs mit der BRD ein ähnlicher Marschflugkörper entwickelt wird, bloß darüber wird eben nicht so laut geredet.

Auch die USA planen eine flugzeuggestützte Abstandswaffe. Dabei gibt es noch diverse technische Probleme, so daß eine Stationierung noch nicht direkt akut ist. Insgesamt sind für Europa 1300 luftgestützte und 600 seegestützte Marschflugkörper vorgesehen. (42)

Der Streit um die Lance-Rakete

Kern des Streitpunktes ist die Modernisierung der Lance-Rakete, hier gibt die NATO vor, 88 Systeme zu besitzen, während die Sowjetunion 1.370 Kurzstreckenraketen haben soll. General a.D. Poeppel meint, auf dem Sektor landgestützter atomarer Kurzstreckenraketen habe *„die NATO nichts zu bieten"*, dennoch rechnet er „nur" mit einer *„achtfachen Überlegenheit"* der Sowjetunion. (3) Mehr bietet Egon Bahr, er hat 15:1 für die Sowjetunion errechnet. (33) Die Zahl 88 sei *„ein Witz"*, bestätigte inzwischen die BRD-Regierung, angeblich sei das Verteidigungsministerium sogar ins Erstaunen gekommen, als es jüngst die wahren Zahlen recherchiert hätte. (48) Die falsche Zahlen hatten sie nämlich *„in ihrem gerade veröffentlichten ‚Streitkräftevergleich 1987' angeführt. Das Bonner Verteidigungsministerium weist darauf hin, daß bei der Zahl 88 nur ‚Systeme' gezählt würden, nicht aber ‚Projektile'. (...) Gezählt würden nur die ‚ständig einsatzbereit gehaltenen Waffensysteme'. (...) Es ist bekannt, daß ein Abschußgestell theoretisch eine unbegrenzte Zahl von Raketen abfeuern kann. Wie viele Nachladeraketen es gibt, darin eben besteht eines der*

feuern kann. Wie viele Nachladeraketen es gibt, darin eben besteht eines der

von Militärs gehüteten Geheimnisse. Ebenso geheim ist die Zahl der Sprengköpfe." (49) So geheim sind die Zahlen nun wirklich nicht. Im Atomwaffenlexikon „Nuclear Battlefields" (49) waren sie ebenso zu lesen wie in der „Frankfurter Allgemeinen". In Westeuropa lagern 1.000 bis 2.000 Lance-Raketen, zwischen 600 und 700 haben Atomsprengköpfe, zudem noch 200 Neutronensprengköpfe in den USA. (40)(48) Auch die BRD, Italien, Belgien, Niederlande und Großbritannien besitzen Lance-Raketen. (42)

Es geht um ein Nachfolgesystem mit einer erweiterten Reichweite von 400 km, von denen die USA diesmal ganz offen angekündigt 1.000 Stück haben wollen. (50) Außerdem entwickeln die USA *„unter der Bezeichnung ‚Nachfolge für das Lance-System' (Follow on to Lance) eine völlig neue Rakete (Army-Tactical Missil-System, ATACMS), mit einer Reichweite von 130 bis 140 Kilometer bei konventionellem und 250 Kilometer bei nuklearem Sprengkopf. Diese Rakete ist als Geschoß für das Mehrfach-Artillerie-Raketenwerfersystem (MARS) vorgesehen, von denen über 600 in Westeuropa stationiert werden sollen. Die US-Armee in der Bundesrepublik ist bereits mit rund 300 MARS-Systemen ausgerüstet, für die bisher lediglich ein 40 Kilometer weit reichender konventioneller Sprengkopf existiert. Die Bundeswehr soll rund 200 der in westeuropäischer Koproduktion hergestellten MARS erhalten. Der Rest geht nach Großbritannien, Frankreich, Niederlande und Italien. Außerdem gibt es noch technische Probleme, die eine Serienproduktion der nuklearen Sprengköpfe vorläufig nicht zulassen."* (42)

Eine Runderneuerung der Atomwaffen der NATO ist also längst beschlossene Sache, die Vorbereitungen sind überall im Gange. Aus technischen Gründen stand jetzt nach dem INF-Abkommen keinerlei unmittelbare Entscheidung an. Es ging also um die politische Frage, ob die NATO jetzt offensiv diese atomare Aufrüstung bekanntmachen und öffentlich vertreten sollte, und da ist die BRD demonstrativ ausgeschert.

Je kürzer die Reichweite, um so toter die Deutschen

„In Bonn hat sich eine seltsame Koalition gebildet: Politiker aller Parteien sind sich einig, die Nato müsse auf das sowjetische Abrüstungswerben eingehen. (...) Frankreich und England, die kleinen Atommächte, blockieren in der Allianz derzeit alle Überlegungen, die doppelte Null-Lösung durch eine dritte zu ergänzen und die atomaren Kurzstreckenraketen zu reduzieren. Die Amerikaner konzentrieren sich ganz auf die Interkontinentalraketen. (...) Bahr: ‚Jetzt kann sich niemand der Erkenntnis entziehen, die ein General der Bundeswehr in die Worte gefaßt hat: Je kürzer die Reichweiten der Waffen um so deutscher die Wirkung." Es werde *„keine deutsche Zustimmung zu einer Modernisierung von Atomwaffen geben wird, mindestens nicht, solange nicht ein Gesamtkonzept des Westens für europäische Stabilität vorliegt. Das kann ich fast auch für die größere Koalitionspartei CDU/CSU sagen."* (33)

In der Frage der Notwendigkeit die Kurzstreckenraketen zu reduzieren, waren sich Waigl und Dregger (Fraktionsspitze von CDU/CSU) sogar mit Honnecker einig. (51)

„Dregger machte allerdings deutlich, daß die Union eine Null-Lösung

„Dregger machte allerdings deutlich, daß die Union eine Null-Lösung

bei diesen Systemen weiterhin ablehne. ‚Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will, daß die Kurzstreckensysteme auf einen Mindestbestand reduziert werden'." (51) Dabei scheint es sich zumindest teilweise um eine taktische Position zur Beruhigung der Verbündeten zu handeln. So schrieb die „Frankfurter Allgemeine": *„Es gilt in der Nato als verbürgt, daß Genscher jede Modernisierung dieser Waffen ablehnt und über ihren Abbau möglichst rasch verhandeln will — unterstützt von seiner Partei, erheblichen Teilen des größeren Koalitionspartners und der Opposition."* (45) Sogar Strauß soll nach seiner Moskau-Reise Kohl seine Zusage für eine dritte Null-Lösung gegeben haben. (52) Und so gab es zahlreiche warnende Stimmen. Günther Gillessen schrieb dazu:

„Wenn die deutsche Außenpolitik sich auf die Abschaffung der Kurzstreckenwaffen kaprizieren wollte, brächte sie nach dem Abzug der Mittelstreckenwaffen in der Mitte Europas zustande, was in der Vergangenheit als atomwaffenfreie Zone angeboten worden und gerade wegen der Gefahr einer ‚Singularisierung Deutschlands' von allen Bundesregierungen und unseren Verbündeten beharrlich abgelehnt worden ist. Könnte es eine tollere Volte deutscher Abrüstungspolitik geben, als auf sowjetische Vorschläge für Modernisierungsverzichte und die anschließende vollständige Abschaffung der Kurzstreckenwaffen einzugehen?" Das mußte natürlich zum Konflikt führen trotz gegenteiliger Bemühungen: *„Offene Kontroversen aber scheut man. Dazu ist die Frage zu wichtig. Also lautet ein Vorschlag, im Bündnis erst einmal ein Gesamtkonzept der Abrüstung herzustellen."* (45) Und so hört man nun überall aus BRD-Munde die Forderung nach einer Gesamtkonzeption der NATO für die Abrüstung. Genutzt hat es aber nicht viel, der Konflikt ist offen ausgetragen worden, witzigerweise mit umgekehrten Fronten: Denn 1987 waren es gerade Dregger und Strauß, die die Annahme der zweiten Null-Lösung vehement bekämpften und nun für die Dritte in der NATO Sturm laufen.

Günther Nonnenmacher kommentierte unter dem Titel *‚Das aufgeregte Bündnis"* in der FAZ den Streit so: *„Schließlich geriet das zu einer Geisterdiskussion: Einerseits wurde die Bundesregierung verdächtigt, eine dritte Null-Lösung und damit die ‚Denuklearisierung' Mitteleuropas anzustreben, andererseits machte Verteidigungsminister Weinberger die Frage der Kurzstreckenwaffen zu einer Probe, die auch über die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa und damit über den Kern der atlantischen Sicherheitsgarantie entscheide. (...) Es drohte das Bündnis im Streit der NATO-Partner zu zerfallen.*

Übertriebene Reaktionen spielten dabei auf beiden Seiten eine Rolle. Einige Bonner Politiker redeten sich in ein ‚Singularisierungs'-Trauma hinein — als ob nach dem Abzug der Mittelstreckenwaffen im Kriegsfall nur noch deutsches Territorium von atomarer Zerstörung bedroht wäre. Der Spruch ‚Je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen', der so griffig wie falsch ist, machte überparteilich die Runde. Das (...) verstärkte bei den Verbündeten die Befürchtung, die westdeutsche Politik sei den propagandistischen Initiativen und dem psychologischen Druck Moskaus schon zum Opfer gefallen.

Überzogen war es auf der anderen Seite aber auch, aus dem ‚Brandmauerkonzept' eine Art Härtetest für die Standhaftigkeit der Bonner Politik machen zu wollen. (...) Die nukleare Artillerie wirkt eher selbstabschreckend — nicht zuletzt deshalb hat die NATO in Montebello 1983 eine Verringerung dieser Waffen beschlossen." (54)

Man mag annehmen, daß der derzeitige „Abrüstungsschwung" schon vorher stecken bleibt, man mag bezweifeln, wie weit die BRD-Position bei den Kurzstreckenwaffen dazu angetan wäre, der Sowjetunion einseitige konventionelle Abrüstung „schmackhaft" zu machen. Doch schlauer ist sie allemal. In diesem Sinne kann man Egon Bahr zustimmen, der meinte: *„Wenn wir jetzt sagen, die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages kann nur ausgeglichen werden durch die atomaren Kurzstreckenraketen und Gefechtsfeldwaffen, die wir haben, und wenn es das Ziel ist, diese Überlegenheit zu beseitigen, dann ist automatisch klar, daß die atomaren Waffen mitbehandelt werden müssen."* (33)

HH

ANMERKUNGEN

(1) FAZ, 14.12.87
(2) Spiegel, 29.2.88
(3) Europäische Wehrkunde 1/88; die Europäische Wehrkunde ist eine Art Zentralorgan
sche Wehrkunde ist eine Art Zentralorgan
des Militärskorps der BRD
(4) zitiert nach der schweizer „Friedenszeitung", März 1988
(5) Andreas Zumach in taz, 3.2.88
(6) Peter Simonitsch in Tages-Anzeiger vom 4.2.88
(7) lt. (5) liege die Einsatzfähigkeit sogar bei unter zehn Prozent
(8) Ottfried Nassauer in „Militärheimat Hunsrück", Jungjohann-Verlag
(9) FAZ, 28.12.87
(10) Werner Dorsch; taz, 2.2.88
(11) Andreas Zumach; taz, 19.2.88
(12) FAZ, 23.2.88
(13) Julius Lehlbach in FR, 15.1.88
(14) FR, 18.2.88
(15) „SPD und C-Waffen: Geheimhaltung der Giftgaslager geht auf Willy Brandt zurück"; AK 230; 7.2.83; S. 12
(16) FAZ, 22.2.88
(17) FAZ, 7.12.87
(18) FAZ, 18.1.88
(19) FAZ, 11.11.87 lt. IISS, das Londoner Institut für strategische Studien
(20) FR, 3.3.88
(21) die SS NX-21, lt. FR, 29.12.87
(22) FAZ, 2.12.87
(23) Jan Reifenberg in: FAZ, 25.1.88
(24) FR, 23.1.88
(25) START = Stratecic Arms Reduction Talks
(26) s. FAZ, 20.2.88
(27) FAZ, 31.12.87
(28) „Abrüstung braucht Ausgleich", Karl Feldmeyer in FAZ, 11.11.87
(29) Europäische Wehrkunde 10/87
(30) FR, 3.3.88
(31) FAZ, 17.2.88
(32) „Die Verbündeten gegen dritte ‚Null-Lösung'; Karl Feldmeyer in FAZ, 3.12.87
(33) Spiegel, 25.1.88
(34) Spiegel, 29.2.88
(35) FAZ, 22.2.88; lt. einer Studie von Senator Levin herrscht *„ungefähre Parität"*, selbst bei den modernen Panzern
(36) FAZ, 2.12.87: Der Verteidigungsausschuß der Parlamentarier der WEU kritisierte zahlreiche Kräftevergleiche; nach seiner Rechnung hat die NATO mehr Panzer der neusten Generation, 23.000 Panzer der SU stammen aus den 50er Jahren aber nur 2.300 beim Westen
(37) FR, 3.12.87 und FR, 8.12.87
(38) Spiegel, 23.11.87
(39) Spiegel, 30.11.87
(40) FAZ, 9.12.87
(41) „Moskau gibt konventionelle Asymmetrien zu"; FAZ, 2.12.88
(42) taz, 22.2.88
(43) in taz vom 18.2.88
(44) FAZ, 9.1.88
(45) „Die Verbündeten gegen dritte ‚Null-Lösung'"; Karl Feldmeyer in FAZ,3.12.87
(46) FAZ, 12.2.88
(47) FR, 16.12.87
(48) Spiegel, 22.2.88
(49) FR, 26.2.88
(50) Zeit, 5.2.88
(51) FAZ, 6.1.88
(52) Spiegel 11.1.88
(53) FAZ, 14.1.88
(54) FAZ, 25.2.88

80.000 Akten verschwunden:

Document-Center zur Übergabe bereinigt?

„Die freie Welt kann es sich nicht leisten, daß ehemalige führende Nationalsozialisten geschützt durch eine Art Gentleman-Abkommen, ihre Vergangenheit nicht zu erörtern oder zu enthüllen, in hohen Ämtern verbleiben. In einem Land mit einem so komplizierten beunruhigenden und gefährlichen politischen Hintergrund wie dem Westdeutschlands überwiegt das Risiko des Verschweigens bei weitem das Risiko der Enthüllung". (1) Der amerikanische jüdische Kongreß protestierte damit gegen eine stillschweigende Übereinkunft zwischen dem amerikanischen Außenministerium und der Bundesregierung, keine Auskünfte mehr über die frühere Rolle ehemaliger Nationalsozialisten in der Bundesrepublik zu erteilen. Es war bekannt, daß in den Stahlkammern des unter amerikanischer Aufsicht stehenden Document-Center belastende Akten solch ehrenwerter Persönlichkeiten wie z.B. Hans Filbinger, Hans Globke, Kurt Georg Kiesinger, Theodor Oberländer oder Hans Martin Schleyer abgesichert vor sich hinverjährten. Möglicherweise wurde dieses Problem zwischenzeitlich auf andere Art und Weise gelöst: Etwa 30.000 bis 80.000 Akten sind aus dem Document-Center gestohlen worden. Mindestens 10.000 dieser Akten gelten als „hochbrisant". (2)

Jahrelang wurden massenweise Akten aus den Berliner Document-Center geschleppt

Nach offizieller Lesart wurden die jetzigen Aktivitäten durch einen anonymen Anruf ausgelöst. Die Westberliner Justiz soll mit einem halben Jahr Verspätung eingeschaltet worden sein. Inzwischen wird gegen den stellvertretenden Leiter des Document-Center und weitere Bedienstete ermittelt.

Bei einer Hausdurchsuchung wurden Hunderte Kopien von Originalen gefunden, die aus dem Document-Center stammen sollen. Die Originale wurden über Antiquitäten- und „Militaria"-Händler verkauft. Bereits Mitte Dezember 1987 wurden in München und Hamburg Originale gefunden, die mit den in Westberlin sichergestellten Fotokopien übereinstimmten: Im „Hanseatischen Auktionshaus für Historica" (Hamburg) wurden 900 Dokumente mit einem Verkaufspreis von 200 bis 5000 Mark beschlagnahmt. Der Besitzer, A.Schäfer soll in dieser Szene eine Schlüsselrolle spielen. Gegen ihn wurde im gleichen Zusammenhang 1983 erfolglos ermittelt. In einem Münchner Militaria-Laden wurden 600 Dokumente sichergestellt.

Ermittelt wird in dieser Sache nicht zum erstenmal. 1982 äußerte der Leiter des Bundesarchivs in Koblenz, Hans Booms, gegenüber dem Bundesinnenministerium den Verdacht, daß Akten nicht mehr auffindbar seien. Nach Darstellung

Booms, gegenüber dem Bundesinnenministerium den Verdacht, daß Akten nicht mehr auffindbar seien. Nach Darstellung

des Westberliner Justizsenators Scholz gab es 1983 erste Hinweise seitens der US-Mission, daß in Stuttgart und Fulda Originalunterlagen aus dem Center aufgetaucht sein sollten. Damals hätten ganze 17 Blätter als entwendet gegolten, die aber nicht als relevant eingestuft worden seien. In Großbritannien tauchten 50 Dokumente auf. Im Frankfurter Raum wurden etwa 20 bis 30 Unterlagen gefunden. Die Ermittlungen wurden 1986 ergebnislos eingestellt. Scholz erklärte im Rechtsausschuß, er habe keine Notwendigkeit gesehen, die Öffentlichkeit über die Aktendiebstähle und das Ermittlungsverfahren zu informieren. Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Berlin, in einem Brief an US-Außenminister Shultz: *„Es ist schier unverständlich, daß unter diesen Umständen bereits seit dem Jahr 1982 dieser Skandal wenigen Eingeweihten bekannt ist und daß in die diesbezüglichen Nachforschungen auch deutsche Stellen involviert sind, ohne daß irgend etwas von den dunklen Ereignissen im 'Document Center' an die Öffentlichkeit gedrungen wäre".* (3) Für ihn sei der Eindruck entstanden, daß offizielle Stellen die skandalösen Vorgänge vertuschen wollten.

„Was ist eine politisch heiße Kartoffel ?"....

Die Hintergründe und die damit verfolgten Absichten der jahrelangen Diebstähle werden ganz unterschiedlich interpretiert und bewertet. Für die Berliner Staatsanwaltschaft geht es um Hehlerei. Der Handel habe die Absicht gehabt, hohe Gewinne zu erzielen. Ein Hinweis auf Erpressungen liege nicht vor. Allerdings wird davon ausgegangen, daß das Verschwinden der Akten nicht von einer Einzelperson, sondern von einer 'ganzen Clique' zu verantworten sei. Nach Ansicht von Scholz liegt die Vermutung nahe, daß auf Bestellung gestohlen worden sei. Für die „Berliner Morgenpost" steckt hinter dem Fall eine Organisation, die die Akten zur Erpressung benutze.

Der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Steim, hat Zweifel, ob die gestohlenen Akten zu Erpressungszwecken benutzt werden könnnten. In der Ludwigsburger Zentralstelle sei schließlich in den Jahren 1965 bis 1972 eine systematische Aufklärung von Nazi-Verbrechen erfolgt. Außerdem hielten die Akten des Document-Center keine konkreten NS-Verbrechen fest. Der Präsident des Bundesarchivs in Koblenz, Heinz Booms, geht durchaus von Erpressung aus. Heinz Galinski sieht als Täter *„bestimmte Kreise, die zu den Belasteten gehören und ein Interesse daran haben, daß ihre Akten der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind".* (4)

Ein Blick in das Document-Center macht die möglichen Interessen gewisser Kreise an den Akten schon etwas deutlicher. Einer, der es nun ganz genau wissen muß, der amerikanische Direktor des Document-Centers, Daniel P. Simon, äußerte sich am 20. Februar 1978 in einer Panorama-Sendung zu dieser Thematik: Das Document-Center sei für ihn eine *„politisch heiße Kartoffel, oder etwas mehr als das"*, weil eine *„Menge Leute noch sehr lebendig (sind), die Mitglieder in der SS oder der Partei waren".* Er sei *„sicher, brächte man ihre Namen in Verbindung mit ihren Aktivitäten, so würden sie und die deutsche Regierung Schwierigkeiten bekommen".* (5)

Akte eines Richters: 250 Todesurteile gefällt und wieder unbelangt und unangefochten im „Dienst".

Im Document-Center lagern etwa 30 Millionen Akten. Es sind keinesfalls nur Karteikarten, sondern auch komplette Schriftwechsel.

Es gibt in diesen Akten, so der Journalist Götz Aly, sehr wohl Unterlagen, die unmittelbar zu Ermittlungsverfahren Anlaß geben könnten. Es handelt sich weniger um Personalakten sondern eher um personenbezogene Dossiers, die nach Namen auseinandergenommen und anderen zugeordnet wurden. Einzelne Blätter liegen lose und unnummeriert in Mappen. (6) Die Historikerin H. Brenner, die anfang der sechziger Jahre Zugang zu Dokumenten um den in Nürnberg zum Tode verurteilten NS-Ideologen Alfred Rosenberg hatte, fand vielfältige Veflechtungen der Alt-Prominenz mit dem Kultur-Betrieb der Nazis und „haufenweise gefledderte" Akten .(7)
Dort lagern:

tur-Betrieb der Nazis und „haufenweise gefledderte" Akten .(7)
Dort lagern:

— die NSDAP-Mitgliederkartei, zu neunzig Prozent komplett, mit mehr als zehn Millionen blauen, gelben und grünen Original-Karteikarten, oft mit beigehefteten Photographien;
— etwa eineinhalb Millionen Akten mit Parteikorrespondenz, bis hin zu den Gehaltsstreifen NS-Besoldeter oder Verletzungsmeldungen, die nach Auseinandersetzungen mit Kommunisten beim „Amt für Unterstützungsfonds der NSDAP" eingereicht wurden;
— rund 90 000 Akten des Obersten Parteigerichts, mit Lebensläufen von Richtern und Beisitzern und Angaben über Ausschlußgründe, unter anderem Vertrauensbruch, Freimaurerei oder Homosexualität;
— Karteikarten von 800 000 SA- und SS-Mitgliedern, Personalunterlagen der allgemeinen SS und der Waffen-SS ab Untersturmbandführer, vollständig zu 70 Prozent, wie der SA, eine Viertelmillion Blätter, sortiert, mit Lebenslauf und Lichtbild;
— 238 600 Dossiers des Rasse- und Siedlungshauptamtes;
— Akten über „Blutrichter", über Verfahren am berüchtigten Freislerschen Volksgerichtshof (ca. 50 000 Stück);
— Aktensammlungen über die Reichsärztekammer (72 000), des NS-Lehrerbundes (491 761) und der Reichskulturkammer (185 000);
— handschriftliche Huldigungen an NS-Größen bis hin zum „Führer";
— Unterlagen über rund 2,5 Millionen „Volksdeutsche", die zur Zeit des Nationalsozialismus nach Deutschland kamen.

David Binder, der erste Berichterstatter, der das Document-Center besuchen durfte, sah Holzschubladen mit den Namen „Theodor Oberländer" oder „Gerhard Schröder". Die Akten über von Nazi-Gerichten verhängten Todesurteilen werden in riesigen unterirdischen Kammern hinter Stahltüren aufbewahrt. (8)

Der Grundstock des Document-Center ist die fast vollständige Kartei der NSDAP. Sie wurde am 30. April 1945 von US-Alliierten Truppen aus einer Papiermühle bei München geholt. Zwei Wochen zuvor hatten die Nazis tonnenweise Akten dorthin transportiert, um alle Beweise vor den anrückenden alliierten Truppen zu vernichten. Weitere Teile des Archives stammen aus Aktenbeschlagnahmungen, die nach 1945 in verschiedenen Städten durchgeführt wurden. Das Document-Center wurde dann zu einer zentralen Sammelstelle. Der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten wird bis heute Auskunft und Zugang verweigert.



Drohende Schatten für die einen, Herrschaftsinstrument für die anderen ....

Die unvorhergesehene Existenz einer solch umfangreichen Sammlung von Dokumenten über Verbrechen, Verstrickungen, Beteiligungen an Massenmorden und Mitläufertum während der Zeit des Nationalsozialismus, bereitete offensichtlich einer Menge Menschen, die nun mit viel Geschick und Geld ihre nationalsozialistische Gesinnung und Vergangenheit mit einem neuen, demokratischen Outfit versehen hatten, arges Kopfzerbrechen. Auch die US-Alliierten bekamen ihre Schwierigkeiten mit diesem historischen Erbe, verbanden sie doch damit ganz unterschiedliche Interessen. War möglicherweise unmittelbar nach dem Sieg über den Nationalsozialismus auf Grund des erlebten Grauens an eine ernsthafte Anklage, Verurteilung und Entnazifizierung gedacht, veränderte sich dies mit dem Interesse an einer Bundesrepublik, die Bollwerk gegen den Osten werden sollte (Remilitarisierung, Kalter Krieg, Nato usw.). Die dort gelagerten Doku-

die Bollwerk gegen den Osten werden sollte (Remilitarisierung, Kalter Krieg, Nato usw.). Die dort gelagerten Doku-

mente belasteten viele der bundesdeutschen Garanten dieser Politik (Schröder, Globke, Kiesinger, Lübke, Gerstenmeier und und und....). Diese Akten mußten also unter Verschluß, bzw. je nach Lage nutzbar bleiben. Bekannt ist auch, daß zahlreiche NS-Verbrecher, die im militärischen, geheimdienstlichen, wissenschaftlichen oder politischen Bereich tätig waren, vor allem vom amerikanischen Geheimdienst mit neuer Vita ausgestattet, wenn nötig außer Landes geschafft, gedeckt und einer Strafverfolgung entzogen wurden (beispielsweise konnte der „Schlächter von Lyon", Klaus Barbie auf diesem Wege untertauchen). In einem solchen politischen Klima mußten die brisanten Dokumente solange unter absolutem Verschluß und einer kritischen Öffentlichkeit vorenthalten bleiben, bis man das Vermächtnis in jeder Weise entsprechend den eigenen oder den Interessen der befreundeten Verbündeten im Griff hatte.

Das wird an den sich nun seit Jahrzehnten hinziehenden Übergabeverhandlungen und den rigiden Zugangsregelungen deutlich. Karl-Heinz Hansen, ehemaliger SPD-Abgeordneter, wegen seiner hartnäckigen Bemühungen um eine Nutzung des Document-Centers zur Strafverfolgung ehemaliger Nazis auch unter den ehemaligen Parteifreunden unbeliebt, spricht von einer *„'Schutzgemeinschaft' der Regierungen in Washington und Bonn zum Zwecke ... alle Löcher zu stopfen, aus denen heraus Informationen hätten an die Öffentlichkeit kommen können über das Wirken prominenter Nazis, die in die Dienste der beiden Regierungen wechselten".* (9)

In den ersten Jahren nach 1945 wurde das Archiv hauptsächlich für die „Sicherheitsbedürfnisse" der westlichen Alliierten ausgewertet — womit sicherlich sehr unterschiedliche Dinge gemeint sind. Späterhin wurde auch den mit der Entnazifizierung beauftragten Spruchkammern und deutschen Behörden in den West-Zonen Auskunft erteilt, aber grundsätzlich nur an *„Behörden, sowie Gerichte und Staatsanwaltschaften, sofern ein rechtliches Interesse glaubhaft gemacht wird".* (10) Einzelpersonen, auch Rechtsanwälte, wie Opfer von NS-Opfern, Kulturschaffende wie z.B. Bernt Engelmann (wollte Einsicht in die Schleyer-Akte) erhalten keine, es sei denn, das Innenministerium erteilt eine Genehmigung: *„Grundlage der Bearbeitung von Benutzungsanträgen deutscher Staatsbürger ... sind im wesentlichen mündliche Absprachen zwischen der deutschen und amerikanischen Seite aus dem Jahre 1958. Danach bedürfen solche Anträge einer Befürwortung des Leiters des Geschäftsbereichs des Inneren beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin, der vorher die Stellungnahme des Bundesarchivs einholt".* (11) Wie peinlich genau vor allem die Bundesregierung auf den Zugang achtet, wird an einer Auseinandersetzung aus dem Jahre 1960 deutlich. Damals wurde englischen Journalisten die Einsicht in die Akten Oberländer, Schröder und Globke verweigert. Insbesondere amerikanische Journalisten hatten Erlaubnis erhalten, bestimmte Einzeldokumente ehemaliger NSDAP-Mitglieder einzusehen. Diese Regelung wurde aber ganz plötzlich gestoppt,weil *„aus Kreisen der Bundesregierung dringend gebeten worden war, auch US-Journalisten keine Einsicht mehr... zu gestatten. Die Journalisten hätten sich im Zusammenhang mit der antisemitischen Untatenwelle sehr für die Akten gegenwärtiger und früherer Bundesminister interessiert".* (12) Bis auf eine Ausnahme — den Eichmann-Prozeß in Israel — hat das Document-Center nie eine Originalakte herausgerückt.

Seit 1967 drängen die USA auf eine

in Israel — hat das Document-Center nie eine Originalakte herausgerückt.
Seit 1967 drängen die USA auf eine

Übernahme des Document-Center in bundesdeutsche Verantwortung, was allerdings bis heute scheiterte: 1967, weil die USA auf einem Zugangsrecht beharrte, und jüdische Verbände in den USA Sorge hatten, der Zugang könne erschwert werden. 1970 wurde die Bundesregierung aufgefordert, wegen der Verjährung der Nazi-Verbrechen (1979) das Archiv zu übernehmen, und mit dem 1968 in Kraft getretenen § 50 Abs. 2 des Strafgesetzbuches wurde die Verfolgung von Nazi-Verbrechen vom Parlament erschwert. Begünstigt wurde durch rückwirkende Verjährung die an NS-Mordtaten beteiligten Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes. 1971 waren es dann „Probleme mit dem Berlin-Status", 1972 „Probleme mit der Benutzungsordnung und Bewachung", 1973 mit „finanziellen, hauswirtschaftlichen, sozialen Fragen der Beschäftigten, Fragen der Sicherheit des Archivs gegen gewaltsame Übergriffe", 1974 waren die beidseitigen Differenzen zu groß und die *„Bundesregierung hielt es nicht für opportun, die Verhandlungen in der Sache weiterzuführen"*, 1976 ist es zu keiner Einigung gekommen, weil die USA den uneingeschränkten Zugang nicht gesichert sahen, 1979 sagte der damalige Bundeskanzler Schmidt die Übernahme bis 1981 zu. (13) Im Dezember 1982 gab es einen angeblich unterschriftsreifen Vertragsentwurf und genügend finanzielle Mittel, aber aus „technischen und juristischen Gründen werden die USA die Übergabe 1982 jedoch nicht vollziehen können" (14).

1984 wurde eine Änderung der Zugangspraxis verlangt, da die jetzigen Vorschriften *„Willkür ermöglichen, die tatsächliche Benutzung verhindern und dem Schutz der ehemaligen Nationalsozialisten dienen".* (15)

Das gegenwärtigen Problem scheint also zu sein, wie das Document-Center in die Verantwortung der Bundesregierung übergeben werden kann, ohne es zugleich öffentlich zugänglich zu machen. Die Voraussetzungen sind von Bundesinnenminster Zimmermann nun mit dem am 6. Januar 1988 verabschiedeten Bundesarchivgesetz *„Die Benutzung (ist) nicht zulässig, soweit Grund zu der Annahme besteht, daß das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet würde oder schutzwürdige Belange Dritter entgegenstehen, oder die Geheimhaltungspflicht ... des Strafgesetzbuches oder anderer Rechtsvorschriften des Bundes über Geheimhaltung verletzt würden."* Zimmermann wäre auch ermächtigt, eine Benutzungsordnung zu verordnen — im Einvernehmen mit dem Kriegsminister, so ist die bisherige Praxis.

„Die deutschen Erben wollten ihren Nachlaß noch mindestens 14 Jahre ausschlagen: 1990" so habe die Washington Post errechnet, *„wären alle Funktionäre des Hitler-Regimes tot."* (16) Sollte es dennoch einen Überlebenden geben, so wird die restriktive Benutzungsordnung dafür sorgen, daß es nur noch „späte Geburten" geben wird. Und diese fühlen sich für diese Vergangenheit nicht mehr verantwortlich. Adorno hat das einmal so bezeichnet:

„Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie. .. nur darum machen zwielichtige Figuren ihr come back in Machtpositionen, weil die Verhältnisse sie begünstigen." (17)

Wo liegt der eigentliche Skandal....?

Die bisher bekannt gewordenen Fakten um die jahrelangen Aktendiebstähle aus dem mit Stacheldraht umgebenen und angeblich streng bewachten Document-Center sind sehr widersprüchlich und werfen eine ganze Menge Fragen auf. Wie ist es möglich, daß von 1983 — in diesem Jahr ermittelte, soweit bekannt, die Staatsanwaltschaft zum ersten mal wegen 17 nicht auffindbarer Akten — bis 1987 70 983 Akten unbemerkt die Sperren verließen. Doch wohl nicht nur in Aktentaschen, die unverständlicher Weise erst seit 1988 kontrolliert werden. Die Tatsache, daß der florierende Aktenhandel in Insiderkreisen seit langem bekannt ist, andererseits aber keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, läßt auf Absicht schließen.

Widersprüchlich ist die unterschiedliche Bewertung der gestohlenen Akten. Wird einerseits gesagt, daß bereits in den 50er Jahren mehrere Dutzend Staatsanwälte die Aktenberge durchgekämmt haben und keinerlei bedeutende Akten dort mehr lagern, die wichtigstenAkten sicher verschlossen seien, heißt es andererseits es seien mindestens 10 000 „brisante" Akten gestohlen, die sich durchaus zu Er-

verschlossen seien, heißt es andererseits es seien mindestens 10 000 „brisante" Akten gestohlen, die sich durchaus zu Er-

pressungen eignen. Ebenfalls ist bekannt, daß dort Akten lagern, die eine Grundlage für Strafverfolgung bieten.

Eindeutig steht bisher lediglich fest, daß geklaut wurde, daß es einen schwunghaften Handel im Militaria-NS-Bereich gibt. Es ist auch vorstellbar, daß auf Bestellung geklaut wurde, entweder zum Zwecke der Erpressung oder zur Beseitigung des Schattens aus der Vergangenheit. Was aber kann sich an wirklich bedeutenden Akten dort noch befinden, wenn Staatsanwälte, Behördenvertreter, Geheimdienste und sonstige „Beauftragte" die Akten seit Jahren auf „brisantes" durchsieben und geg. beseitigen konnten. Wer die bundesdeutsche Justiz im Umgang mit der Bewältigung der eigenen Vergangenheit und der Strafverfolgung und Verurteilung von Nazi-Verbrechern kennt, wird genug Phantasie haben, um sich vorstellen zu können, daß hier schon frühzeitig auch im Sinne einer Strafverhinderung gewühlt und gesiebt wurde.

Die jetzige Aufregung könnte auch ein Versuch sein, zu vertuschen, daß eine Menge bedeutsamer Akten im Sinne einer Bereinigung vor einer Übergabe verschwunden sind, und mit den Zahlenspielereien erhebliche Verwirrung geschaffen wird, etwa in dem Sinne, daß es bei einer solch schlampigen Aktenführung und Kontrolle der Unterschied zwischen 80 000, 100 000 oder noch mehr nicht mehr so groß und verwunderlich ist. Der Kreis, der einen Überblick hat, was dort wirklich lagert oder lagerte, dürfte denkbar klein sein.

Wahrscheinlicher ist allerdings, daß die jetzigen Aktivitäten u.a. der Springer-Presse vor allem zum Ziele haben, Druck auf politischer Ebene auszuüben, um das Document-Center möglichst rasch über eine Zimmermannsche

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Benutzungsordnung auf Grundlage des neuen Bundesarchivgesetzes unter Kontrolle zu bringen.

Ob eine Übergabe des Document-Center unter bundesdeutsche Verantwortung eine wünschenswertere Lösung ist, als die jetzige amerikanische Zuständigkeit/Aufsicht erscheint nicht nur angesichts der hierzulande herrschenden „Vergangenheitsbewältigung", sondern auch im Zusammenhang mit der Behandlung von NS-Prozessen (schleppende Strafverfolgung, diskriminierdende Behandlung der NS-Opfer und Belastungszeugen, geringe Verurteilungsquote und Strafmaß, häufige Freisprüche mangels Beweisen, oder Einstellung der Verfahren wegen Prozeßunfähigkeit usw.usf) äusserst zweifelhaft.

Erinnert sei daran, daß die Nachkriegsjustiz keinen „Blutrichter" verurteilt hat. Nicht einmal eine Begnadigung war erforderlich:

Gegen die Richter des Volksgerichtshofes wird nicht mehr ermittelt — und diese Akten lagern im Document-Center.

Zimmermannsche Aufsicht über das Document-Center wird möglicherweise vorhandene „brisanten" Akten für ewig — wo auch immer — verschwinden lassen. Verlust von Beweismaterialien durch schlampigen Umgang oder Vernichtung mit stillschweigender Duldung, bzw. Beteiligung staatlicher Stellen ist hierzulande ja nicht ganz ungewöhnlich: Zu erinnern wäre an die sogenannten „RAF-Selbstmorde" in Stammheim (Vernichtung der entscheidenden Spur 6), die korrupten Schiebereien der Atom-Mafia (Nukem/Alkem, Transnuklear), der U-Boot-Deal mit Südafrika ... und alle sonstigen in der letzten Zeit bekanntgewordenen Skandale, an denen führende Politiker der BRD beteiligt waren.

Die Frage, unter wessen Aufsicht das Document-Center stehen wird, ist relativ belanglos, wenn folgende Forderungen erfüllt sind:

— Der Dokumentenbestand muß gegen Diebstahl, Feuer oder sonstige Zerstörungsmöglichkeiten u.a. auf Mirkofilm gesichert werden.

— Der öffentliche Zugang zu allen Akten muß gesichert sein; strafrechtliche Ermittlungen und wissenschaftliche Forschung müssen unbehindert und mit aktiver Unterstützung der Fachbehörden möglich sein.

— Alle Dokumente auch die fehlenden müssen exakt erfaßt werden.

Parallel oder vor einem solchen Schritt muß offengelegt werden, welche und wieviele Akten fehlen, wie groß der tatsächliche Umfang der dort gelagerten Dokumente ist, welche Akten an andere Insitutionen abgegeben wurden und wie der ursprüngliche Aktenbestand rekonstruiert werden kann. Ein bereinigtes Archiv hätte für die Öffentlichkeit nur bedingten Wert.

ert werden kann. Ein bereinigtes Archiv hätte für die Öffentlichkeit nur bedingten Wert.

Die Entscheidung über die zukünftige Organisationsform des Document-Center (Stiftung, Curatorium, Institut, Forschungsstätte, Mahnmal und Gedenkstätte usw.) sollten wirklich ausschließlich jene fällen, die vor allem unter der Herrschaft des Nationalsozialismus und jenem gelitten haben, was in dem Document-Center mit allen Mitteln geheimgehalten wird.

Heinz Galinki hat auf die Bedeutung des Document-Center in seinem Brief an US-Außenminister Shultz hingewiesen: *„Meine Empörung über diesenTatbestand wird noch größer angesichts der Stimmen aus gewissen Historikerkreisen, die es heute noch und wieder versuchen, die historische Wahrheit, die mit den besagten Akten zu belegen gewesen wäre, zu leugnen und zu verharmlosen. Erst wenn man bedenkt, daß es maßgebliche Historiker gibt, die die Einmaligkeit der NS-Verbrechen Zweifel unterziehen, wird der Wert dieser Dokumentation für die Aufklärung der heranwachsenden Generation in vollen Außmaß deutlich." (18)*

Cl.

Anmerkungen:
(1) Berliner Tagesspiegel, 10. Februar 1960
(2) Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 1971
(3) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 26. Februar 1988
(4) Der Spiegel, 8/1988
(5) Deutsche Volkszeitung/die tat, 19. Februar 1988
(6) taz, 17. Februar 1988
(7) Der Spiegel, 8/1988
(8) Daily Mail, 20. Januar 1960 und Berliner Morgenpost, 5. Folge, Februar 1988
(9) Deutsche Volkszeitung/die tat 19. Februar 1988
(10) Ehemalige Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski, 2. Februar 1976
(11) Bundesinnenminister Zimmermann, 22. November 1982
(12) PPP, 25. Januar 1960
(13) Letzteres aus Karl-Heinz Hansen „Die ungeliebten Akten des US-Document-Centers" in DVZ/die tat, 19. Februar 1988 - ein sehr ausführlicher Artikel zu der ganzen Übernahme-Auseinandersetzung.
(14) s. (13)
(15) Antrag der Berliner SPD-Fraktion, s. (13)
(16) Die Welt, 7. Februar 1979
(17) Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, suhrkamp Taschenbuch, S. 10
(18) Allgemeine Jüdische Wochenschau, 19. Februar 1988

Ausgrenzung und Assimilationismus — die zwei Seiten der kulturrassistischen Medaille

Von Yaron Matras



I. Staatliche Politik

Wer im letzten halben Jahr die Diskussion um das Wahlrecht für Einwanderer aufmerksam verfolgt hat, dem dürfte eine auf den ersten Blick äußerst merkwürdig vorkommende Taktik der CDU aufgefallen sein: Ihren Versuch, aus der Defensive herauszukommen (das Thema „Wahlrecht" wurde im letzten Juni von den Gewerkschaften und der SPD aufgegriffen) und in die Offensive überzugehen knüpfte die Regierungspartei an ihre alte Parole der „Integration", um in demagogischer Manier diejenigen, die das kommunale Wahlrecht fordern, „liberal" zu überholen: Das kommunale Wahlrecht stelle nur eine Teil-Gleichheit, eine Teil-Integration dar; die CDU dagegen wolle die *volle* Gleichstellung durch die erleichterte Einbürgerung erreichen, als „Abschluß eines vollzogenen Integrationsprozesses", wie es Staatssekretär Spranger ausdrückte (1).

Eliminierung der Unterschiede

Nun weiß jeder, daß es der CDU kaum

Eliminierung der Unterschiede

Nun weiß jeder, daß es der CDU kaum darum geht, das von den Sozialdemokraten verbal propagierte, begrenzte Mitbestimmungsrecht für „ausländische Mitbürger" zu erweitern. Die „erleichterte Einbürgerung" — wie das gesamte Konzept der Integration — ist vielmehr ein Glied in einer Kette von Praktiken, die gemeinsam die deutsch-nationale, minderheitenfeindliche Politik charakterisieren. „Integration ist nur möglich bei strikter Begrenzung des weiteren Zuzugs", sagte Spranger und wiederholte damit die bekannten Prinzipien der „Ausländerpolitik" Zimmermanns: „Begrenzung, Rückkehrförderung, Integration". Eine widersprüchliche „Aufnahmebereitschaft" von „Fremden"? Wohl kaum, denn die politische Ordnung der BRD, die sich durch das gemeinschaftliche, national-ethische Bewußtsein legitimieren läßt, fühlt sich durch die Existenz von ethnischen Minderheiten, die das Bekenntnis zum nationalen Staat nicht von vornherein abliefern können und wollen, schlicht und einfach verunsichert. Diese fallen aus dem Rahmen des nationalen Grundkonsens heraus, in ihrer kulturellen Selbständigkeit *„steckt ein Stück Systemkritik und ein mögliches Widerstandspotential"*(2). Eine Herrschaftsform, die ihre Untertanen durch die Betonung der *gemeinsamen* Abstammung sowie der kollektiven „Schicksalsgemeinschaft" zur Loyalität auffordert, kann in diesem sensiblen Bereich keine Gegensätze tolerieren. Der leitende Faden jeder rassistischen Politik ist daher die Eliminierung von Unterschieden innerhalb der Gemeinschaft, entweder durch die Abgrenzung von anderen bzw. ihre Ausgrenzung aus der Gesellschaft überhaupt, oder durch die Nivellierung der kulturell-ethnischen Unterschiede, durch die Vorenthaltung kultureller Rechte, durch die Assimilation oder die „kulturelle Integration".

In diesem Sinne bildet das Zimmermannsche Drei-Punkte-Programm aus der Sicht der Bundesregierung den idealen Weg zur Bewältigung der Post-Anwerbestopp-Realität: Neue dürfen nicht rein, dazu die Verschärfung der Asylgesetze und des Familiennachzuges; so viele wie möglich sollen raus, dazu die „sanfte" Förderung der „Rückkehrbereitschaft" sowie die „härtere" Abschiebepraxis. Diese bilden die eine Seite der rassistischen Politik, nämlich die Ausgrenzungsstrategien. Diese Ausgrenzungsmaßnahmen werden auch nicht zufällig von kulturellen Argumentationen begleitet: Basiert die existierende politische Ordnung auf der wirtschaftlichen Macht der herrschenden Klasse und Kreise, und sehen sich diese zu Zeiten einer Wirtschaftskrise durch den Unmut der Bevölkerung in ihrer Herrschaft verunsichert und zur „Eindämmung" der Immigration — zur Verhinderung weiterer Spannungen auf dem Arbeitsmarkt — gezwungen, so würde man erwarten, daß die Regierenden sich eben dieser, auf die Lage der Wirtschaft bezogenen Argumentation zur Legitimierung ihrer Schritte bedienen. Schlägt man aber die Zeitung auf, dann sieht man, daß diese Argumentation nur einen *Teil* , oft sogar einen relativ geringen Teil der Äußerungen diverser Regierungsvertreter ausmacht.

Rassimus als kollektive Erfahrung

Rassimus als kollektive Erfahrung

Wenn es um die Schließung der Grenzen geht, wird die Bevölkerung vor der Gefahr der „Kulturüberfremdung" gewarnt und gegen einen vermeintlichen „Zustrom aus fremden Kulturkreisen" aufgehetzt. Denn in die kollektiven Bemühungen um die Bewältigung der Wirtschaftskrise kann offenbar nur in sehr begrenztem Maße das Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit einbezogen werden. Diese werden daher eher als Aktion zur Rettung der gemeinsamen Kultur der einen Nation, zur Bewahrung des „Eigenen" vor dem „Fremden" dargestellt und somit *in eine echte kollektive Erfahrung umgesetzt*.

In diesem Moment verläßt die Ausgrenzungsideologie die politische Entscheidungsebene und dringt direkt in die Seele der Individuen hinein. Dies ist auch das Geheimnis ihres Erfolges: Das Fremde versetzt den durch die Umstände schon verunsicherten Menschen in Angst, führt zu Aggressionen, die durch das Fremdsein des Anderen begründet und durch die Notwendigkeit, ihn zu verdrängen, legitimiert werden, um schließlich der eigenen Selbstbehauptung dienen zu können: Die offizielle rassistische Politik, die den Minderheiten eine Sündenbock-Funktion zuteilt, knüpft direkt an diese psychologischen Mechanismen der individuellen Untertanen. Nun enthält wiederum der Vorgang der Selbstbehauptung nicht nur einen „negativen" Aspekt — die Ausgrenzung und Verdrängung des Fremden — sondern auch einen „positiven" Teil — die Verherrlichung und Hervorhebung des Eigenen. Und die eigene Identität ist für den Großteil der Bevölkerung — paradoxerweise — gerade eine kollektive Kategorie: Die in der frühen Sozialisation angeeigneten Verhaltensmuster und Werte, das Bekenntnis zu einer Tradition, das Gefühl der schicksalsbedingten, durch Abstammung bestimmten Zusammengehörigkeit, das *Bewußtsein der Nation*. Erst durch das Gemeinschaftsbewußtsein der ethnischen Gruppe wird die Synthese zwischen Herrschaftsbestrebungen und individuellen Selbstbehauptungsbedürfnissen geschaffen. Einerseits erlaubt sie den Herrschenden, Individuen für ihre Ideologie zu gewinnen, andererseits läßt sie die einzelnen Individuen Herrschaftsziele der Regierenden verinnerlichen. Da diese Synthese mit dem tradierten Selbstverständnis der Ethnie eng zusammenhängt, verdient sie die Bezeichnung „Kulturrassismus".

Integration als Assimilation

Dient die Hervorhebung von Unterschieden der Abgrenzung und Trennung der ethnischen Gemeinschaften voneinander, so bedient sich die kultur-rassistische Ideologie gleichzeitig auch der Integrationsstrategie, des Assimilationismus, als „humane" Alibi-Alternative zur Ausgrenzung. Im Fall der aktuellen Integrationspolitik der Bundesregierung wird vor allem der Tatsache Rechnung getragen, daß ein Teil der Einwanderer sich einfach nicht vertreiben läßt, daß es wiederum spätestens in einigen Jahren einen Bedarf an jungen, qualifizierten Fachkräften geben wird. Hier will man also nicht die Barrieren aufbauen, sondern die Schranken überwinden, statt Ausgrenzung — Annäherung ...

ben wird. Hier will man also nicht die Barrieren aufbauen, sondern die Schranken überwinden, statt Ausgrenzung — Annäherung ...

Was bedeutet in Wirklichkeit die Integrationspolitik? *„Die Integration setzt entscheidende Beiträge der Ausländer voraus, die sich auf die in den Aufnahmeländern geltenden kulturellen und sonstigen Wertvorstellungen, Normen und gesellschaftliche Lebensformen einstellen müssen"* — so lautet die Formel von Spranger, in Einklang mit der gesetzlich geregelten Vorstellung der Einbürgerung, die die *„Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse"*, ein *„grundsätzliches Einleben in die deutsche Umwelt"* und eine bestimmte *„grundsätzliche Einstellung zum deutschen Kulturkreis"* voraussetzt (Einbürgerungsrichtlinien von 1978). Die „Integration" wird stets als „Problem" der *anderen* betrachtet, die sich an die Mehrheit anpassen müssen. Sie bedeutet nie etwa die Einstellung der Mehrheit auf die Existenz ethnisch-kultureller Minderheiten, eine Anstrengung zum Abbau von Vorurteilen oder eine Revision der politischen, erzieherischen und kulturellen Rahmenbedingungen, um eine Vielfalt zu erlauben, sondern sie stellt die Einwanderer vor die Wahl zwischen *zwei* Kulturen, zwischen *zwei* Identitäten, wobei „Kultur" und „Identität" als Synonym für „Heimat" und „Nation" gebraucht werden. Die „Integration" läßt die Mehrheit intakt in ihrem selbstbestätigten Überlegenheitsgefühl, fordert die Minderheit dagegen zur *Assimilation* in die Mehrheit auf.

Anders als die Rassengesetze, die die Überlegenheit der Mehrheitskultur aus einer „wissenschaftlich"-erarbeiteten Bewertung von angeborenen, biologischen Unterschieden ableiteten, und die „Anderen", „minderwertigen" zur ewigen Versklavung verdammten, zeigt sich der Kulturrassismus „großzügiger", „flexibler": Den Fremden wird ein Ausweg angeboten, und zwar durch die Aufgabe ihres „Eigenseins", was für die herrschende Nation die Aufgabe ihres „Fremdseins" — also ihre Angleichung — ist.

Exkurs

Dieser „flexible" Kulturrassismus, der dem Fremden die „Wahl" zwischen seiner geistig-emotionalen und seiner physischen Vernichtung „erlaubt", ist in der europäischen Herrschaftstradition nichts neues. Der Kolonialpolitik ist beispielsweise die spanische Inquisition vorausgegangen, die Moslems und Juden die Wahl zwischen Anpassung und Vertreibung — wenn nicht Ausrottung — aufzwang. Aber auch während der grausamsten Stadien der Kolonialpolitik konkurrierten unter den Konquistadoren in Amerika unterschiedliche Auffassungen, die im Wesentlichen zwei Seiten einer einzigen Münze waren. Diese werden von Todorov in seinem Buch „Die Eroberung Amerikas" ausgeführt und analysiert: Denjenigen, die die Versklavung der Indianer durch den Glauben an ihre natur-gegebene Inferiorität rechtfertigen, standen andere, vorwiegend Missionare gegenüber, für die das charakteristische Merkmal der Indianer gerade ihre *Ähnlichkeit* mit den Christen war, der Unterschied daher ein „überwindbarer" — nämlich der des Glaubens. Diese scheinbaren Gegensätze ergänzen einander so gut, daß sie sich beide auch in einem einzigen Menschen finden lassen:

„Die Haltung, mit der Colon den Indianern entgegentritt, beruht darauf, wie er sie wahrnimmt ... Entweder sieht er die Indianer ... als vollwertige Menschen, die dieselben Rechte besitzen wie er, betrachtet sie dann jedoch nicht nur als gleich, sondern identisch, nimmt also eine Haltung ein, die zum Assimilationismus, zur Projektion eigener Werte auf die Anderen führt. Oder aber er geht vom Unterschied aus, setzt diesen jedoch sofort in die Begriffe der Superiorität und der Inferiorität um ...; Man leugnet die Existenz einer wirklich anderen menschlichen Substanz, die eben nicht lediglich ein unvollkommenes Stadium der eigenen wäre". (3)

Auch die anderen Kolonialmächte kombinierten die Ausrottung mit der Assimilation:

„Die ersten weißen Siedler (in Australien) stritten darüber, ob sie es 'mit intelligenten Affen' oder 'mit sehr niedrig stehenden Menschen' zu tun hätten ... Aborigine-Männer wurden kastriert und in Ketten zur Sklavenarbeit angehalten, ihre Frauen gejagt und oft vergewaltigt, ihre Kinder in weiße Missionsschulen gesperrt."(4).

Menschenjagd und Mission ergänzten sich seit Beginn der Kolonialpolitik zur Herstellung europäischer Macht und zur Behauptung weißer Überlegenheit.

II. Oppositionelle Politik

Die national-staatliche Politik bedient

II. Oppositionelle Politik

Die national-staatliche Politik bedient sich einer Hetze und diskriminierender Praktiken, wenn sie sich durch die Existenz kultureller Unterschiede in der Gesellschaft ihrer absoluten Herrschaft — vor allem zu Krisenzeiten — nicht sicher sein kann, oder wenn sie von ihren eigenen Versäumnissen ablenken will. Sie stützt sich dabei auf Ängste und Aggressionen gegen Fremde, betont die Unterschiede, um sich von den Fremden zwecks ihrer eigenen Selbstbehauptung abzugrenzen, eliminiert sie wiederum, um sich der Unterstützung eines homogenen Kollektivs zu versichern, was im Ganzen ihren kulturrassistischen Charakter ausmacht.

„Progressive" Heterophobie

Aber dieser Kulturrassismus ist nicht nur in der herrschenden Politik zu finden. Er scheint vielmehr eine generelle Krankheit zu sein, nämlich das Syndrom der Heterophobie — der Angst vor dem Fremden — wie es Albert Memmi nennt. Bezogen auf die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten im Umgang mit ethnisch-kulturellen Unterschieden kann diese Bestrebung nach einer einheitlichen Gemeinschaft als die Genese des Kulturrassimus betrachtet werden. Über die humanistische Oppositionsbewegung, die sich mit dem Kolonialismus und Rassismus der Rechten auseinandersetzte, schreibt Memmi:

„Während mich nun einerseits die Argumentation unserer Gegner empörte, stürzte mich etwas in der Beweisführung meiner Freunde in Verwirrung. Sie behaupteten, Unterschiede gäbe es nicht; von dieser Prämisse aus wurde alles weitere schlüssig. ... Wie ich bald zu meiner eigenen Überraschung entdeckte, hatten beide Seiten unrecht, unsere Gegner und meine Freunde. Im Grunde genommen unterstellten sie beide, daß es schlecht sei, anders zu sein; sie gingen implizit oder explizit davon aus, daß es ein Vorbild gebe und daß dieses gute Beispiel von den Herrschenden verkörpert würde."(5)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

In der Tat muß man oft sehr lange suchen, bis man einen emanzipatorischen Ansatz findet, der dem staatlichen und dem gesellschaftlichen Rassismus ein positives Konzept der Vielfalt und der Multikulturalität entgegensetzt. Während die Aufklärung über die staatliche Entrechtungspolitik sich meistens mit der Aufdeckung von deren Interessenverflechtungen und verschwiegenen Ablenkungstaktiken befaßt, dabei eine allgemeine, Bereicheübergreifende System- und Staatskritik in den Vordergrund stellt, tun sich Progressive im Allgemeinen viel schwerer, eine positive Alternative darzubieten, die speziell dem Kulturrassismus entgegengesetzt werden kann, wie etwa die Forderung nach kultureller Autonomie der Minderheiten, verbunden mit einer anti-rassistischen Aufklärung der Mehrheit. Liegt dies daran, daß die Kategorien einer wirtschaftspolitischen Systemkritik in links-liberalen Kreisen schon längst als vertrautes Werkzeug verbreitet sind, während die Diskussion um einen Bereich-spezifischen, antirassistischen Ansatz noch sehr jung ist? Ist es nicht weniger anstrengend, sich auf der abstrakteren Ebene der Gesellschaftsanalyse zu bewegen und sich dort von einer politischen Linie zu distanzieren, als die Auseinandersetzung um den täglichen Umgang mit Vorurteilen, Aggressionen, mit „Fremdem" und „Eigenem" zu führen, die eine Kritik der kulturrassistischen Mechanismen erst ermöglichen kann?

Ich möchte hier auf zwei Beispiele von Argumentationsmustern eingehen, die die Schwierigkeiten im Umgang mit kulturellen Unterschieden — z.B. bei der Wahrnehmung des Selbstbewußtseins der Anderen — dokumentieren und die Gefahr der kulturrassistischen Falle vielleicht verdeutlichen. Der erste Bereich betrifft den speziellen Umgang mit dem Antisemitismus, der zweite die Begegnung der ethnisch-kulturellen Frage aus einer klassen-dogmatischen Sicht.

„Für mich sind die Juden ..."

Gewiß ist der Antisemitismus eine Form von Rassismus und seine Bekämpfung gehört in den Bereich der Anti-Rassismus-Politik im Allgemeinen. Doch stellt der Antisemitismus gleichzeitig einen Sonderfall des Rassismus dar, nicht nur aufgrund seiner langen Geschichte und der diversen, zu seiner Legitimation angeführten Argumentationen (theologisch, kulturell, ökonomisch, biologisch etc.), sondern auch aufgrund des komplexen Charakters der Identität der jüdischen Minderheiten in Europa und anderswo. So bildeten die Juden ursprünglich eine ethnische Gemeinschaft, hatten sich aber über Jahre hinweg mit anderen Völkern „vermischt"; sie behielten das Hebräische als Religions- und Verwaltungssprache und sprachen in manchen Ländern auch eine eigene Alltagssprache (in Polen, Rußland und anderswo Jiddisch, in der Türkei und Bulgarien Altspanisch, in Kurdistan Aramäisch etc.), hatten sich jedoch in manchen Ländern bzw. Schichten sprachlich assimiliert; sie waren als Religionsgemeinschaft klar definierbar, doch trennten sich viele Juden im

Schichten sprachlich assimiliert; sie waren als Religionsgemeinschaft klar definierbar, doch trennten sich viele Juden im

Zuge der allmählichen Säkularisierung der Gesellschaft vom Glauben, ohne jedoch das Bewußtsein ihrer jüdischen Identität aufzugeben; sie bekannten sich zu einer gemeinsamen Abstammung, definierten sich als „Volk", bildeten jedoch in vielen Ländern unterschiedliche kulturelle Gemeinschaften, die sich voneinander zum Teil auch aktiv abgrenzten.

Dieser schwierige „Fall" läßt die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft nicht durch einfache, äußere Merkmale erkennen, sondern er macht sie oft vom subjektiven Bewußtsein des Einzelnen abhängig. Und es ist gerade die erforderliche Wahrnehmung des Anderen — hier des Juden — als *Subjekt*, die Manchen so außergewöhnlich schwerfällt. Schon längst hätten sich progressive Menschen von den Versuchen abkehren sollen, dem nationalsozialistischen Antisemitismus mit dem Argument entgegenzutreten, die Juden seien keine Rasse, es gebe ja blonde, dunkle, große und kleine Juden. Dieses Argument ist genauso falsch wie es richtig ist: Manche Juden weisen eindeutige Gesichtszüge auf, die auf ihren nahöstlichen Ursprung hindeuten, viele andere sind jedoch von ihren nicht-jüdischen Nachbarn „rassisch" nicht zu unterscheiden. Nun das weiß aber auch jeder Antisemit. Verallgemeinert wird eben ein *realer Unterschied*, um ein generelles Abgrenzungsmerkmal zwischen Juden und Nichtjuden zu schaffen. Leugnet man den Unterschied überhaupt, so kann man im besten Fall dem Antisemiten erwidern: „Sie sind doch nicht minderwertig, denn sie sind so wie wir..."

Aber nicht nur hier läßt sich die Absurdität der Maxime Gleichheit=Identität festmachen. Diese kommt auch dort zutage, wo die zuerst gut gemeinte Argumentation die Rassentheorien der Nazis (die Juden seien eine (minderwertige) Rasse) zu widerlegen versucht, indem sie den Juden eine andere,alternative Definition aufzwingt: „Für *mich* sind die Juden eine Religion", argumentierte eine (alternative) deutsche Frau auf einer Versammlung über Antisemitismus. Abgesehen von der Überheblichkeit einer Aussage, die die *Anderen* aus *eigener* Sicht zu definieren versucht, und über ihre Gültigkeit hinaus auch noch den Fortschritt für sich beansprucht, eliminiert diese geniale Zuordnung mit einem Satz hunderttausende, wenn nicht Millionen Juden, die weder gläubig sind noch eine religiöse Zugehörigkeit spüren, die sich aber dennoch als Juden bezeichnen, und zwar nicht nur aus bloßem Bekenntnis zur Abstammung, sondern auch durch eine gewisse Verbindung mit verschiedenen Elementen jüdischer Kultur(en) bzw. mit der jüdischen „Schicksalsgemeinschaft".

Die Suche nach dem „Objektiven", das man mit den *eigenen* Augen und mit den *eigenen* Denkschablonen im Kopf erkennen kann, macht es viel leichter. Sie hat aber mit der Emanzipation des *Anderen* nichts zu tun, denn dieser darf dabei überhaupt nicht zu Wort kommen. „Die Judenemanzipation in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum" schrieb Karl Marx in seinem bekannten Aufsatz „Zur Judenfrage". Logisch, wenn das Judentum lediglich als Religion angesehen wird, und wenn man selber eine religionsfreie Gesellschaft anstrebt. Nur vergißt man dabei die Juden zu fragen, was für *sie* Judentum eigentlich bedeutet, und sich selbst, ob es eine freie Gesellschaft geben kann, die von den Menschen als Voraussetzung für ihre



Foto: AK

Freiheit die Anpassung an die eigene, vorgegebene Vorstellung verlangt.
sismus als *Instrument* zur Wiederherstellung bzw. zur Aufrechterhaltung der wirt-
che Freiheit, die sie (die Juden im befreiten Palästina — Y.M.) dann genießen wer-
Foto: AK

Freiheit die Anpassung an die eigene, vorgegebene Vorstellung verlangt.

„Den Antisemiten stört die objektive Tatsache, den liberalen Demokraten das subjektive Selbstverständnis. Die Antisemiten möchten die Juden abschaffen, die ‚Demokraten' dagegen nur das Judentum, ohne den Juden Gewalt anzutun", diagnostiziert Broder mit Sartre. (6)

„Nebenwidersprüche"

Die Nivellierung des Unterschiedes stellt im Falle der „Judendefinition" ein besonders extremes Beispiel dar, denn sie betrachtet den anderen nicht nur als Objekt, das nach eigenen Maßstäben und Kategorien definiert wird, sondern sie läuft im Endeffekt darauf hinaus, jüdische Existenz und jüdische Identität überhaupt zu negieren. Subtiler, mit der Realität sogar „kompromißbereiter" zeigt sich hingegen die Haltung jener, bei denen die Bestrebungen der Minderheiten nach kultureller Autonomie oder nach nationaler Befreiung immer noch starke Bauchschmerzen verursachen. Diese erkennen zwar den ethnischen Minderheiten ihren ethnisch-kulturellen Charakter zu, betrachten ihn jedoch nicht als Gegenstand einer gezielten, emanzipatorischen Politik, sondern als „Nebenwiderspruch", der im Zuge einer allgemeinen, radikalen Neugestaltung der Gesellschaftsordnung (langfristig) gelöst werden kann. Danach ist die Diskriminierung von Einwanderern in dieser Gesellschaft in erster Linie ihre Diskriminierung als Arbeiter, als Frauen, als Linke, als Arbeitslose, etc.. Sofern diese Diskriminierung rassistisch — d.h. durch gezielte, unübersehbare Hetze — begleitet wird, so sei dies lediglich ein Mittel zur Spaltung und zur Schwächung der Solidarität zwischen deutschen und nicht-deutschen „Kollegen".

Eine solche Herangehensweise ist übrigens nicht nur unter europäischen links-dogmatischen Kreisen zu hören, sondern auch beispielsweise unter türkischen linken Parteien in Bezug auf die Assimilationspolitik der türkischen Regierung in Kurdistan, was nach langen Debatten auch zu der Entstehung von autonomen kurdischen Organisationen führte. Von dem äußerst zweifelhaften Nutzen einer solchen Argumentation für den konstruktiven Aufbau einer internationalistischen Solidarität zwischen Deutschen und Einwanderern ganz abgesehen, ignoriert sie völlig den Stellenwert, den die kulturelle Identität bzw. die Zugehörigkeit zur jeweiligen ethnischen Gruppe für das Selbstverständnis der eingewanderten ArbeiterInnen, Frauen und Linken selbst hat. Es dominiert hier wieder die Angst und die Unsicherheit im Umgang mit Unterschieden — mit wesentlichen Aspekten der Identität —, die beseitigt, oder zumindest zur Seite geschoben werden sollen, in diesem Fall nicht um die Einheit der Nation hervorzuheben, sondern um die Stärke der Bewegung zu sichern. Die Abstrahierung von den Unterschieden — freilich, ohne die jeweiligen unterschiedlichen kulturellen oder sprachlichen Merkmale zu bekämpfen oder zwangsweise abzuschaffen — soll zu einer über-nationalen Solidarität führen, daraus ergebe sich von selbst — so nebenher — der wahre Internationalismus...

Es erübrigt sich fast zu sagen, daß die Vertreter einer solchen Position von einer gezielten, anti-rassistischen Arbeit nicht viel halten. Denn, betrachtet man den Rassismus als *Instrument* zur Wiederherstellung bzw. zur Aufrechterhaltung der wirtschaftspolitischen Ordnung, so muß man ihm am besten durch eine direkte Kritik dieser Ordnung den Boden entziehen. Wer schützt uns aber vor einer Neudefinierung der gesellschaftlichen Gegensätze entlang der schon vorhandenen nationalistischen Sentimente? Wer kann dann garantieren, daß im Rahmen des allgemeinen, klassenbewußten Zuges nicht ausgerechnet gegen das „jüdische Kapital", das „türkische Patriarchat", den „islamischen Klerikalismus" und den „Ami-Militarismus" mobilisiert wird?

Der Mehrheit ausgeliefert

Unter den jetzigen Umständen in Europa und angesichts der Tatsache, daß auf die eingewanderten Minderheiten Druck ausgeübt wird, sich der herrschenden Nation unterzuordnen bzw. sich an diese anzupassen, kommt die Abstrahierung von den kulturellen Unterschieden einem Assimilationismus gleich: Zuerst soll die Kritik der Entstehungsmechanismen des Kulturrassismus — die Angst und das Mißtrauen vor dem Fremden, die Ausgrenzung als Mittel zur kollektiven Selbstbehauptung — vom Bewußtseinsbildungsprozeß ausgeklammert werden. Dann werden die Einwanderer dazu aufgefordert, in einer von der Mehrheit dominierten Bewegung solidarisch mitzuarbeiten, wobei sie den — zumindest potentiell — ethnozentrischen Umgangsformen dieser Mehrheit mit Anderen jedoch ausgeliefert bleiben. Darüber hinaus wird aber der aktive Kampf um den Erhalt des Andersseins — was für die Minderheiten selbst ihre Eigenart ist — zugunsten der Betonung der von der Mehrheit definierten Gemeinsamkeiten geopfert.

Denn die Mitarbeit in einer deutschen Gewerkschaft, in einer deutschen Frauengruppe oder sogar in manchen „Internationalismus"- und „Dritte-Welt"-Kreisen setzt bei den nicht-deutschen KollegInnen und GenossInnen einen hohen Grad an Anpassungswilligkeit voraus, werden doch der Rhythmus dieser Arbeit, die politische Kultur, der Ton der Argumentation, der Diskussionsstil und die Umgangsformen sowie die Schwerpunkte meistens von der Mehrheit nach ihren eigenen Kriterien, Gewohnheiten und Bedürfnissen festgelegt. So hat gerade die Solidarität mit der Dritten Welt allzu oft eine Verlagerungsfunktion der gesellschaftlichen Konflikte im hiesigen Milieu, nach dem Motto „sollen sie *dort* kämpfen — und wir unterstützen sie dann von hier aus — und nicht hierherkommen, denn dies ist keine Lösung" oder „vom Antisemitismus in *Deutschland* kann nicht die Rede sein, wenn man sieht, welche Politik der Staat Israel betreibt."

Der assimilationistische Internationalismus

Die Hamburger „Autonome-Nahost-Gruppe" beispielsweise äußerte sich neulich zu der Auseinandersetzung um die Palästina-Solidaritätsarbeit. Ihre an sich richtige Position, den Staat Israel nicht anzuerkennen, statt dessen seine Auflösung zu fordern, begründet die Autonome Gruppe jedoch nicht mit der bloßen Feststellung, daß Israel als zionistischer Staat ein unreformierbares Apartheidsystem darstellt, sondern sie geht noch einen riesigen Schritt weiter, oder besser gesagt, in die verkehrte Richtung: *„Die bürgerliche Freiheit, die sie (die Juden im befreiten Palästina — Y.M.) dann genießen werden, kann nur ihre Assimilation erleichtern und fördern."* (7) Dieses, so belehrt uns die Autonome-Nahost-Gruppe, sei übrigens auch die Position der europäischen Kommunisten sowie der bürgerlichen Revolutionäre gewesen: *„Sie alle kamen darin überein, die Emanzipation der Juden als Mittel für ihre notwendige Assimilation zu verteidigen."* (ebend.) Statt die antisemitische Tradition der europäischen Linken kritisch zu hinterfragen, fügt sich die Autonome Nahost-Gruppe in diese Überheblichkeit ein, beansprucht für sich das Recht zu entscheiden, wer sich in Europa selbstbestimmt entfalten darf und wer dagegen kraft Geburt zur Assimilation verdammt ist. Über welchen revolutionären Umweg ist das „judenreine Deutschland" besser zu erreichen, wenn nicht durch die *„notwendige* Assimilation"?

Mit ähnlicher Arroganz äußerten sich auch die „Freunde des Kurdischen Volkes" als Reaktion auf die von diversen kurdischen Gruppen sowie von der GAL-Hamburg veranstaltete Kurdistan-Solidaritätswoche und die gestellte Forderung nach muttersprachlichem Unterricht für kurdische Kinder in der BRD: *„Wir, die Freunde des kurdischen Volkes, wissen, daß das kurdische Volk keinen muttersprachlichen Unterricht für kurdische Kinder in der BRD braucht, sondern ein freies Kurdistan, in dem die Kinder die Sprache ihres Volkes selbst lernen können."* (8) Im Namen des revolutionären Kampfes im entfernten Kurdistan wird versucht, die Bemühungen um eine kulturelle Autonomie für die eingewanderten Minderheiten praktisch zu sabotieren. Daß in der BRD fast eine halbe Million Kurden leben, daß kurdische Einwandererverseine seit Jahren um die Anerkennung ihrer Sprache und eigenständigen Kultur nicht nur in Kurdistan, sondern auch in den Einwanderungsländern kämpfen müssen, all dies gilt nicht. Denn *„wir"*, die *deutschen* Freunde, wissen besser, was das kurdische Volk braucht. Aber warum eigentlich keinen muttersprachlichen Unterricht auch in der BRD? Steht er etwa dem reindeutschen Deutschland im Wege, ähnlich wie die Selbstbestimmung der Juden als ethnische Minderheit einer Autonomen Nahost-Gruppe ein Dorn im Auge ist?

Anders ausgedrückt: Kämpft man in dieser Gesellschaft nicht bewußt um den Erhalt der eigenen Identität, so wird man durch die Ignoranz der anderen praktisch dazu gezwungen, sie aufzugeben. Unterläßt man wiederum die Thematisierung der Vorurteile der Mehrheit, ihrer Arroganz und Intoleranz im Umgang mit anderen Identitäten und Normen, klammert man all diese aus der politischen Diskussion aus, stempelt man sie ab als „pädagogisch", „phänomenologisch" und „therapeutisch", so ist die „Bewegung" der „progressiven Kräfte" dazu verdammt, in ihrer bisherigen, einfältigen, nationalen Gestalt zu verbleiben.

Perspektiven

Darf man das Bestehen auf der ethnischen Einfalt seitens einer oppositionellen Bewegung als „kulturrassistisch" bezeichnen? Ich glaube der Hauptunterschied zur kulturrassistischen Politik der Herrschenden liegt darin, daß hier keine *bewußte* Ausgrenzungspolitik betrieben wird. Die Hervorhebung des Eigenen als kollektive Erfahrung, die Herablassung des Anderen zwecks der eigenen Selbstbehauptung und die Diskriminierung zur Erlangung von Vorteilen — alles Merkmale, die in der Wissenschaft zunehmend in die Rassismus-Definition einbezogen werden (vgl. Memmi) — all diese sind innerhalb der Oppositionsbewegung in der BRD in einzelnen Fällen zwar feststellbar, können jedoch kaum zur allgemeinen Charakterisierung dieser Bewegung dienen. Wir haben es hier vielmehr mit einem *passiven Ethnozentrismus* zu tun, dem jedoch allzu oft mit Zustimmung begegnet wird, denn es ist letztendlich doch bequemer, sich in die gemütliche Umwelt vertrauter Umgangsformen zurückzuziehen. Vorteile ergeben sich für die Mehrheit aus diesem Verhalten dann, wenn die kulturelle Einfältigkeit als eine *Stärke* empfunden wird. Dies heißt gar nicht, daß alle Nicht-Deutschen ausgegrenzt werden; „im Gegenteil": Sie werden eingegrenzt in die jeweiligen, Bereich-spezifischen Arbeitsstrukturen und Handlungsweisen der Mehrheit, so daß diejenigen Einwanderer, die den Versuch eines Einstiegs in die deutschen politischen Strukturen unternehmen, dem *Drang zur Anpassung* ausgesetzt sind.

Gibt es einen Ausweg? Meines Erachtens erst dann, wenn die Stärke der Bewegung, zumindest was einen anti-rassistischen Ansatz betrifft, in einer bewußten Erfahrung der multikulturellen Vielfältigkeit gesehen wird. Dies bedeutet, daß die kulturelle Begegnung und ihre Implikationen für die Thematik, die Diskussionsform u.v.m. stets thematisiert werden muß, damit eine gemeinsame Gestaltung in Einzelbereichen garantiert

werden muß, damit eine gemeinsame Gestaltung in Einzelbereichen garantiert

werden kann. Es heißt, daß manche Maßstäbe — etwa für Verhaltens- oder Argumentationsweisen — oft und immer wieder revidiert werden müssen, denn in einer multikulturellen Situation stellt man oft fest, daß diese nicht nur „objektiv-politische" Kriterien, sondern durchaus auch ein Produkt der eigenen, kulturell-bedingten Wahrnehmung sind. Es heißt auch, daß der ständigen Neubewertung der multikulturellen Erfahrung ein besonderer Stellenwert gewährt werden muß, denn im Unterschied zu anderen, oft „untergeordneten" Einzelthemen durchquert diese alle Bereiche unserer Politik. Basiert der Kulturrassismus der Herrschenden auf einer kollektiven Erfahrung der Volksgemeinschaft, so kann es nicht genügen, ihn allein auf der Ebene der politischen Forderungen — so wichtig diese auch sind — zu bekämpfen. Ist der Rassismus ein gesellschaftlich tradiertes Gespenst, so muß sich der Anti-Rassismus als eine aktive Lebensform manifestieren, sonst hat er nicht die geringste Chance.

Anmerkungen:

1) Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Innenministerium Carl-Dieter Spranger im Rahmen einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel am 1.11.87. S. auch Berichte in der FR und taz vom 2.11.87
2) Michael Fehr, Kultur im Migrationsprozeß, Tendenzen einer neuen europäischen Kultur, Berlin 1982, S. 62
3) Tzvetan Todorov, Die Eroberung Amerikas — Das Problem der Anderen, Frankfurt/M. 1985, S. 56
4) Karl Rössel, Die schwarze Geschichte des weißen Australiens, taz 22.1.88
5) Albert Memmi, Rassismus, Frankfurt/M. 1987, S. 50-51
6) Henryk M. Broder, Ich liebe Karstadt und andere Lobreden, Augsburg 1987, S. 123
7) Stellungnahme der Autonomen Nahost-Gruppe, „Arbeiterkampf" 291, 8. Februar 1988
8) Flugblatt der „Freunde des kurdischen Volkes" Hamburg, zur Kurdistan Solidaritätswoche, 4.-7. Februar 1988.

Ein Streit, der klärt !

Betr.: Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische und das jüdische Volk

In Hamburg ist der KB aus der Vorbereitung einer Palästina-Demonstration im Januar ausgestiegen, weil in dem Aktionsbündnis Auffassungen zur Perspektive des palästinensischen Kampfes, zur „Judenfrage" und zum Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volks von Israel dominierten, die für uns keine Basis einer gemeinsamen Aktion bilden. Wir dokumentierten im letzten AK die Erklärung des KB zum Ausstieg aus dem Aktionsbündnis und zwei Kritiken daran. In Bremen hat es im Februar eine Demonstration mit ähnlicher Stoßrichtung gegeben, auch dort war im Aufruf von Israel nur in Anführungsstrichen und als „das 48-er Gebiet" die Rede. Nach Angaben von Barbara Debus in der „Taz"-Bremen wurde während der Demonstration unter Anleitung aus dem Lautsprecherwagen das Problem in Sprechchören kurzerhand auf seinen vorletzten Begriff gebracht: „In Palästina Volksaufstand, jagt die Zionisten aus dem Land!". — Man möchte das für eine bösartige Erfindung halten, aber die Bremer Veranstalter, die in einer ausführlichen Stellungnahme gegen die offenkundig feindselige, zynische Kommentierung der Demo durch Barbara Debus protestierten, haben diese Parole weder dementiert noch sich von ihr distanziert.

Bemerkenswert ist auch, daß die **Bemerkenswert ist auch, daß die** **Bremer Veranstalter es ausdrücklich ablehnten, im Aufrufflugblatt bei der umfangreichen Aufzählung von Solidaritätsdemonstrationen rund um die ganze Welt die Demonstrationen zu erwähnen, die in Israel stattfanden. Was nicht sein kann, das nicht sein darf.**

Die folgenden Überlegungen beziehen sich in erster Linie auf die Kritik der Autonomen Nahost-Gruppe im letzten AK.

Sieg im Volkskrieg?

Die Strategie des langandauernden Volkskriegs wird nicht dadurch falsch, daß er zu lange dauert, sagt die Autonome Nahost-Gruppe. Im Prinzip hat sie recht. Im konkreten Fall, bezogen auf den palästinensischen Kampf, hat sie nicht recht. Mao Tse-tung, der den Begriff des langandauernden Volkskriegs wesentlich prägte, sprach auch gern davon, daß die Sonne zwar unter Umständen aus einem Ei, aber niemals aus einem Stein ein Kücken ausbrüten kann. Nicht weil es „zu lange dauert", sondern weil es materiell unmöglich ist. Es geht dabei nicht um Ungeduld oder Defätismus, sondern um das Anerkennen einer Tatsache, die übrigens nicht einmal schwer zu begreifen ist. So verhält es sich auch mit der Kategorie des Volkskriegs in Palästina.

Das Wesen des langandauernden Volkskriegs besteht darin, daß eine anfänglich schwache Kraft einen zunächst übermächtigen Gegner schrittweise niederkämpft. Dabei tritt eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses ein, d.h. die zunächst Schwachen gewinnen an Stärke, während die anfänglich Überlegenen immer schwächer werden. Grundlage dieses Prozesses ist, daß Schwäche wie Stärke der beiden Seiten zu Beginn des Volkskriegs *relative* Größen sind. Die Unterdrückten können sich mit Hilfe des langandauernden Volkskrieges befreien, indem sie ihre eigenen Potenzen mobilisieren und zugleich die Schwachpunkte des Aggressors und Unterdrückers ausnutzen. Mao Tse-tung und andere haben das bildhaft so ausgedrückt, daß die Imperialisten und Reaktionäre „im Meer des Volkskriegs ertränkt werden", während sich die militärischen Kräfte der Revolution und des antiimperialistischen Widerstands bewegen können „wie Fische im Wasser". Dazu gehört die numerische Überlegenheit des Volkes, das auf seinem eigenen Territorium für seine Befreiung kämpft, während die Soldaten des Aggressors in einer für sie feindlichen Umgebung kämpfen und angesichts ihrer Rolle zunehmender Demotivierung ausgesetzt sind.

Die objektiven Voraussetzungen eines palästinensischen Volkskriegs sind in den besetzten Gebieten Westbank und Gaza in der Tat gegeben. Der Anteil jüdischer Bevölkerung liegt im Gazastreifen etwas über einen Prozent und auf der Westbank unter fünf Prozent. Die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten gleichen isolierten Festungen. Die israelischen Soldaten bewegen sich in Feindesland. Es handelt sich um ein typisches Besatzungsregime, das in der internationalen Öffentlichkeit und auch in Israel selbst zunehmend als ungerecht kritisiert wird.

Ganz anders liegen die Dinge im Gebiet des Staates Israel. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind heute Juden, aber auch in zwanzig Jahren wird ihr Anteil voraussichtlich immer noch über 75% liegen. Der Anteil der Palästinenser in Israel liegt heute bei 17 Prozent. Wie könnten sie als Minderheit in einem Volkskrieg ihre Heimat befreien? Wesentliche Faktoren, die anderswo im langandauernden Volkskrieg das für seine Befreiung kämpfende Volk begünstigen, liegen in Israel auf Seiten der jüdischen Bevölkerungsmehrheit. Die Israelis kämpfen ihrem Bewußtsein nach in Israel im eigenen Land und nicht als Besatzungsmacht. In Israel sind es die zionistischen Streitkräfte, die sich wie Fische im Wasser bewegen können und die sich auf eine weitgehend bewaffnete und militarisierte Bevölkerung stützen können, während die kerung stützen können, während die Palästinenser zu etwas anderem als isolierten Kommando-Unternehmen mit meist tödlichem Ausgang materiell nicht in der Lage sind. Es ist nicht einmal zu übersehen, daß das militärische Niveau des palästinensischen Kampfes in den 60er Jahren weit höher war als heute.

In Bezug auf den palästinensischen Kampf *in Israel* die Kategorie des Volkskriegs anzuwenden, ist kaum weniger absurd als die Annahme, die Indianer der USA könnten sich heute noch den Kontinent zurück erobern, falls sie nur lange genug durchhalten und sich von Verrätern und bourgeoisen Opportunisten nicht weichmachen lassen. Der Unterschied zwischen den beiden absurden Vorstellungen ist quantitativ, nicht qualitativ. Die Parole vom palästinensischen Volkskrieg macht, trotz ihrer verbalen Radikalität, gerade *dann* Sinn, wenn man nur noch die Befreiung der besetzten Gebiete im Auge hat. Auf den Rest Palästinas, also das heutige Israel bezogen, bietet sie keine taugliche Strategie.

Wer Israel mit Südafrika vergleicht, läßt außer acht, daß die Weißen dort eine Minderheit von weniger als 20 Prozent sind. In Algerien, das mit seiner Kolonialstruktur als Siedlerregime Parallelen zum zionistischen Staat aufwies, lebten zur Zeit des Befreiungskrieg um 1960 nur etwa 10 Prozent Europäer. Man muß also *zwangsläufig* die Frage in Israel ganz anders stellen als heute in Südafrika oder damals in Algerien. *Zwangsläufig* nicht nur aus Gründen der politischen Moral, sondern wegen der unterschiedlichen materiellen Voraussetzungen. Also vor allem im Interesse der Palästinenser selbst.

Im Gebiet Palästinas (Israel plus besetzte Gebiete) leben zur Zeit zwischen 2,2 und 2,5 Millionen Palästinenser, sowie andererseits etwa 3,4 Millionen Juden. Weltweit gibt es über 5 Millionen Palästinenser, aber auch mindestens 15 Millionen Juden. Das militärische Kräfteverhältnis ist bekannt. Grund genug also, sich der Tatsache zu stellen, daß die Befreiung Palästinas unmöglich das Werk der Palästinenser *allein* sein kann.

Wenn die Dinge aber so liegen, gewinnt die Bündnisfrage einen zentralen Stellenwert. Ohne diese Tatsache gründlich zu analysieren und offen zu diskutieren, hat man ihr auf palästinensischer Seite schon immer Rechnung getragen. Davon zeugt die Strategie bürgerlicher und feudaler Palästinenserführer in den 30er und 40er Jahren, sich mit dem nazistischen Deutschland zu verbünden und nationale Befreiung als Abfallprodukt der deutschen Kriegführung zu erhoffen. Davon zeugen nach 1945 die palästinensischen Versuche, ihre Ziele mit Hilfe von Kriegskoalitionen arabischer Regimes durchzusetzen. Ob das politisch eine progressive Idee war, muß bezweifelt werden. Militärisch ist diese Option mindestens dreimal gescheitert: 1948-49, 1967 und 1973. Sollten Autonome dennoch glauben, der demokratische Palästinenserstaat könne aus den Kanonen syrischer oder ägyptischer Panzer kommen, müßte das offen ausgesprochen werden. Dann müßte man sich über den Charakter des syrischen Regimes streiten, das vor allem im Libanon den Palästinensern wiederholt und in entscheidenden Situationen in den Rücken gefallen ist.

In dieser Situation auf die jüdischen Massen als *potentiellen* Bündnispartner der Palästinenser zu verweisen, ist weder defätistisch noch illusorisch. Es ist die einzige *vielleicht* noch realitätstüchtige Option zu einem demokratischen Staat in ganz Palästina. Und in Abwandlung der Parole der Autonomen Nahost-Gruppe möchte ich behaupten: Die strategische Orientierung auf ein palästinensisch-jüdisches Bündnis wird nicht dadurch falsch, daß sie zu lange dauert.

Das jüdisch-israelische Selbstbestimmungsrecht

Wir brauchen über die Entstehungsgeschichte Israels nicht zu streiten. Zu streiten ist aber über die heutigen nationalen Rechte der israelischen Juden.



Die Autonome Nahost-Gruppe macht es sich einfach, indem sie schon die Frage, *„ob die Juden ein Volk sind, d.h. ein nationales Recht beanspruchen können"*, unter Verweis auf die angeblich authentische Position der Palästinenser ausdrücklich verneint: *„Die Antwort auf diese Frage ist im Artikel 20 der Nationalcharta von 1968 eindeutig festgelegt: (...),Das Judentum als Religion ist keine Nationalität mit eigenständiger Existenz.'* Die Juden seien kein Volk, sondern nur Bürger der Staaten, in denen sie leben.

Selbst von dieser ignoranten Position wäre es nur ein kleiner Sprung zu der Erkenntnis, daß folglich jedenfalls die Juden Israels Bürger des Staates Israel sind, also ein Staatsvolk bilden — und zwar seit inzwischen schon 40 Jahren. Hingegen die Schlußfolgerung der Autonomen Nahost-Gruppe: *„Im befreiten Palästina soll den Juden kein nationales Recht zugestanden werden. Die bürgerliche Freiheit, die sie dann genießen werden, kann nur ihre Assimilation erleichtern und fördern."*

Da sich die Autonome Nahost-Gruppe auf die palästinensische Nationalcharta beruft: Sie wurde erstmals im Jahr 1964 beschlossen und 1968 lediglich neuformuliert. Der eben zitierte Artikel 20 der Nationalcharta von 1968 zur Bestreitung der jüdisch-israelischen Nationalität stimmt wörtlich mit dem Artikel 18 der Nationalcharta von 1964 überein. (3) Mit anderen Worten: Die von der Autonomen Nahost-Gruppe zitierte Aussage gibt den Diskussionsstand der palästinensischen Nationalbewegung im Jahr 1964 wieder. Betrachten wir also deren damaligen Zustand: Die PLO war 1964 gerade erst gegründet worden, war noch völlig bürgerlich-reaktionär dominiert und kaum mehr als ein Spielball verschiedener arabischer Regimes. 1964 wurde die PLO noch geführt von jenem Ahmad Schukeiri, der nach seinen eigenen Worten „die Juden ins Meer werfen" wollte.

Schon aus diesem einfachen Grund ist die Nationalcharta von 1964 und 1968 in wesentlichen Teilen heute nur noch Makulatur, auch wenn sie u.a. in den Aussagen zur „Judenfrage" aus Gründen interner Konfliktminimierung bis heute offiziell nicht weiterentwickelt wurde. Man tut der PLO überhaupt keinen Gefallen, ihre heutige Politik mit diesem veralteten, bürgerlich-nationalistischen Dokument zu identifizieren. Es ist auch sehr seltsam, daß ausgerechnet eine linke Gruppe sich — ohne überhaupt den Kontext zu problematisieren — einfach auf ein Dokument mit einem solchen historischen Hintergrund beruft.

Als Einschub sei darauf hingewiesen, daß wir in der Vergangenheit gerade die Position der PFLP als im Gegensatz zum Wortlaut der Nationalcharta stehend interpretiert haben, nämlich als Bekenntnis zum Ziel eines bi-nationalen Staates. Während nämlich die Fatah seit 1968 von einem Staat sprach, in dem Muslims, Christen und Juden gleiche Rechte haben sollten — die Juden also nur als religiöse Gemeinschaft akzeptierte — fordert das Programm der PFLP die Errichtung eines demokratischen Staates, „in dem Araber und Juden als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten leben." Das schien uns die Anerkennung der israelischen Juden als zweite Nationalität im künftigen Palästina-Staat zu implizieren.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß insbesondere in der ersten Hälfte der 70er Jahre unsere Beziehungen zur PFLP eng und freundschaftlich waren. Wir glaubten uns in prinzipieller Übereinstimmung mit der PFLP, als wir im Oktober 1973 formulierten: *„Zerschlagung des Staates Israel bedeutet Beseitigung des pro-imperialistischen, nationalistischen und expansiven zionistischen Staates, und bedeutet Schaffung eines demokratischen Staates, in dem Araber und Hebräer gleichberechtigt zusammen leben werden. Die Schaffung eines solchen Staates ist selbstverständlich unmöglich ohne die aktive Beteiligung der hebräischen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, an diesem Kampf."* (AK 34, S.28) — Dieser kleine Rückgriff verweist nebenbei auch die These, der KB habe diesbezüglich seine Position völlig geändert, ins Reich der Irrtümer und Legenden.

Die Autonome Nahost-Gruppe behauptet, die Position der palästinensischen Nationalcharta zur Frage der jüdischen Israelis, die Bestreitung einer jüdisch-israelischen Nationalität und nationaler Rechte, stimme mit der klassischen kommunistischen Position zu dieser Frage überein. Das ist erstens nicht einmal richtig: In der Sowjetunion wurden die Juden zu Zeiten Lenins und Stalins in praktischer Hinsicht wie eine nationale Minderheit, und nicht wie eine bloß religiöse Gemeinschaft behandelt. Erinnert sei an die zeitweise Existenz einer jüdischen Sektion in der KPdSU und an den (mißlungenen) Versuch, ein autonomes jüdisches Gebiet zu schaffen. Zweitens aber ist es Dummheit, die jüdische und israelische Realität nach dem Holocaust und 40 Jahre nach der Staatsgründung mit Zitaten von 1920 oder gar aus dem vorigen Jahrhundert interpretieren und ummodeln zu wollen.

Stalin, der klassische Autor zur „nationalen Frage", ging übrigens lange nicht so weit wie heute die radikalen Leugner der jüdischen Nationalität: Er konstatierte, die Juden des Zarenreichs, der USA usw. hätten einen „gemeinsamen Nationalcharakter"; er bestritt nur, daß sie eine Nation bilden. Das begründete er damit, daß sie verschiedene Sprachen sprächen, auf verschiedenen Territorien lebten und wirtschaftlich voneinander getrennt seien. (Marxismus und nationale Frage, 1913). Also auch nach dieser Definition sind die Israelis heute zweifelsfrei eine Nation.



Die „Assimilation", die die Autonome Nahost-Gruppe als einzige Perspektive für die Juden Israels sieht, ist überdies ein bürgerliches, reaktionäres Konzept. Assimilation bedeutet Auflösung einer Gruppe durch Angleichung an eine andere, nicht etwa Verschmelzung zweier Gruppen zu einem neuen Dritten. Vermutlich käme niemand aus dieser Gruppe auf den Einfall, den Immigranten, die in der BRD bleiben wollen, die „Assimilation" nahezulegen oder sie gar auf diese als *Voraussetzung* ihrer Gleichberechtigung *verpflichten* zu wollen.

Das Konzept der „Assimilation" ist vor allem das Produkt der Intoleranz gegenüber Minderheiten. Es drückt die Ansicht aus, daß die Minderheit als separate Gruppe keine Daseinsberechtigung habe, sondern am besten freiwillig *verschwinden* sollte, indem sie ihre spezifische Identität abbaut und schließlich ganz aufgibt. Angewendet auf die Juden signalisiert das Konzept der „Assimilation" den Wunsch, sie loszuwerden — natürlich auf streng humanistisch-sozialistischer Grundlage.

M. hat im letzten AK einen anderen Argumentationsansatz als die Autonome Nahost-Gruppe gewählt, indem er sagt, Lenin habe das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur auf *unterdrückte* Nationen, nicht aber auf *unterdrückende* Nationen bezogen. Diese Behauptung ist höchstens vordergründig richtig. Erstens ist die Trennung gar nicht immer exakt zu machen, denn eine unterdrückte Nation die Trennung gar nicht immer exakt zu machen, denn eine unterdrückte Nation kann zugleich ihrerseits auch unterdrückende Nation gegenüber Minderheiten sein. Zweitens kommt es in der Geschichte nicht selten vor, daß eine unterdrückende Nation zur unterdrückten Nation wird, und umgekehrt. Ein Beispiel ist Polen, das bis zum ersten Weltkrieg unterdrückte Nation innerhalb des Zarenreichs war und dann zur selbständigen Nation wurde, die ihrerseits starke nationale Minderheiten wie Weißrussen, Ukrainer, Juden und Deutsche mehr oder weniger unterdrückte. Tatsächlich wurde dieses Argument 1939 u.a. von Molotow angeführt, um die Negierung des polnischen Selbstbestimmungsrechts — durch die sowjetische Beteiligung an der Besetzung und Teilung Polens — zu rechtfertigen. Der polnische Staat sei nur eine „Mißgeburt von Versailles", und nicht mehr.

Aus der Argumentation von M. würde folgen, daß die Polen bis 1918 ein Selbstbestimmungsrecht hatten, zwischen 1918 und September 1939 hingegen nicht, danach jedoch wieder. Demnach war die UdSSR im September 1939 im Recht, das polnische Selbstbestimmungsrecht zu ignorieren, im Oktober 1939 jedoch nicht mehr.

Richtig scheint mir daran nur, daß sich Sozialisten selbstverständlich speziell *dann* für das Selbstbestimmungsrecht einer Nation einsetzen, wenn sie dieses Rechts ganz oder teilweise beraubt ist. Das heißt jedoch nicht, daß sie es ansonsten negieren.

Eine weitere Frage, die zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat: M. schreibt, in der umstrittenen KB-Erklärung sei die *„Existenzberechtigung des Staates Israel (in seiner jetzigen Form)"* vertreten worden. Das ist unzutreffend. In der Erklärung ist von „Existenzrecht" oder „Existenzberechtigung" des Staates Israel nicht die Rede. Wir sind als Sozialisten am „Existenzrecht" eines bürgerlichen, imperialistischen Staates überhaupt nicht interessiert.

Wenn es in der KB-Erklärung hieß, der Staat Israel verkörpere — *„unabhängig von unserer Kritik an der Weise seines Entstehens und seiner expansionistischen und repressiven Politik"* — das Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Israelis, so bezieht sich das auf die Eigenstaatlichkeit Israels als solche, nicht aber auf die konkrete Form seiner Politik. Das nationale Selbstbestimmungsrecht beinhaltet selbstverständlich nicht das Recht, eine andere Nation zu unterdrücken. Wohl aber beinhaltet es das Recht auf Eigenstaatlichkeit. (Lenins „Recht auf Lostrennung") Wir treten *nicht* für das Prinzip

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Eigenstaatlichkeit der jüdischen Israelis ein, wohl aber für ihr Recht, über die Frage ihrer staatlichen Verfaßtheit *selbst* zu entscheiden.

Insofern steht diese Aussage nicht im Widerspruch zu einer Politik, die die Zerschlagung des zionistischen Staates und einen bi-nationalen Staat in ganz Palästina für wünschenswert hält. Es geht nur darum, daß in einem solchen Prozeß die jüdischen Israelis nicht als *Objekt* zu betrachten sind, sondern primär als *Subjekt*. Oder mit den Worten eines führenden PLO-Vertreters, Abu Ijad: *„Unser künftiger Palästinenserstaat wird weiter für die Wiedervereinigung von ganz Palästina in einem demokratischen, übernationalen und interreligiösen Gesamtstaat eintreten. Palästina ist zu klein für dauernde Zerteilungen. Das kann aber nur mit friedlichen Mitteln geschehen und nicht gegen den Willen der jüdischen Mehrheit."* (1)

Bündnispolitik

Zur Frage der israelischen Bündnispartner verweist die Autonome Nahost-Gruppe auf die Resolution der letzten Tagung des Palästinensischen Nationalrats in Algier, April 1987. Dort wurde die *„Notwendigkeit"* betont, *„die Beziehungen mit den demokratischen israelischen Kräften zu intensivieren"* (2), sofern diese u.a. das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und die Stellung der PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennen. Das hält die Autonome Nahost-Gruppe offensichtlich für das Maximum an Bündnispolitik gegenüber jüdisch-israelischen Kräften. Wie aus ihrem Statement hervorgeht, scheint die Autonome Nahost-Gruppe sogar die bisherigen Treffen der PLO mit israelischen Oppositionellen für kleinbürgerliche Zeitverschwendung, wenn schon nicht „Verrat", zu halten, da es sich bei diesen Israelis *„keineswegs um Gegner des Zionismus handelt"*. Auch das Palästi-
des Zionismus handelt". Auch das Palästi-
na-Komitee, dessen Kritik wir in diesem AK veröffentlichen, scheint den palästinensisch-israelischen Dialog eher für eine Marotte des KB zu halten, da es über Vertreibung, Enteignung usw. sowieso nichts zu diskutieren gebe.

Es hat in der PLO in der Tat einige Kämpfe gekostet, wenigstens die eben zitierte, in Algier beschlossene Formulierung mehrheitsfähig zu machen. Die PLO hat *„die besondere (!) Bedeutung der Beziehungen und Koordination mit den demokratischen jüdischen Kräften"* zwar schon 1977 hervorgehoben (13. Tagung des Nationalrats), aber mit der Einschränkung, daß es sich dabei um Kräfte handeln müsse, *„die gegen den Zionismus als Ideologie und Praxis kämpfen"*. Das schränkte das Spektrum von vornherein sehr ein. In Algier ist diese Antizionismus-Klausel erstmals weggelassen worden, was allerdings nur der mittlerweile entstandenen Realität des Kontakts der PLO zu zwar zionistischen, aber das palästinensische Selbstbestimmungsrecht unterstützenden Israelis Rechnung trägt. Jeder Schritt in diese Richtung mußte gegen die Verratsvorwürfe jener radikalen Strömungen erkämpft werden, mit denen die Autonome Nahost-Gruppe zu sympathisieren scheint. (Leider beziehen die Kritiker sich nicht explizit auf irgendeine palästinensische Organisation und deren veröffentlichte Positionen. Das wäre vielleicht interessant?)

In den offiziellen Analysen und Statements der PLO kommen, trotz unverkennbarer Fortschritte im Dialog, die jüdisch-israelischen *Massen* als politischer Faktor niemals vor. Aus der Sicht unserer Kritiker ist das offensichtlich kein Mangel, sondern ein Ausdruck politischer Weisheit und kämpferischer Entschlossenheit: Die Palästinenser haben schließlich ganz andere Sorgen, die Israelis sind sowieso fast alle Rassisten, was soll man da schon groß erwarten und investieren?

In einem Staat, der das ganze Palästina umfassen soll, würden die israelischen Juden zunächst einmal mehr als 50% der Bevölkerung bilden, und auch langfristig wären sie eine starke Minderheit um die 30-40%. Die PLO dürfte weltweit die einzige Befreiungsbewegung sein, die für die Hälfte ihres künftigen Staatsvolks über keine einzige veröffentlichte Analyse verfügt, sie einfach aus allen ihren Erklärungen ausblendet. Man kann das für einen Beweis von Stärke und Radikalität halten. Ich halte es für einen Ausdruck von Hilflosigkeit und uneingestandener Resignation.

Für eine Befreiungsbewegung stellt normalerweise der politische Kampf um die Bevölkerung der feindlichen Macht einen *zentralen* Punkt ihrer Strategie dar. Man braucht hier nur an den Vietnamkrieg zu erinnern. Der palästinensische Befreiungskampf hat aber zusätzlich die Besonderheit, daß die Bevölkerung, auf die sich der Feind heute noch stützt, nicht in irgendeinem weit entfernten Land lebt, sondern mitten in Palästina. Das macht die Notwendigkeit einer entsprechenden Strategie umso dringlicher.

Die Aufforderung der Autonomen Nahost-Gruppe, wir sollten über die Schaffung eines Bündnisses mit den jüdischen Werktätigen Israels doch mal mit 10-16Jährigen auf dem Marktplatz von Gaza sprechen, verrät demgegenüber nur einen traurigen und politisch gänzlich unfruchtbaren Hang zur Demagogie. Daß die kämpfenden Palästinenser mit einer solchen Bündnisperspektive nichts im Sinn haben, ist verständlich, denn in Gestalt der knochenbrechenden israelischen Soldaten oder der immer noch stabilen rechtszionistischen Mehrheit Israels lassen sich für die Palästinenser heute nur schwer die Klassenbrüder und Kampfgefährten von morgen ahnen. Revolution ist aber gerade *deshalb* möglich, weil die Dinge auf der Welt nicht ewig so bleiben wie sie sind, und weil insbesondere das Bewußtsein der Menschen Veränderungen zugänglich ist. Da unsere Kritiker in der BRD politisch aktiv sind, scheinen sie die Möglichkeit der Bewußtseinsveränderung für die Bevölkerung *dieses* Landes doch wohl zu akzeptieren. Zugleich bestreiten oder bespötteln sie diese Mög-



lichkeit für die Juden Israels. Und merken natürlich selbst nicht, daß sie mit zweierlei Maß messen.

Die PLO hat, wenn es nicht gerade um die Juden Israels geht, mit dieser Frage übrigens auch gar keine Schwierigkeiten. So spricht sie beispielsweise vom „libanesischen Brudervolk" und schließt in eine libanesische Bündnispolitik Organisationen und Bevölkerungsteile ein, die den Palästinensern in der Vergangenheit viel Leid und Elend zugefügt haben, wie etwa die schiitische Amal und ihre soziale Basis.

Sich über die Perspektive eines palästinensisch-jüdischen Bündnisses zu mokieren, klingt gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Kämpfe sehr radikal und kampfentschlossen. Es ist aber ein hohler Radikalismus, der dem zionistischen Establishment überhaupt nicht wehtut, sondern ihm im Gegenteil willkommen ist. Daß Palästinenser und Israelis Feinde nicht nur heute, sondern für immer sein sollen, ist die Lebensideologie und Existenzgrundlage des Zionismus. Israel hat eigens ein Gesetz erlassen, das jeden Bürger mit Strafe bedroht, der mit einem PLO-Funktionär spricht. Das zionistische Establishment hätte seinerseits überhaupt nichts dagegen, wenn von palästinensischer Seite freiwillig Barrieren gegen die Entwicklung eines jüdisch-palästinensischen Dialogs errichtet und mit Hilfe radikaler Phrasen verteidigt würden. Das zionistische Establishment begreift nämlich gut, daß *jeder*, der sich auf das Gespräch mit der PLO einläßt, damit implizit dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und der Legitimität und Repräsentativität der PLO Rechnung trägt — und zwar unabhängig davon, ob und wieweit der betreffende Israeli sich subjektiv schon vom Zionismus gelöst hat. Die Vietnamesen, um diesen Vergleich nochmals zu ziehen, haben auch nicht den Bruch mit dem US-Imperialismus, sondern den Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam zur Grundlage ihrer Bündnisstrategie gemacht.

Sind wir zu weit gegangen?

Im KB besteht auch die Meinung, wie sie im Beitrag von M. im letzten AK zu finden war, daß wir erstens mit unserer Kritik viel zu weit gegangen seien, und daß es zweitens auf jeden Fall falsch gewesen sei, deswegen die Teilnahme an der Demonstration abzulehnen.

Zum ersten Punkt: Nach den Stellungnahmen der Autonomen Nahost-Gruppe im letzten und von Karam Khella in diesem AK dürfte offensichtlich sein, daß die Meinungsverschiedenheiten tatsächlich so tiefgehend sind, wie wir in unserer Erklärung gesagt hatten. Es handelt sich also nicht darum, daß wir den Streit um ein paar Anführungszeichen beim Namen Israel und ähnliche „Lappalien" künstlich zur großen Linienfrage aufgeblasen hätten, oder daß wir den Kontrahenten diffamatorisch Dinge unterstellt hätten, die sie gar nicht vertreten. Eher können wir jetzt feststellen: Es ist noch schlimmer, als wir zunächst befürchtet hatten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Autonome Nahost-Gruppe und das Palästina-Komitee, wie auch schon aus ihrer prinzipiellen Dialogbereitschaft gegenüber dem KB hervorgeht, eher zu dem vergleichsweise gemäßigten Teil dieser Richtung gehörten. Anderswo drückt man mit Dummsprüchen wie „Der KB ist zu den Zionisten übergelaufen" sehr viel deutlicher aus, daß man differenzierten Überlegungen überhaupt nicht zugänglich ist.

In dem Aktionsbündnis zur Hamburger Palästina-Demonstration *dominierten* Strömungen, die erstens in der Sache selbst eine politisch unfruchtbare, rein wortradikale Position einnehmen, und die zweitens in der „Judenfrage" Standpunkte vertreten, die nicht nur politisch falsch, sondern geradezu unerträglich sind.

Diesem dominierenden Block gegenüber betrieben DKP und GAL eine opportunistische Taktik des Wegschauens und Wegtauchens, obwohl beide in wesentlichen Punkten des umstrittenen Themas moderate, eher vielleicht sogar *zu* moderate Auffassungen haben. (Die DKP vertritt schon lange das „Existenzrecht" Israels und die Reduzierung eines palästinensischen Staates auf Westbank und Gazastreifen. Gleiches würde vermutlich für die GAL gelten, falls dort jemals über das Thema diskutiert und entschieden würde.) Beide Organisationen unterstützten verbal die Demonstration, unterließen praktisch aber die Mobilisierung. Die GAL brachte es in letzter Stunde fertig, doch noch auszusteigen — wegen Beteiligung einer mit der kurdischen PKK sympathisierenden Gruppe. Dies Argument halten wir nun wiederum nicht für stichhaltig. Jetzt sieht es leider so aus, daß die GAL die schrägen Positionen im Aktionsbündnis zum jüdischen Selbstbestimmungsrecht und zur Perspektive des palästinensischen Kampfes — also den *Inhalt* der Aktion — weniger ernst nahm als die formale Frage, wer an der Demo teilnimmt.

Es paßt ins Bild, daß auch die Hamburg-Redaktion der „Taz", die sich ansonsten gierig auf jeden Streit in der Linken stürzt, den Auseinandersetzungen um die Palästina-Demonstration nicht eine Zeile widmete. (Begreiflich: aufgrund ihrer eigenen Grundpositionen hätte die Lokalredaktion nur dem KB zustimmen können. Das darf in der Hamburg-„Taz" aber auf gar keinen Fall passieren.)

Unser Ausstieg aus dem Aktionsbündnis und aus der Demonstration zielte primär darauf an, das herrschende faule Klima aufzubrechen und zu erzwingen, daß über die Dinge überhaupt wieder nachgedacht und gestritten wird. Dieser Zweck war nur durch einen deutlichen Eklat zu erreichen, der die Grenzen unserer Strapazierfähigkeit aufzeigte und zumindest Teile dieses Bündnisspektrums dazu veranlaßte, ihrerseits die eigenen Positionen öffentlich und klar auf den Tisch zu legen — und damit einen nützlichen Beitrag zur Erhellung der wirklichen Dimension des Streits zu liefern.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

(1) Zitiert nach „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 6.3.87.
(2) So zitiert nach dem halboffiziellen Bonner „Palästina-Bulletin". Die Autonome Nahost-Gruppe gab den Beschluß mit „Kontakt entwickeln", statt „Beziehungen intensivieren" wieder und ließ das Wort „Notwendigkeit" aus. Das bedeutet eine Abschwächung des wirklichen Wortlauts.
(3) Tatsächlich gibt es einen kleinen Unterschied zwischen den Charta-Versionen von 1964 und 1968: Der Artikel 7 der Nationalcharta von 1964 besagte, daß „Juden palästinensichen Ursprungs" als Palästinenser anzusehen seien, sofern sie bereit seien, „friedlich und loyal in Palästina zu leben". In der Charta-Version von 1968 wurde daraus der Artikel 6 mit folgendem Wortlaut: „Juden, die in der Regel vor dem Beginn der zionistischen Invasion in Palästina ansässig waren, werden als Palästinenser angesehen." Eine deutliche Einschränkung gegenüber der ursprünglichen Fassung, denn die „zionistische Invasion" datiert nach palästinensischer Interpretation mit dem Jahr 1917 (Balfour-Deklaration). Die Nationalcharta von 1968 verweigert also jenen Juden Heimatrecht in Palästina, die bzw. deren Familien erst nach 1917, beispielsweise auf der Flucht vor der deutschen Vertreibung und Ausrottung, ins Land gekommen sind. Das sollte man eigentlich wissen, wenn man sich auf die Nationalcharta von 1968 beruft.

Stellungnahme des Palästina-Komitees Hamburg

„Heißt das, den Staat Israel anerkennen ...?"

Die Erklärung des KB-Hamburg(/Mehrheit?) zur Nichtteilnahme an der Palästina-Solidaritätsdemonstration vom 16.1.88 in Hamburg kann nicht für sich genommen werden; sie steht im Zusammenhang mit Artikeln im AK der letzten 1-2 Jahre, die tendenziell den Verhandlungsweg, die Diplomatie und den israelisch-palästinensischen Dialog propagieren. Des weiteren im Zusammenhang mit Fragen, die seit Jahren unter Soligruppen in der BRD strittig sind, einerseits in bezug auf Linienkämpfe in der PLO selbst, andererseits auf Inhalte und Formen der Solidarität hier. Auch während der Vorbereitung der Demo standen diese Fragen an, sind aber offen geblieben. Wir fassen die Erklärung als den Versuch einer Antwort auf einen Teil dieser Fragen auf. Wir lehnen allerdings die politische Linie dieser Antwort ab. Grundsätzlich halten wir für zwei Paar Schuhe,

1. daß die Linke in der BRD verpflichtet ist, gegenüber dem Versuch der Geschichtsklitterung des Faschismus überhaupt, der faschistischen Verbrechen an den Juden im besonderen, seitens des rechtskonservativen Lagers, auf dem Standpunkt der Tatsachen zu beharren und die vergangenen Verbrechen auch zukünftig und konsequent in ihr politisches Handeln und Denken einzubeziehen, ohne in diesem „historischen Kontext" verstrickt zu bleiben,

2. daß diese Verpflichtung oder Verantwortung nicht zu Schaden und Lasten anderer gehen kann; in diesem Fall: Rücksichtnahme und Verständnis für die jüdische Geschichte sind nicht aufzurechnen oder abzuwägen gegenüber Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, völkerrechtswidrigem Verhalten u.dgl.m. von seiten Israels, die zurückzuführen sind auf ein Konzept, das theoretisch und praktisch und auch im Bewußtsein der Konsequenzen vor Auschwitz geboren, vor Auschwitz längst begonnen wurde und nach Auschwitz, gerade nach Auschwitz, keine Berechtigung enthält. Ein deutsch-jüdischer, deutsch-israelischer Dialog über Wiedergutmachung und Aussöhnung (oder wie immer man eine Annäherung nennen will) sind ein vom Nahostkonflikt unabhängiger Bereich. (Wir gehen darauf ein, weil in einem Gespräch mit euch dieser Punkt besonders hervorgehoben wurde.) Dies grundsätzlich.

Zur Erklärung konkret. Ihr kommt mit der These von der nationalen Selbstbestimmung der Israelis (ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt des Aufstands). Bedrohen jetzt etwa die Palästinenser die Israelis? In einer Situation, da das Volk von Palästina mit dem Rücken zur Wand um *seine* Selbstbestimmung kämpft gegen israelisches Militär, ist eine solche Forderung entweder naiv oder zynisch. Müssen wir nun — schön ausgewogen — auf unseren Transparenten Für- und Wider-Parolen tragen nach dem Motto: Verteidigen wir das Selbstbestimmungsrecht der Kurden, so sollten wir das der Iraner, Iraker und Türken zumindest erwähnen? Ihr erklärt den Staat Israel für die Verkörperung des „nationalen Selbstbestimmungsrechtes des jüdischen Volkes" und wollt Israel „unabhängig von der Weise seines Entstehens und seiner expansionistischen Politik" begreifen. Aber genau das ist der Kern der Angelegenheit! Als was soll man denn die Palästinafrage verstehen, wenn nicht als Kolonialisierung des Landes, Vertreibung der ansässigen Bevölkerung usw. Ihr schreibt

Fortsetzung nächste Seite

Stellungnahme von Karam Khella (Hamburg)

Der Imperialismus sitzt in den Köpfen der Linken

Oder: Warum die entnazten Nazis Israel unterstützen und die Solidarität mit dem palästinensischen Volk verweigern

Ich bin nicht in der Position, die palästinische Revolution zu rechtfertigen oder beim KB gar zu entschuldigen. Widerstand des palästinischen Volks gegen Zionismus ist der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Er ist der Kampf der Ausgeplünderten um die Rückgabe ihrer Produktionsmittel, die Wiedererlangung ihrer materiellen Rechte und die Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität. Die Fronten sind klar und eindeutig. Die Barrikaden stehen. Jeder reiht sich da ein, wo er hingehört. Niemand ist neutral. Der KB wollte gern mit einem Bein auf israelischer, mit dem anderen auf palästinischer Seite stehen, auf der imperialistischen und auf der antiimperialistischen Hochzeit tanzen. Das ging leider nicht. In der Mitte konnte er auch nicht bleiben. So wich er ganz zur zionistischen Seite (Erklärung des Kommunistischen Bundes, Hamburg: *„Warum wir nicht an der Demonstration* (zur Unterstützung des Aufstandes in Palästina) *nicht teilnehmen werden")*. Tatsächlich hat der KB seit Ausbruch des Aufstandes in Palästina nichts unternommen, außer eine Debatte anzuzetteln, die die Arbeit hemmt und Zweifel an der Gerechtigkeit der palästinischen Revolution aufkommen läßt. Sein Flugblatt, das er auf dem Aktionsbündnis verteilte, wurde von allen TeilnehmerInnen als eine Provokation empfunden, was zu seinem Ausschluß aus dem Bündnis führte. — Ein Vorgang, der in seiner Art in der Geschichte der Solidaritätsbewegung einmalig sein dürfte. (1)

Das Problem, das hier ansteht, ist kein Problem der palästinischen Revolution; mit ihr identifiziert sich die weltweite antiimperialistische Solidaritäts- und Kampffront. Das Problem ist ausschließlich das des KB. Nur als solches möchte ich es im folgenden angehen. „Ausschließlich" bezieht sich nicht auf den KB als umschriebene Organisation, sondern auf die Strömung bundesdeutscher Linker und ihrer Gesinnungsgenossen in anderen imperialistischen Staaten. Die Tragik dieser Linken besteht darin, daß sie in großen Strecken in Kategorien denkt, die der Imperialismus vorprogrammierte. Ihm ist dadurch gelungen, Teile der Linken in den Metropolen von der weltumspannenden antiimperialistischen und antizionistischen Bewegung abzukoppeln. Erst das Schweigen in den Metropolen versetzt den Imperialismus in den Stand, offensiv gegen die Völker — gegen die Palästinenser vermittels Israel — vorzugehen. Die Negativkoalition von „Linken" und Imperialismus/Zionismus ist — um es zu wiederholen — das Problem, mit dem uns der KB durch seine Erklärung einmal mehr konfrontiert. Das KB-Flugblatt steht nicht isoliert. Die Erklärung einer Delegation der Bundesgrünen im besetzten Palästina (taz-Schlagzeile „Realo-Grüne über Israel begeistert"; 24.10.87) oder der schriftlich deklarierte Solidaritätsentzug des KB sind symptomatisch für diese Einstellung. Diese Fälle sind die Spitze eines Eisberges. Nicht weniger gefährlich ist die alltägliche Zersetzung der Solidaritätsarbeit lokal und regional. Die GAL Hamburg erklärt öffentlich, die Kosten für die Demo am 16.01.88 zu übernehmen, hinterher aber will sie davon nichts wissen. In früheren Jahren war es die Spezialität von Springer, unterstützt von der gesamten bürgerlichen Presse, gegen die TrägerInnen der Palästina-Solidarität zu hetzen und den Antizionismus mit dem Antisemitismus gleichzusetzen. Heute ist diese Volksverhetzung keineswegs Monopol der rechten Medien. Gegenwärtig führend ist die taz, was den Antisemitismusvorwurf gegen die Kritiker

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

in diesem Zusammenhang auch, es kursierten „abenteuerliche Lösungsvorstellungen, bei denen die jüdische Bevölkerung Israels irgendwann, irgendwie, irgendwohin ‚verschwindet'". *Wer* propagiert dieses „Verschwinden"? Seit mehr als 20 Jahren sieht sich die PLO mit dem Vorurteil „Die Juden ins Meer" konfrontiert; man glaubte es überwunden. Es gibt eindeutige programmatische Aussagen der PLO zu diesem Punkt. Erst lesen, dann braucht man auch keine Pappkameraden zu bekämpfen! Wenn in der BRD unter Soligruppen „Maximalisten" auftreten, denen das gültige Programm der PLO nicht weit genug geht, die Parolen vertreten, welche nicht die der PLO sind und die die von den Massenorganisationen der Kämpfenden selbst gewählte Führung am liebsten stürzen würden, dann müßt ihr doch nicht als „Minimalisten" auftreten.

Ihr schreibt von „konfusen Vorstellungen" im Aktionsbündnis, von zu erwartenden „Torheiten und Schlimmerem" während der Demo. Die Wortwahl besticht! Welches sind denn die konfusen Vorstellungen, worin besteht das Abenteurertum? Und was ist wirklich passiert auf der Demo? Der neue Stil einer „anderen Palästina-Solidarität", von vornherein eine Demo zu diskreditieren!

Ihr machtet Euch „Überlegungen zur Perspektive des palästinensischen Kampfes". Leider dergestalt, daß sie einer gewissen Arroganz nicht entbehren. Für die palästinensische Revolution hat der bewaffnete Kampf Priorität. Ihr meint stattdessen: „Priorität *muß* auf politischem Kampf liegen", und was dieser dann „in erster Linie" heißt, wißt ihr auch gleich. Und besser: „Wer diese Priorität negiert ..." — etwa noch. Und eins drauf: „Der bewaffnete Kampf kann nur eine Hilfsfunktion haben". Die kämpfende Bevölkerung in Palästina sieht das freudigerweise anders! Welche Alternative habt ihr anzubieten? Den Dialog mit dem Gummigeschoß und dem Holzknüppel? In der Erklärung heißt es: „In jeder rein militärischen Konfrontation sind die Palästinenser ... unterlegen." Nie in seiner 80-jährigen Geschichte war der palästinensische Widerstand rein militärischer Natur, und niemand verlangt, daß dies so sein soll. Im Gegenteil war der palästinensische Kampf lange Zeiten rein politischer Natur, hoffend und wartend, auf die Kolonialmächte, auf die arabischen Regimes. Überhaupt waren auch anderswo, ob in Vietnam oder El Salvador, Befreiungskämpfe nie rein militärisch und sind dies nicht. Der militärische Kampf ist doch immer nur taktisches Instrument, wird von keiner Bewegung verabsolutiert. Gegen wen oder was soll hier also argumentiert werden? Wenn in der BRD einige meinen, heute den bewaffneten Kampf bei uns propagieren zu müssen und mehr Militanz einklagen, so braucht ihr nicht diesem Irrtum aufzusitzen und umgekehrt dann für Palästina die Sache auf den Kopf zu stellen. Was ihr vorschlagt, ist, den Dialog zu führen. Bloß über Vertreibung, Enteignung, Ausbeutung gibt's nichts zu diskutieren. Glaubt ihr im Ernst an einen Weg gemeinsam mit den Zionisten oder gar an ihnen vorbei, denn wo sind die antizionistischen Kräfte? (1) Es handelt sich hier um einen nationalen Befreiungskampf, nicht um einen Dissens gleichberechtigter Partner, den man am grünen Tisch ausräumt.

Weiter lautet die Stelle: Die Palästinenser „würden aufgrund des Kräfteverhältnisses auch immer unterlegen bleiben". Daß das Kräfteverhältnis nicht nur ein militärisches ist, ist wohl klar, aber daß selbst militärische Kräfteverhältnisse auf immer bestehen, das ist wahrlich eine neue Erkenntnis. „Gedankenlosigkeiten vermeiden", wie ihr so schön sagt? Außerdem: der Kampf um den Bündnispartner, „jüdische Werktätige". Selbstverständlich sind antizionistische israelische Kräfte der PLO als Bündnispartner willkommen, wenn sie mindestens die nationalen Rechte der Rückkehr, Selbstbestimmung, Staat und die PLO anerkennen, je mehr, desto besser. Das hat der Nationalrat in Algier 87 bekräftigt. Aber erst die Knarren wegschmeißen, dann Kontakte knüpfen und warten, bis diese Kräfte stark genug sind (bis jetzt kann man sie ja noch mit der Lupe suchen (1)), dann hoffen, daß sie schon das Richtige für die Palästinenser aussuchen und auch umsetzen werden?

Im übrigen war die palästinensische Revolution noch immer in den letzten 20 Jahren in der Lage zu entscheiden, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen sie Bündnispartner sucht und auch welche.

Sich Überlegungen zur Perspektive des palästinensischen Kampfes zu machen, ist natürlich legitim. Daraus können eigene Positionen und eine unabhängige Politik erwachsen. Aber wo bleibt die Solidarität, wenn diese dann den Forderungen und der Politik der Befreiungsbewegung entgegengesetzt sind? Dialog und bewaffneter Kampf sind für die Palästinenser, und zwar für alle Fraktionen, keine Diskussion. Ihr könnt euch also nicht mal auf Linienkämpfe berufen. Und auch „Bündnispartner jüdische Werktätige" ist wohl eine andere Einschätzung der Lage in Israel als „Kontakt zu demokratischen israelischen Kräften, wenn sie die nationalen Rechte ... anerkennen" (Nationalrat in Algier).

Ihr wendet euch zum Schluß gegen den Warenboykott mit dem Tenor historischer Kontext („Kauft nicht beim Juden"). Der Forderungskatalog der Vereinigten Nationalen Führung des Aufstandes beinhaltet den Boykott israelischer Waren, des Tourismus nach Israel und der Arbeit in Kibbuzim. Auf Solidaritätskundgebungen in der arabischen Welt, in Europa und auch den USA haben Hunderttausende diese Forderungen unterstützt. Wenn der Hamburger KB Angst hat, ein solcher Boykott könne mißgedeutet werden, dann soll er ihn doch erklären. Müssen wir nicht auch immer noch im historischen Kontext erklären, daß Antizionisten keine Antisemiten sind.

Wenn diese Trennung begreiflich zu machen nicht gelingt, den Unterschied zwischen Judentum und Zionismus zu verdeutlichen nicht gelingt und nicht eine Israelkritik zu erklären, wenn wir in diesem historischen Kontext gefangen bleiben, dann ist die ganze Soliarbeit antisemitisch, dann gibt es im historischen Kontext keine „Palästina"-Solidarität, auch keine „andere". Dann wären wir faschistoid. Oder wir akzeptieren den Zionismus. Das wäre aber doch wohl eine ganz andere Solidarität.

Anmerkung
1) vgl. dazu den Artikel im letzten GAL-Mitgliederrundbrief von Y. Matras



Peggy Parnas

Foto: H. Wojahn

Fortsetzung von vorheriger Seite

Israels betrifft. Vorläufiger Höhepunkt der Diffamierungen ist die Gleichsetzung von „Kauft keine Waren aus Israel" und „Kauft nicht beim Juden" (KB-Erklärung). Mit der öffentlichen Vorverurteilung der antiimperialistischen-antizionistischen Kräfte geht die Kriminalisierung des palästinensischen Widerstandes einher. Die gezielt und systematische Dissolidarisierung, wie sie vom KB betrieben wird, zeitigt Erfolge. Den Menschen in der BRD fällt es leichter, für Chile oder gegen die Apartheid Südafrikas als für Palästina zu marschieren. Auch der KB wollte offensichtlich auf der Hamburger Demo am 16.01.88 nicht gesehen werden, bei der die Hamburger Bullen zusätzliche Repressionen erstmalig angewendet haben (u.a. Leibesvisitationen von TeilnehmerInnen auf dem Weg zur Demonstration). Damit hat der Imperialismus einen weiteren Durchbruch erzielt: Die palästinensische Revolution punktuell zu isolieren. Jede gegenwartsbezogene Analyse des Imperialismus läßt deutlich erkennen, daß Israel für ihn eine absolute Priorität darstellt. Im gleichen Maß unterdrückt er die palästinensische Revolution und die Solidarität mit ihr. Bei einigen Teilen der westeuropäischen Linken ist diese Unterdrückung nicht mehr erforderlich; sie verzichten von selbst auf die Solidarität.

Teile der Linken sind bereit, soviel einzuräumen, Israel sei vom Imperialismus (der USA) abhängig. Das reicht nicht aus, denn diese Annahme präjudiziert die Möglichkeit, Israel könne unabhängig vom Imperialismus existieren. Israel wäre so mit einem unterjochten Staat der Dreikontinente vergleichbar. Israel aber ist Bestandteil der Strategie des Imperialismus. Es steht und fällt mit ihm. In einer vom Imperialismus befreiten Welt gibt es keinen Platz für Apartheid, Zionismus oder sonst einen rassistischen Staat. Dabei ist unerheblich, ob Israel in Palästina oder anderswo in der Welt bestehe.

Der KB schreibt: Israel verkörpere das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes. Es gibt keine antisemitischere Äußerung als jene, die sich der KB zu eigen macht. Antisemitisch deshalb, weil sie das „jüdische Volk" mit dem zionistischen Staat gleichsetzt und es damit für die Kriminalität dieses Staats, der ein einziges Kontinuum des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ist, verantwortlich macht. Ein Punkt sei gleich richtiggestellt. Der Ausdruck „Antisemitismus", der immer wieder von solchen Linken heraufbeschworen wird, wenn die Palästinasolidarität erstarkt, um eben diese Solidarität zu ersticken, ist ebenso rassistisch wie sein Gegenpart „semitisch". Er unterstellt die Existenz einer semitischen Rasse (nach Meinung des KB mit dem „jüdischen Volk" identisch); Gegner dieser Rasse seien „antisemitisch". Wenn ich an der Behauptung, die Äußerungen des KB ist antisemitisch festhalte, dann folge ich damit der KB-eigenen Logik. Jedenfalls ist die Äußerung rassistisch.

Die Tragik des KB und Gesinnungsgenossen besteht gerade darin, daß eine Linke, die zudem kommunistisch sein möchte, nicht in den Kategorien des (marxistischen) Humanismus, sondern des Rassismus denkt. Der KB schreibt: *„Die Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volks von Israel ist spiegelbildlich das Gegenstück zur Negierung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts durch die Zionisten."* Nur nach rassistischer Logik sind „Juden" und „Palästinenser" „Gegenstücke". Die Zionisten haben in Übereinstimmung mit Nazis und allen Imperialisten die Juden zu einer Rasse erhoben; der KB übernimmt diese Logik. Der Ausdruck „jüdisches Volk" ist nur möglich, wenn unterstellt wird, Juden seien eine Rasse.

Juden sind Angehörige der jüdischen Religion. Ein jüdischer Mensch hört auf, Jude zu sein, wenn er diesen Glauben ändert oder gar Religion überhaupt aufgibt. Der deutsche Faschismus hat eine bereits bestehende antisemitische, d.h. rassistische Tradition übernommen und sanktioniert: Judesein ist ein Stigma, dem man nicht entrinnen kann. Genau dies ist das Grunddogma des Zionismus. Aus einer Glaubensgemeinschaft ist eine Rasse geworden, definiert durch die Blutschutzgesetze, die Nürnberger Rassengesetze oder durch die rassistische Bestimmung Israels „Jude ist der Sohn einer jüdischen Mutter".

Das KB-Flugblatt trägt kein einziges Merkmal einer marxistischen Argumentation. Es übertrifft Springers Verhetzung und Spiegels Manipulation. Höre zum Beispiel: *„Angesichts der in Teilen des Aktionsbündnisses herrschenden konfusen Vorstellungen, ist für uns unberechenbar, wieweit es während der Demonstration zu Torheiten und Schlimmerem kommen könnte, die über die Grundtendenz des Aufrufs noch hinausgehen."* Diffamierung und Denunziation der die antiimperialistische und antizionistische Solidarität tragenden Kräfte. Die Grundhaltung der KB-Erklärung ist der Antikommunismus. Ansonsten fordert der KB die Kapitulation des palästinensischen Volks vor der Überlegenheit der israelischen Militärgewalt. Die Forderung des KB ist identisch mit dem Diktat des Imperialismus und Zionismus, die die Palästinenser zur Unterwerfung vor der weißen Herrschaft Israels zwingen wollen. Er stimmt mit dem Imperialismus überein, der die unterjochten Völker zur Aufgabe des bewaffneten Befreiungskampfes veranlassen will. Wie es nicht anders zu erwarten ist, verschwendet der KB keine Zeile über die Verbrechen Israels, das ja ein Bollwerk der europäischen Zivilisation gegen die asiatische Barbarei ist. Er leugnet die revolutionäre Prespektive. In der Tradition des bürgerlichen Geschichtsfatalismus, Skeptizismus und Pessimismus negiert er die Aussicht auf Erfolg des Volksbefreiungskriegs; es habe keinen Zweck, Widerstand zu leisten. Über all die durch das Flugblatt aufgeworfenen Fragen zu diskutieren, ist müßig, denn die Voraussetzung fehlt. Auf der Grundlage des Rassismus kann keine Diskussion über die Theorie und Praxis der Revolution geführt werden. Der KB hat sich selbst aus der Solidaritätsbewegung hinauskatapultiert. Er hat sich nicht nur gegen das palästinensische Volk, sondern auch gegen die überwältigende Mehrheit der Juden in der Welt, die Israel aktiv, zumindest passiv ablehnen, gestellt.

Anmerkungen
(1) Hier begeht Karam Khella eine Unsinnigkeit, die nicht wie andere stehenbleiben kann. Sinn und Zweck der Erklärung des KB war, die Mitarbeit im Aktionsbündnis aufzukündigen. Was soll dann ein Ausschluß? Formal hat es nicht einmal einen Ausschluß gegeben. Daß Organisationen und Gruppen aufgrund von inhaltlichen Widersprüchen aus der Vorbereitung einer Demonstration ausgestiegen sind, ist sicherlich allein in Hamburgs jüngerer Geschichte hunderte von Malen passiert. Also so einmalig ist dieser Vorfall wohl kaum. **Die Red.**

Der Aufstand

الإنتفاضة الفلسطينية

Herausgeber:
Nahost-AG Göttingen im Selbstverlag
Bezug: Nahost-AG c/o Roter Buchladen, Rote Straße 10, 3400 Göttingen
Preis: 2,- DM

Kein Antisemit?

Klaus Heidorn, Herausgeber der Hamburger Stadtzeitschrift „Szene", wird den Verdacht, etwas gegen Juden zu haben, empört zurückweisen. Er hat nur etwas gegen die linke Jüdin Peggy Parnass, über die sein Blatt gern etwas ergießt, was die „taz" zutreffend als „Häme-Journalismus" bezeichnet.

Begonnen hatte es damit, daß Hermann Gremliza Peggy bei „Konkret" den Stuhl vor die Tür setzte, wohl, weil beide unterschiedliche Ansichten über die Angemessenheit des Honorars hatten. Der Verleger jedoch zog nach mit Behauptungen, Peggys Reportagen, die in den siebziger Jahren nicht unerheblich zum guten Ruf von „Konkret" beigetragen hatten, seien „dürftig, hingerotzt und nicht der Rede wert."

Gremliza zur Seite trat Heidorns „Szene", die bereits häufiger Gehässigkeiten gegen Peggy losgelassen hatte, so z.B. durch Hans Eppendorfer: *„.... wenn Peggy immer noch zu meinen scheint, alle schuldeten ihr 'ne Mark, wo die doch nie Eintritt zahlt."* In der Februarausgabe 1988 räsonierte unter der Überschrift „Taube Nüsse" in der Rubrik „Trends" Uwe Kopf, offenbar Trendsetter in dem Blatt, *„daß man Peggy wegen ihrer plattprogressiven Potpourris in Rede und Schrift vor 200 Jahren für 24 Stunden zur Ausnüchterung in den Narrenturm gebeten hätte, um ihr zu verklaren: für eine 'Linke' kann es nicht hinreichen, Jammertexte zu verfassen, Solidaritätspartys zu veranstalten, Aktiönchen durchzuführen und den Hundeblick zu trainieren"*, und gab ihr Empfehlungen für die künftige Gestaltung ihres Tagesablaufs: *„Vielleicht aber sollte Frau Parnass — sie sieht stehts aus, als wäre sie gerade irgendeinem Bette entstiegen — einfach ihren Tagesrhythmus ändern. ‚Lange schlafen', ermittelte nämlich der Neurologe Prof. Dr. Stanislaw Kubicki, ‚macht eindeutig dumm.'"*

Die empörte Leserreaktion konnte nicht ausbleiben — und das rief den „Szene"-Chef persönlich auf den Plan: *„Lieber Leser, das tragische Schicksal, das die Familie Parnass in der Nazi-Zeit erleiden mußte, ist mir bekannt. Ich kenne aber auch viele andere Menschen, die unter den braunen Verbrechern unsägliche Qualen erlitten haben. Nur kann das, liebe Peggy Parnass, kein Grund dafür sein, sich ständig von sogenannten Spätgeborenen Essen und Trinken zu erbitten, Büfetts zu plündern und sich mit einer Aura des Jammers zu umgeben."* („Szene", 3/88)

Die Klage über die Juden, die mit dem Hinweis auf den „Holocaust" an Deutsche unverschämte Forderungen stellen, wurde — es ist noch gar nicht so lange her — von einem rechten Nachwuchspolitiker formuliert, der sich dafür immerhin noch entschuldigen mußte. Und daß die „Spätgeborenen" die gänzlich falsche Adresse für Vorhaltungen zur NS-Zeit sind, wissen wir spätestens, seit Kanzler Kohl kurz vor einer Israel-Reise darauf hinwies, daß er noch ein Schulbub war, als Peggys Familie umgebracht wurde. Heidorn befindet sich also in guter Gesellschaft.

Das ist aber nicht das Entscheidende. Schlimmer ist: Die Methode der „Szene" in der Auseinandersetzung mit Peggy ähnelt fatal der des „Stürmer", des Nazi-Hetzblattes der Jahre 1933-45. Dort waren es die Geschichten über die reichen Juden, die den „deutschen Volkskörper" ausbeuten, „deutsche Frauen und Kinder schänden". Hier ist es die jüdische Journalistin, die — überspitzen wir einmal die Gehässigkeiten der „Szene" — sich vor der Arbeit drückt, weil sie sich lieber in (deutschen) Betten aufhält, gar noch mit (deutschen) Männern, bei Spätgeborenen (Ariern) schmarotzt, ohne Eintritt zu bezahlen in Ausstellungen geht, kalte Buffets plündert, am Ende gar noch für die (rassisch ermutlich dubiosen) hungrigen Hinterhofkatzen Lachs und Kaviar einpackt.

Linke Juden sind eine Herausforderung für nicht-jüdische Linke. Es gibt etliche Punkte, über die man sachlich mit ihnen streiten kann, z.B. über die Politik der herrschenden Kreise in Israel oder über den schnellen Vorwurf des „linken Antisemitismus" gegen Kritiker des Staates Israel. Eine solche Auseinandersetzung wird unmöglich, wenn ausgerechnet gegenüber einer profilierten jüdischen Journalistin an Vorurteile angeknüpft wird, die zu verbreiten und zu bestärken auch Methode der NS-Presse war. Damit ist man tatsächlich beim Antisemitismus. Aber „Szene"-Verleger Heidorn kennt ja „viele andere Menschen" (Juden oder Deutsche oder beides, Herr Heidorn?), „die unter den braunen Verbrechern ..." Da kann man sich dann ja auch das mal leisten.

J., Hamburg

Auf zum letzten Gefecht?

Kritische Anmerkungen zum Hamburger Demogeschehen

Kann in Hamburg nicht mehr demonstriert werden? Erneut wurde eine angemeldete Aktion nicht durchgeführt. Wird die Durchsetzung der Vermummung zu der entscheidenden Frage der politischen Betätigung in den nächsten Monaten? Einige sehen das so. Ist die Hamburger Linke nicht mehr mobilisierungsfähig? Es kommen immer weniger Leute. Sind die Autonomen jetzt die stärkste der Parteien? Sie erwecken zumindest diesen Eindruck. Geht die GAL in den Untergrund? Bis zum Herbst muß sie wieder aufgetaucht sein, wenn im November die NATO-Parlamentarier in die Hansestadt kommen. Vielleicht rauft sich die Linke ja zu einem abgestimmten politischen Vorgehen auf verschiedenen politischen Ebenen zusammen und schafft es, massenhaft zu demonstrieren. Bitter nötig ist dies nach den jüngsten Erfahrungen.

Am 29. Februar fand in Hamburg eine Tagung der EG-Außenminister mit ihren zentralamerikanischen Kollegen statt. Thema waren die Interessen der EG in Mittelameraika. Ein guter Anlaß, um in der Linken für die Unterstützung Nicaraguas und für den Befreiungskampf in El Salvador zu mobilisieren. Doch daraus wurde nichts. Es gab kein gemeinsames Bündnis, da die autonomen Gruppen das inhaltliche Anliegen mit den von allen Beteiligten zu tragenden Bedingungen verknüpfen wollten: keine Entmummung, kein Spalier und keine Vorfeldkontrollen zuzulassen. *„Wir sehen einen Zusammenhang zwischen den Versuchen des Repressionsapparats bei uns, unsere Zusammenhänge zu zerschlagen, und dem Versuch der EG, ihren Repressions-und Sicherheitsapparat nach Zentralamerika zu exportieren. Solidarität mit den Völkern Zentralamerikas heißt daher für uns auch, gegen den geplanten massiven Ausbau des Repressionsapparates bei uns Widerstand zu leisten"*, hieß es im autonomen Aufruf. Die Vorbereitung auf die so sicher wie das Kirchen-Amen zu erwartende Repression (immerhin trafen sich hochkarätige Politiker) stand fortan im Mittelpunkt der Planung. Auf der Strecke blieb das Bemühen um eine große internationalistische Solidaritätsdemonstration. Die Herstellung von Gemeinsamkeit im Bündnis, breite Mobilisierung und Aufnahme der Anliegen der Mittelamerika-Soligruppen hatten in den Demo-Vorbereitungen keinen Platz. Geschweige denn, daß das Bemühen da war, dem erfolgreich vorgetragenen Eindruck der EG-Imperialisten entgegenzutreten, man helfe den Völkern Zentralamerikas. Gruppen wie GAL, VSP, DKP, die meisten Mittelamerika-Komitees und der KB riefen — unterschiedlich motiviert — nicht auf. Die nachfolgende Entwicklung war vorprogrammiert und für Beteiligte überhaupt nicht überraschend: Innensenator Lange reagierte mit Demoverbot um den Tagungsort CCH, rief für die versammelten Staatsvertreter „Gefährdungsstufe 2" aus und schloß wegen „gewaltbereiter Autonomer und Antiimperialisten" einen *„Anschlag auf Personen nicht aus."* Am 29.2. fand die Demo nicht statt. Das Hamburger Schanzenviertel war von 3.000 Bullen belagert, Wasserwerfer waren aufgefahren, etwa 800 Demonstranten liefen im Viertel herum, einige hundert schafften es vorübergehend, sich zu einem Demozug zu formieren. Es gab einzelne Aktionen im Viertel, zahlreiche Verletzte und über 50 Festgenommene. Statt einer großen Demonstration erlebte Hamburgs Linke ein Demo-Desaster — und man muß befürchten, daß es nicht das letzte bleibt. Die Schuldigen sind gefunden, in Leserbriefen an die „taz" wird der Rückzug aus dem Bündnis als Spaltung bezeichnet.

Hamburger Demo-Szenen

Zum dritten Mal innerhalb von dreieinhalb Monaten fand damit in Hamburg eine geplante und angemeldete Demonstration nicht statt. Im November — auf dem Höhepunkt der Hafenstraßenauseinandersetzung zwischen Vertrag oder Räumung war die Demonstration verboten, 6.000 Bullen und Grenzschützer belagerten am *14.11.87* die Stadt. Die Demonstranten waren so flexibel, einer ungleichen Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Fast 4.000 versammelten sich trotz Verbots direkt vor der Hafenstraße. Am *16.1.88* hatte ein enges politisches Spektrum der autonomen und Antiimpi-Szene zu einer Palästina-Demo aufgerufen. Hier übte die Polizei erstmals das neue Konzept von Absperrungen und Vorfeldkontrollen im Kleinen: die etwa 400 Demonstranten wurden gefilzt. Zwei Tage später, am *18.1.88*, sollte die Demonstration zur Freilassung von Ulla Penselin stattfinden. Auch sie war in der Vorbereitung voll in autonomen Händen, die Rolle der mitvorbereitenden GAL beschränkte sich mal wieder auf uneingeschränkte Zustimmung. Die Durchsetzung der Vermummung war zur zentralen Frage erklärt worden. Nach den Ereignissen der Palästina-Demo war klar, daß die Hamburger Polizei auch hier wieder filzen würde. Angesichts eines massiven Polizeiaufgebots entschieden sich die Veranstalter für Auflösung und wünschten den etwa 1.500 erschienenen Leuten einen bunten Abend, was hieß, daß kleine Grüppchen „Aktionen machten". 40 Frauen wurden festgenommen.

Die gezielte Ausrichtung der Polizeieinsätze gegen den Block der Autonomen hat bereits seit *Dezember 1986* — Vorbereitung der größten Bündnisdemonstration für die Hafenstraße — zu Diskussionen um die „freiwillige" Demoauflösung geführt, falls man das Spalier nicht



Foto: H. Wojahn

wegschlagen kann. Trotz der Polizeiausfälle gegen die Demo war es dem Bündnis nach herben Prügeleien gelungen, die Demonstration geschlossen bis an die Abschlußkundgebung in der Hafenstraße zu führen.

Das Demonstrationsjahr 1987 war in Hamburg vom Konflikt um die Hafenstraße beherrscht, somit auch von der geschilderten Auseinandersetzung mit der Polizei. Die Demonstration vom Dezember 1986, mit ihrer Mischung aus Bündnisbreite und Militanz, hat die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geschaffen, durch die die Räumung in der Hafenstraße verhindert werden konnte. Dieser Mythos lebt als politisches Rezept weiter und wird gerne verallgemeinert. Ein Teil der politischen Szene ist der Meinung, daß so demonstriert werden *muß*. Dies entspricht dem politischen Ansatz der Autonomen, daß eine Demonstration nur eine ist, *„wenn sie die Politik des BRD-Imperialismus direkt berührt"* (aus dem Aufrufflugblatt der Autonomen zum 29.2.), was in der Regel Aktionen und Angriffe auf Einrichtungen aus der Demo meint. Nun gehören wir zu denen, die dies durchaus nicht immer für zweckmäßig halten, ja politisch häufig sogar für einen Fehler. Wir stehen damit in der Linken überhaupt nicht allein. Nur leider reagiert diese überwiegend mit stillschweigender Abstinenz. Trotz Kritik an diesem Politikverständnis haben wir diese Frage nie ausgrenzend diskutiert, wie jeder aus unseren Publikationen zur Distanzierungsdebatte sehen kann. Umgekehrt muß es aber so sein, daß nicht bestimmte Aktionsformen zur Bedingung für alle Beteiligten gemacht werden können. Das ist aber vor dem 29.2. erfolgt. *Die Durchsetzung der Vermummung wurde zur Bedingung für die Mittelamerika-Demo erklärt, damit aber auch ein bestimmtes Politikverständnis zur Bündnisfrage gemacht.* Das ist schlicht sektiererisch. Das, was bei der Verteidigung der Hafenstraßenbewohner zu akzeptieren war, weil es um ihre Interessen ging, muß ja deswegen nicht zur Regel werden. Dies gilt für uns insbesondere dann, wenn wie am 29.2. geschehen dieses Herangehen offenkundig und voraussehbar zum Schaden des politischen Anliegens ausgeht.

Vermummung als politisches Prinzip

Es bedarf daher bestimmter Konstruktionen, um solche Fragen nicht zu politischen Streitfragen zu machen, sondern zu Prinzipien, die man treu befolgen oder verraten kann. Udo Hergenröder von der GAL erklärte verteidigend in der „Hamburger Rundschau", daß heute niemand auf die Straße gehen könnte, *„ohne die Hamburger Verhältnisse zu thematisieren"*. (3.3.88) Man muß sie *auch* thematisieren, man muß *vor allem* aber wieder die politischen Inhalte, ihre Vermittlung und Verbreitung und die Mobilisierung thematisieren. Andere aus der GAL-Linken versteigen sich zu der Absurdität, daß das Ziel durchgesetzt werden müsse, *„selbstbestimmt, das heißt auch vermummt zu demonstrieren"* (Christin Hönemann im taz-Interview, 5.3.). Der Begriff „selbstbestimmt" in diesem Zusammenhang verliert seinen Sinn völlig, wenn man an anderer Stelle ihr und anderer GALier Szenario liest, wonach die Vermummung notwendiger Reflex auf die Totalerfassung von Demoteilnehmern ist (taz, 4.3.). D.h. nicht selbstbestimmt, sondern vom Staatsapparat aufgezwungen. (!) Frank Frind sagt im selben Interview, daß, wenn die Vermummung in Hamburg nicht durchgesetzt werden könne, *„in Hamburg eben nicht demonstriert werden kann"*. Christin Hönemann empfiehlt eine *„Demonstrationspause"*. Das ist schlicht eine politische Kapitulation, weil offenkundig Staatsillusionen einerseits und Verengung der politischen Aktionsmöglichkeiten andererseits den Blick für die Realitäten trüben. Folge wäre nicht nur eine verheerende Niederlage der Linken, sondern das Aufgehen des Kalküls der Hamburger Innenpolitik. Eine Stärke des polizeilichen Vorgehens der letzten Wochen resultierte aus der Berechenbarkeit des starren Demonstrationsverhaltens. Die freiwillige Selbstaufgabe des Demonstrationsrechts, dessen Demontage zu Recht beklagt wird, wäre der Sieg „Hamburger Verhältnisse".

Das Paradoxe ist, daß Hamburgs „Innere Führung" trotz Rückschläge taktisch flexibel geblieben ist, ohne sein strategisches Ziel der Isolierung des militanten Demopotentials aufzugeben. Die Polizeitaktik beim „Hamburger Kessel" im Juni hieß Plattmachen. Der breite Protest von 40.000 und die öffentliche Empörung ließen den Innensenator scheitern. Im Zusammenhang mit den Hafenstraßendemonstrationen wurde das berüchtigte Spalierlaufen verfeinert und durch Polizeischläger- und Greiftrupps ergänzt. Militante Gegenwehr und große Mobilisierung verhinderten das Aufgehen der Isolierungsstrategie. Hamburgs „Schwarzer Block" machte bundesweit Schlagzeilen. Die Vorfeldtaktik ist die neueste Konsequenz aus den vergangenen Erfahrungen. Riesige Polizeiaufgebote, massive Absperrungen und starke, gut gesicherte Vorfeldkontrollen sorgen für ein Anti-Demonstrationsklima. Die Polizei schütze durch Blockade der Vermummten das Demonstrationsrecht, lautet die sozialdemokratische Erklärung für das Vorgehen. Oder, wie der Innensenator sich nach dem 29.2. ausdrückte: *„Erst die Polizei hat mit ihrem Eingreifen die Voraussetzungen für einen friedlichen Demonstrationsverlauf geschaffen."* Allerdings mit dem Ergebnis, daß niemand mehr die Lust hatte, unter den Bedingungen eines massiven Polizeiaufgebotes zu demonstrieren.

Unflexibel agieren dagegen Teile der Hamburger Linken. Sie glauben, die Vermummung als politisches Prinzip frontal verteidigen zu müssen. Die taktische Frage, wann ich zu welchem Zweck wie demonstriere, wird zur strategischen hochgespielt, bis hin zur „Machtfrage". So wirft GALier Frank Frind dem KB-Mitdiskutanten im „taz"-Interview empört vor, er verlange *„ein taktisches Verhältnis der Autonomen zur Vermummung"*. Ja, was denn sonst? Nur wer entweder der Illusion anhängt, der Staat gebe bei etwas Druck soweit nach, daß er seine militanten Gegner gewähren lasse, oder wer Machtphantasien anhängt, kann die Frage auf Alles oder Nichts zuspitzen.

Innerhalb autonom-antiimperialistischer Kreise wird die Problematik durchaus so diskutiert. Eine der Lehren aus der Hafenstraße für den Kampf um die Zusammenlegung der politischen Gefangenen sei es, so ein namenloser Beitrag: *„Unsere revolutionären Ziele durchsetzen, heißt zu lernen an ihnen die Machtfrage zu stellen. (...) Was die Schweine ,rechtsfreier Raum' nannten, war die Durchsetzung eines anderen, vom Widerstand bestimmten Rechts, worüber sie in dem Augenblick keine Macht mehr hatten. Das war der antagonistische strategische Moment, in dem unser Ziel eines selbstbestimmten Lebens ein Stück Gestalt annahm."* (Sabot 18. Februar 88)

In bezug auf Autonome, Antiimpis und die politisch aktiven Hafenstraßenbewohner sollten die GALier lieber ihre sozialarbeiterische Herangehensweise aufgeben, wenn es um die Diskussion politischer Strategien geht. Statt dessen sollte man sie als politische Wesen mit eigenen Strategien bzw. Vorstellungen vom Weg der Durchsetzung ihrer Ziele akzeptieren und mit ihnen darüber streiten. Etwas weniger Moralin in solchen Debatten könnte die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Vorstellungen beleben. Die vielbeschworene Solidarität mit den Autonomen darf nicht zu Vernebelung von Differenzen führen, wo es nicht in erster Linie um Solidarität, sondern um das politische Anliegen und seine Durchsetzung geht. Es sind relevante Teile der Autonomen gewesen, die das alleinige Kalkül verfolgt haben, diese Demo zum Prüfstein für das Durchbrechen des Vermummungsverbots zu machen. Und es ist nicht mehr als ein schlechter Trick, wenn aus Anerkennung oder Ablehnung eines festgelegten politischen Konzepts eine Frage von Moral und Solidarität gemacht wird.

Bereits in der Auswertung der aufgelösten Demo für die Freilassung von Ulla Penselin kündigte sich der eingetretene Verlauf an: Als Fazit der Diskussion wird festgehalten: *„Die Auflösung war in der Situation richtig. Es steht — spätestens vor der nächsten Demo — eine Grundsatzdiskussion darüber an, wie wir gegen die neue Bullentaktik eine Demo mit unseren Inhalten und Formen (u.a. Vermummung, keine Vorkontrollen, kein Spalier) durchführen können. Es gibt den Vorschlag, an einer Demo zur Außenministerkonferenz der EG- und Zentralamerikanischen Staaten dies zum Thema zu machen."* (Info 4). Das nebenstehend dokumentierte Auswertungsflugblatt von „einigen Autonomen aus Hamburg" (für seine Echtheit spricht, daß es in einem stadtbekannten autonomen Laden auslag), dokumentiert, daß mit einer Fortsetzung des Vorgehens vom 29.2. spekuliert wird. Keine Demo, bei entsprechendem Bullenaufgebot (was bei Ankündigung zukünftig garantiert werden kann), sondern der Versuch einer „heißen Nacht" so oft, bis die Gegenseite aus Sorge vor den Folgen zukünftig freiwillig *„eine Demo nach unseren Vorstellungen zulassen"* muß. Das aber heißt nichts anderes, als daß zukünftig bei jeder für günstig angesehenen Gelegenheit diese Kraftprobe versucht wird. Nicht der Inhalt einer Demo, nicht das Ziel soll die Form bestimmen, sondern bis Kräfte-„Parität" hergestellt ist, muß das jeweilige Demoanliegen zurückstehen. Insbesondere das wird völlig zu Recht kritisiert, ist bislang aber immer empört als Unterstellung zurückgewiesen worden. Vor allem aber ist der Polizeiführung ein wichtiges Mittel an die Hand gegeben, von sich aus über Durchführung von Demonstrationen zu entscheiden. Sie braucht nur genügend Bullen aufzubieten. Folgt man diesen Vorschlägen — und sie konnten sich dank zahlenmäßiger Stärke der aktiven Autonomen und ihrer Unterstützer durchsetzen — dann heißt das für Hamburg weniger und kleinere Demonstrationen, dafür aber ein kleinerer Teil, der „praktisch" Widerstand leistet. Einigen mag diese unsinnige Alternative passen. Wir halten sie politisch für fatal.

Wen und was vertritt die GAL?

Erschwert wird eine Diskussion um das zukünftige Demonstrieren in Hamburg vor allem durch die Schwäche und Krise der nicht-autonomen politischen Gruppen (den KB eingeschlossen). Besonders die Situation der GAL, die trotz innerer Lähmung und Krise für die Herstellung politischer Bündnisse nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, wirkt sich nachteilig aus. Ein Teil der GAL, die meisten sind im Initiativkreis Hafenstraße aktiv, begreift das Hamburger Demogeschehen offensichtlich als Kontrastprogramm zur innerparteilichen Ödnis der grünen Auseinandersetzung und dem Anpassungs-

---

Das alles wußten wir ...
Hamburger Autonome zur EG Gipfel-Demo

Am 29.2.1988 sollte in Hamburg eine Demo gegen die imperialistische Politik der EG in Mittelamerika stattfinden. Die Bestimmung der Demo war es, die Mittelamerika-Politik der EG zu entlarven — die Verantwortlichen für Folter, Mord und Ausbeutung hier in den Metropolen zu benennen. Das sollte durch einen revolutionären Block und entsprechenden Inhalten praktisch gemacht werden. Spätestens nach der Palästina- und Ulla-und Ingrid-Demo war klar, daß die Schweine versuchen werden, für sie entlarvende Inhalte zu verhindern — vor allem auf dieser Demo.

Das alles wußten wir und haben schon vor Wochen vorhersehen können, was kommt. Deshalb haben wir gesagt, daß es zwar primär wichtig ist, die Demo durchzusetzen, wenn dies aber nicht möglich ist, dafür zu sorgen, daß

— die Bullen das nächste Mal lieber eine Demo nach unseren Vorstellungen zulassen, als noch einmal eine Nacht voller dezentraler Aktionen zu haben und

— nicht das Festessen der Staatsmänner, sondern der Widerstand gegen ihre Politik primär in den Medien erscheint.

Wie zu erwarten war, wurde die Demo unmöglich gemacht. Die immer massiveren Angriffe auf unsere Demos/Inhalte und die daraus resultierende Notwendigkeit des dezentralen Angriffs, die durchaus abgesprochen war, für den Fall der Verhinderung der Demo, drückte sich dann in Form von kaputten Scheiben bei ganzen neun Objekten (sieben Banken, ein Pelzgeschäft, ein Aldiladen), eine kleine Barrikade, einen flambierten Bagger und ein paar kaputten Bullenwagen aus. Diese Schwäche ist Ausdruck einer Entwicklung, die wir in letzter Zeit verstärkt feststellen: Während ein paar Leute sich den Arsch aufreißen um vorzubereiten, Diskussionen voranzubringen, zu planen, zu besorgen usw., nehmen andere Leute eine Haltung ein, in der sie warten, daß alles an sie herangetragen wird, sie nur noch die Aktion machen und dann selbstbefriedet nach Hause gehen. Es ist erschreckend zu sehen, mit welcher Ernstlosigkeit viele an Sachen gehen. Während (wiedereinmal) einige wenige viel Zeit, Geld und Nerven in die Vorbereitung gesteckt haben, um die lange vorhersehbare „heiße Nacht", die abgesprochen war, *praktisch* zu machen und dabei Knast riskiert haben, haben sich viele andere wieder um nichts gekümmert!!!

Wir müssen uns endlich der Ernsthaftigkeit des Widerstandes und der Repressalien bewußt werden. Diese Kritik geht an uns alle!!! (...)

Einige Autonome aus Hamburg.

Fortsetzung von vorheriger Seite

prozeß großer Teile der GAL-Basis. Ihr Agieren kann sich zwar häufig auf den Opportunismus dieser Partei, die außerparlamentarisch sein will, aber kaum noch ist, stützen. Doch werden politische Aktionen zunehmend weniger getragen. Die Mobilisierungsfähigkeit der GAL entspricht ungefähr dem Gewerkschaftsbeitrag. Ein Prozent vom Gesamten (brutto). Eine GAL, deren Realität immer weniger den formulierten Ansprüchen entspricht, wird moralisch erpreßbar. Und so agiert sie denn auch in politischen Auseinandersetzungen: Opportunistisch, gegenüber Strömungen wie den Autonomen, da diese ja vom Staat angegriffen werden. Nicht politisch, nicht um Auseinandersetzung bemüht, sondern eher sozialarbeiterisch. Das ist zugegeben immer noch besser als das, was Schily-Grüne praktizieren, es fördert aber auch die Tendenz der Entpolitisierung; es wird zunehmend weniger argumentiert, dafür um so mehr moralisiert. Beispiele für den Opportunismus und die Moralisiererei der GAL:

Krass ihr Opportunismus bei der Palästina-Demo am 16.1.88: Obwohl das autonome Palästina-Bündnis anders agierte, als es — soweit bekannt — GAL-Praxis ist, führte man die Auseinandersetzung nicht etwa um eine andere Palästina-Solidarität, sondern nutzte die Teilnahme einer PKK-nahen Organisation als Vorwand, sich klammheimlich zu verpissen. Statt die Auseinandersetzung um eine andere Art Demonstration am 29.2. zu führen, wurde von den GAL-Vertretern erst einmal wortradikal mitgeplant. Als die Ernsthaftigkeit der Staatsdrohungen offenkundig war — wurde zwar der Ausstieg beschlossen, doch in Erklärungen und Anzeigen zwei Tage vor der Demo mitgeteilt: 1. Die GAL setze sich für die Absage der Demo ein. 2. Für den Fall, daß sie nicht abgesagt werde, fordere die GAL volle Demofreiheit. 3. Falls die Demo stattfinde, werde sie organisatorische Unterstützung leisten (taz, 27.2.). Kein Wunder, daß solche unter dem Mantel Solidarität formulierten Erklärungen „Sowohl als auch" von niemandem ernstgenommen werden und am Ende nur das „auch" überbleibt. So reduziert sich das Anliegen, eine staatlich gewünschte Aufspaltung der Hamburger Linken nicht hinnehmen zu wollen, auf mehr oder weniger Goodwill-Akte (einen Lautsprecherwagen bereitstellen, die Demo durch GALier anzumelden) und Hilfestellungen aus den Möglichkeiten einer Parlamentspartei anzubieten (Parlamentarier als Beobachter vor Ort, Pressekonferenz hinterher). Als Faktor für eine Hambur-

als Beobachter vor Ort, Pressekonferenz
hinterher). Als Faktor für eine Hambur-

ger Demoalternative, die der Linken ihre Wirkungsmöglichkeiten zurückgibt und sie nicht nur auf das „letzte Gefecht" vorbereitet, kann man eine so agierende GAL vergessen. Vor allem dann, wenn wie bislang die GAL-Linken sich in ihre politischen Fehler verbeißen und die messerwetzenden Realos (Jurtschitsch/Rieckmann) für die siebenundfünfzigste Neuauflage der Gewaltdebatte sorgen. Bleibt das so, wäre die GAL für die Linke nur noch auszuschlachten. Die GAL-Linken beziehen hieraus zu einem Teil ihre Legitimation. Gleiches gilt übrigens im Verhältnis zur realofreundlichen „taz", deren Häme über das Demo-Desaster bereits in der Überschrift ins Auge sprang („*Gemein!!! 3000 Polizisten gegen 300 Demonstranten*", taz, 1.3.88). Doch wird die eigene Politik nicht dadurch besser, daß man sich in seiner ablehnenden Position gegenüber „taz" und Realos bestätigt sieht.

Woran in der nächsten Zeit gearbeitet werden muß, das sind nicht Ausgrenzungen irgendwelcher Art. Sondern das ist: Die Wiederherstellung des *Primats der Politik* gegenüber der formalen Debatte. Diese Kritik richtet sich sowohl gegen die grüne Gewaltfreiheitsdebatte, als auch gegen die Vereinseitigung von Aktionsform auf Demonstrationen durch Autonome.

Erst dies macht ein differenziertes und flexibles Vorgehen und Absprachen gegen die staatlichen Repressionsversuche möglich. Der jetzige Zustand, Solidarität als moralische und nicht politische Kategorie einzuklagen, führt in den Frust und die Beschimpfung derjenigen Linken, die Politik als eine Veranstaltung begreifen, die sich nicht nur über den Weg des Bauches, sondern auch und vor allem unter Einschaltung des Kopfes artikulieren muß.

hr.

Anmerkung

1) „Einige Hamburger Unterstützer der Hafenstraße" haben in der Autonomenzeitung „Unzertrennlich" formuliert: „Für selbstbestimmtes Wohnen und Leben! Eine schöne Forderung, die wir auch schon auf diversen Flugblättern mitunterzeichnet haben, obwohl wir wissen, daß diese Parole einfach Quatsch ist. Wer wünscht sich ernsthaft eine Wohnung, in der die Fenster vergittert oder zugemauert sind. (...) Statt für selbstbestimmtes Wohnen kannst du also gleich für eine menschengerechte sozialistische Räterepublik oder -Gesellschaft sagen. Dann weiß wenigstens jeder, das ist Utopie, und diese Forderung steht in den nächsten Jahren nicht konkret an." (Nr. 7, Dez. 87/Jan. 88)

Morgen knirschend

Er frage sich jetzt oft beim Schreiben, ob er nicht unter seinem Wissen, seinem Empfinden bleibe, sagte Volker Braun auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR im November vergangenen Jahres in Berlin und stellte fest: ,,*Das Problem der Kunst enthält das Problem unserer Gesellschaft: unter ihrem Bewußtsein zu leben, unter ihren Möglichkeiten zu leben, wo sie in Strukturen verharrt, die die Produktivität behindern*''. Die Delegierten des Schriftstellerverbandes wählten Volker Braun auf ihrem Kongreß in das Präsidium des Verbandes. In einem Essay über Rimbaud schrieb Volker Braun vor einigen Jahren: ,,*Was uns ersticken machen kann: aus der bewegten Zeit in eine stehende zu fahren*''. Das Bewußtsein, in einem Jahrhundert zu leben, in dem anfängliche revolutionäre Aufbrüche in Stagnation übergingen und an dessen Ausgang die Erben des roten Oktober die Erhaltung des Status Quo bereits für einen Erfolg halten, prägt Volker Brauns Gedichtband ,,Langsamer, knirschender Morgen''.

Einer der Dienstältesten und Dümmsten unter den kalten Kriegern an der kulturellen Front, Karl Corino, meinte in der ,,Stuttgarter Zeitung'' (5.9.87), ,,*daß Braun in seiner preußischen Heimat nicht mit der Veröffentlichung solcher sozialistischer Postmoderne*'' rechnen könne. Wenn Lügner kurze Beine haben, kann Corino jetzt in den Redaktionsräumen der ,,Stuttgarter Zeitung'' unter den Tischen entlang laufen, ohne sich den hohlen Kopf zu stoßen: Volker Brauns Gedichtband ,,Langsamer, knirschender Morgen'' ist in der DDR beim Mitteldeutschen Verlag, Halle/Leipzig erschienen. Er enthält Texte aus den Jahren 1978 bis 1984. Der Kommunist Volker Braun, den eine dünnsinnige Literaturprofessorin im Oktober 1985 im ,,Neuen Deutschland'' wegen seines sehr lesenswerten ,,Hinze-Kunze-Romans'' (in der BRD erschienen bei Suhrkamp) als Anarchisten entlarvte und der nach wie vor Mitglied der SED ist, gibt sich mit Erreichtem nicht zufrieden, ohne sich auf die bereits zum Ausdruck von Selbstgefälligkeit verkommene Maxime zuraückzuziehen, das Erreichte sei nicht das Erreichbare.

,,*Nicht daß uns die Worte fehlen / Sie hängen uns aus dem Hals*'' schreibt Braun (,,Gespräch des Chefs''). Da ist manches den meisten westdeutschen Lesern nicht vertraut: ,,*Partei mein Fürst: sie hat uns alles gegeben / Und alles ist noch nicht das Leben*''. ,,*Sie hat uns alles gegeben*'', heißt es in einem Gedicht Louis Fürnbergs aus dem Jahre 1949, das als vertontes Stück Lyrik bekannt wurde: ,,*Die Partei hat immer recht*''. Das Lied hat eine bewegte Geschichte. In dem ursprünglichen, 1949 veröffentlichten Text hieß es: ,,*aus Leninschem Geist wächst von Stalin geschweißt die Partei, die Partei*''. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU durfte der georgische Schustersohn nicht mehr als Schweißer dargestellt werden. Da hieß es bald u.a. in einer Fürnberg-Ausgabe des Aufbau-Verlages: ,, ... *aus Leninschem Geist wächst von Lenin geschweißt ...*'' Diese überstürzte Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit hielt nicht lange an, und man sang bald: ,, ... *aus Leninschem Geist wächst im Kampfe geschweißt ...*'' So klang es auch aus den Kehlen der Delegierten des XI. Parteitages der SED im April 1986 im Palast der Republik. Ist auch der Text nicht immer echt, hat die Partei doch immer recht.

,,*So wie wir heute arbeiten / Haben wir gestern gelebt*'' (,,Berliner Epigramme''). ,,*So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben*'', sagte die Weberin Frida Hockauf (VEB Mechanische Weberei Zittau) 1953 zum Auftakt eines sozialistischen Wettbewerbs. Man lebte acht Jahre nach Kriegsende in der DDR noch nicht sonderlich gut. Die Praxis lief anders als die Planung: ,,*Ich lenke, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin ich ihn lenke, er fährt hin, wohin andere ihn lenken*'', schreibt der Lenin-Kenner Volker Braun, wissend um die Spätschriften Wladimir Iljitschs. Im ,,Eisenwagen'', der auch einige der eigenen Genossen überrollt, gerät den Fahrenden das Ziel aus dem Blick: ,,*Was für eine Rolle spielte ich — des Befreiers oder Unterdrückers*''. Was bleibt da von den Ideen des Kommunismus? ,,*Wollt Ihr ihn wirklich? Ich staune. Das Freie Bewegte / Einfache / Das schwer zu machen ist: ihr? / Überlegt es euch gut*''.

Volker Brauns Lyrik erschöpft sich nicht in dichterischer Befassung mit den Widersprüchen eines real stagnierenden Sozialismus am Beginn der achtziger Jahre. Seine Texte sind auch von der Auseinandersetzung mit einem Theoretiker geprägt, der Anfang der 70er Jahre schrieb, die sich wie Entwürfe zu Reden Gorbatschows lesen und den sein Hang zur Prophetie in den achtziger Jahren ins Mystisch-Reaktionäre führte: Rudolf Bahro. ,,*Rudi in Oregon*'', bei der Baghwan-Truppe, die Verwunderung darüber und über Bahros Plädoyer für den Weg ,,*in die bessere Steinzeit*'' kennzeichnet Brauns Gedicht ,,Das gebremste Leben'': ,,*Vielleicht war die Frage / Die große Frage Werwen / Eine Nummer zu klein / und die Schrecken / von denen wir zehren / sind nicht mehr das Wahre.*''

Läßt Rudi hier noch grüßen, so teilt Braun die Konsequenzen von Bahros theoretisierendem Ausspielen von Menschheitsinteressen gegen Klasseninteressen durchaus nicht. Zwar sprach er auf dem X. Schriftstellerkongreß in Bahroscher Diktion von der ,,*industriellen Megamaschine, die die Natur verheert*'', doch setzte er sich gleichzeitig mit Bahros Auffassungen auseinander, ohne den in der DDR noch Tabuisierten namentlich zu erwähnen. ,,*Allenthalben wird die Alternative jetzt außerhalb der Produktion gesucht und der entfremdete Raum Hals über Kopf verlassen; die Befreiung fände draußen statt in der sogenannten Lebensweise. Der Herrschaft wird nicht zu nahe getreten. Und wo das Bild der Zukunft aus dem kapitalistischen Rahmen genommen wird, zeigt es die Idylle der Umkehr. Wie denn immer der erste Reflex auf komplizierte Verhältnisse Rückkehr zum Alten, zum Einfachen hieß. Als müßten wir nur loslassen, was wir haben, um gerettet zu sein*''.

Bundesdeutsche Rezensenten haben entdeckt, daß Volker Brauns Optimismus heute nicht mehr derselbe ist, den er als Dreißigjähriger 1970 in seinem Lyrikband ,,Wir und nicht sie'' zeigte. Uwe Wittstock aus der Abteilung Reich-Ranicki, vor einigen Jahren noch Autor in ,,L 80'', einem Organ für Günter Grassens Godesberger Sozialismus, suggeriert in der FAZ, Volker Braun beschreibe in seinem neuen Gedichtband ,,*soziale Grabesruhe*''. Yaak Karsunke unkte in der ,,Frankfurter Rundschau'', ,,Langsamer, knirschender Morgen'' zeuge von der ,,*Abend-Dämmerung einen langen bleiernen Tages*''. Wer die Sonne im Osten untergehen sieht, erspart seiner Lesergemeinde jeden Hinweis darauf, was Volker Braun in den Berlinischen Epigrammen über die Intellektuellen und die Linke im Westen notiert:

,,Freiheit, ihr also habt sie! und
verbrieft und versiegelt.
Aber nun brecht einmal auf:
Tränengas, Wassergewerf
Freiheitsglocken bezahlte er,
Cäsar, für jeden lädierten
Söldner. Vietnam. Freiheit, so ist
sie gemeint.
Freier wäre ich da und könnte tun
oder lassen —
Was weiß ich. Was ich weiß, reicht
zum Berufsverbot aus.''

Ob Volker Braun auch an Mitarbeiter eines in Talkshows gern gesehenen Frankfurter Kritikers dachte, als er schrieb:

,,In dem Sinnlosen harren sie aus,
das sie immer bereden
Elitärer Genuß, sinnvoll bereden
sie dies Los
Freilich, ,es wäre zu wünschen'
daß sie im Optativ
schwiegen
In der Wunschform erschöpft sich
ganz das Engagement.
So erhaben sind und verstrickt sie
in Strukturen
Anders denken sie wohl, und aber
handeln konform''.

Gerd Eggeling

Volker Braun: Langsamer, knirschender Morgen, Gedichte, Suhrkamp, 96 Seiten, 19,80 DM

Bundesdeutsche Rezensenten haben
DM

Berlin, Berlin



Das Besondere dieser Stadt fängt mit dem Namen an. Berlin, Hauptstadt der DDR, des einzigen Landes in Europa, das nach westdeutscher Lesart keine Hauptstadt haben darf. ,,Ostberlin'' nennt sie der Westler; DDR-Bürger sagen einfach Berlin, und ihre Bewohner nennen sie auch gerne und nicht ohne Stolz ,,die Hauptstadt''. Spötter behaupten, sie werde demnächst in ,,Cassa blanca'' umbenannt, weil die DDR sich beim Wettbewerb mit Westberlin um die schönste 750-Jahr-Feier übernommen habe. In der zu diesem Zweck geschröpften DDR-Provinz ist das östliche Berlin wegen seiner relativ privilegierten Versorgungslage sowieso nicht besonders beliebt ... außer zum gelegentlichen Einkaufen. Im Lande ist zu hören: Bei seiner Asien-Reise 1986 habe Erich Honecker in der Mongolei etwas wesentliches gelernt: Wenn die Hauptstadt gut versorgt sei, könnten die übrigen Bewohner in Zelten leben.

Zahlreiche Fotos von Harald Hauswald und anderen DDR-Fotografen enthält das Buch ,,Kunst und Kohle'' der DDR-Autorin Daniela Dahn. Ihr in der DDR unter dem Titel ,,Prenzlauer Bergtour'' als Bildband und in der BRD als Taschenbuch bei Luchterhand erschienener Band befaßt sich mit einem Stadtbezirk der Hauptstadt der DDR, der als östliches Pendant zu Kreuzberg gilt — Prenzlauer Berg.

Die ehemalige Fernsehjournalistin Daniela Dahn hat sich sehr gründlich mit dem Gegenstand ihres Buches befaßt. Sie hat Bewohner befragt, in Archiven gearbeitet, sich mit Omas, Punks und Bauarbeitern getroffen. Das Ergebnis ist ein an Detailfakten reiches Panorama aus Gegenwart und Vergangenheit. Die Autorin weist nach, daß das Preußentum die ,,Kasernierung der Bevölkerung'' in Berlin erreichte, wobei jener Preußenkönig Friedrich II (1712 - 1786), den Erich Honecker 1986 in einem Interview mit schwedischen Journalisten wieder ,,den Großen'' nannte, für die Entstehung der ,,Zivilkasernen'', der berüchtigten ,,Mietskasernen'' der Berliner Arbeiterklasse politisch verantwortlich war. Daniela Dahns Haltung ist in angenehmer Weise frei vom neuen Preußenkult, wie er sich vor allem zum 200. Todestag von Friedrich II in vielen Medien der DDR austobte. Ihre ,,Prenzlauer Bergtour'' unterscheidet sich auch sehr von der Selbstdarstellung der DDR in Fernsehnachrichten (,,Aktuelle Kamera'') und Tageszeitungen.

Konkret beschreibt sie, wie reserviert und manchmal auch hilflos örtliche Behörden spontanen Wünschen von Bürgern zur kulturellen Gestaltung des Stadtteils gegenüberstehen. Was nicht langfristig und von oben geplant ist, wird als störendes Begehren empfunden. Das gilt auch für die Breakdancer, die ihre Künste auf dem Alexanderplatz vorführen wollen. Kommentar eines Volkspolizisten: ,,*Macht Eure Faxen woanders.*'' Klingen solche Dinge westlichen Lesern noch aus eigenen Beobachtungen hierzulande vertraut, zeigt das Buch anhand der Wohnungsprobleme, wo in Berlin (DDR) die Dinge ganz anders liegen als in Westberlin oder in der BRD. Da zahlen von 800 Mietern einer kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) am Prenzlauer Berg 145 entweder gar keine oder nicht regelmäßig die Miete, die mit unter einer Mark pro Quadratmeter ohnehin mehr ein symbolischer Obolus ist, ohne daß einer der säumigen Mieter befürchten muß, an die frische Luft gesetzt zu werden. Die Kehrseite solch kommoder Mietverhältnisse besteht freilich darin, daß aus den Mieteinnahmen bei Reparaturen kaum mehr als das Trinkgeld für die Handwerker zu bestreiten ist. Auch kann man am Prenzlauer Berg keine arbeitslosen Bauarbeiter treffen, wohl aber welche, die sich darüber beschweren, auch bei Eiseskälte arbeiten zu müssen. Dank eines Enkels von Käthe Kollwitz konnte Daniela Dahn die bisher unveröffentlichten Tagebücher der Künstlerin einsehen, die mit ihrem Mann, einem ,,Armenarzt'', am Prenzlauer Berg lebte.

Auch in diesem proletarischen Viertel Berlins wehten die Hakenkreuzfahnen und marschierten die SA-Kolonnen. Nicht zuletzt diesem Teil der Geschichte des Prenzlauer Berges ist Daniela Dahn auf der Spur. Bei der Durchsicht von Adreßbüchern stellt sie fest, daß der Name Goldstein im Stadtbezirk Prenzlauer Berg 1941 zum letzten Mal auftaucht ...

Gespenstisch wirkt die Szene, als ein junger DDR-Punk ihr auf dem stillgelegten Friedhof der St. Nikolai-Gemeinde das von der sowjetischen Armee geschleifte Grab des SA-Sturmführers Horst Wessel zeigt, der 1930 von Zuhältern erschossen wurde und den die Nazis zum Märtyrer aufbauten. Schüler einer DDR-Oberschule ehren einen Widerstandskämpfer, den sie in einer Wandtafel als ,,Halbjuden'' bezeichnen, offenkundig ohne zu bedenken, daß sie sich dabei der NS-Terminologie bedienen. Daß antifaschistische Traditionspflege trotz bester Absicht manchmal auch ihre Adressaten verfehlen kann, zeigt die Autorin am Beispiel der Rede eines Widerstandskämpfers, der vor Schülern spricht, die ihm nicht mehr zuhören, als er sich bemüht, die internationale Lage zu analysieren: ,,*Der Alleinanspruch der USA auf die Ausbeutung der ganzen Welt und neuerdings sogar des Alls, hat den Klassenkampf in die letzten Winkel getragen...*''

1946 haben Schüler am Prenzlauer Berg Aufsätze über die letzten Tages des Krieges und die ersten des Neubeginns geschrieben. Beim Lesen der alten Schulhefte stellt Daniela Dahn fest, daß keiner der noch ein Jahr zuvor in der Hitlerjugend erfaßten Schüler Reste der Naziideologie in seinen Aufsatz einfließen ließ. Des Rätsels Lösung: Es wurden nicht *alle* damals geschriebenen Aufsätze archiviert...

Daß am Prenzlauer Berg mehr Punks leben als in anderen Teilen der DDR-Hauptstadt, hat sich im Westen schon herumgesprochen. Weniger bekannt ist, daß es am Prenzlauer Berg die einzige koschere Fleischerei der DDR gibt. Jeden zweiten Sonntag fliegt ein Schächter von Budapest nach Berlin (DDR) und fährt nach Brandenburg, um dort Rinder und Schafe koscher zu schlachten, zu schächten. Amüsant ist Daniela Dahns Bericht über einen Prozeß gegen einen 45-jährigen Glückspieler, der wegen ,,verbotenem Bankhaltertum'' auf der Anklagebank sitzt und 90.000 Mark verzockt hat, für DDR-Verhältnisse ein gewaltiges Vermögen. Hinzu kommt noch ein weiteres Delikt. Der Spielerkönig hatte sich aus Westberlin für einen bunten Abend einen einschlägigen Videofilm (,,Skandal im Mädchenpensionat'') besorgen lassen, von dem dann ,,*eigentlich alle enttäuscht*'' waren, wie der Angeklagte mit berlinerischer Direktheit erzählt. Das DDR-Gericht findet das nicht witzig. Pornographie ist in der DDR verboten.

Gerd Eggeling

Daniela Dahn: Kunst und Kohle. Die Szene am Prenzlauer Berg. Berlin DDR, Sammlung Luchterhand, 240 Seiten, 14.80 DM



Vor 20 Jahren: Vietnam-Kongreß 1968

Erinnerungen an einen Papiertiger

Die Wüste lebt. Geschichte nicht minder. Hin und wieder ragen Ereignisse aus der Vergangenheit auf, die allen Einebnungsversuchen, auch linken zuwiderlaufen.

Die Rede ist vom internationalen Vietnamkongress in West-Berlin im Februar 1968. Als Strategie-Kongreß ging er in die Geschichte ein. Aber da wurde offenbar mehr diskutiert als nur der „lange Marsch durch die Institutionen“: Revolutionärer Internationalismus, Zerschlagung der NATO, Aufbau einer 2. Front gegen den Imperialismus, militanter Widerstand, illegale Aktionen...

Schauen wir näher hin. Es scheint sich zu lohnen.
F.

Just rechtzeitig für einen 20. Jahrestag besorgte der „Verlag Libertäre Assoziation“ eine Neuausgabe der Reden und Referate, die auf dem Kongress gehalten und anschließend vom SDS veröffentlicht wurden. Das aktuelle Nachwort liefert eine informative Skizze der damaligen Situation. (1)

„Am 17./18. Februar“, heißt es im Umschlagtext des kleinen Bändchens, *„versammelten sicn über 5.000 Vertreter der revolutionären Jugend Europas zum internationalen Vietnam-Kongress in West-Berlin. Der vom SDS organisierte Kongress stellte den Höhepunkt der bundesrepublikanischen Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg innerhalb der antiautoritären Revolte der späten sechziger Jahre dar.*

In der Strategiedebatte, die damals geführt wurde, ging es — vor allem in den Beiträgen von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl — um den Aufbau der zweiten Front in den Metropolen. Die praktische Umsetzung sollte die Kampagne ‚Zerschlagt die NATO' leisten...“

In der Tat: Unter der Parole „Vom Protest zum Widerstand!“ ging es auf dem Kongress nicht mehr um die Frage, ob, nicht mal mehr allein, ob militant, sondern darum, wie der militante Widerstand effektiv organisiert werden sollte.

Der Kongress war Ausdruck der seit Mitte der sechziger Jahre gärenden generellen Unzufriedenheit mit der innen- wie außenpolitischen Stagnation der kapitalistischen Welt am Ende der Nachkriegsrestauration und der daraus resultierenden gesteigerten Aggression der imperialistischen Staaten nach innen und außen. Vietnam war zum Synonym für diese Entwicklung wie zugleich für die Notwendigkeit und Möglichkeit des erfolgreichen Widerstandes dagegen geworden.

In Vietnam hatten die USA und mit ihr die übrigen kapitalistischen Staaten ihr demokratisches Nachkriegsimage verloren, war der Imperialismus für die kritische Intelligenz in den Metropolen wieder als Hauptfeind der Menschheit erkennbar geworden. Der versuchte Völkermord in Vietnam schlug sich in diesen Schichten als Bewußtsein von einer neuen Aggressivität und zugleich historischer Überlebtheit des Imperialismus nieder. Die Parolen des vietnamesischen Widerstands, wie „Sieg im Volkskrieg!“ oder „Ein kleines Volk kann ein großes besiegen!“ wurden Hoffnung und strategische Leitschnur für den eigenen Widerstand.

In der BRD wurde, nicht zuletzt angesichts der bedingungslosen Unterstützung der US-Vietnampolitik durch die BRD, die seit '45 erfolgreich verdrängte Geschichte des deutschen Faschismus wieder lebendig. Wesentliche Teile der Nachkriegsgeneration stellten die unter Adenauer eingeschworene Verdrängungsgemeinschaft in Frage. Innenpolitische Stichworte waren: Die politische Friedhofsruhe am Ende der Adenauer-Republik, Folgen des „kalten Kriegs“ nach außen, des KPD-Verbots nach innen, Ehrhardts Politik einer „formierten Gesellschaft“, die „Große Koalition“ zwischen CDU/CSU und SPD, die „Konzertierte Aktion“ von Regierung und DGB, insgesamt: Die Schreckensvision einer „Gesellschaft ohne Opposition“, wie es einer der theoretischen Väter der antiautoritären Revolte, Herbert Marcuse damals formulierte. (2)

Seit Mitte '65 standen Aufklärungskampagnen und Aktivitäten zu Vietnam im Mittelpunkt dieser wachsenden und sich sowohl an der Eskalation des Vietnamkriegs selbst als auch an der repressiven Reaktion des Staates auf die Proteste radikalisierenden Bewegung. Der SDS war Herz und Hirn der Entwicklung. Schon das Wintersemester 66/67 hatte er zum Vietnam-Semester erklärt. Im Februar "66 folgte die erste große Vietnamdemonstration in West-Berlin. Che Guevarra gab durch seinen Aufruf vor der Drei-Kontinente-Konferenz von Havanna 1966 zur Bildung einer neuen revolutionären Internationale unter der Parole „Schafft zwei, drei viele Vietnam!“ den Protesten weitere Hoffnung und Richtung.

Der Kongress vom Februar '67 war der Versuch, dieser Bewegung für die BRD strategischen Biß und konkrete Aktionsziele zu geben. Es wurde der größte Internationalismus-Kongreß auf europäischem Boden seit Ende des 2. Weltkriegs. Wer Rang und Namen im sozialistisch-antiautoritären Lager hatte, fand sich ein. Andere begründeten dort politwissenschaftliche Karrieren. Die vietnamesische Befreiungsfront (FLN) eröffnete den Kongreß mit einer Grußbotschaft. Andere Befreiungsbewegungen schlossen sich an. Rund 15.000 Menschen versammelten sich aus Anlaß des Kongresses trotz Verbotsdrohung und gigantischer Medienhetze zu einer Demonstration gegen die Vietnampolitik der USA. US-Soldaten verbrannten öffentlich ihre Einberufungsbefehle. Die Aufforderung an die „Oppositionsbewegung der kapitalistischen Länder“ zur Zerschlagung der NATO war das in die Zukunft weisende Ergebnis des Kongresses. (Siehe dazu die nachstehend dokumentierten Artikel)

Die Debatte...

In dem u.a. von der heutigen Chefredakteurin des „Vorwärts“, Sybille Plogstedt, mit verfaßten Vorwort der 1967 vom SDS herausgegebenen Reden wurde als *„unsere Aufgabe“* benannt, *„die Vermittlung des antiimperialistischen und des antikapitalistischen Kampfes am Ende der europäischen Rekonstruktionsperiode aufzuzeigen, um in diesem Prozess eine revolutionäre Strategie für Europa zu entwickeln“*. Dazu seien die *„neuen Bedingungen des revolutionären Kampfes umfassend zu berücksichtigen“*, nämlich der *„ständig wachsende(n) Widerspruch zwischen den Metropolen und der Dritten Welt.“*

Die theoretische Begründung für diese Position lieferte auf dem Kongreß im Wesentlichen Rudi Dutschke: Gestützt auf Theoretiker der Befreiungskämpfe wie Lin Biao, Frantz Fanon, Che Guevarra erklärte er, die *„neue Form des Imperialismus“* bestehe heute darin, *„daß er nicht mehr primär ökonomisch zu verstehen“* sei. Sein Herrschaftsinteresse bestimme immer deutlicher sein Profitinteresse; der Primat der Politik über die Ökonomie werde integraler Bestandteil der Globalstrategie der Konterrevolution. In dem seit dem 1. Weltkrieg *„niedergehenden Kapitalismus“* werde Kapitalexport als Mittel der Herrschaft zunehmend durch *„strategische Vorkehrungen“* verdrängt, die ihrerseits zunehmend Aufstände provozierten. Rudi rechnete vor: Die Gesamtzahl der Aufstände sei Jahr für Jahr gestiegen. 1958 seien es 34, 1965 bereits

Fortsetzung nächste Seite

Die Schlußerklärung der Internationalen Vietnam-Konferenz

Während das vietnamesische Volk den Kampf für Unabhängigkeit und sozialistische Demokratie gegen den barbarischen US-Imperialismus führt,

während in Westberlin der Senat als Komplice des US-Imperialismus versucht, jede Solidarisierung mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes als kriminell zu verfolgen und mit Polizeiterror zu zerschlagen,

haben sich in Westberlin Vertreter der sozialistischen Jugend Westeuropas, Vertreter der amerikanischen Widerstandsbewegung und Vertreter der revolutionären Jugend der drei Kontinente versammelt, um ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu bekunden und um gemeinsame Maßnahmen für den Kampf gegen den US-Imperialismus zu beraten.

In einer groß angelegten Offensive hat die FNL Südvietnams den revolutionären Volkskrieg auf eine neue Stufe erhoben. Ihre militärischen Erfolge fußen auf dem intensivierten Kampf des gesamten vietnamesischen Volkes. Diese Erfolge beweisen die Fähigkeit revolutionärer Befreiungsbewegungen, die mit dem gigantischen Vernichtungsapparat einer industriellen Großmacht geführte konterrevolutionäre Aggression abzuweisen. Sie entlarven vor der Weltöffentlichkeit und vor der Bevölkerung der USA alle Erfolgsmeldungen und -prognosen der konterrevolutionären Führung als Lügen. Mit der erfolgreichen Offensive der revolutionären Befreiungskräfte wächst die Gefahr weiterer geographischer und militärischer Eskalation der amerikanischen Aggression. Es ist zu befürchten, daß der in die Defensive getriebene US-Imperialismus einen Ausweg im Einsatz von Atomwaffen sucht.

In dieser Situation muß die Oppositionsbewegung in den kapitalistischen Ländern ihren Kampf auf eine neue Stufe heben, ihre Aktionen ausweiten, verschärfen und konkretisieren. Die Oppositionsbewegung steht vor dem Übergang vom Protest zum politischen Widerstand.

Heute versucht der US-Imperialismus, über die NATO die westeuropäischen Metropolen in seine Politik der kolonialen Konterrevolution einzubauen. Aber der Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt verschärft die Widersprüche zwischen und innerhalb der imperialistischen Metropolen. Es kommt darauf an, diese Widersprüche zu analysieren und auszunützen. Die militärische Zusammenarbeit zwischen dem Haupt der kolonialen Konterevolution, den USA und den westeuropäischen Ländern muß zerbrochen, ihre Agentur, die NATO, muß zerschlagen werden. Der Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam muß zugleich ein Kampf gegen die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder Westeuropas sein. Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die antiimperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen.

Die in Westberlin versammelten Vertreter der sozialistischen Jugend Westeuropas, der amerikanischen Widerstandsbewegung und der revolutionären Jugend der drei Kontinente sind sich darin einig, durch folgende Aktionen ihren gemeinsamen antiimperialistischen Kampf zu konkretisieren und zum aktiven Widerstand zu entfalten:

1. In allen westeuropäischen Ländern wird die Kampagne zur materiellen Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der FNL Südvietnams auf breiter Basis fortgesetzt und verstärkt.
2. In westeuropäischen Ländern mit amerikanischen Truppenstützpunkten werden so wie in den USA selbst Aufklärungsaktionen unter den GIs durchgeführt mit dem Ziel, die Wehrkraft der US-Armee zu zersetzen und die Soldaten von der Notwendigkeit des Widerstandes, der Sabotage und der Desertion zu überzeugen.
3. Gegen NATO-Basen in westeuropäischen Ländern wird in Aktionen und Demonstrationen eine Kampagne „Zerschlagt die NATO“ geführt. In allen Ländern wird der Austritt aus der NATO zum Ablauf des NATO-Vertrages 1969 gefordert.
4. In jenen westeuropäischen Ländern, aus deren Häfen Rüstungsgüter für die US-Aggression in Vietnam verschifft werden, wird auf Hafenarbeiterstreiks hingearbeitet.
5. In Westberlin wird eine Dokumentationszentrale gegen den Mißbrauch der Wissenschaft zu Zwecken der imperialistischen Kriegsführung eingerichtet. Die antiimperialistische Widerstandsbewegung wird aufgefordert, diese Zentrale zu unterstützen und zu benutzen.
6. In allen westeuropäischen Ländern wird eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über Konzerne gemacht, die als Produktionsstätten für Vernichtungswaffen am schmutzigen Krieg verdienen. Dieser Kampagne werden sich Demonstrationen und Blockaden anschließen (zum Beispiel gegen den Napalmproduzenten Dow Chemical).

Wir rufen die antiimperialistischen Widerstandsbewegungen auf, darüber hinaus immer wieder auf gemeinsame Massenmanifestationen gegen den US-Imperialismus und alle seine Handlanger in Westeuropa hinzuarbeiten. Im Verlauf dieses gemeinsamen Kampfes muß die politische und organisatorische Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und den Widerstandsbewegungen in den USA und in den westeuropäischen Ländern intensiviert und zu einer Einheitsfront ausgebaut werden.

Es siege die vietnamesische Revolution!
Es siege die sozialistische Weltrevolution!

Fortsetzung von vorheriger Seite

58 gewesen. Summa summarum: *„Der Imperialismus als Gesamtsystem ist total auf dem Rückzug. Er organisiert weltweite Rückzugsgefechte, die auf jede Legitimationsbasis, und sei es die des Antikommunismus, verzichten. Ihre einzige Legitimation — und die hat in der Tat Realitätscharakter — ist die blanke und brutale Macht, die der US-Imperialismus Tag für Tag an allen Enden der Welt anwenden muß, um die sozialrevolutionären Bewegungen zu zerschlagen oder sie in Grenzen zu halten".* Was heute wie O-Ton „RAF/action directe" klingt, war damals Grundton der gesamten Bewegung.

Auch andere von späteren militanten Strömungen bekannte Töne stimmte Rudi unter dem Beifall des Kongresses an: Die *„Verwertungsmöglichkeiten"* des Kapitals seien erschöpft. Wachstum der Kapitalvernichtung sei die notwendige Folge. Darin zeige sich die *„Überfälligkeit des Systems"*, das nur mit manipulativer Gewalt aufrechterhalten werden könne. Die „Große Koalition" definierte Rudi als *„Ordnungspartei", (...) „deren direktes Geschäft es ist, die lohnabhängigen Massen in Unmündigkeit zu halten, auf sie die Kosten der Strukturkrise abzuwälzen. (...) In ihr vereinigen sich zum Zwecke der gemeinsamen Niederhaltung der Massen heute alle Fraktionen des Gesamtapparats (...) Zusammen bilden sie die ‚anonyme Aktienkompanie', den subtilen — wenn nötig — manifesten Terrorismus der Klassenherrschaft des Spätkapitalismus".*

Und noch klarer: *„Der heutige Faschismus"*, stecke zwar nicht in einer Partei wie der NPD, aber *„in den autoritären Institutionen und im Staatsapparat. (...) Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz, er liegt im bestehenden System der Institutionen".* — Wer bisher meinte, die Gefahr eines neuen Faschismus sei eine Erfindung der SDS-Nachfolge-Gruppen, muß sich auch hierin korrigieren lassen.

Die von Rudi Dutschke angegebenen Konsequenzen klingen nicht weniger vertraut: Gerade wegen der wesentlich manipulativen Unterdrückung sei eine massenhafte Mobilisierung der Menschen heute im Gegensatz zu früher durch *„ein System der systematischen Vermittlung von Aufklärung und Aktion"* durchaus möglich. Niemand solle sich allerdings Illusionen hingeben: *„Das weltweite Netz der organisierten Repression, das Kontinuum der Herrschaft"* lasse sich nicht leicht aufsprengen. Der „neue Mensch des 21. Jahrhunderts" werde erst Resultat eines langen schmerzlichen Kampfes sein. *„Unsere kulturrevolutionäre Über-*
eines langen schmerzlichen Kampfes
sein. *„Unsere kulturrevolutionäre Übergangsphase ist im ‚klassischen' Verständnis der Revolutionstheorie eine vorrevolutionäre Phase".*

Unter Hinweis auf einen US-Text *„Von der Gewaltlosigkeit zum Guerillakampf"* erklärte Rudi, daß das, was in den USA schon Realität sei, auch „für uns „ große Bedeutung habe: Zwar gebe es schon den Beginn einer Desertionskampagne in der US-Armee, aber nicht in der Bundeswehr. Zwar wage man selbst schon, den US-Imperialismus politisch anzugreifen, *„aber wir haben noch nicht den Willen, mit unserem eigenen Herrschaftsapparat zu brechen, militante Aktionen gegen die Manipulationszentren, z.B. gegen die unmenschliche Maschinerie des Springer-Konzerns, durchzuführen, unmenschliche Kriegsmaschinerie zu vernichten".*

Wer es deutlicher brauchte, mußte sich nur des sog. Organisationsreferats erinnern, in dem Rudi Dutschke zusammen mit Hans Jürgen Krahl ein halbes Jahr zuvor von der 22. Delegiertenkonferenz des SDS gefordert hatte: *„Die ‚Propaganda der Schüsse' (Che) in der ‚Dritten Welt' muß durch die ‚Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Strukturen".* (2) Für diese Position hatten sich Dutschke und Krahl von einem ihrer Lehrer, Max Horkheimer, als „Linksfaschisten" bezeichnen lassen müssen. (2)

Deutlicher Widerspruch zu dieser Grundlinie wurde einzig und allein von Gaston Salvatore formuliert. Er kritisierte die einseitige Orientierung auf die Fokus-Theorie Guevarras als uneffektiv und gefährlich und forderte stattdessen eine *„doppelte Strategie": „Die Revolutionäre müssen (...) in die bestehenden Institutionen einsickern, in die Parteien, die Gewerkschaften, den Staatsapparat, die Armee, die Universitäten, die Institutionen des Alltagslebens. (...) Gleichzeitig müssen sie illegale Parallelorganisationen zu den Institutionen bilden, die klar den Volkskrieg vorbereiten, Waffenlager bilden, die Nachrichtenverbindungen sichern usw. Die Revolutionäre in den Institutionen und den Parallelorganisationen sind eine selbsternannte Avantgarde. Die Institutionen sind ihr Rekrutierungsfeld".*

Der Widerspruch blieb unausgetragen. Praktisch wurde er durch den Beschluß zur Durchführung des von Hans Jürgen Krahl vorgetragenen Kampagne-Plans „Zerschlagt die NATO" überdeckt. Rudi Dutschke dürfte überdies der Mehrheit und auch Gaston Salvatore aus dem Herzen gesprochen haben als er formulierte: *„Die kulturrevolutionäre Übergangsperiode, die spätestens seit dem 2. Juni 1967 relevante Schichten innerhalb und auch außerhalb der Universität mobilisierte, kann ‚nur' noch durch brutalsten Repressionseinsatz beendet werden! (...) Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit. (...) Es hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte enden wird. (...) Die Revolutionierung der Revolutionäre ist (so) die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen."*

Diese Sicht ließ keine Zeit für die Vertiefung der strategischen Differenzen. Der *„Übergang vom Protest zum politischen Widerstand"* schluckte die weitere theoretische Diskussion. Die Bewegung wurde von den Ereignissen überrollt.

Lapidar, aber zutreffend heißt es im Nachwort der aktuellen Ausgabe der Reden: *„Am 3. April 1968 explodierten in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze; mit der Aktion sollte ‚gegen die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber dem Morden in Vietnam' protestiert werden. Nach den Schüssen auf Rudi Dutschke (11. April) erreichte die Mobilisierung mit den sog. ‚Osterunruhen' (Springerblockade) und den unmittelbar darauf folgenden Aktionen gegen die 2. Lesung der Notstandsgesetze ihren Höhepunkt. Zeitgleich schien mit dem Pariser Mai die Revolution in Frankreich zum Greifen nahe. Danach jedoch war die Dynamik der Bewegung gebrochen. Die Verabschiedung*
Danach jedoch war die Dynamik der Bewegung gebrochen. Die Verabschiedung
der Notstandsgesetze konnte nicht verhindert werden, der Generalstreikaufruf des SDS fand bei der DGB-Führung keine Resonanz. Auch die Kampagne ‚Zerschlagt die NATO' kam nicht mehr in die Gänge. Im März 1970 löste sich der SDS-Bundesvorstand auf. Mit der Vietnamisierungs-Strategie Nixons verebbte auch der Vietnamprotest. Größere Demonstrationen fanden noch einmal 1973 nach der Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams kurz vor der Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens statt. Im Mai '73 stürmte die KPD anläßlich des Thieu-Besuchs das Bonner Rathaus"

Am 1. Mai 1975, möchte ich ergänzen, feierte die radikale Linke der BRD unter der Parole: *„Eins, zwei, drei, Saigon ist frei!"* wohl das rauschendste Fest seit ihrer Entstehung. Die offenen strategischen Fragen des Vietnam-Kongresses wurden auch damit natürlich nicht gelöst.

Anmerkungen

(1) „Internationaler Vietnam-Kongreß, Februar 1968, West-Berlin", Verlag Libertäre Assoziation, 87;

(2) siehe dazu: Wolfgang Kraushaar, „Autoritärer Staat und Antiautoritäre Bewegung" in: „1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts", 3/87, S.76 ff;

(3) aus: „Internationaler Vietnam-Kongreß", s.o.



Rudi Dutschke auf dem Vietnam-Kongreß

„Zerschlagt die NATO"

Referat von Hans Jürgen Krahl auf dem Vietnam-Kongreß 1968

Genossinnen und Genossen!

Dieser Kongreß wird keine bloße Deklamation bleiben. Noch heute nacht werden sich die Vertreter der internationalen Gruppen zusammensetzen, um die praktischen Konsequenzen zu ziehen, vor allen Dingen in Bezug auf die eine Kampagne, die aus diesem Kongreß organisiert hervorgehen soll: Die Kampagne „Zerschlagt die Nato".

Ich möchte noch einmal kurz auf den politischen Gehalt dieser Kampagne im Zusammenhang mit der revolutionären Befreiungsbewegung in der 3. Welt eingehen. Die letzte Information, die wir bekommen haben von der großartigen Offensivaktion des Vietcong in Saigon beweist, daß der Vietcong fähig ist, den Imperialismus in Vietnam zu besiegen. In der Offensive hat seine Strategie und Taktik die Unangemessenheit der fortgeschrittenen militärischen Technologie der USA in diesem Kampf gezeigt. Angemessen ist diese gewaltige Vernichtungsmaschine nur im zynischsten Sinn einer Eskalation der totalen Vernichtung. Das neue Stadium der vietnamesischen Revolution definiert sich durch diese Gefahr. Es könnte die Antwort des US-Imperialismus auf den bisher erfolgreichsten Kampf der südvietnamesischen Revolution in der Ausrottung des vietnamesischen Volkes bestehen. Der erfolgreiche Widerstand des vietnamesischen Volkes gegen die gigantische technologische Gewaltmaschine der USA, das sozialistische Modell Kuba und die revolutionären Kämpfe der Guerilleros in Lateinamerika haben eine neue Tatsache geschaffen, und zwar die qualitativ neue weltgeschichtliche Aktualität der Revolution. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus ist die Revolution eine global gegenwärtige und anschauliche Möglichkeit, die sich als bewaffneter Kampf — freilich nur an der Peripherie der spätkapitalistischen Zivilisation — den unterdrückten und verelendeten Ländern der 3. Welt verwirklicht. Damit stellt sich für uns die konkrete organisatorische Frage: Gibt es über die von Marcuse allein für möglich gehaltene Solidarität der Vernunft und des Sentiments hinaus eine konkretere Basis für die Solidarisierung der Protestbewegungen in den Metropolen mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt? Wie vermittelt sich die reale weltgeschichtliche Aktualität der Revolution zu unseren Tagesaktionen der Protestbewegungen in den Metropolen?
nen der Protestbewegungen in den Metropolen?

Diese konkrete Vermittlungsbasis kann aufgezeigt werden am Modell der Anti-NATO-Kampagne. An ihr kann unser Fortschritt vom Protest zum politischen Widerstand demonstriert werden, an ihr kann die Verstrickung der westeuropäischen Länder in die — wie Che Guevara sie nannte — Internationale des Verbrechens konkretisiert werden. Die europäischen NATO-Länder nehmen gegenwärtig eine vor allem ökonomische Entlastungsfunktion für den US-Imperialismus wahr. Der festverankertste Stützpunkt der USA in Westeuropa, das stärkste Glied in der NATO-Kette — die Bundesrepublik — liefert ein eindringliches Beispiel. Erst kürzlich erneuerte der Vorsitzende des brutal als „Vietnam-Hilfe" bezeichneten Unterausschusses im Bundestag, Erik Blumenfeld, die volle Unterstützungszusage der Bundesrepublik für Südvietnam im Jahre 1968 und darüber hinaus mit der Begründung: Die südvietnamesische Regierung habe militärische Erfolge aufzuweisen, es sei ihr ebenso gelungen, die demokratischen Verhältnisse in Vietnam zu stabilisieren. Die ökonomische und militärische Entlastungsfunktion wird betrieben durch das projektgebundene Wirtschaftshilfeprogramm für die faschistische Regierung Griechenlands und die Lieferung leichter Waffen, die einem Bürgerkrieg zur Niederschlagung einer Widerstandsbewegung dort genau angemessen sind. Das Zögern der Bundesregierung, auf Grund ihrer Budgetschwierigkeiten den vollen Devisenausgleich für die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen zu leisten, deutet allerdings auf einen ökonomischen Widerspruch zwischen dem US-Imperialismus und den spätkapitalistischen Ländern Europas. Die nach dem 2. Weltkrieg entfaltete und durch die NATO staatlich garantierte Monopolstellung des US-Kapitals in der Produktion für die Vernichtung tritt in einem immer stärkeren Gegensatz zum europäischen Kapital. Darin liegt der Grund für die seit längerem sichtbare Krise der NATO, die in einem spezifischen Sinn im Bündnissystem des US-Imperialismus umfunktioniert werden soll. Diente sie einmal dem Kampf gegen die sozialistischen Länder, so hat heute der traditionelle Anti-Kommunismus jede scheinbare Evidenz verloren.



Hans Jürgen Krahl

Die NATO soll umfunktioniert werden in den Kampf gegen die sozialrevolutionären Bewegungen der 3. Welt. Die europäischen NATO-Länder sollen die Funktion einer jederzeit einsetzbaren militärischen Reservearmee zur blutigen Zerschlagung des sozialrevolutionären Befreiungskampfes erfüllen. Doch auf dem Boden dieses aufgezeigten ökonomischen Interessensgegensatzes könnte die aktive konterrevolutionäre Funktion der europäischen Länder nur ihre gegenwärtige Stagnationskrise im kapitalistischen Verwertungsprozeß stabilisieren. Und so zeigt es sich: Wenn es dem US-Imperialismus gelingen sollte, die ökonomischen Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern in seinem Interesse zu lösen, dann würde im Innern der Metropolen in der Tat eine zweite Front physischen Gewaltterrors entstehen, wie sie schon jetzt in den USA sich herausbildet und wie es sich in dem Versuch der westdeutschen und Westberliner Staatsgewalt, die außerparlamentarische Opposition zum kriminellen Delikt zu erklären, sowie mit der unverhüllten Drohung der Zwangsgewalt Berlins, die politische Demonstration gegen die Mordmaschinerie der USA, die die physische Vernichtung betreiben, anzeigt. Diese innerkapitalisti-
betreiben, anzeigt. Diese innerkapitalisti-
sche Widerspruchsebene bezeichnet die konkrete politische Solidarisierungsbasis, die konkretisiert, was Che Guevara feststellte: Sogar die Länder des alten Europa warten noch auf die Aufgabe der Befreiung. Sie sind zwar genügend entwickelt, um alle Widersprüche des Kapitalismus fühlen zu können, aber so schwach, daß sie nicht mehr dem Kurs des Imperialismus folgen oder diesen Weg anfangen können. Der Kampf für die Zerschlagung der NATO enthält also einen gleichzeitigen Kampf: den Versuch ihrer innerkapitalistischen Auflösung zu vereiteln, d.h. den Kampf gegen das nationalistische und faschistische Programm des Gaullismus, eine autonome eigene Produktion für die Vernichtung herauszugeben. Die Kampagne „Zerschlagt die NATO" enthält also, abstrakt gesehen, zwei politische Zielsetzungen: die innerkapitalistischen Widersprüche zu einer qualitativen Verbreiterung der Massenbasis, zur Bildung einer zweiten Front gegen den Imperialismus in den Metropolen auszubilden; zweitens den Versuch einer praktischen internationalen Koordination der sozialistischen Protestbewegungen Westeuropas durch die gemeinsame Aktion zu erreichen. Das zweite Element konkreter Solidarisierung scheint mir die neue Qualität des politischen Kampfes zu sein, die von der revolutionären Politik der Befreiungsbewegung in der 3. Welt vorgestellt wird. Die schon erwähnte abstrakte Gegenwart der Revolution in der 3. Welt liefert der Protestbewegung in den Metropolen ein neues weltgeschichtliches Bezugssystem, an dem sie die Möglichkeit der Organisation einer eigenen revolutionären Politik orientieren kann.

Zwar kann sich in den Metropolen der Kampf nicht als eine unkritische Übertragung der Guerillastrategie darstellen. Diese liefert aber ein Modell kompromißlosen Kampfes, von dem die traditionelle Politik der verfestigten Institutionen verurteilt werden kann, von dem auf jeden Fall die faulen Kompromisse der sowjetischen Politik, die überall die revolutionären Befreiungsbewegungen im Stich läßt, verurteilt werden können.

Die Orientierung an der Gegenwart der Revolution in der 3. Welt bietet also für uns die Möglichkeit, eine politische Moral der Kompromißlosigkeit herauszubilden, die einen Ansatz zur Bildung selbsttätiger Organisationsformen der Bevölkerung sein kann. Sie ist die Grundlage, um einen der gegenwärtigen Machtstruktur des Staates geschichtlich angemessenen Organisationstypus herauszubilden, der auf der Grundlage autonomer Initiativgruppen in den Hochschulen und Betrieben beruht. So wie das imperialistische System die Verbreiterung der sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen — also zwei, drei, viele Vietnam — nicht ertragen könnte, so kann es im Innern der Metropolen die organisierte Selbsttätigkeit des politischen Widerstandes auf die Dauer nicht aushalten. An ihr müßten die Organisationsformen der Herrscher mit
Organisationsformen der Herrscher mit
ihrer Tendenz zum totalen Institutionswesen, mit ihrer Tendenz, sich zum neuen Faschismus zu entwickeln, sich zerschlagen. Denn der kapitalistische Verwertungsprozeß beruht wie eh und je darauf, die freiheitliche Vereinigung der Individuen in der Produktion zu verhindern. Diese Verhinderung wird heute realisiert durch ein gigantisches Instrumentarium autoritärer Regierungskunst bis hin zur schlagfertigen faschistischen Zwangsgewalt. Ein gewaltiges System der Manipulation versucht, die Bedürfnisse der Individuen zu entstellen. Und ich glaube, daß wir so gegen unsere linksliberalen Kritiker von Augstein über die ZEIT-Redakteure feststellen müssen, wir sind keine revolutionären Schwärmer. Die objektiven Verhältnisse haben die Aufgabe der revolutionären Befreiung in den Metropolen längst auf die Tagesordnung gestellt. Konkrete Organisationsbedingungen, zumal zur praktischen internationalen Zusammenarbeit, lassen sich nicht abstrakt voraussagen. Es ist aber anzunehmen, daß sich informelle Kader und Aktionszellen bilden werden, wenn es gelingt, für die Aktionen eine gemeinsame politische Zielsetzung im gesamten Westeuropa zu finden. Und so möchte ich abschließend noch einmal zusammenfassen: Die Stufen vom Protest zum politischen Widerstand können sich nur realisieren, wenn wir im Anschluß an diesen Kongreß in gemeinsamer Aktion und Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Organisationen den Versuch machen, eine große, gemeinsame Kampagne zur Wehrkraftzersetzung der NATO-Armeen in Westeuropa zu organisieren. Wenn wir versuchen, die organisatorischen Bedingungen zu schaffen, daß wir den Kampf gegen die NATO-Stützpunkte und Niederlassungen in ganz Westeuropa aufnehmen können, wenn wir Maßnahmen treffen können gegen den Transport amerikanischen Kriegsmaterials für den Krieg in Vietnam und wenn wir schließlich Aktionen führen werden gegen die Niederlassungen der amerikanischen Rüstungsindustrie in Westeuropa. Es kommt darauf an, in solidarischer Aktion und in konkreter Solidarität mit der revolutionären Befreiungsbewegung in der 3. Welt den gigantischen militärischen und staatlichen Machtapparat in den spätkapitalistischen Ländern zu zerschlagen.

Neue Filme auf der Berlinale:

Denkanstöße, Einblicke, Dokumentation



Yeelen — Das Licht — von Souleymane Cisse, Mali 1987

Am 23.2. gingen die 38. Internationalen Filmfestspiele in Westberlin zuende. Wie im letzten Jahr, so auch in diesem, an dieser Stelle ein kurzer Überblick über die interessantesten Filme, eine subjektive Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Unbequeme Denkanstöße

,,Die Seele des Geldes'' zu ergründen, hat sich Peter Krieg mit seinem gleichnamigen Film vorgenommen. Sein Ausgangspunkt sind dabei die Untersuchungen des amerikanischen Psychohistorikers Lloyd DeMause, der durch sein Buch ,,Reagan's Amerika'' bekannt geworden ist. Er versucht, durch die Psychoanalyse von Gruppenphantasien die Motive der Menschen in der Geschichte zu ergründen. Daß das Geld ursprünglich aus dem Opfer entstanden ist, nimmt er als Wegweiser, um sämtliche ökonomischen Krisen und Verflechtungen auf irrationale psychologische Vorgänge zurückzuführen. Am Beispiel der Verschuldung von Togo und Bolivien und mit Bildern aus der Börse, die durch eine excellente, entlarvende Kameraführung brillieren, versucht der Film, dies zu verdeutlichen. Ein interessanter Ansatz, würde er nicht mit einer ätzenden Rigorosität vertreten. So aber bleibt der Film auf der Oberfläche bürgerlicher Ökonomie und verkommt zu einer Abrechnung mit marxistischer Theorie. Den Zynismus, der den gesamten Film durchzieht, brachte Peter Krieg in einer Diskussion um den Film auf den Punkt: Die Unterdrücker brauchen die Unterdrückten und die brauchen die Unterdrückten und die Unterdrückten ihre Unterdrücker, um ihr psychologisches Gleichgewicht zu erhalten: Der Klassenkampf beruht einzig und allein auf irrationalen Feindbildern.

Eine ganz andere Sichtweise von Klassenkampf und Arbeit entwickelt Luc Moullet in seinem Film ,,Die Komödie der Arbeit''. Dem Bankangestellten Benoit, der seiner sinnentleerten Arbeit nachgeht, stellt er kontrastierend den leidenschaftlichen Bergsteiger Sylvian gegenüber. Sylvian ist Profi-Arbeitsloser, er durchreist die Welt und kehrt nur für einen Tag im Monat nach Paris zurück, um sich beim Arbeitsamt seine Unterstützung zu holen, die er sich mit zeitweiligen Schein-Arbeitsverträgen sichert. Abgesehen davon, daß es diesem herrlich absurden, urkomischen Film gelingt, die ZuschauerInnen eineinhalb Stunden am Lachen zu halten, schafft es Moullet, die Entfremdung der Arbeit in Frage zu stellen. Ein absolutes Muß für alle Linken mit Humor!!!

Trocken geht es in ,,The Time Is Now'' von Eduard Schreiber und Rolf Richter zu. Ein weiterer Film, zum ausgelatschten Thema Krieg und Kriegsangst, der für westliche Augen nur dadurch interessant wird, daß er aus der DDR ist. Nach der Raketenstationierung im Herbst 83 machten sich die Filmemacher auf die Reise durch ihr Land, um mit Leuten über ihre Hoffnungen und Ängste zu sprechen. Sie fragen sich, was zu tun ist, und begreifen ihren Film als eine Suche nach Antworten: ,,Ein Film zum Frieden kann nicht die Wiederholung bekannter Vorstellungen sein, sondern impliziert eine Entdeckungsreise.'' (1) Sie sprechen u.a. mit einem General, einem Pastor, einem Naturwissenschaftler; die Gespräche bleiben meist oberflächlich. Dennoch ist der Film in der DDR so provozierend, daß er nach Aussage der Autoren zu intensiven Diskussionen anregt.

Aus dem Leben gegriffen

,,Irgendwie Power machen'' will der 14jährige Punk Oliver 1980. Hier beginnen Wolfgang Ettlich und Klaus Lauterbacher mit ihrer filmischen Langzeitbeobachtung. Ohne eigene Kommentare zeichnen sie den Wandel in Olivers Einstellung zum Leben und seinen Wertvorstellungen nach, dokumentieren eine Auseinandersetzung mit dem Vater, seinen Auszug von Zuhause, sein Leben in der eigenen Wohnung zusammen mit seiner Freundin. Ohne ihn zum Stellvertreter einer ganzen Generation hochzustilisieren, gelingt es dem Film, Anregungen zum Nachdenken und Diskutieren über ,,Jugend'' zu liefern. Einzig das Ende ist etwas unglücklich gewählt: 1987 nimmt Oliver sein Abiturzeugnis auf einer steifen Abschiedsfeier entgegen.

Auf der Grundlage einer sozialpsychologischen Studie von Paul Lazarsfeld aus dem Jahr 1933 über den durch Arbeitslosigkeit herbeigeführten Niedergang eines österreichischen Dorfes drehte Karin Brandauer ,,Einstweilen wird es Mittag''. Es geht ihr dabei weniger um die Situation der Arbeitlosen als darum, die Konfrontation der Wissenschaftler mit ihrem ‚lebenen Objekt' nachzuzeichnen. Sie versuchen, die Situation der Arbeitslosen mit Statistiken und Interviews zu erfassen, denken sich Hilfsprogramme aus, scheitern damit aber letztendlich. Sie stoßen an die Grenzen ihrer bürgerlichen Herkunft. Es gelingt ihnen nicht, in die Geschichte einzugreifen; es bleibt bei einer — sicherlich bedeutsamen — Studie, die von den Nazis verboten wird.

Von dem Versuch des philippinischen Filmemachers Lino Brocka, in die Geschichte einzugreifen, handelt ,,Signed Lino Brocka'' von Christian Blackwood. Brocka dreht überwiegend kommerzielle Filme, die er selbst geringschätzig als ,,echte soap operas'' bezeichnet, aber dazu nutzt, um von den Produzenten Unterstützung für seine politischen und sozialen Filme zu erhalten wie z.B. ,,Macho Dancer'', eine Anklage gegen die Unterwelt der Sex-Clubs in Manila und ihre Beziehungen zur Polizei und zum Militär der Hauptstadt. Brocka führt offen einen persönlichen Kampf mit dem System und bleibt dabei überraschenderweise meist auf freiem Fuß.



,,Die Komödie der Arbeit'' von Luc Moullet, Frankreich 1987

Dem politischen Kampf verpflichtete Dokumentationen

,,Gesucht: lieber Vater und liebe Mutter'' von den niederländischen Filmemacherinnen Sarah Marijnissen und Agna Rudolph handelt von der Vergewaltigung junger Mädchen durch ihre Väter. Die Filmemacherinnen interviewten erwachsene Frauen, die auf ihre Vergangenheit zurückblicken, und Mädchen, die es gerade erst hinter sich haben. Sie zeigen die Arbeit einer Therapeutin in einer Kindertagesstätte für 1 1/2 bis 7jährige und die Arbeit eines Auffangheims, in dem Mädchen vor ihren Vätern Zuflucht suchen. In diese Dokumentationen werden kurze Spielszenen eingeflochten, die auf wahren Begebenheiten beruhen. Eigene Kommentare benötigen die Filmemacherinnen nicht. Es gelingt ihnen, sich in die Situation und Gefühlswelt der Mädchen einzufühlen und dies auch sehr intensiv an das Publikum weiterzuvermitteln. Dabei schließen sie in ihre Kritik auch die Mütter mit ein, die oft das Verhalten der Väter dulden und decken.

Ein ebenfalls trauriges Thema hat der Schweizer Film ,,Dani, Michi, Renato & Max'' von Richard Dindo. Alle vier Jugendlichen sind tot: zu Zeiten der Züricher Jugendbewegung durch Unfälle ums Leben gekommen, in die jedesmal die Polizei verwickelt war. Dani und Michi machten mit einem entwendeten Moped eine Spritztour ohne Helme, wurden deswegen von einer Polizeistreife verfolgt, bedrängt, mit einer Waffe bedroht, kamen schließlich zu Fall und verunglückten tödlich. Renato entwendete ein Auto, wurde von der Polizei verfolgt, in den Kopf geschossen und später, im Koma im Spital liegend, von seiner Freundin erstochen. Max, der am Tag der Schließung des AJZ als unbeteiligter Zuschauer von einem Bullen einige Knüppelschläge auf den Kopf erhielt, starb zwei Jahre später in Barcelona an den Folgen.

Richard Dindo will keinen Film über die Bewegung machen, keine Geschichtsschreibung von außen betreiben. Er beschränkt sich darauf, die Realität zu rekonstruieren, indem er die Zeugen und Eltern noch einmal emotional in die Zeit zurückversetzt und die Situationen nachstellt. Die Ereignisse werden minutiös nachgezeichnet. ,,Der Zuschauer soll zuschauen und zuhören können, wie sich der Film Schritt für Schritt dem nähert, was er als Wahrheit versteht'', sagt Richard Dindo dazu. ,,Ich will, daß der Zuschauer die Namen von Dani, Michi, Renato und Max und das, was ihnen geschehen ist, nie mehr vergißt''. Als ihm ein Autonomer in der Diskussion unpolitischen Vojeurismus vorwirft, antwortet er: ,,Wir erleiden immer Niederlagen, wenn wir gegen den Staat kämpfen, wir müssen damit umgehen, Trauerarbeit, Erinnerungsarbeit leisten; das ist politisch.''

Axel Engstfeld dokumentiert in seinem Film ,,Antarktika Projekt'' den Versuch von Greenpeace, in der Antarktis eine Station aufzubauen, um so besser mitreden zu können. Neben dem reinen Reisebericht der aus Witterungsgründen erfolglosen Aktion werden Bezüge zu den Interessen der Ölmultis und zum Falklandkrieg hergestellt, werden die Interessen der in der Antarktis aktiven Staaten, ihre Stationen und der erste Antarktis-Tourismus vorgestellt. Filmisch wird durch Schnittfolge, Bildaufbau und Ton ein Gegensatz zwischen ruhiger Natur und hektischer Zivilisation aufgebaut. Wenn unter Antarktisbilder auch noch religiöses Gesumme unterlegt wird und zum Schluß sogar aus dem Alten Testament zitiert wird, ist für meinen Geschmack allerdings der Bogen überspannt. Eigenen Aussagen zufolge geht es Axel Engstfeld beim Film ,,mehr um Emotion als um Information, denn Informationen kann man auch nachlesen''. Seine Zielgruppe kann er nicht genau definieren, hatte aber nicht die ,,aufgeklärten Umweltschützer'' im Auge.

Toni Strasburgs Film ,,Verbrannte Erde — Südafrika und die Frontstaaten'' informiert über den Krieg Südafrikas gegen die angrenzenden Länder. Südafrikas Ziel ist, mit Terror gegen die Bevölkerung und gegen wirtschaftliche Einrichtungen die Region zu destabilisieren, um den Befreiungskampf im eigenen Land zu schwächen und die Vorherrschaft im südlichen Afrika zu behaupten. Ihr Mittel ist entweder die direkte Invasion oder die Unterstützung von Terrorgruppen im Land, die aus Söldnern bestehen. Der Film zeigt dies deutlich auf und reißt auch die Rolle der USA und Westeuropas an. Er eignet sich ausgezeichnet für Veranstaltungen.

Von einem Söldnerkrieg gegen ein befreites Land handelt Allen Francovich Film ,,The Houses Are Full Of Smoke'', der in drei Teilen die Kriege in Guatemala, El Salvador und Nicaragua dokumentiert. Er basiert auf Interviews, stellt die Aussagen von CIA-Funktionären und Regierungsmitgliedern der Diktaturen den Aussagen von Bevölkerung und Guerilla gegenüber. Dabei leistet er sich allerdings einen Bärendienst, indem er die Personen ständig im Wechsel gegeneinander schneidet und sie zum Teil nicht einmal einen Satz vollständig sagen läßt. So wird zwar die Doppelzüngigkeit von US-Funktionären und Militärs verdeutlicht, aber nicht wirklich entlarvt. Die schnellen suggestiven Schnitte lassen dem entmündigten Publikum keine Zeit zum eigenen Denken, geschweige denn die Ruhe, wenigstens die Gesichter der Menschen zu betrachten. Dennoch soll der Film in den USA als sehr fundiert und wachrüttelnd aufgenom-
noch soll der Film in den USA als sehr fundiert und wachrüttelnd aufgenommen worden sein.

Über die Rolle der Kirche in Chile drehte Patricio Guzman einen Film ,,Im Namen Gottes''. Er beschreibt die Kirche an der Basis als Verfechter der Menschenrechte, der Rechte der Armen. Auch die Kirchenoberen stehen dahinter, äußern sich allerdings wesentlich zurückhaltender. Visuell wird dem das Bild von Militärpriestern entgegengesetzt, die starre Zeremonien wie die Waffenweihe durchführen. Zwischendurch finden immer wieder Bilder von Protestdemonstrationen Platz. Am Schluß erklärt eine Mutter von zwei ermordeten Söhnen, die beim MIR waren, warum sie als Christen verpflichtet waren zur Revolution.

Dieser Film ist anders als Miguel Littins ,,Acta general de Chile'' nicht illegal gedreht worden.

Einblicke in andere Länder

Ebenfalls legal in Chile gedreht ist ,,Das latente Bild'' von Pablo Perelman, der sogar dort lebt. Er schildert die Geschichte des Fotografen Pedro, dessen Bruder MIR-Genosse ist und seit Jahren verschwunden ist. Seine Frau ist in einer politischen Gruppe aktiv und vervielfältigt Fotos als Plakate. Obwohl Pedro von MIR-Genossen weiß, daß sein Bruder tot ist, macht er sich auf die Suche nach ihm. Er sagt: durch die Ungewißheit zwingen sie dich, die Verschwundenen in deinem Kopf zu töten. Pedro ist eine gebrochene Gestalt voller Widersprüche; die Suche nach seinem Bruder ist zugleich die Suche nach sich selbst. Mit dieser ‚kleinen' Geschichte gelingt Pablo Perelmann eine hervorragende Reflexion und Beschreibung der chilenischen Verhältnisse.

Ebenfalls von einer Verschwundenen handelt der argentinische Film ,,Die Liebe ist eine dicke Frau'' von Alejandro Agresti. Josè ist Journalist und arbeitet für eine konservative Zeitung. Als er seinen Widerwillen über die Ausbeutung der Armen durch einen nordamerikanischen Regisseur äußert, der einen Film über die Armut dreht, verliert er seine Arbeit. Zusammen mit seinem Freund, Macho und Tangofanatiker Caferata, zieht er durch die Stadt. Auf der Suche nach seiner verschwundenen Freundin, Arbeit, der Wahrheit. Alejandro Agresti nutzt diese Geschichte zu einem Streifzug durch die argentinische Gesellschaft, aber auch zu einer Auseinandersetzung mit ,,der Liebe'' und ,,den Frauen'', die für ihn, wie er in der Diskussion sagt, ein ,,Mysterium'' sind. Der Film wurde in Argentinien sehr gut aufgenommen als eine präzise Beschreibung des Lebensgefühls junger Argentinier.

Aus China stammt Huang Jiang Zhongs Film ,,Ein Toter besucht die Lebenden''. Ye Xiaoxiao stellt in einem Pekinger Bus einen Taschendieb und wird von ihm niedergestochen, ohne daß einer der Fahrgäste ihm hilft. Als Toter kehrt er zurück und besucht die Fahrgäste, um herauszufinden, warum sie ihm nicht geholfen haben. Verquickt ist diese Handlung mit vielen Anspielungen auf die chinesiche Geschichte, Sagen und Symbole, die ich als ungebildeter westlicher Zuschauer kaum verstanden habe. Am Ende von Ye Xiaoxiaos Reise steht die Erkenntnis von der Gefühlskälte, Scheinheiligkeit und Korruption der heutigen Gesellschaft.

Ebenfalls voller Mythen und der Geschichte des Landes steckt der afrikanische Film ,,Das Licht'' von Souleymane Cissé aus Mali. Er handelt vom Prozeß des Erwachsenwerdens, des Unabhängigkeitgewinnens, des Herausbildens eines Selbstbewußtseins. Nianankoro, ein junger Mann, soll das Wissen empfangen, das ihm die Beherrschung
koro, ein junger Mann, soll das Wissen empfangen, das ihm die Beherrschung der ihn umgebenden Kräfte sichert. Der Vater kann es aber nicht ertragen, daß der Sohn ihm ebenbürtig wird. Auf der Flucht vor dem Vater zum entfernt lebenden Bruder der Mutter erwirbt Nianankoro das nötige Wissen, um seinem Vater entgegenzutreten. Ein interessanter Film für alle, die bereit sind, sich auf wunderschöne Bilder und eine fremde Kultur einzulassen.

Von US-amerikanischer (Un)Kultur handelt Jon Josts ,,Klartext & Vernunft''. In Form eines essayistischen Experimentalfilms macht er sich auf die Suche nach dem US-amerikanischen Wesen. Dazu sucht er z.B. den geographischen und den demographischen Mittelpunkt der USA auf, beides trostlose, nichtssagende Flecken. Er filmt US-Amerikaner, die 30 Sekunden lang vor der Kamera machen dürfen, was sie wollen, und meist nach kurzer Zeit ziemlich dämlich in die Kamera glotzen. Er montiert Postkarten und Werbeprospektbilder von den USA aneinander. Ein ziemlich verworrener und komplizierter Film, dessen Struktur Jon Jost damit rechtfertigt, daß das Thema kompliziert ist und er die Zuschauer zwingen will, mitzudenken, sie am Konsumieren hindern will. Ein Film, der mit britischem Geld finanziert wurde und wohl nie einem relevanten US-Publikum vorgeführt werden wird. Wer sich auf solcherlei Film einlassen mag, möge dies tun und seine/ihre Gedanken anregen lassen.

ol

Film-Aufführungen, soweit mir bekannt:

,,Verbrannte Erde'': An 22.3. in Hamburg in der Werkstatt 3 um 20.00 Uhr. Verleih bei CON-FILM, Benquestr. 29, 2800 Bremen.

,,Yeelen — Das Licht'' wird im Juni im West III gesendet.

,,Die Seele des Geldes'' wird am 1.4.88 um 21.45 Uhr im Nord III gesendet.

Quellen:

(1) Rolf Richter, Bulletin D1, November 87, Leipziger Internationale Dokumentar- und Kurzfilmwoche.

Alle übrigen Zitate beziehen sich auf die im Anschluß gelaufenen Diskussionen und Gespräche.

„Eine Hochzeit und die Braut nicht schwanger... das wäre irrsinnig originell!"

Einen „*heimlichen Bestseller*" nennt der „Spiegel" das Buch von Eva Heller, „**Beim nächsten Mann wird alles anders.**„

Das stimmt, und nur deshalb werden hier einige Worte darüber verloren. Im Januar 1987 erschienen, mußte der Szenerenner fast jeden Monat neu aufgelegt werden und hatte bereits im Februar 1988 eine Auflage von 320.000 erreicht. Das Buch fehlt (nach eigenen Beobachtungen) auf fast keinem (linken) Frauen-Gabentisch. (Als kleine Aufmerksamkeit übrigens meist überreicht von Männern, wobei wohlmeinend zu vermuten ist, daß die meisten nicht wissen, was sie da verschenken.)

Ein Buch, geschrieben mit Kenntnissen aus der Alternativszene. Ausdrücke, Sprüche und Gestalten sind ihr entnommen und werden nicht ohne Witz beschrieben — allerdings nie mit Ironie, wie der Buchdeckel und der „Spiegel" versprechen, aber das merkt man erst später. Anders als der Szeneschinken „Tod des Märchenprinzen" Anfang der 80er Jahre, der als Courts-Mahler-Verschnitt mit linken Darstellern tragikumflort und bierernst die Leiden der Frauen mit Anspruch von Heute darstellte und durch den frau sich richtiggehend durchwühlen mußte, fällt es leicht, die in locker-flockigem Stil geschriebenen 330 Seiten mal eben nebenher wegzuhauen.

Der Stil — aber das kann es wohl nicht allein sein — reißt den „Spiegel"-Rezensenten denn auch zu wahren Begeisterungsstürmen hin: „*Ungewöhnlich für das Frauenbuch-Genre, wo sturzbetroffene Wehleidigkeit oder soziologische Männerherrschafts-Analyse den Ton angeben, dringt Eva Heller mit Scherz und Ironie in die tiefere Bedeutung.*" (Spiegel, 52/87)

Ein Buch, das unter dem Motto „*Frauen in der Gesellschaft*" erschienen ist und das laut Klappentext folgenden Anspruch verfolgt: „*Auch wenn die revolutionären Sprachblasen, die im feministischen Alltag gebräuchlich sind, hier karikiert werden, so ist doch die Moral des Ganzen — nämlich, daß Gefühle nicht besser werden, wenn man sie sich vorschreiben läßt — durchaus progressiv.*"

Und welches ist die „*Moral des Ganzen*", welches das eigene Gefühl, das es zu entdecken gilt? — Nun, daß alle Frauen letztlich doch nur eines brauchen: einen Mann zum Heiraten.

Der Roman agiert ideologisch ganz auf der Linie des Zeitgeistes, die etwa folgendermaßen zusammengefaßt werden kann: Wagt das Unmögliche, stellt alles in Frage (besonders das, was die traditionelle Linke vertritt), findet euch selbst (im Konservativen wieder), steht zu euren Gefühlen, und die größte Scheiße gilt als „progressiv".

Doch bis es soweit ist, hat unsere Buchheldin, die Studentin Constanze Wechselburger, noch einen längeren Weg vor sich. Sie möchte etwas radikal Neues, etwas Alternatives, Progressives probieren. Deshalb trennt sie sich von ihrem langweiligen, geizigen, ordnungsliebenden Karrierefreund Albert; die miefige Welt ihrer Eltern — alles kotzt sie an.

Soweit verständlich — doch welches ist die Alternative?

Ja, und hier geht unsere Heldin in die Irre. „*Sie glaubt alles, was in der Frauenszene als progressiv propagiert wird. Eine partnerschaftliche Zweierbeziehung, in der sie sich selbst verwirklichen kann, muß her.*"(s. Klappentext)

Da bietet sich der anerkannt linke Dozent Gottfried Schachtschnabel an. „*Er hat einen Bart wie Lenin. Nur sieht er viel jünger aus als Lenin. Er ist aber mindestens genauso revolutionär wie Lenin.*" (S.14) Er vertritt eine fundamentale Kritik an bürgerlichen Institutionen jeglicher Art — besonders an der Ehe.

Da ist die Wohnalternative der Linken, die „WG": „*Den ganzen Tag wurde die Frage diskutiert: Was ist Schmutz? Woher kommt Schmutz? Wohin geht Schmutz? Wer ist dafür zuständig?*" (S.38)

Da ist die Frauengruppe, deren Frauen überwiegend Kinder haben, die ständig krank sind, betreut werden müssen, oder anwesend sind und die Sitzungen stören. Frauen ohne Kinder aber werden nicht als vollwertige Personen angesehen. Kurz, die Gruppe ist nervig, es kommt nichts zustande.

Wenngleich nicht bestritten werden soll, daß hier Teile alternativer Lebens- und Verhaltensweise durchaus amüsant beschrieben werden, sollte nicht übersehen werden, daß diese Ausführungen zugleich für die Erfahrung mit der linken Szene und ihrem Versuch, andere Lebensformen zu finden, insgesamt stehen. In der Ausschließlichkeit, in der sich ständig wiederholenden oberflächlichen Blödheit, mit der die einzelnen (linken) Personen dargestellt werden, wirken sie nach kurzer Zeit langweilig und platt. Während man anfangs noch versucht ist, über witzige Beschreibungen zu grinsen, fragt man sich nach kurzer Zeit, wie die Heldin auf so viel leeres Stroh abfahren konnte. Aber die Aneinandereihung von linken Klischees hat Methode; Ironie spielt in dem Roman keine Rolle, sondern die Autorin meint es genauso, wie sie es beschreibt.

Bleiben die Freundinnen und Frauen, um Constanze herum. Aber die sind durchweg festgelegt: Sie wollen heiraten, und zwar so schnell wie möglich. Sieglinde hat bereits eine feste Beziehung mit Wolf-Dieter, die beiden heiraten; Julia ist gerade geschieden, sie sucht noch; Birgit möchte so gerne, findet niemanden und gibt Heiratsannoncen auf; Anna läßt sich schwängern, um sich so den Mann fürs Leben zu sichern. Das geht nun aber unsere Heldin etwas an, denn der Vater ist ihr verflossener Freund Albert! — Aber keine Angst: Anna erleidet eine Fehlgeburt, und schließlich möchte Albert auch nicht nur als „Kindsvater" geheiratet werden.

Doch ich möchte dem glücklichen Happyend nicht vorgreifen. Denn noch hat Constanze ihren Weg nicht gefunden. Sie versteigt sich vielmehr zu der Auffassung, gegen die Ehe als staatliche Institution aufzutreten — dies natürlich nicht aus eigener Überzeugung, sondern weil ihre Flamme, der linke Dozent, auch dagegen ist.

Es bleibt Julia überlassen,der erfahrenen, geschiedenen Freundin, Constanze über die „*nicht-bürgerliche Zweierbeziehung zwischen politisch und persönlich emanzipierten Partnern*" (S. 130) aufzuklären. „*Die langen Diskussionen am Abend? Über die Preispolitik der EWG? Oder über den Einfluß der protestantischen Ethik auf die Investitionsneigung der kapitalistischen Unternehmer? Beim Geschirrspülen plaudert man über den neuesten politischen Umsturz ... Man macht nur in Ländern Urlaub, die politisch sauber sind — auch wenn die Strände dort total verdreckt sind ... Es gibt nur Kaffee aus Nicaragua und nur noch Tee aus der Volksrepublik China — obwohl der aus Nicaragua viel teurer ist und der chinesische Tee auch. Wichtig ist aber vor allem, daß man jeden Abend zu einer politischen Arbeitsgruppe geht — die Frau eilt in die Frauengruppe und löst die Probleme der erwerbstätigen Frau in der Bundesrepublik, und der Mann in die Männerarbeitsgruppe und löst dort die Probleme der Welt generell ...*" In diesem Stil geht es weiter, ein Klischee reiht sich an das nächste ... Im Bett werden die Flügelkämpfe in Albanien erörtert, am Wochenende Demo und Parteitreffen, abends zur Entspannung einen langweiligen politischen Film — nicht einmal synchronisiert, sondern nur mit Untertiteln. (Alles auf S. 130 f nachzulesen) Nein, ein solches Leben ist freudlos und nichts für eine richtige Frau, die echte Liebe sucht. Dann doch lieber einen ehrgeizigen Langeweiler.

Aber mehr noch als der wohlmeinende Rat der Freundin überzeugt Constanze die weitere Entwicklung ihres Verhältnisses mit dem linken Dozenten. Er nämlich, der Spitzen-Ideologe, entpuppt sich, wie linke Männer nun mal sind, zunehmend als Sprücheklopfer und Verräter an der eigenen Sache: es stellt sich heraus, daß er bereits verheiratet ist und bei dieser Frau bleiben möchte. — Enttäuschung!

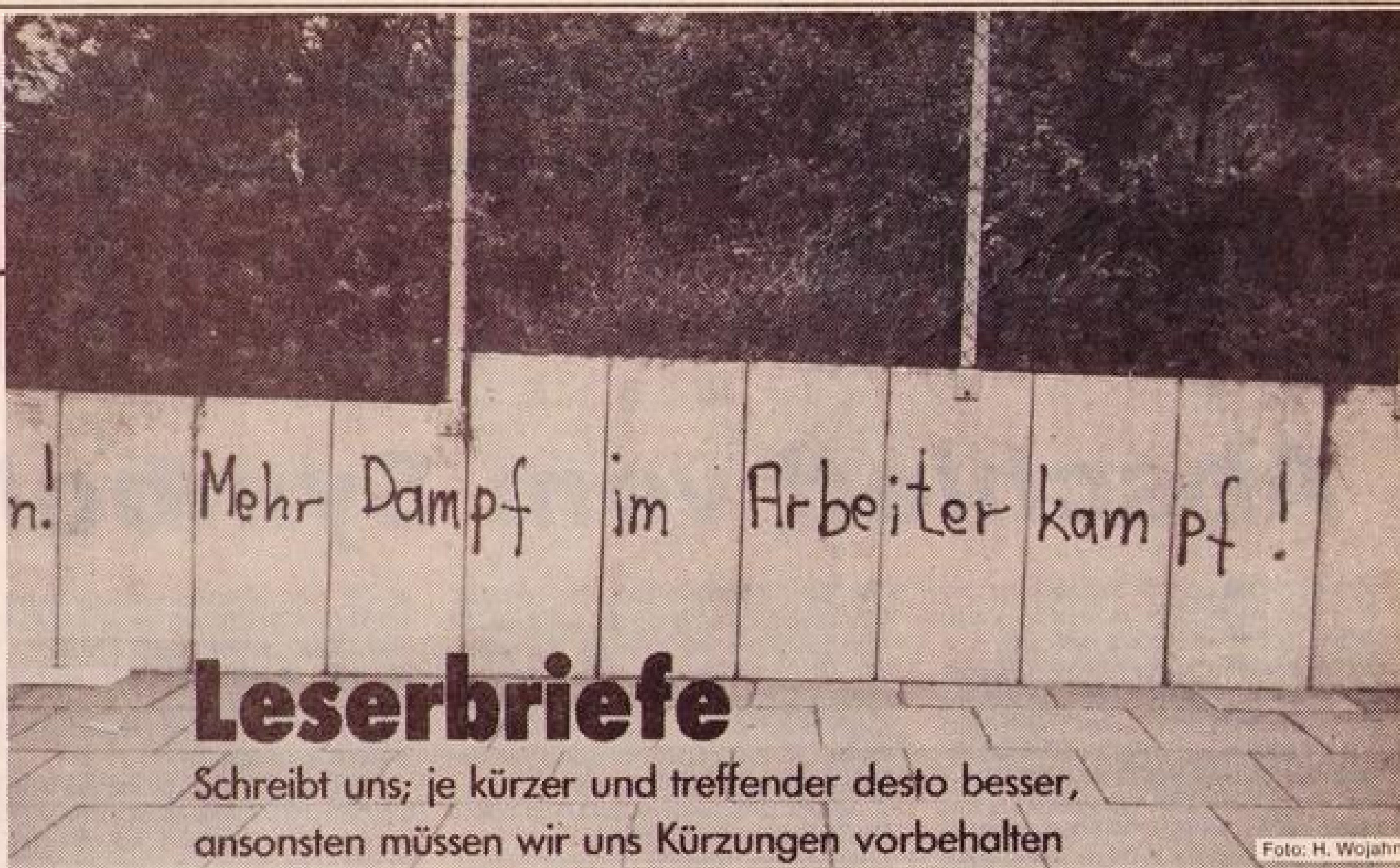
Eine Niederlage auf der ganzen Linie mußte die Buchheldin mit ihrem Ausflug in die „*kritisch-politische*", in die „*anti-bürgerliche*" Szene hinnehmen. Aufgeklärt und geläutert entdeckt sie schließlich als „*Moral des Ganzen*" das eigene Gefühl, und das heißt: Sie heiratet ihren alten Freund, den Spießer Albert. Freiwillig, einfach nur so, ohne schwanger zu sein. Irre!

Und — nach all ihren Erlebnissen (in der Alternativszene) kann sie voll dazu stehen! Echt progressiv.

g./Hamburg

Eva Heller, Beim nächsten Mann wird alles anders, Fischer Verlag, Frankfurt 1987
(Das Überschriftzitat s. S. 334-335.)





Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: H. Wojahn

Raserei

Betr.: „Gefahr einer neuen Sittlichkeit" (AK 291)

Euer Artikel „Gefahr einer neuen Sittlichkeit" macht mich rasend.

Ihr berücksichtigt nicht die reale Situation von Frauen und auch nicht die Spannungen zwischen Linken und FeministInnEn.

Trotz der Vermarktung mittels Frauenkörper (Werbung) und der der Frauenkörper selbst (Prostitution, Sexfilme ...) gibt es Prüderie. Seit ca. 250 Jahren gibt es Bücher darüber, wie Frauen auszusehen haben, um attraktiv, schön, aufreizend den Männern zu gefallen.

Die Prüderie ist älter und meines Erachtens Voraussetzung für die Lust auf Frauenbilder. Die Frauenbilder der 'alltäglichen Pornographie' sind in etwa so lebendig wie ein Liter Domestos. Sie nutzen die Prüderie aus, indem sie uns ein Ideal dessen versprechen, was uns fehlt. Frauen sind gezwungen, mittels ihres Körpers, ihrer Attraktivität, Aufmerksamkeit zu erregen. Ob der Zweck dieser Anstrengung ein Partner, eine Arbeitsstelle oder Unterhaltung ist, der Körper bleibt ein Mittel und kommt nicht zu seinem Recht. Das gilt insbesondere für viele Schauspielerinnen, Modelle und Prostituierte.

Leider geht Euer Artikel sowohl am Thema Pornographie, als auch am Thema neue Sittlichkeit vorbei. (Ich empfehle Euch als gemeinsame Lektüre: Klaus Theweleit, Männerphantasien 1 + 2). Ihr denunziert lediglich die EMMA-Kampagne, beispielsweise wenn Ihr schreibt: „Das erste Zitat ist zudem (teilweise nicht nur) frauenfeindlich gegen die Frauen, die z.B. 'Reiz'wäsche kaufen und tragen". Das ist eine sehr konservative Argumentationsform, ebenso könnte ich behaupten, Wallraff sei arbeiterfeindlich, gegen die Arbeiter z.B., die Bild kaufen und lesen.

Weniger Krampf im ArbeiterInnenkampf! Solidartität mit der Emanzipation der Frauen!

Stefan W.
München

Originelle These

Betr.: Palästina-Solidarität (AK 291)

Lenin hin und her, den Artikel von M. im AK 291 finde ich inhaltlich falsch. Er trägt den bezeichnenden Titel „Der Staat Israel verkörpert nicht das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes".

Zuerst unterstellt M. der KB-Gruppe Hamburg, sie propagiere die „Existenzberechtigung des Staates Israel in seiner jetzigen Form", als ob der KB will, daß alles beim alten bleibt. M. unterstellt dem KB eine Verwechslung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes und der Existenzberechtigung eines Staates, ohne sich diesen Unterschied aus seiner Sicht zu erklären.

M. sagt: „Wie wir gesehen haben, bezieht sich die von Lenin entwickelte programmatische Forderung der kommunistischen Bewegung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf unterdrückte und nicht auf Unterdrückernationen." Daß Lenin das gesagt hat, haben wir allerdings überhaupt nicht „gesehen", aus den von M. gebrachten Lenin-Zitaten geht das in keinster Weise hervor, außerdem auch nicht aus den vier angegebenen Texten Lenins im ganzen. M. meint „mit Lenin", daß Unterdrückernationen kein Selbstbestimmungsrecht haben. Spricht er das wirklich der BRD, den USA und allen anderen westlichen Unterdrückernationen ab? Das ist eine originelle und gewagte These.

Es schließt sich eine ausgesprochene revolutionäre Plattheit an: „Der imperialistische Staat Israel verkörpert keineswegs das Selbstbestimmungsrecht der 3,3 Mill. Juden Israels, sondern die Herrschaftsinteressen und Großmachtspläne der israelischen Bourgeoisie, auf Kosten seiner Nachbarn, der Palästinenser und der israelischen Arbeiterklasse." Das ist ja nun nachgerade bei jedem nichtsozialistischen oder nichtkommunistischen Land der Fall: wo die herrschende Klasse herrscht, herrschen auch ihre Interessen. Das Zitat bedeutet: „Der imperialistische Staat Israel ist imperialistisch".

Ist es also richtig, allen Staaten außer Nicaragua u.ä. das Selbstbestimmungsrecht abzuerkennen? Kapitalistisch oder revisionistisch sind sie alle.

Warum hier gerade und ausgerechnet aktiv dem israelischen Volk unbegründet sein Selbstbestimmungsrecht abgesprochen wird — das ist mir ein vollkommenes Rätsel.

P.S.
Hamburg

Scheinradikal

Betr.: Fundis, ,,neue Mitte'' und ,,neue Linke'' in den GRÜNEN (AK 290)

Liebe Genossinnen und Genossen,
In der letzten Zeit lese ich eure Zeitung immer öfter und lieber, nicht zuletzt wegen der verschiedenen Texte, die ihr dokumentiert. Entsprechend meinen Arbeitsschwerpunkten und meinen Interessen lese ich hauptsächlich die Artikel, Interviews usw. über Mittel- und Lateinamerika und über die GRÜNE Landschaft.

Ich finde es gut, daß ihr in der neuesten Ausgabe den Text für einen ,,Grünen Aufbruch '88'' abdruckt. Aber warum veröffentlicht ihr nicht auch das Papier aus West-Berlin, das mit dem Adorno-Zitat vom Wahren im Falschen, wo es nicht gibt, überschrieben ist?

Vielleicht deswegen, weil es nicht so gut zu der Argumentation von ,,Kt.'' paßt?

Ich denke, ihr vertretet eine scheinradikale Auffassung, wenn ihr euch ohne wenn und aber hinter die ,,Fundis'' stellt. Ich finde, es ist dringend an der Zeit, daß sich die Kräfte zusammentun, die weder das Anpaßlerische und Resignierte der ,,Realos'' egal welcher Schattierung noch das Sterile und bloß Entlarvende der ,,Fundi''-Politik repräsentieren. Es kommt für mich entscheidend darauf an, daß dies nicht in der Form von Appellen, es nicht zu übertreiben und nett zueinander zu sein, geschieht, sonder daß eine ,,neue Mitte'' inhaltlich radikal ist (oder bleibt), ohne die taktischen Dummheiten, ja wahren Kindereien der ,,Fundis'' und ,,Radöks'' zu begehen. In meinen Augen ist eine neue Linke innerhalb der Grünen ebenso möglich wie notwendig.

Ich würde mich freuen, wenn ihr im Sinne eines Dialogs mit solchen Gedankengängen und Positionen das Papier von Harald Wolf und anderen ebenso wie die Stellungnahme zum Problem der Urabstimmung, gerichtet an den Initiator/inn/enkreis des ,,Grünen Aufbruchs '88'', in der nächsten Ausgabe dokumentieren würdet.

Ich bin sicher, ihr habt diese Papiere bereits oder könnt sie euch mit Leichtigkeit beschaffen.

Mit solidarischen Grüßen
Wilfried

Schludrigkeit

Betr.: Interview mit Tomás Borge (AK 290)

Es ist zweifellos verdienstvoll, daß der *Arbeiterkampf* den deutschsprachigen Leserinnen und Lesern das Interview mit dem sandinistischen Comandante aus *new left review* Nr. 164 zugänglich gemacht hat. Leider ist die Bearbeitung etwas arg unzulänglich, finde ich. Allen, die sich intensiver mit diesem Thema beschäftigen, empfehle ich, sich das Original anzuschauen.

Die Schludrigkeit fängt bei den Namen an: Der Interviewer heißt *Fredric* Jameson (nicht Frederic); der FSLN-Mitbegründer heißt *Tomás* Borge (nicht Thomas, das ist die deutsche oder die englische usw. Schreibweise — in der NLR steht es aber richtig). Irreführend ist, wenn der Zeitpunkt, an dem das Interview geführt wurde, nicht kenntlich gemacht wird, es im Vorspann aber heißt ,, (...) aus seiner heutigen Sicht''. Bedauerlicherweise steht auch in der NLR kein Datum; etwas präziser läßt sich der in Frage kommende Zeitraum aber eingrenzen, wenn das Erscheinungsdatum des Hefts genannt würde. Das war Juli / August 1987. Das Gespräch wurde also auf alle Fälle vor dem Abschluß des Abkommens über den ,,Friedensplan'' für Mittelamerika (,,Esquipulas II'') geführt; ich vermute sogar schon im Frühjahr 1987.

Die *new left review* ist zwar in den USA weit verbreitet, aber durchaus keine ,,linke US-amerikanische Zeitschrift''. Vielmehr erscheint diese — wie ich finde (und dieses Urteil wurde auch von Ernest Mandel geäußert) — seit einer ganzen Reihe von Jahren weltweit beste und wichtigste theoretische marxistische Zeitschrift seit 1960 in London, seit 1962 unter Leitung von Perry Anderson, seit Anfang 1983 mit Robin Blackburn als ,,Editor''. (...)

Weltbild

Betr.: ,,Arbeit macht frei'' (AK 289)

Liebe Redaktionskollegen,
anbei in Kopie ein kurzer Artikel aus dem Arbeiterkampf, über den bei mir nur geteilte Freude aufkam.

Geteilte Freude deshalb, weil ich für die Gesellschaft für bedrohte Völker den erwähnten Prozeß (Butzbach, 2. November 1987, ,,Arbeit macht frei'') beobachtet habe und auch für die Berichterstattung verantwortlich bin, euch auch die Telex-Kopie unserer Presseerklärung zukommen ließ, die offensichtlich eurer Meldung zugrundelag. Warum ihr dann jedoch eure Quelle nicht nennt, will mir nicht einleuchten. Daß euch die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker gelegentlich nicht ins Weltbild paßt, sollte doch den Gepflogenheiten redaktioneller und journalistischer Fairness nicht abträglich sein. Oder wie seht ihr das?

Mit kollegialen Grüßen aus der pogrom-Redaktion
Uwe Knödler
Göttingen

Mit einem ,,Weltbild'' hat die monierte Nichtnennung der Quelle nichts zu tun. Von uns als Kurzmeldung behandelt, war uns nicht deutlich, daß die Informanten Wert auf die Nennung legten.

Sorry! Red.



Report von der Hamburger Hafenstraße S. 3

ARBEITERKAMPF-ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg.18 Nr. 290 11.1.88 5 DM C 21734

Abschied vom Symbol

Manche werden sagen: Nun auch die!, andere: Das wurde aber auch Zeit!, wieder andere werden ein wenig wehmütig werden. Weshalb? Von der nächsten Ausgabe an werden wir dem Titel unserer Zeitung ein neues Outfit geben. Statt aufgehender Sonne, schwieliger Faust mit Schraubenschlüssel und ARBEITERKAMPF werden wir auf den Titel nur noch kurz und knapp *„ak"* schreiben, wie diese Zeitung von denen, die sie kennen, schon lange genannt wird. Also auch beim KB Anpassung an den Zeitgeist? Damit kann man uns kaum meinen, gelten wir doch jetzt schon als die Gestrigen der 68er und K-Gruppen-Geschichte, was uns aber auch nie gehindert hat, neu zu denken und schon gar nicht hindert, alte Zöpfe abzuschneiden.

Ein wenig anachronistisch war dieser Titel schon bei Erscheinen der ersten Ausgabe 1971. Das suggerierte Arbeiterbild — die Männerfaust mit dem Schraubenschlüssel — entsprach schon bei Gründung der Zeitung eher dem aussterbenden Typus des klassischen Proleten. Aber er hatte Tradition. ARBEITERKAMPF mit dem Untertitel „Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes" drückte ein Programm aus. Ouvrieristisch, also arbeitertümelnd, nannte uns in dieser Zeit einmal der Konkurrent KBW. Damit hatte er nicht ganz unrecht, soweit dies unsere Träume und Hoffnungen betraf. In der Sache verhielt es sich dann mal wieder ganz anders. Während unsere Brüder und Schwestern der anderen K-Gruppen in den folgenden Jahren jedes Zucken der Arbeiterbewegung als Morgenlicht der proletarischen Revolution abfeierten, wo jede Tarifauseinandersetzung den Charakter einer Endschlacht bekam, wo nur noch die Bewegung und nicht mehr der Inhalt Bedeutung hatte, da hat diese Zeitung sich quergestellt. Uns ging es nicht um den Arbeiter als Proleten, sondern als Träger gesellschaftlicher Veränderungen. Wir haben von ihm erwartet, sich nicht nur um Lohnfragen, sondern um die Gesellschaft als Ganzes zu kümmern. Der Einsatz der Arbeiterschaft zur Verteidigung der neuen Ostpolitik mit den Massendemonstrationen gegen das Barzelsche Mißtrauensvotum 1972 war für uns das positive Beispiel: Hier die Arbeiterschaft, wenn auch domestiziert durch SPD und Gewerkschaften, für die Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas, dort die Bourgeoisie und die CDU/CSU für den Revanchismus. Das hatte den Charakter von politischem Klassenkampf um die Zukunft der Gesellschaft.

Dieser politische Aufbruch der westdeutschen Arbeiterbewegung hatte nur kurzen Bestand. Mit dem Verlust der reformpolitischen Elemente in der Politik der Sozialdemokratie fiel auch die Arbeiterbewegung zurück auf ein rein ökonomistisches Denken. In den großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der späteren 70er Jahre spielte sie über die Gewerkschaften leider eine eher rückschrittliche Rolle, immer im Schlepptau der Schmidt-SPD. Ob in Fragen der Demokratie, des Feminismus, der Atompolitik, der Friedenspolitik, die Träger dieser Bewegungen kamen überwiegend aus anderen gesellschaftlichen Schichten als der der traditionellen Arbeiterschaft. Dementsprechend änderten sich auch die Adressaten unserer Zeitung. Wie sollten wir wohl auch übersehen, daß der Großteil der Auflage nicht vor den Betrieben, sondern auf den Anti-AKW-Demonstrationen, in der Frauenbewegung, an den Universitäten verkauft wurde?

All dies ging nicht so glatt, wie es sich rückblickend vielleicht liest. Es gab harte Auseinandersetzungen, ob und in welchem Ausmaß man sich als kommunistische Organisation auf solche „kleinbürgerlichen" Bewegungen beziehen könne. Aber die Zeit heilt nicht nur Wunden, sondern fördert auch auch manche Entwicklungen.

Es begann die harte Zeit der Krise der kommunistischen Bewegung. Der Einfluß der in den 70er Jahren vorherrschenden K-Gruppen sank, dementsprechend auch die Auflage der Zeitungen. Die Ideen und Leitgedanken, die uns geführt hatten, wurden von vielen MitkämpferInnen von einen auf den anderen Tag über Bord geworfen wie lästiger Ballast. Die „Radikalsten" folgten dem Ruf Rudolf Bahros, ihre Organisation aufzulösen und sich den GRÜNEN zuzuwenden, manche mit der Verspätung, die sie immer hatten, um auf Veränderungen zu reagieren — aus dem Hochhaus sieht mensch eben nicht alles früher, sondern manchmal erst durch den Hochnebel.

Wir hatten zwar mit der Gründung der BUNTEN LISTE in Hamburg und ähnlichen Ansätzen in anderen Städten den Trend der Zeit erfaßt, mußten aber dennoch die Erfahrung machen, wie schwach die richtigen Ideen manchmal sein können. Die Idee einer neuen sozialistischen Partei, also einer Partei, die die sozialen Beziehungen der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt, wurde übertönt durch den Ruf, die *Natur* zum Gegenstand der Politik zu machen — vor der nun wirklich alle gleich sind. Aber längst hat die grüne Partei diesen Charakter verloren. Auch sie mußte die Erfahrung machen, daß es nur bedingt klassenübergreifende Interessen gibt und daß es (zum Glück!) keine biologischen Gesetze sind, um die es in der Politik geht. Fast zwangsläufig folgt daraus, daß die GRÜNEN heute in ihrer Mehrheit eine Politik der Klassenversöhnung statt des Klassenkampfes vertreten. Das zu ahnen und zu befürchten war beileibe keine Hellseherei, dazu hat uns schon der Marxismus verholfen. Daher haben wir zwar die Entwicklung der GRÜNEN mitbegleitet, ohne uns jedoch dem unterzuordnen.

Als politisch, und in erster Linie politisch denkende Menschen haben wir jedoch darüber nachgedacht, unsere Ziele mit den Gegebenheiten in Einklang zu bringen. So 1982, als wir auf einem Kongreß diskutierten, die Zeitung umzubenennen. Eine große Mehrheit war an sich dafür, der Zeitung einen neuen Namen zu geben. Der einzige Vorschlag, dies mit einer radikalen programmatischen Änderung zu verbinden, bestand im Titel „5 vor 12", in Anlehnung an die Parole der Friedensbewegung. Dies fand keine Mehrheit, nicht wegen des Namens, sondern wegen der damit verbundenen politischen Optionen. Alle anderen Vorschläge für eine Namensänderung waren — mit Verlaub gesagt — Tünche. Ob die Zeitung nun ARBEITERKAMPF, UMBRUCH, WIDERSPRUCH oder DER OSTEN IST ROT heißt, ist letztlich völlig egal, wenn damit keine programmatische Änderung verbunden ist.

Seitdem reißt die Debatte um den Namen unserer Zeitung nicht mehr ab. Zeitweise emotional geführt, hat sie sich mittlerweile rationalisiert. Jeder Diskutant muß wissen, daß ein neuer Name keine Neuerung des Programms bringt, schon gar keine Auflagensteigerung. Aber mensch lebt auch nicht gern mit einem Anachronismus. Wir haben keine Zeitung, die sich vornehmlich an Arbeiter wendet, und es stimmt auch nicht, daß der real existierende Kampf der Arbeiter Ausgangs- und Mittelpunkt unserer Publizistik wäre. Und eine Beschwörungsformel nutzt sich nach anderthalb Jahrzehnten auch ab. Dem haben wir erstmals 1982 entsprochen, als wir den Untertitel „Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes" in ein schlichtes „Zeitung des Kommunistischen Bundes" verwandelt haben.

So wie wir uns Anfang der 70er Jahre als *eine* Fraktion einer zu bildenden Arbeiterpartei verstanden haben, so verstehen wir uns heute als *eine* Fraktion der zu bildenden sozialistischen Partei. Vielleicht können wir mit einem weniger traditionalistischen Titel mehr Türen für dieses Projekt aufmachen.

Obwohl schon lange bekannt, nehmen wir damit auch Abschied vom Bild des Arbeiters aus Gerhart Hauptmanns „Weber", des gebeugten, geknechteten Arbeiters. Aber wir nehmen nicht Abschied vom Proletariat, nicht Abschied von der Idee, daß allein die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen menschenwürdige und demokratische Zustände herbeiführen kann. Solange ein Mensch aufgrund des Besitzes von Produktionsmitteln über die Arbeitskraft anderer Menschen bestimmen kann, wird es keine demokratische Gesellschaft geben.

„ak" wird insofern auch nur eine Übergangslösung sein, weil das Alte nicht mehr stimmt, aber ein wirklich Neues noch nicht gefunden wurde.

Für einige Leser wird diese Änderung völlig überraschend kommen, viele werden sich fragen, ob da nicht mehr dahintersteckt. Ist man ja gewohnt bei kommunistischen Gruppen, daß sich hinter kleinen Änderungen weitreichende ideologische Debatten verstecken. Ist nicht. Vielleicht als Aufhellung: Die Abstimmung, den Titel zu ändern, ist ein Jahr alt, es ging nur noch darum, wie das überhaupt aussehen soll. Manche meinen immer noch, daß es nicht gut ist, den Titel einer Zeitung überhaupt zu ändern, manche meinen, man sollte gerade in dieser Zeit ein Signal mit dem alten Namen setzen. Das alles sind im KB weniger ideologische Streitpunkte als praktische Fragen. Wenn der Kommunismus für uns eine Frage der Symbole wäre, hätte uns mit Sicherheit schon das gleiche Schicksal ereilt wie den KBW und andere.

he.

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—
○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

Absender: .... An die Hamburger Satz- und Verlagskooperative
.... Lindenallee 4
.... 2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

............., den ....
(Unterschrift)

Inhalt